Pierre GRÉGOIRE

DRUCKER, GAZETTISTEN UND ZENSOREN DURCH VIER JAHRHUNDERTE LUXEMBURGISCHER GESCHICHTE

Pierre GRÉGOIRE

Drucker, Gazettisten und Zensoren

DURCH VIER JAHRHUNDERTE LUXEMBURGISCHER GESCHICHTE

I. BAND

1964
Druck und Verlag der Sankt-Paulus-Druckerei A. G., Luxemburg

Copyright by Sankt-Paulus-Druckerei A.G., Luxemburg

Zur Einleitung

Daß dieses Geschichtswerk das Ergebnis eines Zufalls sein soll, läßt sich ehrlicherweise nicht stärker behaupten, als daß es die Folge einer systematischen Arbeit nach einem vorgefaßten und festgelegten Plane wäre. Sein Entstehen verdankt es vielmehr einer Reihe von Anstößen, welche durch die Überarbeitung des im Jahre 1936 allzu rasch geschriebenen Buches: «Das Luxemburger Wort. Die Geschichte einer Zeitung in der Geschichte eines Volkes» ausgelöst wurden und eine Art Kettenforschung in dem Maße hervorriefen, wie die Fehler und die Lücken in den Arbeiten älterer Historiker Korrekturen und Ergänzungen auf Grund persönlicher Entdeckungen verlangten. Die immer weiter ausgreifenden Untersuchungen, denen sowohl die großherzoglichen Archive wie auch die Nationalbibliothek manche Funde und neue Horizonte erschlossen, ließen nur zu bald erkennen, daß die von Würth-Paquet, Martin Blum und andern Drucker- und Pressefreunden wissenschaftlich erarbeiteten Feststellungen zwar fortlaufend wiederholt, aber nicht in den manifesten Mängeln und Irrtümern berichtigt worden waren, sodaß sich schließlich, angesichts der Unzulänglichkeiten, die sich häuften, eine Rückkehr zu den ersten Quellen und also zu den fernsten Dokumenten aufdrängte.

Wiewohl dadurch die gröbsten Verstöße gegen die geschichtliche Wahrheit ausgemerzt wurden, muß doch eingestanden werden, daß nicht sämtliche Fragen endgültig haben beantwortet werden

können; es darf sogar behauptet werden, daß die Bereinigung etlicher Unsicherheiten und mancher Ungewißheiten die Zahl der Zweifelsfälle vermehrt hat, sodaß noch immer Raum zu weiteren Überprüfungen des vorhandenen Materials mit nachfolgenden Klärungen bleibt. Ich habe keineswegs die Absicht gehabt, endgültig die Geschichte, beispielsweise, der luxemburgischen Drucker zu schreiben — ein anderer Forscher, Emil van de Vekene, will sich dieser Aufgabe widmen) — sondern den Akzent meiner Untersuchungen mehr auf die Entwicklung der Zensur und auf den Kampf legen wollen, den die ersten Zeitungen und Zeitschriften für die Pressefreiheit zu führen unternahmen. Daß dann nebenbei Streiflichter auf das allgemeine Kulturleben geworfen wurden, war wohl ebenso natürlich wie unerläßlich, da die geistige Aktivität des Volkes ihre spürbarsten Anreize von den Bücher- und Gazettemachern bezog.*

Unter der Hand weitete sich der — ursprünglich auf einen Band beschränkte — Stoff so mächtig, ja, so eigenmächtig aus, daß schließlich, um die Fülle der Fakten in den Rahmen des vorgesehenen Themas zu bringen, drei Bände in Rechnung gestellt werden mußten, von denen der letzte den eigentlichen Ausgangspunkt des historischen Unternehmens, nämlich die Vorgeschichte des «Luxemburger Wort», enthalten soll. So ergab sich, fast zwangsläufig, eine Dreiteilung der Materie: die allgemeine Einführung in das heimatliche Druckereiwesen von den Anfängen her und in die ununterbrochene Folge von administrativen Hemmungs- und Unterdrückungsversuchen, — wobei, aus Gründen einer sichereren Führung durch das Labyrinth nationaler Leiden und internationaler Eingriffe in das völkische Leben, ein historischer Rückblick sehr vonnöten war — die Publikationen französischer Sprache als Gazetten, Journale oder Zeitblätter; die deutschsprachigen Wochen- und Tageszeitungen bis zum Jahre 1850. Um gleichzeitig die ideengeschichtliche Entwicklung Luxemburgs zu illustrieren, wurde, für die Zeitschriften und die Zeitungen, auf die referierende und resümierende Form der Darstellung zugunsten einer anthologiemässigen Präsentation der Äusserungen verzichtet.

Maßgeblich am Zustandekommen des Unternehmens waren der Direktor unserer Archive und unserer Nationalbibliothek, Herr Joseph Goedert, der Archivar, Herr Antoine May, der Hilfsarchivar, Herr Alain Atten, der Bibliothekar, Herr Carlo Hury, sowie das Personal der angegebenen Verwaltungen in einem solchen Ausmaße beteiligt, daß ihnen öffentlich für ihre Mitwirkung gedankt werden muß. Nicht zuletzt gilt diese Anerkennung jenen Helfern, welche nicht genannt sein wollen, obschon ihre fortgesetzte Kollaboration den guten Fortgang der Arbeit sicherte und ihren raschen Abschluß erlauben wird.

Strassen, am 3. November 1963

*) Die vorliegende Arbeit war bereits in Druck, als Emil Van de Vekene in der Zeitschrift "T Hémecht" eine Studie über die Anfänge der Druckerkunst in Luxemburg erscheinen ließ, welche in manchen Teilen eine von den hier festgelegten Auffassungen abweichende Erklärung versucht, die aber nicht immer überzeugend ist.

I.

Schicksal, tausendfältig ist dein Kleid!

DIE HISTORISCHE ENTWICKLUNG LUXEMBURGS VON 1350-1850

Nachdem die Kaiser und Könige, welche aus dem Hause Luxemburg hervorgegangen waren, in den östlichen Städten Europas ihre Residenz bezogen und, unter Karl IV., ihre stärkste Territorialmacht gewonnen hatten, vergaßen sie in ihrer Größe bald das Kleine, dem sie immerfort den Ursprung ihres Glückes hätten verdanken dürfen.

Wohl hatte der gekrönte Humanistenförderer in Prag noch im Jahre 1354 versucht, vor aller Welt sein Herkunftsland, das er dem jüngeren Bruder Wenzel allzu lange vorenthalten hatte, dadurch auffallender zu machen, daß er die Grafschaft in ein Herzogtum verwandelte, allein der feierliche Taufakt war nicht imstande gewesen, die erdrückende Schuldenlast von seinem Erbgute zu nehmen, das nun, nachdem es goldene Throne hatte erwerben lassen, zu einem Versetzstückchen billigster Art unter der Feder geldbedürftiger Herrscher wurde.

Wenzel I. hatte, durch seine Heirat mit Johanna von Brabant, noch fertiggebracht, einen kleinen Reichtum in seine Hände zu bekommen. Rascher als erwartet, war

derselbe von seinem Nachfolger, Wenzel II., dem Sohne des Kaisers und demnach seinem Neffen, verbraucht worden, sodaß im Jahre 1388 Jost von Mähren den tollen Reigen unliebsamer Pfandherrscher eröffnen durfte. Hießen die legalen Fürsten in der Reihenfolge: Wenzel II. (1383-1419, — vertreten durch Johann von Görlitz (1386-1388) —, Sigismund (1419-1439), Albert und Elisabeth von Österreich (1437-1439), Wilhelm und Anna von Sachsen (1439-1443) und Ladislaus Posthumus (1439-1457), so nannten sich die hohen Geldleiher in ihrer bunten Folge: Jost von Mähren (1388-1402), Philipp der Kühne (1401), Ludwig von Orléans (1402-1407), Jost von Mähren (1407-1411), Elisabeth von Görlitz (1411-1451) und Philipp der Gute (1451-1461).

In der Geschichte Luxemburgs wirkte als fatale Frau Elisabeth von Görlitz, deren Leichtlebigkeit durch ungeheure Lasten erkauft wurde, welche auf das Stammland ihres Onkels fielen. Die Ernennung des Grafen von Virnenburg zum Gouverneur des ausgepowerten Landes, im Jahre 1435, machte den Weg zum Throne frei für die beutelüsternen Burgunder. Das kurze Zwischenspiel, welches die Österreicher Albert und Elisabeth dadurch aufführen ließen, daß sie den Herzog Wilhelm von Sachsen zu ihrem schwachen Sachwalter machten, konnte, anstelle des erhofften Segens, nur die Eroberung der Festung Luxemburg erbringen, in die, am 21. November 1443, die Truppen Philipps des Guten einzogen. Damit war die lange Nacht der luxemburgischen Abhängigkeit angebrochen.

Philipp der Gute tat seinem Namen mehr als Schmach an, da er, als ein uneingestandener Philipp der Schlechte, den unterjochten Bürgern sämtliche Freiheiten nahm. Bis zum Tode der fatalen Elisabeth von Görlitz, also acht volle Jahre, ließen sich die Luxemburger Zeit, bevor sie den neuen Zustand halbwegs guthießen: leisteten sie auch einen Treueschwur, so erkannten sie den Okkupanten doch nicht als ihren legitimen Herrscher an. Der Tod des

Ladislaus Posthumus freilich machte ihrer Illusion ein Ende. Widerwillig huldigten sie daraufhin dem Burgunderherzog.

Karl der Kühne leitete 1467 ein Regnum ein, das den Eroberten eine bleibende Erinnerung nur durch die Institution des Großen Rates von Mecheln als der obersten Gerichtsinstanz und durch die Prägung des Volksspruches: «Hie get op Mechelen!» schaffen sollte. Nach seinem miserablen Tode, am 5. Januar 1477, wollte der König von Frankreich sich des freigewordenen Herzogtums dadurch bemächtigen, daß er Maria von Burgund seinen Sohn Karl als Ehemann aufzuzwingen versuchte. Maria war stark genug, um abzulehnen, und klug genug, um mit dem Österreicher Maximilian einen Heiratsbund zu schließen. Was für den Augenblick günstig schien, warf Samen aus für ein seltsameres Schicksal, das dem Lande einmal blühen mußte. Zuvor freilich gedieh das Gute, welches Maria von Burgund hervorzurufen wußte. Doch ein stupider Jagdunfall raffte die Fünfundzwanzigjährige 1482 hinweg und ließ, nach der Regentschaft Maximilians, den jungen Philipp, den späteren Schönen, im Jahre 1494 zur Herrschaft kommen. Alles schien nun dem Glücke ausgesetzt zu sein, da der junge Kronenträger zuerst die Infantin Johanna von Spanien heimführen und dann den Königsthron von Kastilien besteigen durfte. Doch das Unglück war noch rascher: 1506 starb Philipp eines jähen Todes, Johanna verlor den Verstand, und ihr Sohn Karl, der Fünfte genannt, durfte, nach fast einem Dezennium wohltuender, wenn auch energischer Regentschaft durch Margarethe von Österreich, 1515 die hohe Führung eines Reiches übernehmen, das mehr vom Kriege als vom Frieden zu leben schien. Allein es lebte, soweit Luxemburg betroffen war, eher übel als gut. Nicht einmal der tüchtige Gouverneur P.E. von Mansfeld vermochte die Verhältnisse ins Bessere zu kehren, im Gegenteil: der tapfere Festungsverteidiger unterlag dem Könige von Frankreich und mußte seine Schloßexistenz mit einem Gefangenen-

dasein vertauschen. Der Sieger begnügte sich freilich nicht mit der Einkarzerung eines Mannes, sondern führte manche Teile des Herzogtums seinem Lande zu. Schließlich wurde Karl V. der Unglücksdinge überdrüssig und übergab 1555 seinem Sohne Philipp (dem Zweiten) die Niederlande und Luxemburg zu treuen Händen.

Der neue Herrscher hatte keine Lust, den sonnigen Süden zu verlassen, um im kühleren Norden die immer laufenden Unruhen niederzuschlagen; darum ernannte er seine Halbschwester Margarethe von Parma zur Gouverneurin und kümmerte sich um die fernen Provinzen erst dann wieder, als Luther sie durch seine umstürzenden Religionsthesen aus dem Konzepte zu bringen drohte. Die harte Reaktion des Kronenträgers rief eine lange Reihe religiöser und politischer Wirren hervor, von denen Luxemburg zwar nur am Rande, aber dennoch verheerend genug berührt wurde. Als schließlich auch der König von Frankreich wieder in die internationalen Händel verwickelt wurde, schien das Herzogtum von allen Seiten her der Verwüstung, nach militärischen Einfällen aller Art, endgültig ausgesetzt zu sein. Philipp II. zog eine kategorische Lösung im Durcheinander des Völkergemisches vor, schlug Luxemburg zu den Niederlanden, machte 1598, kurz vor seinem Tode, daraus ein eigenes Königreich, an dessen Spitze er die mit dem Erzherzog Albert von Österreich vermählte Tochter Isabella stellte.

Die Neuerung brachte die aufrührerischen Holländer nicht gleich zur Ruhe. Die Rebellen fielen des öftern ins Luxemburgische ein, bis im Jahre 1609 ein zwölfjähriger Waffenstillstand vereinbart werden konnte, der vorerst das notwendige wirtschaftliche Atemholen und darnach einen gewissen Aufschwung in sämtlichen Domänen des Lebens erlaubte. Leider gab im Jahre 1621 der Tod Alberts dieser guten Entwicklung einen Rückstoß dadurch, daß, wenn auch unter Isabellas Gouverneurschaft, die Niederlande neuerdings dem Könige in Madrid, Philipp IV., unterstellt wurden.

Damit begann das große europäische Verhängnis. Vierundvierzig Jahre lang, von 1621-1665, während in Deutschland der dreißigjährige Krieg sich, endlos scheinend, hinzog, dauerte das Unglück an, welches wie nie zuvor das Luxemburgische heimsuchte, da Spanien und Frankreich ihre Differenzen auf seinem Boden austrugen: sie zerstörten und vernichteten, was in ihre Wege kam, und lieferten das Volk den heimtückischsten Epidemien aus. Der Westfälische Friede von 1648 brachte Deutschland etwas Ruhe, den Niederlanden ein mühseliges Fortschleppen der Auseinandersetzungen und endlich, 1659, die Pyrenäen-Abmachung: der Herrscher in Madrid bezahlte seine Rechnung an den französischen König mit luxemburgischem Landzoll. So gingen die Südteile des Herzogtums dahin.

Sechs Jahre später, 1665, starb Philipp IV. und hinterließ dem vierjährigen Karl II. das unglückselige Erbe. Vorerst freilich führte des Königs Mutter, Maria-Anna von Österreich, die gefährliche Regentschaft. Ludwig XIV. wollte nämlich mehr als einige arme Provinzen Luxemburgs. Er begehrte die berühmte Festung selber und damit den Zentralpunkt, welcher sämtliche Erobererhoffnungen möglich machte. Zwar versuchte Luxemburg durch materielle und spirituelle Maßnahmen, durch den Ausbau der Befestigungen nach den Plänen von Monterey und Louvigny sowie durch die Wahl der Trösterin der Betrübten zur Schutzpatronin, diese Erwartungen zunichte zu machen, allein die berüchtigten «Vereinigungskammern» des Roi Soleil ließen auf Umwegen, nach dem Fehlschlag eines Handstreiches, erreichen, was direkt nicht zu verwirklichen war: nach und nach wurde das «Gibraltar des Nordens» isoliert und durch Belagerungswellen, von Créqui und von Vauban recht geleitet, in seinem Widerstandsvermögen gelähmt. Am 4. Juni 1684 mußte es kapitulieren und sich für vierzehn lange Jahre dem Willen des Eroberers beugen, der, nach echt französischer Monarchenart, zuerst die Dinge zentralisierte, um sie dann absolutistisch zu leiten.

Wiewohl der erste Intendant Mahieu noch manches Übel wegzustreicheln und etliche Wohltaten zu erweisen schien, blieb die Bevölkerung mißtrauisch in ihrer wachsenden Unzufriedenheit. Diese fand ihre beste Nahrung in jener Daseinsunsicherheit, welche der Krieg Frankreichs mit der Augsburger Liga hervorgerufen hatte. Neun Jahre, von 1688-1679, hielten Kampf und Hader an, bis der Friede von Rijswijk die gewandelten Verhältnisse wieder in die alten spanischen Formen zu zwängen versuchte: Philipp V., Kleinneffe des kinderlos verstorbenen Karl II., durfte, zugleich mit der Krone, den entnervenden Sezessionskrieg von 1701-1714 übernehmen und das ferne Herzogtum als jenen Einsatz im blutigen Spiele behandeln, der am Ende, als in Utrecht, Rastatt und Baden die neue Ordnung unterschriftlich sanktioniert worden war, an Österreich ausgehändigt wurde.

Damit kam Luxemburg auf einen Weg, der unter Karl VI., von 1714-1740, unter Maria Theresia, von 1740-1780, und unter Joseph II., von 1780-1790, in die wirtschaftliche und politische Genesung führen sollte. Wohl gab der sture Josephinismus Anlaß zu manchen Schwierigkeiten religiöser und geistiger Natur, allein das eigentliche Elend setzte wieder mit Leopold II. (1790-1792) ein und erreichte während dem Regnum Franz' II. (1792-1795) seinen Höchststand in der Invasion der französischen Revolutionäre und in der Eroberung des gesamten Landes.

Die zum zweiten Male als «Befreier» gekommen waren, erwiesen sich, nach einer alten und doch immer wiederholten Weise, als Bedrücker, welche zwei Jahre lang diktatorisch herrschten, um das Verwaltungswesen vollständig umzuorganisieren. Allein das Novum erbrachte keine Sympathie, vor allem dort nicht, wo es sich ins weite Fiskalkleid hüllte. Als dann auch noch der Blutzoll, nämlich der Wehrdienst, gefordert wurde, griffen die Landleute kurioserweise zu den Waffen: mit Knüppeln und mit Dreschflegeln hieben sie drein und verloren, mit ihrer Hoffnung auf den Sukkurs der Österreicher, als «Klöppel-

krieger» zum Teil das Leben. Was weiterexistieren durfte, fühlte in seiner dumpfen Resignation die Segnungen der «grande révolution» nicht einmal halb.

Erst im Jahre 1799, in der Zeit des Konsulates, fingen die Luxemburger wieder an, bessere künftige Tage zu erwarten. Napoleon gab sie ihnen, tropfenweise, und fand mit einem Male Supporter dort, wo zuvor die große Nation nicht gerade beliebt gewesen war. Das frühere Herzogtum profitierte mit von den gewaltigen Beuten des Korsen, allein das war als Kompensation zu wenig für den Verlust, den das unfreie Volk in seinen Söhnen unter Waffen erlitt.

1814 freilich, als die Verbündeten den Kaiser geschlagen hatten, kam eine gnadenlose und schreckliche Zeit: die des Übergangs, in der man bestenfalls wußte, daß man weder preußisch noch französisch war, während man sich abwechselnd von einem Russen und von einem Deutschen verwalten ließ.

Der tanzende Kongreß von 1815 brachte aus Wien eine tolle Lösung: Kleiner machen! Die Ostgebiete an Preußen abtreten! Und das Restland hieß in Zukunft Großherzogtum. Zudem gehörte es Wilhelm I., Prinzen von Oranien-Nassau, als unveräußerliches Eigentum. Das Donum, allen legitimen Nachfolgern Wilhelms als autonomes Land zueigen, hatte freilich sein Häkchen: der deutsche Bund durfte es ad usum seiner Mitglieder für friedliche und weniger friedliche Zwecke benutzen. Wilhelm I. vereinigte es kurzerhand mit den Niederlanden, strebte gute und minder gute Reformen an, kam dabei zuletzt in Widerspruch mit den Belgiern, zu denen sich manche Luxemburger hingezogen fühlten, und sah sich plötzlich einer Revolution gegenüber, deren Aktions- und Agitationszentrum Brüssel war.

Die provisorische Regierung Belgiens ging nicht klüger als der holländische König vor; auch sie wollte Luxemburg annektieren, was dann einen Großteil der Einwohner gegen die Rebellen aufbrachte. Der Ausgang der Ge-

schichte war, da die Mächte in London sich der heiklen Aufgabe annahmen, von einer klassischen Einfachheit: Belgien wurde 1831 unabhängig, alles andere blieb in einem Schwebezustande, der Nicht-mehr-Krieg und Noch-nicht-Friede genannt werden durfte, und nach acht Jahren, also 1839, wurde das Großherzogtum um seine Westgebiete zugunsten Belgiens gekürzt, aber nicht, der Regel gemäß, zum Königreich erhoben.

Wilhelms Männer für Luxemburg, Hassenpflug und Stifft, taten des Schlechten so viel, daß des Volkes Sympathien für das neue Herrscherhaus nur langsam Wurzeln schlugen. Erst im Jahre 1840, als Wilhelm II., nach der Abdankung seines enttäuschten Vaters, den Thron bestieg, wandelte sich Etliches zum Besseren. Luxemburg wurde, verwaltungsmäßig, von Holland getrennt, Einheimische verdrängten die führenden Ausländer, eine Ständeverfassung wurde durchgeführt, und wirtschaftlich nicht weniger als politisch und religiös gedieh die lang ersehnte Autonomie. 1849, beim Tode des Herrschers, durfte das luxemburgische Volk den Wiederhersteller seiner Unabhängigkeit ehrlich feiern und betrauern.

Wilhelms II. Sohn, Alexander, bestieg unter dem Namen Wilhelm III. den Thron und ernannte den Prinzen Heinrich zum Statthalter des Großherzogtums. Dieser wußte von 1850 bis 1879 die Gunst der Luxemburger in einem solchen Maße zu erringen, daß er zum eigentlichen Verkörperer einer geachteten und nachher geliebten Dynastie umsomehr wurde, als der sozialoekonomische Fortschritt des wahrlich unabhängig gewordenen Volkes ein erstaunliches Tempo anzunehmen begann.

II.

Es war eine friedliche Revolution, die Weltreiche stürzen und das Universum erobern ließ.

DIE UMSTELLUNG DER SKRIPTORIEN IN DRUCKEREIEN

Im Anfang der Buchkunst waren die Schreib- und Kopierstuben. In ihnen wurden, unter manchen andern, die Tugenden des Fleißes und der Geduld geübt. Hand und Geist mußten gleicherweise angestrengt werden, sollten die Werke wirklich gut gedeihen. Mönche und Scholaren haben uns die unvorstellbaren Schwierigkeiten ihres Berufes nicht übel geschildert. Wohl machen Textgestaltungen und Schriftgliederungen das Entzücken eines jeden Kenners aus, allein an Nebensächlichkeiten weiß nur der bessere Eingeweihte das Skriptorenschaffen richtig einzuschätzen. Das sind meistens unauffällig angebrachte Glossen oder heimlich hingekritzelte Bemerkungen, an denen die Schattenseiten der ältesten Bücherherstellung sichtbar werden.

So deutete der Prior Guigo aus der Grande Chartreuse das Schreiben einmal so: «Da wir das Wort Gottes mit dem Munde nicht predigen können, wollen wir es mit den Händen tun, denn so viele Bücher wir schreiben, ebenso viele Herolde der Wahrheit senden wir aus.» Am Schlusse eines Bücherkatalogs aus dem zwölften Jahrhundert hieß

Frisingen, Arlon, Malmaison, Flamizoul, Marche und Grainchamps, um sie aufzufordern, den Durchlaß solcher Schriften, insbesondere des «Nouvelliste impartial», nicht zu gestatten, sondern alle auftauchenden Exemplare an seine Adresse zu senden. Zugleich berichtete er nach Brüssel, er habe sämtliche Buchhändler Luxemburgs admonestiert, sich an diese Bestimmung zu halten. Am 24. Februar antworteten Deloeuvre von Marche und am 25. Jolliot von Grevenmacher in bestätigendem Sinne. D'Olimart gab dann am 28. ausführlichen Bericht nach Brüssel: er habe den Druckern und Buchhändlern Luxemburgs — außerhalb dieser Stadt seien ihm keine bekannt — ernsthaft untersagt, irgendwelche Werke von de Feller und Brosius in Empfang zu nehmen und zu vertreiben, vor allem aber den «Nouvelliste impartial», und für diesen eine Subskription zu eröffnen; sodann habe er sich an die verschiedenen Postmeister gewandt, von denen ihm der Marcher sowie der Luxemburger je vier Exemplare der neuen Zeitung zugestellt hätten; schließlich habe er eine zollamtliche Untersuchung durchführen lassen, wobei er vierzehn Bücher verdächtigen Inhalts entdeckt habe, ohne freilich auf die Geschichte der belgischen Unruhen zu stoßen. Er bitte um Mitteilung, was mit den beschlagnahmten Zeitungen und Büchern zu tun sei.

Nun wurde plötzlich alles suspekt, sodaß am 8. März 1788 Lapraille von Grainchamps anzufragen wagte, ob das Blatt «L'Esprit des Gazettes» gleichfalls verboten sei, während Bergh aus Arlon am 11. März einfachhin dreißig Zeitungen einsandte und erklärte, in seiner Ungewißheit, ob die Werke zulässig seien oder nicht, habe er den sichersten Weg gewählt. D'Olimart gab nur die Anfrage des Postmeisters von Grainchamps nach Brüssel weiter, von wo am 22. die Antwort kam, «L'Esprit des Gazettes» dürfe in der Provinz Luxemburg frei zirkulieren. Über die Verwendung der beschlagnahmten Schriften wurde am 14. März befunden: sie seien in der Fiskalkammer zu deponieren.

Die Einzelaktionen konnten das Gewissen der Brüsseler Herren nicht beschwichtigen, die eine feierliche Verkündigung der geltenden Vorschriften allen kleineren Depeschen vorzogen und deshalb, am 12. April des gleichen Jahres 1788, durch Wildt an das Fiskalamt in Luxemburg berichten ließen:

Der Unzahl kleiner Bücher, satirischer Schriften und anonymer Werke jeder Art wegen, welche seit einiger Zeit in der Öffentlichkeit zirkulierten, zum großen Schaden der allgemeinen Ruhe und der guten Ordnung, habe der Herrscher sich über die einzelnen Zensurbestimmungen der vergangenen zwei Jahrhunderte aufklären lassen und dabei festgestellt, daß sie noch alle anwendbar seien, ja, daß sie sämtliche Vorschriften enthielten, die er seit seinem Regierungsantritt über den Buchhandel und über die Zensur erlassen habe. Darum gezieme sich nicht, eine neue Gesetzgebung zu veröffentlichen, es genüge vollkommen, die ganze Aufmerksamkeit, nicht nur der weltlichen, sondern auch der kirchlichen Zensoren, auf die Ordonnanzen vom 8. Mai 1521, vom 17. Juli 1526, vom 14. Oktober 1529, vom 7. Oktober 1531, vom 22. September 1540, vom 18. Dezember 1544, vom 9. Mai und 30. Juni 1546, vom 29. April und 25. September 1550, vom 19. Mai 1570, vom 31. August 1608, vom 29. Januar 1610, vom 20. Februar 1616, vom 13. April 1667, vom 20. April 1669, vom 7. November 1695, vom 25. Juni 1729, vom 9. Juli 1731, vom 16. Juni 1732, vom 6. September 1752, vom 8. Februar und 30. August 1755 hinzulenken.

Folgende Prinzipien müßten die Examinatoren in der Ausübung ihres Berufes leiten:

Ein eigener Katalog gebe die verschiedenen verbotenen Bücher an. Falls den Autoren des Verzeichnisses einige Namen entgangen seien oder falls Bücher auftauchten, die in die gleiche Kategorie gehörten, so sollten die Zensoren das sofort nach Brüssel melden.

Bei den zu druckenden und zu verkaufenden Werken müsse beachtet werden:

1° daß alles zu untersagen, zu beschlagnahmen und an das Generalgouvernement zu senden sei, was grobe Obszönitäten enthalte, ohne zur Erleuchtung und zur Erweiterung der Kenntnisse beizutragen;

2° daß in Zweifelsfällen, vor allem importierten Werken gegenüber, die wohl wissenschaftlich wertvoll, aber in Religionsbelangen gewagt seien, der Absatz gestoppt, jedoch der Buchhändler nicht verfolgt werden solle;

3° daß Schriften, welche systematisch die Religion angriffen und ridikülisierten oder offen die Sittenverderbnis betrieben, auf keinen Fall geduldet werden dürften;

4° daß Andachts- und Lehrbücher, wie Bibeln und Fastenbriefe, niemals öffentlich zum Verkaufe ausgelegt werden dürften, obschon die Buchhändler solche an durch die Zensoren beglaubigte Protestanten aushändigen dürften;

5° daß satirische Werke, bei Namensangabe des Verfassers, im allgemeinen geduldet werden könnten, solange sie nicht diffamatorisch seien; doch müsse, den Zeitumständen entsprechend, umsichtiger vorgegangen werden; immerhin behielten die Angegriffenen ihr Rekursrecht vor dem Richter;

6° daß Schriftensammlungen nicht verboten werden dürften, weil sich irgendwo eine etwas schlüpferige Stelle befinde, vorausgesetzt, daß die Sammelwerke irgendwie von Nutzen seien; wenn die Zensoren aber aus Partikulargründen etwas gegen solche Erscheinungen einzuwenden hätten, so dürften sie den öffentlichen Verkauf unterbinden, ohne aber zugleich die Abonnenten um die Zustellung zu bringen; selbstverständlich sei diese Lizenz nicht anwendbar auf Werke, welche die Religion, die guten Sitten oder den Staat verletzten;

7° daß Bücher juristischer, medizinischer oder militärischer Natur oder auch wissenschaftlicher und künstlerischer Art, welche aus dem Auslande kämen, nicht an

das Generalgouvernement gesandt zu werden bräuchten, es sei denn, sie enthielten etwas gegen die Religion oder gegen die guten Sitten; daß dagegen solche, die unter einem einfachen Titel notorisch gefährliche, beleidigende oder diffamatorische Stellen enthielten, ebenso wie Broschüren über Charlatanismus, Empirismus oder Alchimie, sofort vom Verkaufe auszuschließen seien, daß darüber der Regierung berichtet werden müsse und daß alle Schriften religiösen Inhaltes oder solche, die Fragen des öffentlichen Universal- oder des deutschen Rechtes behandelten und unter dem Titel: 'Vermischtes aus dem Auslande' kämen, der Zensur zu unterbreiten seien;

8° daß die Zensur nicht die Reisenden betreffe, sofern diese nicht, als Objekte einer Denunziation, durch ein- oder mehrmalige Hin- und Herreise aufgefallen seien, um für Buchhändler oder Hausierer verbotene Werke einzuschmuggeln, was zugleich ein Zoll-, ein Betrugs- und ein Zensurvergehen darstelle;

9° daß die Zensur eine besondere Wachsamkeit den ausgestellten Werken für öffentliche Versteigerungen, sei es in Buchhandlungen oder in privaten Sterbehäusern, widmen müsse;

10° daß strengstens die Hausierer oder die Bücherbörsenleute zu überwachen seien, welche mit den Buchhändlern geheime Abmachungen gegen den Inhalt der alten Statuten und Ordonnanzen haben könnten;

11° daß die vorausgehenden Bestimmungen meistens die importierten Schriften beträfen, daß aber, was die im Inlande gedruckten Werke anlange, die Zensoren in der Regel, ohne Bericht an die Regierung, das Imprimatur für Anzeigen, Gazetten, Gebetszettel und ähnliche fliegende Blätter erteilen dürften im Gegensatz zu den Drukken und Neudrucken von bis dahin unbekannten, weil im Auslande erzeugten Schriften, für welche die Regierung befragt werden müsse;

12° daß in Zukunft keine neuen Theateraufführungen gestattet werden sollten für Werke, seien es ausländische,

seien es inländische, für welche die Regierung noch keine Genehmigung gegeben habe; und daß, was die alten Bühnenstücke anlange, ein demnächst erscheinendes Verzeichnis all jene enthalten werde, welche zur Darstellung freigegeben seien.

In allen zweifelhaften Fällen dürften die Zensoren die Meinung der kirchlichen Experten oder, für wissenschaftliche Publikationen, der Gelehrten einholen.

Im Falle, wo einige Personen, deren Prinzipien genauestens bekannt seien, etliche verbotene Werke für öffentliche Bibliotheken oder für ihren Privatgebrauch zu erstehen wünschten, dürfe die Erlaubnis nach Bericht an die Regierung erteilt werden.

Die Neuverkündigung der alten Dekrete und der revidierten Geheimbefehle hielt natürlich nicht das Kanzleispiel um singuläre Erscheinungen auf. Es setzte sich, munterer als zuvor, fort und betraf am 17. April einen «Recueil des decrets, représentations etc.», welcher während den letzten Unruhen erschienen war, vor allem den 11. Band, der eine Fälschung darstellen sollte und dessen Drucker man zu entdecken hoffte. Leider enttäuschten d'Olimart und der Substitut de Traux im Schreiben vom 28. April die Brüsseler Stellen, da sie mitteilen mußten, daß, nach einem Besuche bei Pierre Brück und Henri Kleber, nur der 9. Band des angegebenen Werkes habe aufgestöbert werden können, während alle andern längst von den französischen Buchhändlern zurückverlangt worden seien. Wildt in Brüssel war mit diesem Bescheid nicht ganz zufrieden: am 2. Mai verlangte er eine Nachforschung bei den Lesegesellschaften. D'Olimart gab sich noch enttäuschender in seiner Antwort: in der ganzen Provinz gebe es weder Leseklubs noch Literaturkabinette; wohl sehe man in den Cafés Gazetten, allein es seien diejenigen, welche die Besucher selber mitbrächten, da die Wein- und Bierverkäufer nicht einmal die Ausgabe zu machen gedächten, die der Kauf einer Gazette verlange. Dafür durfte der Generalanwalt eine Kompensation an-

bieten: alle beschlagnahmten Schriften, welche sich auf die letzten Unruhen bezögen, sowie «L'Esprit de Rainal»[26]) und «Les lettres de deux amants, habitants d'une petite ville aux pieds des Alpes», die, gemäß dem Katalog, zu den verbotenen Büchern gehörten.

Inzwischen hatte freilich ein anderes Lustspiel begonnen: am 17. April war, nachdem zuvor die Skrupel des Postmeisters von Flamizoul über die Zulassung der in Lüttich vertriebenen Zeitung «Le Courrier du Danube» gemeldet worden waren, vom diensteifrigen Luxemburger eine Broschüre «Pugna Michaelis cum dracone Asmodeo» in nicht weniger als zwei- bis dreihundert Exemplaren beschlagnahmt worden. Am 26. verlangte Wildt Nachforschungen über den Autor des «libelle diffamatoire» und die Strenge des Gesetzes für dessen Komplizen. Vom «Courrier du Danube» dagegen sei nichts zu befürchten; er dürfe, bis auf Widerruf, vertrieben werden.

Am 8. Mai 1788 hatte d'Olimart den Täter entdeckt: es handelte sich um den Pfarrer von Kirft im Trierischen, von dem die Saarburger Bürger verleumdet worden seien, so zwar daß das Trierer Konsistorium eingegriffen habe, um den Schreiber im Trierer Dominikanerkloster einzusperren. Am 26. Juli erbat d'Olimart, dem die Broschüren zuzusetzen schienen, eine Mitteilung, was er damit anzufangen habe. Die Erlösung kam am 7. August: alles, fein verpackt, in mehreren kleinen Sendungen nach Brüssel senden!

Eine Note vom 16. Juni 1788 hatte mitgeteilt, daß man dem Generalanwalt von Luxemburg drei Exemplare eines Katalogs der verbotenen Bücher zugestellt habe (dieser Katalog sei ein geheimes Stück) und ebensoviele Exemplare des Katalogs der erlaubten Theaterstücke (der allerdings erst im Druck sei und später nachgeliefert werde). Ein Exemplar sei für den Generalanwalt d'Olimart, die andern möchten den Substituten de Traux und Perrin ausgehändigt werden.

Am 2. Juli kam unverhofft die Nachricht, der (vormals fast mit Feuer und Schwert verfolgte) «Nouvelliste impartial» sei von de Launoy unter der Bedingung freigegeben worden, daß der Drucker Tutot aus Lüttich jeweils vor dem Drucke das Manuskript dem Geschäftsträger am Lütticher Hofe, Bassin, zur Zensur übergebe. D'Olimart war erschüttert. Sofort schrieb er nach Brüssel, die Zeitschrift müsse doch eigentlich unterdrückt werden, da ihre Meldungen aus Luxemburg vom 30. November, Seite 499, und aus Wien vom 25. November, Seite 474, furchtbare Verleumdungen enthielten.

Am 16. August machte Bartenstein, von Brüssel aus, aufmerksam auf ein Buch: «De l'autorité des deux puissances»[37]), das bei den Druckern und den Buchhändlern zu beschlagnahmen sei. D'Olimart wußte darüber zwar nichts von den luxemburgischen Druckern und Buchhändlern, dafür aber vom Lütticher Buchhändler Lemarié zu berichten, er habe zweimal um die Verkaufserlaubnis für Luxemburg nachgesucht und sogar im letzten Schreiben zu behaupten gewagt, die Regierung, welche den Absatz nicht verhindern wolle, werde ihm schlechten Dank für seinen Widerstand wissen.

Am 25. August 1788 meldete de Launoy kurioserweise nach Luxemburg, in dieser Stadt werde ein Buch, ohne Approbation und ohne Zensurvermerk, vertrieben, das den Titel trüge: «Ecclesiae infallibilitas in factis doctrinalibus demonstrata et a Jansenianorum impugnationibus vindicata per Joannem Josephum Havelange[38]) ex Dieuport, Presbyterum» und im Anhang die Bulle des Papstes zur Verurteilung des Eybel'schen Buches: «Quid es papa?» enthalte. Das Buch sei sofort zu beschlagnahmen. Doch des Grafen Windisch-Graetz Schrift: «Discours dans lequel on examine les deux questions suivantes: 1° Un monarque a-t-il le droit de changer de son chef une constitution évidemment vicieuse? 2° Est-il prudent à Lui, est-il de son intérêt de l'entreprendre? Suivi de réflexions etc.» und des andern Grafen, Mirabeaus, Werk: «De la monarchie

prussienne sous Frédéric le Grand» wurden am 25. Oktober höchstgnädig zum Verkaufe freigegeben.

Inzwischen hatten sich die Drucker und die Buchhändler nicht wenig über das neuerliche Inkraftsetzen alter Edikte und Ordonnanzen aufgeregt, welche die Zensur betrafen. Am 27. September wollte Brüssel einen Akt der Besänftigung dadurch vornehmen, daß den Buchdrucker- und Buchhändlerkammern oder den hauptsächlichsten Druckern dort, wo Innungen nicht bestanden, drei Kataloge der verbotenen Bücher vermacht wurden mit der Aufforderung, denselben weder nachzudrucken noch rundgehen zu lassen. Da die Verzeichnisse nicht sämtliche prohibierten Werke enthielten, seien die Interessenten darauf aufmerksam zu machen, daß dieser Mangel ihnen nicht das Recht gebe, etwa fehlende, aber nicht erlaubte Schriften dieser Art nun zu drucken und zu vertreiben. Sie hätten sich genauestens an die Vorschriften zu halten, die ihnen allesamt bekannt seien. Auch der Unterschied zwischen auslegbaren und im Magasin aufzubewahrenden Büchern sei ihnen durch die Zensoren klar zu machen, an die sie sich in Zweifelsfällen immer wenden müßten.

Diese Bestimmungen lösten wohl kaum einen Ausbruch der Zufriedenheit bei den armen Kulturvermittlern aus, die freilich erst am 14. Februar 1789 neuerdings durch die Aufforderung behelligt wurden, die Subskription auf die Zeitschrift «L'Abeille politique hollondaise» einzustellen. Am 23. desselben Monates erfolgte das Verbot des Sammelwerkes: «Recherches historiques sur l'érection, constitution, droits et privilèges de l'université de Louvain, relatives à la contestation actuelle. Correspondance épistolaire N° 3. 1788»[29]), dessen erschienene Nummern einzuziehen seien. Das gleiche Schicksal traf am 28. März eine Broschüre, betitelt: «Prospectus ou abrégé d'un ouvrage qui a pour titre: Histoire et fatalités des sacrilèges etc. par Henri Spelman, chevalier. Londres chez John Hartley 1698. Traduit de l'anglais. A Bruxelles 1788»[30])

sowie am 4. April die holländische Publikation: «De Vriend der Nederlandsche Kinderen, of Vaterlandsche avonden».

Abbé Fr.-X. de Feller konnte den Josephinischen Schnüfflern auf die Dauer nicht entschlüpfen. Am 18. Mai 1789 packten sie wieder zu, um den Druck und die Verbreitung im Luxemburgischen des «Dictionnaire des hommes illustres, nouvelle édition» unmöglich zu machen. Etwaige Besitzer des Werkes müßten aufgefordert werden, es sofort außer Landes zu bringen, widrigenfalls die Beschlagnahme erfolge. De Traux ließ den Buchhändlern Brück und Lequéreux sofort eine Ausfertigung des Befehles durch Gerichtsvollzieher zustellen.

Zur Abwechslung wurden am 4. August die Journalisten angehalten, Berichte über militärische Probleme zuvor dem Garnisonskommandanten zu unterbreiten, damit in Zukunft Klagen über die Mißbräuche bei derartigen Meldungen unterblieben.

Am 4. September 1789 gebrauchte de Launoy[31]) in einem Briefe an d'Olimart äußerst scharfe Worte: aus dem Schoße der Finsternis sei eine Schrift unter dem Titel: «Discours adressé à un certain peuple sur sa situation présente»[32]) herausgekommen, welche über alle Imaginationskräfte hinaus brandstifterisch und also imstande sei, die unheilvollsten Wirkungen zu haben, falls man nicht ihre Verbreitung mit allen möglichen Mitteln unterbinde. Diese «abominable brochure, enfantée par la plus horrible scélératesse», müsse sofort eingezogen und nach Brüssel gesandt werden; nicht einmal die Zensoren dürften ein Exemplar «de cet infernal ouvrage» zurückbehalten.

LIBERTÉ, LIBERTÉ CHÉRIE!?

Wiewohl mit aller Mühe durch die Kanzleiherrscher in Brüssel abgedämpft, machte sich doch, noch hinter den verhaltenen Ängsten, das feine Donnergrollen einer revo-

lutionären Entwicklung bemerkbar, welche in Frankreich umstürzlerische Ausmaße annahm. Aber die Dinge gerieten in einen Lauf, den die kleineren und größeren Zensorentaten eher beschleunigten als hemmten. Was konnte noch am 16. Januar 1792 gewonnen werden, wenn im Auftrage S.M. gegen den Zustrom von Libellen und Schriften mit Genugtuung die Mobilisation der Edikte vom 12. Februar 1739, vom 22. Oktober 1787 und vom 22. Mai 1788 befohlen wurde? Klang es nicht höchst lächerlich, wenn am 20. September 1792, angesichts der Vorgänge in aller Welt, noch einmal das «Dictionnaire des hommes illustres» des Abbé de Feller hochgenommen und den verbotenen satirischen und diffamatorischen Schriften gleichgestellt wurde, weil der Autor, «sich erlaubt habe, das Andenken Seiner verstorbenen Königlichen Hoheit, des Kaisers Leopold, zu beleidigen»? Die Freiheit brach sich siegreich Bahn.

Die Freiheit?

Drucker und Buchhändler sollten bald erfahren, daß für sie die letzten Dinge noch ärger als die ersten waren.

Die geistige Knetung des Volkes setzte im Januar des Jahres 1796 (nivôse, an 4) mit einem Briefe des französischen Justizministers Merlin an den Kommissar des Exekutivorganes ein, worin die Übersendung einer deutschsprachigen Zeitung mitgeteilt wurde: «Durch einen Beschluß vom letzten 22. frimaire hat das Exekutivdirektorium die Zustellung einer deutschen Zeitung, welche hier gedruckt wird, an jene Departemente anbefohlen, in denen die Einwohner ganz oder nur teilweise der französischen Sprache mächtig sind. Da ich die Organisation der konstituierten Autorität in Ihrem Departement noch nicht kenne, kann ich das Blatt nicht sofort den Zuchtpolizeigerichten, den Verwaltungen und den Friedensrichtern zusenden, welche zweifelsohne über bessere Mittel verfügen, um die Exemplare den Gemeinden zukommen zu lassen; doch um sie einzuladen, die best-

geeigneten Maßnahmen zur geziemenden Verteilung dieses Blattes zu ergreifen, von dem Ihnen gewöhnlich zweihundert Exemplare zugehen werden, genügt Ihnen, mitzuteilen, daß es dazu bestimmt ist, den Gazetten aus Deutschland, die im Solde der Koalitionsmächte stehen, den genauen Bericht der Regierungsoperationen entgegen zu setzen. Sie wollen mir im übrigen über den Verteilungsmodus berichten, den Sie glaubten anwenden zu müssen, um diesen Zweck zu erreichen.»

Die Antwort der Präsidenten und Administratoren der luxemburgischen Zentralverwaltung: Arnoul, Rousset, Seyler und Failly, des Exekutivdirektoriumskommissars Légier und des Sekretärs Duportail war zustimmend ohne jede Einschränkung: das Exekutivdirektorium habe, indem es die Redaktion dieser Zeitung hervorrief, eine äußerst weise und durchaus notwendige Maßnahme getroffen, um den öffentlichen Geist zu unterstützen und in den neuvereinigten Departementen ausbrechen zu lassen, die nur die deutsche Sprache zu gebrauchen pflegten. Freilich, um die Initiative noch fruchtbarer zu machen, müsse das Journal, statt in lateinischen, in deutschen Lettern gedruckt werden, da die meisten Landleute die lateinischen Zeichen nicht zu lesen wüßten, ja, zumeist durch den Anblick dieser Buchstaben, trotz der deutschen Sprache, abgestoßen würden; da das Departement größtenteils von deutschen Kantonen gebildet werde, müsse die Zusendung der Exemplare, des zu erreichenden Zweckes wegen, beträchtlicher sein. Einundzwanzig deutschsprachige Kantone, von denen einige mehr als hundert, die kleinsten zwischen vierzig und fünfzig Gemeinden zählten, bedingten zum wenigsten die Zustellung von sechshundertdreißig Exemplaren; hinzukämen für die Behörden und für die Verwaltungen, darunter sieben Postbüros, hundertzwanzig; mache alles in allem siebenhundertfünfzig Nummern. Später dürfe die Zahl der Gratisexemplare abnehmen, da sich Abonnenten finden ließen; den besten Verteilungsmodus liefere die Zentralverwaltung, von der

die Verteilung vorgenommen werden könne, und zwar durch die eingerichteten Botengänger.

In seiner Rückantwort vom 4. Februar 1796 (pluviôse, an 4) zeigte sich der Justizminister retizent. Das Direktorium, schrieb er, habe dreitausend Exemplare bestellt, von denen 387 nach dem Ht. Rhin, 659 nach dem Bas-Rhin, 140 nach dem Mont Terrible, 173 nach dem Meurthe-, 312 nach dem Mosel-, 207 nach dem Wälderdepartement und 200 nach Aachen gingen. Das übrige werde den Armeen von Sambre et Meuse, Rhein und Mosel zugestellt. Für die Festsetzung dieser Zahlen habe man sich von der Bevölkerungsdichte leiten lassen; Vorschläge zur Änderung könnten immer noch in Betracht gezogen werden, obschon die Nützlichkeit des Journals wahrscheinlich weniger groß sei, als angenommen, da die Bauern die Vulgärbuchstaben nicht zu lesen vermöchten. Es sei anzunehmen, daß die Herausgeber der Zeitung nicht über gotische Lettern verfügten, darum dürfe man nicht allzu optimistisch eine Umstellung erwarten. Vielleicht sei möglich, daß die Luxemburger mit einiger Aussicht auf Erfolg beim Exekutivdirektorium intervenierten.

Den Herren Bürgern vom Wälderdepartemente war das nicht umsonst gepfiffen; am 11. Februar 1796 schrieben sie beherzt an den Vorsteher des Exekutivdirektoriums nach Paris, legten die Dinge auseinander und widerlegten die Einwände des Justizministers:

die Zahl von 300 Exemplaren sei ungenügend, da das Departement mindestens 400 bis 500 Gemeinden mit Kirchtürmen besitze; die Nützlichkeit der Zeitung stehe im Verhältnis zu ihrer Verbreitung; es müsse hingewiesen werden auf die krasse Ignoranz der Bewohner dieser Gegenden, was die französischen Gesetze und die republikanische Gesinnung angehe; auch seien sie begierig, deutsche Gazetten zu lesen, weshalb das Unternehmen der Regierung als Gegengift den fremden deutschen Blättern gegenüber betrachtet werden dürfe;

dieses Ziel werde nur erreicht werden können, wenn die Lettern der Zeitung gotisch seien, da die Landbewohner nicht oder nur schwer an die lateinischen Buchstaben gewöhnt werden könnten;

wenn die Redakteure sich erboten hätten, bei einer genügenden Abnehmerzahl mit gotischen Zeichen zu drucken, so beweise das, daß sie im Besitze solcher Lettern seien oder sich leicht in den Besitz setzen könnten; übrigens habe die Regierung die Möglichkeit, ihnen dabei zu helfen, da bereits mehrere Gesetzestexte in deutscher Schrift erschienen seien.

Gleich zu Beginn der neuen Herrschaft setzten auch die Täuschungsmanöver der Regime-Gegner ein. Im Januar 1796 übersandte Bouteville, Regierungskommissar beim Ourthe-Departement, eine Anfrage über einen gewissen Jacob Hauze, der, unter dem Namen Luxemburgs, am 2 Nivôse, an 4, also am 23. November 1795, eine kleine Schrift gegen die Kreisverwaltung Luxemburgs habe erscheinen lassen. Bouteville schickte das Schriftstück ein und begehrte, einige Aufklärungen über den Mann und über die angegebenen Fakten zu erhalten. Légier verlangte sofort von der Stadtverwaltung Aufschluß, die gegen Ende Januar 1796 mitteilte, daß zwar im Grund, Nummer 121, ein Weber, namens Jakob Hosse wohne, daß aber ein Bürger mit der Schreibweise Haus unbekannt sei. Eine beigelegte Attestation ließ dann erkennen, daß der Weber nicht Jakob und auch nicht Hosse, sondern Pierre Hos hieß, daß er weder lesen noch schreiben konnte und daß ihm ein Mann namens Jacob Hoss vollständig fremd sei. Anderntags berichtete die Zentralverwaltung an den Bürger Bouteville nach Brüssel: sie habe das Libellum, gezeichnet Jacob Hauze, erhalten, welches Anklage gegen einige Mitglieder der Kreisverwaltung erhebe, von denen vier noch der Departementsverwaltung angehörten; was die Fakten anbetreffe, so müsse gesagt werden, daß die meisten nur vage Beleidigungen an die Adresse des Personals enthielten; ihr Feingefühl untersage ihnen, darauf

Antwort zu geben; was den Verfasser angehe, so habe die Stadtverwaltung nur einen armen Weber, namens Pierre Hos, entdecken können, der überhaupt nicht französisch und nur sehr wenig deutsch schreiben könne; er habe niemals Anweisung gegeben, in seinem Auftrage nach Brüssel Schriften zu schicken. «Wenn das Volkswohl an der Entlarvung des Autors dieser elenden Produktion interessiert wäre, so könnten wir zweifelsohne hoffen, einen schändlichen Angeber zu demaskieren, der sowohl seinen Namen wie seine Schrift verstellt hat. Doch glauben wir, es sei geziemender und einer republikanischen Verwaltung würdiger, der verdienten Verachtung sowohl den Autor wie auch das zur Frage stehende Produkt zu überlassen. Überdies sind wir vollkommen überzeugt, daß es weder in Luxemburg noch im Departement irgendeinen Menschen gibt, der in der Gesinnung niedrig genug und auch genügend böswillig ist, um ein solches Skriptum zu erdenken und zu verfassen.»

Diese Anprangerungsmanie wurde von den ehrenwerten Leit-Bürgern des Wälderdepartementes dadurch neuerdings bestätigt, daß sie, im Februar 1796, ein Schreiben an den Polizei- und an den Innenminister nach Paris abgehen ließen: während sie sich bemühten, in den vereinigten und einverleibten Gegenden die Republik und ihre würdigen Gesetze triumphieren zu lassen, wagten unbürgerliche oder feile Journalisten, die Wirkungen der Verwaltungsoperationen durch artifiziöse Insinuationen und durch verräterische Überlegungen zunichte zu machen. Und was war geschehen? In der von Crélot redigierten Nummer 993 des «Postillon des Armées» und in der 36. Nummer des «Abbréviateur universel» war gesagt worden, daß die französische Regierung sich bemühen müsse, den Frieden, selbst auf Kosten seiner Schande und auf Kosten der Eroberungen ihrer Soldaten, zu erkaufen. Das zweite Blatt hatte die Auswirkungen der revolutionären Jugenderziehungsmethode nicht gerade erstaunlich gefunden. Die empörten Luxemburger be-

haupteten, solche freiheitmordenden Schriften nötigten den Republikanern nur Mitleid ab. «Aber welchen unheilsamen Einfluß haben sie nicht auf Menschen, die, als Folge ihrer Sklavengewohnheiten, die Morgenröte einer Regierung, deren Stabilität und deren Einrichtungen als ungewiß und als unmoralisch hingestellt werden, mit Angst ins Auge fassen? Dann bleiben die Gesetze ohne Kraft: jenes vom 9. Vendémiaire, das die Angliederung der neun neuen Departemente an die Republik vorsieht; jenes vom 4. Pluviôse, das in diesen neun neuen Departementen den Verkauf der Nationalgüter vorschreibt; die Adresse des Innenministers vom 5. Pluviôse, durch welche die in diesen Gegenden lebendige Böswilligkeit abgedrosselt werden soll, — Ihre gesamten Anstrengungen werden mit den unsern am Einfluß der von der Unbürgerlichkeit markierten Produkte scheitern, wenn die Kühnheit der Verfasser nicht im Laufe angehalten wird.»

Am 3. Ventôse, an 4, (Ende Februar 1796) antwortete Merlin, der Generalpolizeimeister aus Paris, in einem zustimmenden Sinne: die Regierung werde aus nächster Nähe die gefährlichen Autoren überwachen. «Fahret fort, mit Eifer unsere Bemühungen zu unterstützen, während die Feinde der Republik im Geheimen an unserer Entzweiung arbeiten, um uns zugrunde zu richten; vereinigen wir uns, um diese Republik auf unerschütterliche Fundamente zu setzen!»

Die Antwort des Innenministers, welche vierzehn Tage später einlief, war solcherart, daß die Citoyens Arnoul, Rousset, Seyler, Failly und Légier mitsamt dem «Secrétaire en chef» Duportail sich beeilten, nach einer feierlichen Deliberation das Schreiben durch Maueranschläge in der notwendigen Textumrahmung bekannt zu geben. Das von der Imprimerie du Département, in der Rue du Curé no 42, gedruckte Dokument sah dann folgendermaßen aus:

«Vu la lettre du Ministère de l'intérieur, en date du 12 Ventôse présent mois, en réponse à celle de l'admi-

nistration qui dénonçait certains numéros de l'abréviateur universel et du courrier de la guerre; ladite lettre dont la teneur suit:

LIBERTÉ, ÉGALITÉ

Paris le 12 Ventôse, an 4 de la République une et indivisible

Le Ministre de l'Intérieur,

Aux administrateurs du Département des Forêts.

Je gémis comme vous, Citoyens, des écarts honteux de quelques qui abusent si étrangement de la liberté de la presse. Mais quelques soient les efforts de la malveillance pour corrompre l'esprit public, croyez que les principes bien connus de la loyauté française l'emporteront toujours sur les calculs perfides de la calomnie. Que les administrateurs et les fonctionnaires publics suivent, sans se détourner, la ligne constitutionnelle. Le gouvernement ne cessera de protéger et de provoquer la stricte exécution des lois. C'est elle qui fera rentrer la malveillance dans le néant, et si l'administration générale est secondée dans sa marche par les Autorités Constituées, rien ne pourra l'empêcher d'amener triomphalement au port le vaisseau de la République.

Salut et Fraternité
signé Benezech

L'administration voulant employer tous les moyens possibles de maintenir dans l'esprit public la confiance due au Gouvernement Français et prémunir les habitans du Département contre les erreurs et les mauvaises intentions de certains journalistes;

Après avoir entendu le Commissaire du directoire exécutif,

Arrête:

Que ladite lettre et le présent seront imprimés, publiés, affichés, et envoyés aux administrations de canton.

Signé Arnoul, président, Rousset, Failly, Seyler, administrateurs, Légier, commissaire du pouvoir exécutif, et Duportail, secrétaire en chef.

Pour expédition conforme:

Le secrétaire en chef
Duportail».

Der Eifer für die besseren Dinge verzehrte die Mitglieder der Zentralverwaltung nicht weniger als jener für die «gute Sache». Am 19. Februar 1796 drückten sie den Mitgliedern des «Lycée des Arts, jardin Égalité» in Paris ihre Zufriedenheit über die zugesandte Zeitschrift aus: diese Zustellung sei nützlicher für ihr Departement als für jedes andere, da die frühere Regierung des Despotismus den Künsten und Wissenschaften keine Ermutigung habe zukommen lassen!

In den Wäldern von St. Hubert freilich waren in diesem Augenblicke weniger die Künste und die Wissenschaften als vielmehr die Möglichkeiten eines Aufstandes Diskussionsthemen etlicher Verschwörer, die, wie der Regierungskommissar für die Sambre-et-Meuse-Armee nach Luxemburg berichtete, (2 ventôse, an 4) durch provokatorische Billets aus dem ehemaligen Lüttich und aus dem ehemaligen Belgien aufgestachelt worden seien. «Es ist möglich, und ich nehme gerne an, daß der neue Versuch einiger Partisanen Österreichs und des Königtums keine Verwirklichung findet.» Immerhin seien die promptesten und schärfsten Maßnahmen zur Zerstreuung aller Ansammlungen getroffen worden.

Inzwischen war die Auseinandersetzung um die deutschsprachige Zeitung, den «Pariser Beobachter», nicht eingeschlafen. Die Luxemburger Verwaltungsmänner hatten

tüchtige Lektoren- und Korrektorenarbeit geleistet und ihren Befund sofort an den Justizminister gerichtet, welcher seinerseits die Schriftleiter in Bewegung gebracht hatte. Am 27. Ventôse, an 4, — im März 1796 — schickte er eine ausführliche Rechtfertigung der Redakteure — unter der Aufschrift: «Réponse à une réclamation faite par l'administration centrale du département des forêts contre quelques feuilles du Spectateur parisien» — nach Luxemburg, in der die verantwortlichen Männer: Dorsch, Übersetzer bei den Auslandsverbindungen, Georges Guillaume Boehmer[33]), Richter am Zivilgericht des Wälderdepartementes, Nimis, vormals Universitätsprofessor in Mainz und Blau aus Mainz sich gegen den Vorwurf verwahrten, am republikanischen Geiste sich vergangen zu haben, obschon sie zugäben, daß sich Fehler eingeschlichen haben könnten; diese würden in der neuen Nummer ausgemerzt werden; sie dankten den Luxemburgern für ihr Interesse, bäten aber, den Minister mit solchen Dingen nicht zu belästigen, sondern sich direkt an die Redaktion zu wenden, bei der sie das größte Verständnis und den besten Willen fänden.

Über den Innenminister gab dann auch der Justizminister seine Stellungnahme zu den Anregungen kund. Wohl sei die vorgeschlagene Maßnahme nützlich, sagte er, allein sie verlange größere Ausgaben, die der jetzige Stand der Finanzen nicht erlaube. Man dürfe ruhig glauben, daß die Regierung alles unternehmen werde, um das Volkslicht in den vereinigten Departementen auszudehnen. Er schloß mit guten Ermahnungen und versprach «le bonheur et la gloire que nous saurons fixer à jamais au milieu de nous.»

Die Ermahnungen fielen in der Hauptstadt des Wälderdepartementes auf den denkbar besten Boden, da die eifrigen Zeitungsleser aus der Verwaltung neue Mängel, diesmal in Belgien und zwar in der 56. Nummer des «Courrier de l'Escaut»[34]) vom 12. floréal, an 4, entdeckten und sofort ihrem guten Korrespondenten Bouteville,

Generalpolizeiminister in Paris, das Notwendige unterbreiteten: Sie denunzierten einen Journalisten, der sich gegen ihre Verwaltung die gefährlichste Verleumdung und die evidentesten Lügen erlaubt habe; es sei nämlich von ihm behauptet worden, die Departementsverwaltung habe einen ebenso illegalen wie unkonstitutionellen Beschluß gefaßt, indem sie aus jeder Landgemeinde neun Jünglinge zwischen 19 und 25 Jahren einziehe, um sie in den republikanischen Armeen dienen zu lassen; die Verwaltung trage Schuld an den dadurch notwendigerweise aufkommenden Unruhen. Dagegen müsse gesagt werden, daß die Departementsverwaltung kein Gesetz gemacht und nichts unternommen habe von dem, was allenfalls der Regierung zustehe; sie habe nur die vom Exekutivdirektorium und vom Armeekommissar angeordneten Beschlüsse ausgeführt; es sei niemals Rede gewesen von neun jungen Männern pro Gemeinde, wohl aber von neun Männern pro Kanton von wenigstens 6000 bis 8000 Seelen; auch handele es sich nicht um Dienste in der Armee, sondern um einfache Kärrnerdienste, für die man Männer zwischen achtzehn und vierzig Jahren verlangt habe, welche gewohnt seien, mit Pferden umzugehen. Verleumdungen von Journalisten würden sie als Bürger wenig beunruhigen, doch als Verwalter müßten sie sich schützen, umsomehr als die Diatribe des «Courrier de l'Escaut» die Geister neuerdings verwirrt habe. Einen Beweis dafür liefere das Schreiben der Munizipalverwaltung von Houffalize. Übrigens trage das Blatt nicht, wie das Gesetz es befehle, den Namen des verantwortlichen Herausgebers. Was zu tun sei, um den «folliculaire», den «délinquant» bestrafen zu lassen?

Boutevilles Replik, nach sechs Tagen, riet an, den Schreiber durch den öffentlichen Ankläger gemäß Gesetz vom 28. germinal, an 4, denunzieren zu lassen. Er dankte für Duportails Bericht über die in einigen Kantonen ausgebrochenen Unruhen.

Der neue Generalpolizeiminister Cochon — Bouteville war inzwischen zum Regierungskommissar bei den einverleibten Departementen ernannt worden — hieb in seinem Schreiben vom Juni 1796 (18 prairial, an 4) in die gleiche Kerbe: da der Blattschreiber vorhabe, die in Etalle bei Virton bei den Requisitionen vorgekommenen Unruhen den Verwaltungsmännern zur Last zu legen, bleibe nur die gesetzliche Denunziation zu betreiben.

Elf Tage später nahmen die Bürger Rousset, Arnoul, Seyler und Légier eine Deliberation folgenden Wortlautes:

"29 Prairial, an 4 (19. Juni 1796)

Vu 1° la feuille du 12 floréal du journal intitulé Courrier de l'Escaut, dans laquelle il est dit que l'administration du département des forêts ayant sans doute oublié qu'il ne lui est pas permis de faire des lois a pris un arrêté aussi illégal qu'inconstitutionnel, portant qu'il serait tiré de chaque commune des campagnes neuf hommes depuis l'âge de 19 ans jusques à 25 pour le service de charrois de la république etc.

2° la lettre écrite à ce sujet par l'administration au Ministre de la Police Générale le 3 prairial présent mois.

3° la réponse de ce Ministre en date du 18 même mois.

L'administration considérant que l'auteur du Courrier de l'Escaut s'est permis d'avancer des faits faux et controuvés

qu'il y a joint des réflexions tendant à fomenter de nouveaux troubles dans le département des forêts

qu'il n'a point signé la feuille, ainsi que l'exige la loi

après avoir entendu le commissaire du directoire exécutif arrête:

Art. 1er

Le commissaire du directoire exécutif près l'administration du département est chargé de dénoncer le No du 12 floréal de la feuille intitulée Courrier de l'Escaut à l'accu-

sateur public près le tribunal du département de l'Escaut et de suivre l'effet de ladite dénonciation.

Art. 2

A cet effet il lui sera remis copie de la lettre du 3 prairial et de la réponse du Ministre du 18 même mois.

Art. 3

Expédition du présent arrêté sera envoyée au Ministre de la police générale.

Rousset, Arnoul, Seyler, Légier
Duportail"

Am zweiten Messidor (Juni 1796) ging die Mitteilung über diesen Entschluß an den Generalpolizeimeister, am 17. Messidor (Juli 1796) antwortete Cairé, öffentlicher Ankläger beim Kriminalgerichte des Schelde-Departementes, er habe lange die Rückäußerung hinschleppen müssen, weil ihm die Residenz des Redakteurs des «Courrier de l'Escaut» unbekannt gewesen sei; nun sei ihm mitgeteilt worden, der betreffende Schreiber wohne in Mecheln; als öffentlicher Ankläger könne also nur der zuständige Beamte des Département des deux Nêthes auftreten, dem er die Dokumente habe zukommen lassen.

Der Schreiber des Genter Friedensgerichtes, Derveck, stellte dann zu Anfang Juli fest, daß P.J. Hanicq in Mecheln der verantwortliche Drucker sei. Am 26. Messidor, an 4 (15. Juli 1796) wurde das Urteil gegen Hanicq, der freilich am 2. Juni eine Berichtigung hatte erscheinen lassen[35]), gefällt: Freispruch, weil das Gesetz vom 28. Germinal nicht retroagieren könne!

Die luxemburgischen Verwaltungsmänner beharrten nicht auf ihrem Standpunkte und wandten sich mehr dem Schul- und Erziehungswesen zu, zu welchen Zwecken ihnen Gide, imprimeur-libraire aus Paris, Pankoukes Grammaire Élémentaire et Méchanique, l'Homonds Éléments de la grammaire française und La Chabaussières

Catéchisme français à l'usage des écoles primaires zugleich mit den Oeuvres choisies von Condillac und J. Racine anbot. Nicht einmal für den «Pariser Zuschauer» blieben sie warm, obschon doch eine andere Gemeindeverwaltung, die von Niederkerschen, in einem gutgemeinten, aber luxemburgisch-klobigen Französisch meinte:

«Comme la Gazette le «Pariser Zuschauer» est très utille pour les cantons allemands, nous souhaiterons que vous accepterez notre abbonnement pour ce feuille. Nous croyons que les autres cantons seront convaincu de même et s'abbonneront pour une feuille qui est même nécessaire pour ce Département, vous voudrez donc Citoyens administrateurs! faire parvenir à l'avenir la gazette ci-dessus mentionné, pour le prix de l'abbonnement.»[35])

Dann kamen, mit den neuen Vorgesetzten, den neuen Zeitungen und den neuen Meldungen, neue Sorgen auf, die sich mehr und mehr um des Landes Schicksal drehten. Sollte wahr werden, was ein «supplément à l'impartial Bruxellois» am 4. Mai 1797 zu verkünden wußte? Die Antwort gab ein von Ponce Cercelet in der Imprimerie du Département des Forêts Ende Mai gedruckter Maueranschlag, der, in seiner deutschen Fassung, dieses aussagte:

«Freiheit Gleichheit
Ministerium der Gerechtigkeits-Pflege

Auszug

Aus dem Protokoll der Beratschlagungen
des Vollziehungs-Directoriums

Paris am 22ten Floreal 5ten Jahres
der ein- und unzertheilbaren Franken Republik

Das Vollziehungs-Directorium, eingesehen die in Gestalt eines Anschlag-Zettels verfertigte Schrift, mit dem Titel: Zusatz für den unpartheiischen Brüssler (ein Zeitungs-Blatt) 5ten Floreal 5ten Jahres, Donnerstag 4ten Mai 1797, Unterschrieben A.J. D. Debrackenier, Ballons-

Gass (Trödlers-Gass) und worin ein vermeinter an allen Gassen-Ecken zu Frankfurth angeschlagener Auszug von den Friedens-Bedingnissen enthalten ist, welcher Auszug unter anderen Lügen auch diese ankündiget, daß Frankreich dem Prinz Karl das Brabant überlassen wird; und zwar dies unter dem Namen eines Protectors von Belgien, nachdem nemlich dieser Prinz die französische Kron-Fürstin wird geehelicht haben, daß das Land gleich dem Toskanischen regiert werden soll, und daß der Protector eine Garnison in Luxemburg halten werde.

In Erwägung, daß das ehemalige Brabant und all diejenige diesseits des Rheins liegende Länder, so vor dem unter der öesterreichischen Bottmässigkeit gestande, der fränkischen Republik durch das Gesetz vom 9ten Vendemiaire 4ten Jahres einverleibt worden sind;

Das dieselben kraft dieses Gesetzes zu einem Haupttheil des fränkischen Gebietes geworden sind;

Und daß aus dieser Ursache das Vollziehungs-Directorium dieselben durch einige heimliche Bedingnisse jenes Traktats, welches dasselbe so eben mit dem Könige von Böhmen und Hungarn angeschlossen hat, nicht hätte an einem, wer er seyn wolle, ganz oder zu irgend einen Theil weder veräußern noch überlassen können, ohne den Artikel 332 von der Staats-Verfassung zu übertreten;

Daß also der Verfasser des Zeitungs-Blattes, genannt der unpartheiische Brüssler, indem er die obangeführte falsche Friedens-Artikeln gedruckt und verkündiget hat, auf nichts anderes abzielen konnte, als daß er den Bürgern der durch das Gesetz vom 9ten Vendemiaire 4ten Jahres vereinigten Departementer habe glauben machen wollen, das Vollziehungs-Directorium wäre, zu ihrem Nachtheil und um selbe der fränkischen Republik abtrünnig zu machen, jener heiligen Pflicht untreu geworden, die der Constitutions-Akt ihme auferlegt, daß es nemlich alle Theile des fränkischen Gebiets unverletzt erhalten solle;

Daß eine so strafbare und so freche Treulosigkeit die ganze Strenge der Gesetze auffordere;

Daß die fränkische Redlichkeit es übrigens begehre, daß sie aufs geschwindeste jene Unruhen und Angstigkeiten zerstreue, welche die obgedachten Lügen in der Mitte unserer neueren Brüder verbreiten mögten;

Beschließt: daß vermittelst seines bei dem peinlichen Gericht des Dyle Departementes angestellten Kommissars der Bürger A.J.D. Debrackenier, welcher die obangeführte Schrift unterzeichnet hat, bei dem öffentlichen Ankläger dahin angeklagt werden solle, um dem Art. 3 des Gesetzes vom 28ten Germinal 4ten Jahrs gemäß gerichtlich verfolget zu werden. Der gegenwärtige Beschluß soll auf Fleiß der Central-Verwaltungen der vereinigten Departementer in beiden Sprachen gedruckt, dann in einer jeden Gemeinde verkündiget und angeschlagen werden.

Der Minister der Gerechtigkeits-Pflege hat den Auftrag denselben in Vollzug setzen zu lassen.

Für die gleichlautende Ausfertigung,
Der Präsident des Vollziehungs-Directoriums;

Unterschrieben: Letourneur

Vom Vollziehungs-Directoriums wegen, der General-Sekretär;

Unterschrieben: Lagarde.

Für gleichlautend certiorirt,
Der Minister der Gerechtigkeits-Pflege, Merlin.

Die Centre-Verwaltung des Departements der Waldungen beschließt, nach vernommenem Kommissar des Vollziehungs-Directoriums, daß der obige Beschluß des Vollziehungs-Directoriums in beiden Sprachen gedruckt, dann in Gemäßheit seines Inhalts in allen Gemeinden des Departements soll verkündiget und angeschlagen werden.

Geschehen in der Sitzung vom 1ten Prairial 5ten Jahrs der Republik.

Unterschrieben, Francq der Ältere, Präsident. Reuter, Otte, Dewilde, Verwalter, Legier Kommissär des Vollziehungs-Directoriums und Le Clerc, Ober-Secretär.

Für gleichlautende Ausfertigung,

Der Ober-Secretär, Le Clerc.»

Etliche Monate später erließ Sotin, der neue Generalpolizeiminister, ein Zirkular, das der Pressezensur bessere Zwackrahmen zur Verfügung stellte. Warum? «Damit das Überschäumen dieser religionslosen Schriftsteller, deren skandalöserweise verbreitete Grundsätze die Republik und ihre Verfassung angriffen, eingehalten werden kann.» So sagte der Einleitungssatz des Rundschreibens vom 5. Oktober 1797. Die Fortsetzung war nicht dazu angetan, die Zeitungsleute frischfröhlich ad libitum weiterwirken zu lassen. Aufsicht und Repressionsmittel sollten sich, über Paris hinaus, auf die Departemente auswirken, wo der Royalismus auch sein Echo habe. Dort vor allem müsse das Übel verfolgt werden, zumeist in dunklen Journalisten, welche das Gift des Hasses und der Verleumdung unter die Landleute brächten. Wenn diesem Übel einmal gelungen sei, trotz der Gegenwart der Regierung, Paris zu dominieren, welche Verheerungen müßte es dann in den Provinzen anrichten! Der Bürger-Kommissar sei die natürliche Hilfe der Regierung zur Rechtweisung der fernen Zeitungsmänner. Als Ausführungsbestimmungen gölten:

Sämtliche Journalisten seien gehalten, Namen und Wohnort ihres Zeitungsbesitzers, Schriftleiters und Drukkers anzugeben; die Angaben müßten doppelt angefertigt werden, wovon ein Exemplar an den Polizeiminister zu senden sei; ein Exemplar ihrer Zeitung müsse jeweils an den Kommissar, ein anderes an den Generalpolizeiminister adressiert werden; jede neue Zeitung sei an diese Formalitäten zu erinnern; Angriffe auf die Grundsätze der Republik seien, noch vor dem Eintreffen der Pariser Be-

fehle, mit dem Versiegeln der Pressen und mit der Verhaftung der Autoren zu bestrafen; in der Post seien alle Zeitungen aufzuhalten, deren Sprache und Ideen dem Geiste der Journalisten von Blankenburg entsprächen; Einrichtungen der Republik dürften nicht den Gegnern zu Diensten sein; falls gedruckte oder geschriebene Zeitungen auf andern als auf Postwegen zirkulierten, müßten sie sofort abgestoppt werden, ihre Quelle sei in Erfahrung zu bringen und der Minister zu benachrichtigen, nachdem sämtliche notwendigen Unterdrückungsmaßnahmen hätten getroffen werden können; in allen andern Fällen habe der Kommissar seinen Eifer auf die Publikationen seines Departementes zu beschränken; die Pariser Journale gingen einzig und allein den Minister an.

Am 8. Brumaire, an 8 (Oktober 1797) ging, unter der Anschrift: Le Ministre de la police générale de la République aux Commissaires du Directoire exécutif près les Administrations centrales des Départements de la République, vom Bureau de l'Esprit Public, Division des Journaux eine ausführlicher und präziser gefaßte Instruktion aus, das die Härten, die es enthielt, auf gute republikanische Art erklärte:

«Le Ministre de la Police générale de la République
Aux Commissaires du Directoire exécutif près les Administrations centrales des Départements de la République.

Dans plusieurs communes, Citoyens, il s'est élevé des difficultés sur l'application de l'article XXXV de la loi du 19 fructidor, lequel met les journaux et autres feuilles périodiques et les presses qui les impriment, pendant un an, sous l'inspection de la Police, qui pourra les prohiber, aux termes de l'article 355 de l'Acte constitutionnel.

La restauration de l'esprit public, l'affermissement des principes républicains, la compression de tous les éléments de désordre, de réaction, de guerre civile, sont tellement liés à l'exécution entière, uniforme et éclairée de l'article

précité, que je crois devoir vous adresser à ce sujet une instruction assez précise pour fixer dorénavant toutes les incertitudes, et régulariser le zèle et l'action de tous les Agens de la loi.

L'effet de l'Inspection attribuée par elle à la Police est clairement déterminé. Pendant un an, la Police peut prohiber les journaux et les presses qui les impriment. La durée de cette prohibition n'a d'autre terme que celui de la durée de la loi-même; les circonstances seules peuvent présenter des motifs d'atténuation, et dans ce cas je me réserve de prononcer.

Pour appliquer la loi aux journaux éloignés, j'ai dû employer l'intermédiaire des Administrations, instruments nécessaires de mes attributions dans les départements.

Afin d'éviter les longueurs, et d'arrêter à sa naissance l'épanchement des poisons contre-révolutionnaires, je vous ai déjà autorisés, et je vous autorise de nouveau, ainsi que les Commissaires des cantons, à requérir auprès de vos administrations respectives la suppression de tout journal dont la circulation vous paraîtrait devoir nuire à la tranquillité de votre département, et dont les maximes tendraient au renversement de la Constitution. Vous devez dans ce cas, et conformément à la loi, faire prohiber aussi, par l'apposition des scellés, les presses qui auraient servi à imprimer le journal supprimé. Il est évident en effet que la suppression serait illusoire, si elle n'était accompagnée de celle de l'instrument de sa confection.

Cette mesure ne peut paraître trop sévère qu'à quiconque ne réfléchit pas aux maux incalculables que font à la République, les auteurs et imprimeurs des journaux et autres écrits dictés par l'esprit de royalisme et de contre-révolution.

Dans le cas où un Commissaire de canton aurait fait supprimer un journal dans une des communes de son arrondissement, il vous rendra compte, dans les vingt-quatre heures, de l'arrêté provisoire, et non définitif, qu'il aura fait prendre, et vous transmettra les pièces qui auront motivé la détermination.

Die gemeine

Landtsbräuche des

Hertzogthumbs Lutzemburg vnnd
Graffschafft Chiny.

Durch Ihre Königliche Majestät vnsern
allergnedigsten Herrn

Decretirt.

Gedruckt zu Lutzemburg/

Durch Hubertum Reulandt/
Anno M. DC. XXIII.

[1623]

Titelseite des Werkes „Die gemeine Landtsbräuche des Hertzogthumbs Lutzemburg und Graffschafft Chiny", gedruckt 1623 in Luxemburg

(Nationalbibliothek Luxemburg)

LA VIE
DE S. NORBERT.
ARCHEVÊQUE DE MAGDEBOURG,
& Fondateur de l'Ordre des Chanoines Prémontrez.

Avec des Notes pour l'éclairciſſement de ſon Hiſtoire, & de celle du douziéme ſiécle.

A LUXEMBOURG,
Chez ANDRÉ CHEVALIER, Imprimeur & Marchand Libraire.

M. D. C. C. IV.

Titelseite des Werkes „La Vie de S. NORBERT", das 1704 in Luxemburg gedruckt wurde

(Sammlung Pierre Grégoire)

A SON ALTESSE ROYALE
MONSEIGNEUR
LE DUC DE LORRAINE
ET DE BAR, ROY DE JERUSALEM, &c.

MONSEIGNEUR,

Je preſente à VÔTRE ALTESSE ROYALE, *la Vie d'un Saint Fondateur d'Ordre & d'un Illuſtre*

✠ *Ar-*

Seite aus dem Werk „La Vie de S. NORBERT"

(Siehe nebenstehende Abbildung)

HISTORIA
S. HVBERTI,
PRINCIPIS AQVITANI,
Vltimi Tungrenſis,
&
PRIMI LEODIENSIS EPISCOPI,
Eiuſdemque
VRBIS CONDITORIS:
ARDVENNÆ APOSTOLI;
MAGNI THAVMATVRGI.

Conſcripta

A IOHANNE ROBERTI, ARDVENnate Andaïno, Societ. IESV *Sacerdote, S. Theol. Doctore.*

LVXEMBVRGI,
Excudebat HVBERTVS REVLANDT.
Sumtibus Monaſterij S. HVBERTI
in Arduennâ.

Anno Virginei Partus M. DC. XXI.
Reformationis eiuſdem Monaſterij, IIII.

Titelseite aus dem Werk „Historia S. HUBERTI", das von dem Luxemburger Jesuiten Johannes Roberti herausgegeben und 1621 in Luxemburg für die Abtei Saint-Hubert gedruckt wurde

(Sammlung Pierre Grégoire)

Vous provoquerez de suite l'avis et la délibération du département sur cette opération, et me transmettrez sans délai le travail des deux autorités.

Ce serait peut-être ici le lieu d'établir à quels signes vous pourrez reconnaître et frapper ces journaux pestilentiels, dont les fermens ont amoncelé les orages autour de la Constitution; mais ce serait douter de votre patriotisme et de vos lumières, que de signaler encore une fois les caractères hideux ou menaçans, les masques sanglans ou hypocrites auxquels tout républicain a toujours reconnu les amis des rois, les esclaves de la superstition et du despotisme, l'avilissement du Gouvernement, les calomnies contre les hommes de la révolution, les mépris de nos institutions, la docilité à répéter les mensonges, les suppositions les plus défavorables à la République, l'indulgence la plus marquée pour le royalisme, des cris d'alarme et de mort contre les républicains, etc., etc., etc.

Tels sont les principaux traits auxquels vous reconnaîtrez et attaquerez les trompettes et les messagers de la contre-révolution.

Salut et Fraternité

SOTIN».

Vierzehn Tage später erlaubte Sotin den Umlauf der «Gazette de Wezel, dite Courrier du Bas-Rhin». In Luxemburg zogen sie den Bezug des «Républicain du Nord», den Tutot in Brüssel druckte, vor. Leider ließ der Brüsseler Kollege den luxemburgischen Kommissar nicht in Ruhe die Nachrichten genießen, da er dem Ärmsten «un petit ouvrage littéraire» zukommen ließ, das nichts anderes war als eine Wahlpropaganda, den Landbewohnern zugedacht, «deren Stimmabgabe bei den nächsten Elektionen nicht mehr das Ergebnis volksfeindlicher Umtriebe und Intriguen sein dürfe». Darum möge der Kollege die Verteilung der Broschüren, von denen er alle fünf Tage eine Sendung bekäme, in die bewährten Hände nehmen. Unkosten würden von der «Patriotischen

Gesellschaft», für die er, Mallarmé, sich einsetze, zurückerstattet werden.

Am gleichen Tage, dem 4. Pluviôse, an 6 (Ende Januar 1798) sorgte Sotin aus Paris für eine neue Abwechslung im Katz- und Mausspiel mit den Druckern und mit den Schreibern. Das neueste Rundschreiben an die Kommissäre forderte:

Zahlreiche Übertretungen des Postmonopolgesetzes, soweit der Transport von Briefen, Zeitungen und andern periodischen Schriften in Frage komme, zwängen zu einer strengeren Berücksichtigung der gegebenen Vorschriften. Der Beschluß vom 2. Nivôse habe mit den Transporten aufräumen sollen, welche die Freiheit töteten, und demnach die Partikular-Privatfuhrunternehmer abgeschafft, um der Post- und der Briefmarkenverwaltung das Einkommen aus der Brief- und Zeitungsbeförderung total zukommen zu lassen. Die Fortsetzung der Privatdienste stelle einen Diebstahl am Nationalvermögen dar. Alle jene, die sich einer Übertretung dieses Gesetzes schuldig machten, müßten bestraft werden.

Daneben erleichterten die Privatfuhrunternehmen Mißbräuche aller Arten, welche mehr die öffentliche Sicherheit angingen und darum die volle Entwicklung sämtlicher Überwachungsmöglichkeiten forderten.

Das Näherkommen der Volksberufung in Primärversammlungen verlange eine besondere Aufmerksamkeit, damit die «Hydra des Königtums» in ihren «sinistren Hoffnungen» enttäuscht werde.

Die Gegenrevolution habe vor kurzem die Freiheit gebraucht, um ihr Prinzip in einen Pestsamen der Unordnung und der Auflösung des politischen Körpers zu verwandeln. So sei die Transportfreiheit, diese legitime Ausübung einer individuellen Industrie, die dem Handel so günstig sei, für die Agenten des niederträchtigen Königtums nur ein sichereres und schnelleres Mittel zum täglichen Verkehr untereinander gewesen.

Briefe, Zeitungen, Schmähschriften, Pakete aller Art eilten im Norden, Süden, Osten und Westen, an allen Punkten, den gewöhnlichen Kurieren voraus und machten so, im Schoße der Republik selber, die Geschäfte des Königtums von Blankenburg.

Kuriere und Sendboten der Republik würden vom Genie der Gegenrevolution ermordet werden, während die Privatkutschen, welche den Gegnern der Wahrheit zu Gebote stünden, ungehindert verkehrten.

Zeit sei, dieser Umkehrung aller Ordnungen ein Ende zu bereiten. Sämtliche Verwaltungen und Autoritäten müßten zusammen wirken, um, durch die totale Ausnützung der Bestimmungen, dem Übel zu steuern. Jede Verfehlung werde mit dreihundert Franken Buße belegt; die gleiche Strafe gelte für die Briefsendungen.

Ein neuer Appell erging dann an die Kommissäre, die Zeitungen ihrer Departemente anzumelden. In Luxemburg ergaben sich Schwierigkeiten in dieser Hinsicht nur dadurch, daß die Pariser schwerhörig und der Bürgerkommissar ausdauernd war. Meldete dieser die Nichtexistenz von Journalen, so kehrten jene stets mit Mahnungen zurück, die sofort die Abgabe von Unterlagen forderten. «Das Wälderdepartement hat augenblicklich nichts, was der Insertion im «Journal Officiel» würdig wäre, da hierzulande weder Zeitung nocht Zeitschrift gedruckt wird,» wie Bürger Birnbaum am 26. April 1800 mitteilte. Dafür wurden dann andere Blätter deutscher Zunge wie «Der unparteiische Korrespondent» und die «Hanauer Zeitung» einfachhin verboten. Bürger Birnbaum war recht beflissen, dieses Interdikt, das er selber ausgelöst hatte, in seinen Auswirkungen maximal werden zu lassen: er schrieb an seine Nachbarn dies- und jenseits der Meuse und der Dyle sowie an den Postdirektor, (die ihm hübsch Antwort gaben, während der Postdirektor zusätzlich auf Durchschlupfmöglichkeiten bei Privatfuhrleuten, Fußgängern und andern aufmerksam machte, was dann wieder eine Polizeiaktion durch den Präfekten Birnbaum am 17. Mai

1800 über die Bürgermeister in Gang bringen ließ), damit sie ihrerseits alles unternähmen, um den «esprit public» nicht verdecken zu lassen.

Am 23. Januar 1800 (3. Pluviôse, an 8), nach dem Staatsstreich Napoleons, erließ der neue Polizeiminister, der berüchtigte Mitrailleur von Lyon, Fouché, eine Instruktion über den Konsularerlaß vom 27. Nivôse (vom 17. Januar 1800), der die Zeitungen betraf. Alle Zentralverwaltungen und Regierungskommissäre waren gehalten, Angaben über die Zeitungen ihrer Departemente einzuliefern, enthaltend: den Titel der jeweiligen Zeitung, die Themen, welche sie behandelt (Wissenschaften, Künste, Literatur, Handel, Anzeigen und Mitteilungen), die Namen der Schriftleiter, Eigentümer, Redakteure und Drucker, Bemerkungen über den Geist, der jede dieser Zeitungen beseele.

Es wurde daran erinnert, daß, gemäß Artikel 2, der Druck neuer Zeitungen untersagt war. Kenntnis von neuen Zeitungen, die in andern Departementen gedruckt wurden, forderte die sofortige Denunziation.

Auf Grund des Artikels 4 mußten Zeitungsbesitzer und Zeitungsredakteure nicht nur den Nachweis ihrer französischen Bürgerschaft erbringen und ihre Wohnadresse angeben, sondern auch ein Treueversprechen auf die Verfassung abgeben. Zeitungen, deren Besitzer und Schriftleiter diese Bedingungen nicht erfüllten, wurden sofort im Erscheinen behindert.

Artikel 5 bestimmte, wann Journale unterdrückt wurden.

Die luxemburgischen Autoritäten hatten leichte Antwort, und am 2. Februar 1800 meldeten die Bürger Faber, Reuter und Scheffer nach Paris, die einzige Zeitung, welche im Wälderdepartement gedruckt worden sei, «L'Écho des Forêts», habe seit einigen Monaten zu erscheinen aufgehört.

Ab Mai 1801 wurde in Paris neuerdings der Plan einer Land- und Bauernzeitung ausgeheckt. Der Innenminister schrieb dem Präfekten des Wälderdepartements: «Sie

werden leicht die Vorteile dieser Einrichtung erkennen können, ich zweifle nicht daran, daß Sie, die Beweggründe ihres Entstehens schätzend, mit allem Eifer ihren Erfolg unterstützen werden. Teilen Sie mir umgehend die Zahl der Exemplare mit, die ich jeder Unterpräfektur Ihres Departements zuschicken kann. Ich habe das Abonnement nicht obligatorisch machen wollen; die Nützlichkeit der Zeitung muß genügen, um die Gemeinde zur Subskription zu bewegen, und ich denke, daß die Departementszeitungen, welche nicht durch politische Nachrichten interessieren, überall, wo sie bestehen, durch das «Journal des Campagnes» ersetzt werden können. Der Abonnementspreis kann als Lokaltaxe betrachtet und dem Generaleinnehmer überwiesen werden.»

Der Präfekt wandte sich sogleich an die Unterpräfekten, ließ ihnen Prospektnummern zur Verteilung an die Bürgermeister zugehen, bat sie, bei der Abonnentenwerbung überzeugende Argumente zu gebrauchen und wollte auch die Funktionäre zu eilfertigen Beziehern machen lassen.

Seine Antwort an den Innenminister freilich hatte eine Faktur, die in zweifacher Hinsicht fesselnd war: einmal, weil sie die Luxemburger psychologisch zu erfassen trachtete, und dann auch, weil der Plan einer internen Zeitungsgründung dargelegt wurde.

Am 16. Mai 1801 (floréal, an 9) nahm der Präfekt des Wälderdepartements einen Beschluß, den er sofort den Unterpräfekturen, dem Postdirektor und dem Generalpolizeiminister zusandte, in dem er folgendermaßen das Verbot der österreichischen Zeitung aussprach:

«Gesehen No 74 der Frankfurter Zeitung vom 4. Mai 1801, genannt Österreichische Zeitung unter der Oberpostdirektion, in welcher der folgende Abschnitt zu lesen ist:

«Gemäß Wiener Briefen soll Bonaparte dem Hofe vorgeschlagen haben, die Niederlande an eine Drittperson abzutreten; man nimmt an, daß es sich um den Großherzog von Toskanien oder um den Infanten, Herzog

von Parma, handelt, dadurch würde der Friede mit England leichter werden.»

der Präfekt,

erwägend, daß diese Behauptung verleumderisch ist, daß sie die Würde der französischen Regierung beleidigt, daß sie dazu angetan ist, im Volke der vereinigten Departemente eine beunruhigende Ungewißheit über seinen politischen Zustand zu verbreiten und daß sie ihm sowohl ein ungerechtfertigtes Mißtrauen einzuflößen wie es auch der legitimen Autorität zu entfremden vermag,

setzt fest:

1) die Österreichische Zeitung aus Frankfurt ist im Wälderdepartement verboten;

2) die Unterpräfekten, die Bürgermeister und Beigeordneten in ihrem Kreise, der Polizeikommissar und der Briefpostdirektor sind unter ihrer Verantwortung beauftragt, ihre Einfuhr und ihren Umsatz in diesem Departement zu verhindern,

3) zu diesem Zwecke wird das Vorliegende den Unterpräfekten zugestellt, die es den Bürgermeistern und Beigeordneten ihres Kreises ausliefern werden;

4) eine gleiche Sendung wird an den Polizeikommissar, an den Briefpostdirektor und an den Generalpolizeimeister gehen.»

Auch das wußte den emsigen Vertreter der Republik in Luxemburg nicht zu beruhigen. Zwei Tage später, am 18., wandte er sich an den Außenminister, um ihn anzuflehen, daß er dafür Sorge trage, «par les moyens qui sont en vous», damit derartige Notizen nie mehr in den deutschen Zeitungen erschienen. Mit dem Verbote der Blätter allein sei nichts erreicht, da «une prohibition de ce genre n'a souvent d'autre effet que de rendre les malveillants plus adroits.»

Der Innenminister fand sich am 8. September 1802 bemüßigt, dem Präfekten in Erinnerung zu bringen, daß amtliche Instruktionen auf keinen Fall den Zeitungen übermittelt werden dürften. Der erste Citoyen Luxemburgs

fühlte sich dadurch ein klein wenig an der Republikanerehre gekitzelt: er habe das niemals getan, weil eben in seinem Departemente keine Zeitung bestehe!

Dafür bestanden aber Drucker, die er zehn Monate später, am 1. Juli 1803 an gewisse Pflichten erinnern durfte. Perrin, Regiedirektor in Luxemburg, hatte gewagt, sehr zum Mißfallen des Bürgermeisters, ein Merkblatt ohne vorherige Ermächtigung zu affichieren. Lacoste rief zuerst diesem Direktor ins Gedächtnis zurück, daß nichts ohne seine Erlaubnis gedruckt werden dürfe. Desgleichen verlange der Respekt vor der Behörde, daß man den Bürgermeister zum mindesten benachrichtige, falls man vorhabe, irgendein Skriptum anzuschlagen. Den Druckern sagte er, kürzer und direkter: Einige von ihnen schienen zu ignorieren, daß alles, was administrativer Natur sei, vor dem Drucke die obrigkeitliche Genehmigung tragen müsse; in Zukunft solle man sich keinen Seitensprung in dieser Hinsicht mehr erlauben. Eine Kopie dieses Laufbriefes ging an sämtliche Unterpräfekten und an den Bürgermeister von Luxemburg mit der Aufforderung, die rechte Ausführung der Maßnahmen zu überwachen.

Am 10. August durfte Lacoste neuerdings etlichen Zeitungen den Zugang in sein Departement untersagen; es waren die Hamburger, die Frankfurter und die Heydener, deren Einfuhr auf Umwegen die Polizei zu verhindern hatte. (Genau ein Jahr später wurde das gleiche Verbot erneuert und den Exekutivorganen ins Gedächtnis zurückgerufen.) Dafür hatte er dann die Genugtuung, einer Einladung des Direktors des «Journal de Paris», Gallais, gegen Ende des Jahres 1803 Folge zu leisten, für dieses älteste Blatt in seinem Bereiche zu werben und es mit Nachrichten aus Luxemburg zu bedenken. «Une telle communication ne peut que concourir à mettre plus d'unité dans l'esprit public, d'uniformité dans les usages et d'émulation dans les travaux», wie es in der Pariser Zuschrift hieß.

Bei den wiederholten Denunziationen konnte dem Präfekten auch einmal das Mißgeschick passieren, daß

er nicht die Zustimmung seiner Oberen fand, wie, beispielsweise, durch ein Schreiben vom 15. Januar 1805, in dem er den Schriftleiter des «Journal des Débats» eines Artikels vom 22. Nivôse wegen zu attackieren unternahm. Es handelte sich dabei um die Darstellung einer fiktiven Teilnahme an den Krönungsfeierlichkeiten Napoleons. Held der Geschichte sollte eine Magistratsperson aus dem Wälderdepartemente sein. Der Präfekt verlangte nichts weniger als die Zusendung des Originalbriefes, falls er existierte, oder ein Zeitungsverbot für sein Departement, wenn der Autor nicht aus dem Luxemburgischen stammen sollte. Das Schreiben lautete folgendermaßen:

«Monsieur le Conseiller d'État,

Permettez-moi de tirer un moment votre attention sur un article inséré dans le «Journal des Débats», du 22 nivôse, sous la rubrique d'une lettre aux rédacteurs.

On y trouve en ridicule un prétendu magistrat du département des forêts qui revient du couronnement où il a été appelé; la bordure pédantesque et mièvre, si je puis m'exprimer ainsi, dont on encadre ses discours, très louables en eux-mêmes, démontrent que le journaliste a eu l'intention de ridiculiser bien plus les principes du Gouvernement qu'il met dans la bouche de son personnage que le personnage lui-même, puisque celui-ci est supposé humain.

Il y a plus, l'article des dépenses réduites est extrêmement repréhensible en ce qu'il semble annoncer d'une manière détournée que les frais du couronnement seront prélevés sur des parties essentielles du service public, telles que les réparations des routes et le culte qui intéressent plus fortement peut-être le département des forêts que tout autre de l'Empire.

Si la lettre n'est pas supposée, le journaliste devait en pressentir les effets, et l'un des plus funestes est d'avoir livré pour ainsi dire en masse à la risée publique des hommes qui se sont montrés dignes de l'honneur que Sa Majesté leur a fait en les admettant à assister à son couronnement.

Que la lettre, Monsieur le Conseiller, soit supposée par le journaliste ou qu'il l'ait véritablement reçue, l'insertion de cet article qui devient une nouvelle preuve de la dépravation ou de l'indigence morale de l'auteur de la feuille des débats doit attirer sur lui la juste sévérité de la police.

Si la lettre existe, je vous prie de m'en adresser l'original, pour constater l'identité de l'écriture de l'habitant du département qui se l'est permise et vous proposer les mesures ultérieures. Si elle n'existe pas, je vous demande d'être autorisé à empêcher la circulation du journal des débats dans le département que j'administre.

Mes demandes sont conformes aux instructions que j'ai reçues à diverses époques de leurs Excellences les Ministres de la police générale et de l'intérieur. L'un m'ordonna d'empêcher dans le Département des forêts les feuilles des journalistes qui se permettent de travailler l'esprit public sous des rubriques étrangères, l'autre de ne point laisser imprimer ou répandre des écrits adressés au peuple qu'après les avoir dûment examinés.

Je vous prie, M. le Conseiller d'État, de prendre les propositions en prompte considération. Il est essentiel que le département sache que sa gloire m'est aussi chère que son bonheur m'est précieux. Je vous prie d'agréer...»

Die Antwort aus Paris, vom 1. Februar 1805, war im Tone durchaus vornehm und sachlich, aber im Effekte doch so, daß der Präfekt sie als Zurechtweisung empfinden mußte. Der betreffende Brief, sagte der Staatsrat, sei faktisch in Paris geschrieben worden, habe aber einer andern Absicht, als in Luxemburg angenommen, sein Entstehen zu verdanken. Man habe weder die Prinzipien der Regierung noch die Magistratsperson lächerlich machen wollen, sondern den einfachen Lesern, welche die erhoben dargestellten Wahrheiten nicht begriffen hätten, gewisse Dinge näher zu bringen versucht. Wenn er glaube, seinen Leuten jede falsche Interpretation ausreden zu müssen, so stehe ihm zu, das durch das Mittel der meistverbreiteten Zeitung zu tun.

Inzwischen freilich hatte der Präfekt andere Aufgaben zu erfüllen. Am 30. Januar war ihm vom Generalpolizeiminister aufgetragen worden, die Zeitungsbesitzer und Redakteure einzuladen, nicht nur dem Staatsrate in Paris, sondern auch dem Polizeiminister regelmäßig ein Exemplar ihres Blattes zugehen zu lassen. Ihm selber war eingeprägt worden, kein neues Journal zu dulden; auch sollte er den Schriftleitern empfehlen, nichts zu schreiben, was die Geister, vor allem in religiösen Dingen, beunruhigen könnte. Am 17. Februar durfte der Präfekt neuerdings die Pariser Beamten auf die Tatsache aufmerksam machen, daß im Wälderdepartement keine Zeitung erschien. Er werde dafür sorgen, daß das so bleibe.

Ab März 1805 stellte sich Napoléon, Empereur des Français, in die lange Reihe der Pressefreiheitsbeschränker. Durch Dekret vom 7. Germinal, an 13, bestimmte er: Kirchen-, Stunden- und Gebetbücher können nur mit der Genehmigung der Diözesanbischöfe gedruckt oder wiedergedruckt werden; der Text dieser Ermächtigung muß auf den ersten Seiten eines jeden Exemplars wiedergegeben werden. Drucker und Buchhändler, die solche Bücher ohne Erlaubnis drucken oder wiederdrucken lassen, werden nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Juli 1793 verfolgt.

Lacoste beeilte sich selbstverständlich, den Empfang des Dekretes zu bestätigen und Abschriften an den Bürgermeister der Stadt Luxemburg, an die Unterpräfekten und mit einer Instruktion an die Buchdrucker zu senden.

Und dann tauchten, trotz den Verboten, welche Neugründungen betrafen, wieder Pläne um neue Zeitungen auf. Aus Paris wurde das «Journal des Campagnes» empfohlen, das eigens, mit Regierungskaution, für die Landbevölkerung geschaffen worden war. Das beste Mittel, die Instruktion auf dem Lande zu verbreiten, bestehe darin, daß die Präfekten und Unterpräfekten abonnierten und auch etliche Gemeinden und Bodenbesitzer zum Bezuge verleiteten, «de manière qu'au retour de ces

fléaux qui, à des époques plus ou moins rapprochées, affligent les hommes, les animaux et les champs, l'instruction fût la présente et qu'on retrouvât au moment, au besoin même, les moyens que d'heureuses expériences n'auraient consacrées que pour combattre ces calamités publiques. Car l'ignorance n'est pas habituée à venir d'elle-même au-devant de l'instruction.»

Da in der Vergangenheit für Luxemburgs Druckerkunst alles Gute aus Metz gekommen war, so wollte nun auch das neue Kaiserreich über diese Stadt das arme Wälderdepartement mit einer Zeitung beglücken. Der Drucker L. Verronnais schrieb am 14. Februar 1807 an Lacoste und bot seine guten Dienste an, die leider nicht nach Gebühr gewürdigt wurden, obwohl der Präfekt später auf die Idee zurückgriff.

Der 3. März 1807 brachte vom Polizeiminister den Auftrag, alle Zeitungen, Nachrichtenpapiere oder kleinen Anschlagblätter zugleich mit den Namen der Herausgeber und der Drucker des Departementes zu erfassen. Innerhalb von vierzehn Tagen mußte der Präfekt sich dann über die Nützlichkeit und die Abonnentenzahl der verschiedenen Publikationen aussprechen. Die Aussprache konnte ihm wirklich nicht schwer fallen.

Ein Schreiben vom 19. Mai desselben Jahres an die Buchdrucker der Stadt Luxemburg («A.M. Schmit et à Made Berg, imprimeur») hielt diesen etliche Fehler vor, die sie in ihrem Almanach dadurch begangen hätten, daß die öffentlichen Beamten durch das eigenmächtige Vorgehen der Kalender-Herausgeber nicht richtig angegeben worden seien. In Zukunft dürfe nur die Verwaltung selber die Zusammenstellung besorgen.

Schwererwiegend war, was die Generalpolizei aus Paris dem Präfekten des Wälderdepartementes am 22. September 1808 über die Journalisten zu sagen hatte, die sich erdreisteten, allen Verboten zum Trotze, von den Truppenbewegungen zu berichten. Zeitungsleute aus seinem Amtsbereiche, welche solche Dinge vornähmen, seien ohne

weiteres zu suspendieren. Aber der luxemburgische Präfekt durfte aufatmen und melden, daß der Brief «n'a pas d'application dans mon département, où aucun journal n'est publié.»

ALTER WIND IN NEUE SEGEL

In einer Instruktion der Generaldirektion der Buchdruckerei und des Buchhandels zum dritten Teile des Dekretes vom 5. Februar 1810 hieß es:

«Die liberalen und wohltuenden Ansichten Ihrer Majestät sind nur darauf hinaus, der schönsten Erfindung unserer modernen Zeiten all ihren Glanz und ihre Würde zurückzugeben. In seinen Intentionen erfüllen die Buchdrucker, da sie dem Unterricht der guten Lehren, als nützliche Gehülfen der Literaten und der Wissenschaftler, angegliedert sind, in der Gesellschaft eine Art Ministerium, welches umso wichtiger ist, als es den freien Verkehr der Geister, die Verbreitung des aufklärenden Lichtes und die Erhaltung der nationalen Maximen sicherstellt.»

Nach alldem, was dieser edlen Erklärung vorausgegangen war, mußten die Worte als Manifestationen eines Zynikers in dem Momente erscheinen, wo er die verschärfenden Maßnahmen des Monarchen zu deuten versuchte. Denn inzwischen war nicht nur die vorgenannte Generaldirektion geschaffen worden, sondern eigene Inspektoren hatten die Publikationen und ihre Herstellungsanstalten einer besonderen Bewachung zu unterziehen. Das kaiserliche Dekret vom 5. Februar 1810 war durchaus würdig, mit einer Ordonnanz von 1570 verglichen zu werden.

Wie hübsch drückte sich der Generaldirektor in den einleitenden Sätzen seiner Instruktion aus!

«Alle den Druckern durch den dritten Abschnitt des Dekretes vom 5. Februar auferlegten Verpflichtungen las-

sen sich auf einen einzigen Punkt reduzieren: keinen Druck beginnen ohne Inspektion und ohne vorherige Erklärung!»

Um nun aber dieser Aufgabe zu genügen, mußte sich der Drucker ein eigens aus Stempelpapier zusammengesetztes Buch anschaffen, das vom Präfekten paraphiert war, um darin, ohne Ausnahme, alle Druckaufträge daten- und nummerngemäß einzutragen. Gleichzeitig hatte er dem Generaldirektor gewisse Werke zu melden. In Zukunft hieß es genau unterscheiden zwischen Verkaufswerken und Stadtdrucksachen, zwischen Manuskriptdrucken und Neuauflagen. Handelte es sich um eine Manuskript- und Verkaufssache zugleich, so mußten gewisse Bedingungen erfüllt werden. Bei Neuauflagen kam es auf Unterscheidungen nach Nüancen an: einfache Wiederdrucke erlitten eine andere Prozedur als Neuauflagen, und Horen-, Kirchen- und Gebetbücher waren weder mit diesem noch mit jenem gleichzustellen. Gewiß, es war schwer, sich unter diesen feinen Differenzierungen zurechtzufinden. Darum mußte sich der Generaldirektor ausführlicher erklären:

1) Manuskripte durften ohne vorherige Selbstkontrolle der Drucker nicht buchfertig gemacht werden. Waren sie für annehmbar befunden worden, so mußten sie formelgerecht ins Register eingetragen werden. Zwei Abschriften waren auf lose Blätter anzufertigen, wovon eine an den Generaldirektor, die andere an den Präfekten ging. Nebenher lief dann eine feierliche Erklärung: Der Unterzeichnete gibt an, daß er die Absicht hat, das Werk mit dem Titel Soundso zu drucken und in soundsoviel Exemplaren, im Formate Soundso, herauszugeben; im Druckereiregister ist es eingetragen am soundsovielten unter Nummer Soundso. Der Titel mußte exakt den Wortlaut tragen, den der Autor festgelegt hatte; bei vorgenommenen Änderungen war der Generaldirektor zu benachrichtigen. Bei Horen- und Gebetbüchern hatte der Drucker in seiner Erklärung den Text und das Datum der bischöflichen Erlaubnis anzugeben.

Daraufhin durfte noch nicht mit dem Drucke begonnen werden, im Gegenteil: man war gezwungen, die Erhaltsbescheinigung des Generaldirektors abzuwarten, dem wohl auch einfallen konnte, zuvor eine Prüfung und dann eine Umänderung des Werkes zu fordern. Ohne die Erhaltsbescheinigung war der ganze Druckerbetrieb lahmgelegt. Denn erkühnte sich Einer, dennoch zu drucken, so hatte er keine Möglichkeit, seine Bücher zu verkaufen: Vor dem Verkaufsbeginn hatte er nämlich fünf Exemplare beim Präfekten zu hinterlegen; diesen Akt konnte er nur vornehmen, wenn die fünf Exemplare von der generaldirektorlichen Erhaltsbescheinigung begleitet waren; in diesem günstigen Falle durfte der Präfekt noch eine Wartezeit fixieren, bevor mit dem Verkaufe begonnen werden konnte. Die Erhaltsbescheinigung stellte keine Druckermächtigung dar: selbst im Besitze dieses Dokumentes durfte der Drucker die Schikanen einer nachträglichen Werkprüfung und des Neubeginns seiner Setzerarbeiten erleben.

Buchhandlungen und Bibliotheken waren gehalten, ein Inventar ihrer Bücher und Schriften als Sammelerklärung einzusenden. Zeitschriften unterlagen gleichfalls, und zwar nummernweise, dem Inspektions- und Deklarationszwange. Hier mußte der Drucker jedesmal zusätzlich die Inhaltsangabe vermerken.

2) Da auch Wiederdrucke der Aufsicht ausgesetzt waren, mußten sie, wie die Neuwerke, eingeschrieben und deklariert werden. Zudem waren genaue Angaben über etwaige Änderungen, ihre Wichtigkeit, ihren Umfang und ihren Inhalt unerläßlich, wollte der Drucker zeitraubende Rückfragen der Generaldirektion vermeiden. Ausnahmen konnten nur für die Neuausgaben klassischer Schulwerke sowie der Gebet-, Horen- und Kirchenbücher gestattet werden. Freilich war bei diesen das Imprimatur der Diözesanbehörde conditio sine qua non.

3) Stadt- und Verwaltungsdrucksachen, bekannt unter dem Namen «bilboquets», waren von der vorherigen Deklaration befreit, selbstverständlich nur so weit sie

wirtschaftlichen, kommerziellen und administrativen Charakter hatten. Immerhin sollten die Eintragungen ins Druckereiregister am ersten und am fünfzehnten eines jeden Monates in Abschrift dem Generaldirektor zugesandt werden. «Mémoires, factums ou requêtes sur procès» waren von jeder Formalität befreit, wenn sie einen öffentlichen Charakter hatten. Trugen sie die Signatur eines Nichtbeamten oder sollten sie anonym erscheinen, so mußten sie die allgemeine Regel befolgen. Nicht eingetragen und deklariert wurden desgleichen die Gerichtsurteile, die Verwaltungsakten, die Hirtenschreiben der Bischöfe und die Pastoralbriefe. Auch die Zeitungen genossen die gleiche Freiheit; doch mußten ihre Drucker stets den Generaldirektor benachrichtigen, «damit er immer den jeweiligen Gebrauch ihrer Pressen kenne.»

Die Eintragungen ins Druckerregister geschahen nach dem folgenden Schema:

«Nummer ..... Manuskript des Herrn (Name des Autors, falls bekannt, seine Titel und seine Residenz oder hinter dem Worte Manuskript angeben: Dessen Autor mir unbekannt ist) betitelt: (den ganzen Titel, ohne ein Wort zu ändern, abschreiben) mir überreicht am: (Tag, Monat und Jahr angeben) um gedruckt zu werden in: (die Zahl der Bände einschreiben) von: (ungefähre Seitenzahl) in: (Formatnummer). In ..... am .....».

Der luxemburgische Präfekt, Baron Jourdan, wurde am 6. März 1810 vom Generaldirektor auf die Wichtigkeit des neuen Erlasses über die Buchdruckformalitäten aufmerksam gemacht. Die Festsetzung der vom Dekrete anbefohlenen Maximalzahl der Drucker pro Departement schien ihm Sorgen zu bereiten, da er dieserhalb Eile mit Weile vorschrieb. Immerhin gab er zu erkennen, daß er eine etwaige Reduktion auf Kosten aller Säumigen durchführen würde, die nicht genau den Buchstaben des Dekretes zu erfüllen trachteten. Der Präfekt möge ihm die Maßnahmen mitteilen, die er zu ergreifen gedenke, um den Gang der neuen Ordnung zu sichern. Es dränge sich

jedenfalls eine Uniformisation der zu gebrauchenden Formeln auf; aus diesem Grunde füge er, zu Kopierzwecken, ein Modell bei. «Ich beglückwünsche mich, mein Herr, zu den neuen Verbindungen, die ich mit Ihnen haben werde, und ich schmeichle mir, anzunehmen, daß Sie mit Ihrem Lichte und mit Ihrer Beihilfe mich in diesem wichtigen Teile des Dienstes unterstützen werden, den Ihrer Majestät gefallen hat, mir anzuvertrauen.»

Dem Baron Jourdan war die Antwort jedenfalls leicht gemacht, genau so wie die Replik auf ein Schreiben vom 17. März 1810, das die Artikel 36, 37, 38, 41, 45 und 46 des Dekretes vom 5. Februar zitierte, um durch den direkten Eingriff des Präfekten die Überwachung und die Prüfung der importierten Schriften zu garantieren. Denn «il importe de conserver intact le dépôt précieux de nos maximes nationales, d'empêcher que des préjugés étrangers, des suggestions insidieuses ou des insinuations ennemies ne viennent contrarier l'influence des grandes institutions fondées par l'empereur et qui tendent toutes à réunir l'universalité des français d'esprit et d'intention, comme ils sont réunis en un même corps de peuple.» Was konnte dagegen anders vorgebracht werden, als die nüchterne Mitteilung, daß das neu geschaffene Wälderdepartement plötzlich keine Grenze mehr bildete? Trotz alledem war Weisung gegeben worden, die Vorschriften pünktlich einzuhalten.

Da ab ersten Januar 1811 die Bestimmungen über die Einschränkungen der Buchdrucker, ihre Brevetierung und ihre Vereidigung, genau wie jene der Buchhändler, vorgenommen werden sollte, verlangte am 29. März 1810 die Generaldirektion, auf zwei Tabellen den Stand der einen und der andern Gilde kennen zu lernen. Die Tabelle, welche die Buchdrucker betraf, mußte auf sieben Kolonnen angeben: die Namen und die Vornamen der zu dieser Zeit im Wälderdepartemente ansässigen Drucker, ihre Wohnorte, die Zeit, an der sie ihr Handwerk auszuüben begannen, ob sie Drucker durch Erbschaft, durch Erwerb

oder durch das Aufstellen eigener Pressen geworden waren, die Anzahl ihrer Pressen sowie die Mitteilung, ob die Auswahl ihrer Lettern dieser Zahl entsprach, die Natur ihrer Arbeit und schließlich die Angabe, ob sie gleichzeitig Buchhändler, Schmelzer, Kupferstecher, Einbinder, Vergolder, Papierhändler waren oder ob sie im Buchhandel oder in der Buchdruckerei einen andern Kunst- und Handelszweig ausübten. In einer achten Kolonne mußte der Präfekt etwaige Bemerkungen über jeden Einzelnen anbringen, während vertrauliche Mitteilungen, vielleicht über ihre Moralität oder über ihre Hingabe an die res publica, in einem Sonderbriefe festzuhalten waren.

Bei den Buchhändlern waren anzugeben: Namen und Vornamen, Residenz, Beginn ihres Handels, Buchhändler durch Erbschaft, Erwerb oder Neueröffnung, Buchhändler-Drucker, die für den eigenen Verkaufsbedarf druckten, oder nicht, Natur ihres Geschäftes: Verkauf von klassischen Büchern, Verkauf von klassischen und modernen Werken oder Verkauf von nur modernen Schriften, Verkauf von importierten Büchern und Angabe der Bezugsquelle und des Einfuhrweges, Verkauf von fremdsprachigen Büchern, Ausleihgeschäft oder nicht. Eine Sonderkolonne oder ein Sonderbrief brachte vertrauliche Mitteilungen, genau wie bei den Buchdruckern, an den Überwachungsmann.

Freilich durfte, um den Zweck der Nachfrage zu erreichen, keine offene Nachforschung angestellt werden; die betroffenen Geschäftsleute sollten nicht beunruhigt werden. Ein Grund zu irgendwelchen Befürchtungen liege wirklich nicht vor; das, was geschehe, sei vom Geiste der Ordnung und des Guttuns diktiert. Wo eine Reduktion der Buchdruckerzahl vorgenommen werde, würden die zufälligen Opfer der Maßnahme natürlich entschädigt werden. Schließlich gehe es darum, den beiden Ständen eine stärkere Grundlage und eine neue Achtung zu verschaffen. «La pensée ne courra plus risque d'être déshonorée par de criminelles spéculations. J'ajoute que par cette dispo-

sition conforme à l'intention générale du décret, les lumières, le zèle pour les sciences, l'amour du travail et les autres qualités que suppose la pratique de l'art typographique seront plus assurés de recevoir leur prix.»

Baron Jourdan erließ daraufhin ein Rundschreiben an die Unterpräfekten, von denen der Diekircher und der Bitburger umgehend mitteilten, daß in ihrem Bereiche weder Buchdrucker noch Buchhändler lebten. Das Gesamtergebnis für das Departement war ziemlich dürftig: zwei Buchdrucker in Luxemburg, Jacques Lamort und J.F. Schmit-Brück, einer in Neufchâteau, der Forstgeometer Henri Dachy, und überhaupt nur zwei Buchhändler, eben Jacques Lamort und J.F. Schmit-Brück, die zu gleicher Zeit Buchbindereien unterhielten.

Am 4. Juli ging die große Instruktion des Generaldirektors an den Präfekten zugleich mit dem Auftrage, sie jedem einzelnen Drucker und Buchhändler zuzustellen, die den Empfang schriftlich nach Paris zu bestätigen hatten. Eigens wurde die Bedeutung der Empfangsbescheinigung unterstrichen: die Drucker hätten vor der Abgabe ihrer fünf Buch- oder Schriftenexemplare diesen Erhaltszettel beim Präfekten vorzuzeigen; sodann müsse zwischen der Abgabe der fünf Belegexemplare und dem Verkaufsbeginn eine Mindestfrist von achtundvierzig Stunden liegen, damit der Präfekt sein Verbot aussprechen könne.

Baron Jourdan beeilte sich, diese Befehle umgehend an den Stadtbürgermeister, an den Unterpräfekten von Neufchâteau und an die Drucker-Buchhändler Lamort und Schmit-Brück weiterzugeben und daran die notwendigen Ermahnungen zu knüpfen. Und etliche Tage später begann ein Hin- und Herschreiben zwischen den Behörden, um zu erfahren, ob die Interessenten auch tatsächlich den Empfang der Instruktion nach Paris bescheinigt hätten. Es war ein kleines Komödienspiel für ironisch lächelnde Götter.

Weniger erfreulich war der beschwerliche Gang, den nun die Drucker zu unternehmen hatten, wenn sie ein

Buch herauszugeben beabsichtigten. So fragte am 23. Juli Jacques Lamort beim Präfekten die Erlaubnis an, um ein Buch mit dem Titel: Praeceptiones rhetoricae edieren zu dürfen. Am 27. Juli schrieb Baron Jourdan nach Paris, am 6. August wurde von Paris der Eingang des Briefes bescheinigt. Am 18. Oktober durfte der Empfang von elf Exemplaren gemeldet, zugleich aber das Vergehen angeprangert werden, daß Jacques Lamort vergessen hatte, den Pariser Erhaltszettel rechtzeitig zu produzieren. Und inzwischen hatte der gleiche Kreislauf der Schreiben und Empfangsbescheinigungen um ein deutsches Buch desselben Verlegers begonnen.

Am 3. August 1810 war von Napoleon, Kaiser der Franzosen, König von Italien, Protektor der Rheinkonföderation, Mediator der Schweizer Konföderation, der wichtige Beschluß signiert worden, daß in keinem Departemente mehr als eine Zeitung, und diese nur unter der Autorität des Präfekten, erscheinen dürfe. Allerdings werde in den großen Städten die Herausgabe von Anzeigenblättern für den Immobilien- und den Warenhandel sowie von Zeitungen rein literarischer, wissenschaftlicher, künstlerischer und landwirtschaftlicher Natur geduldet werden.

Zehn Tage später wandte sich der Innenminister, Graf Montalivet, in einem Zirkular an den Präfekten mit der Aufforderung, ihm den genauen Stand der Zeitungen und Anzeigenblätter seines Departementes anzugeben: Titel, Format, Drucker, Erscheinungsweise, Herausgeber, Besitzer, Redakteure, Wert der einzelnen Individuen und Nützlichkeit der Publikationen, Abonnementspreis und Zahl der Abonnenten. In Fettdruck war die Drohung ausgesprochen, daß Interessenten, die mit der Mitteilung dieser Angaben zögerten, ihr Unternehmen aufs Spiel setzten.

Die bündigste Antwort, welche Paris erhalten konnte, kam bestimmt aus Luxemburg. «In Beantwortung Ihres Zirkulars vom 14. dieses Monates, habe ich die Ehre,

Euere Exzellenz zu informieren, daß in diesem Departement keine Zeitung gedruckt wird.»

Am 29. August erging eine neue Mahnung: die Abgabe von fünf Belegexemplaren einer jeden Druckschrift habe strengstens durchgeführt zu werden; ein Exemplar bleibe in der Präfektur, eines sei für die kaiserliche Bibliothek, eines für den Innenminister, eines für die Bibliothek des Staatsrates und eines für den Generaldirektor des Buchhandels; ein Begleitschreiben müsse den genauen Titel einer jeden Zusendung angeben.

Die im Dekret vom 5. Februar vorgesehenen Inspektorate wurden durch Ministerialbeschluß vom 28. August organisiert. Das Wälderdepartement gehörte mit den Meurthe-, Meuse- und Mosel-Departementen zum Kreise Nanzig. Inspektor wurde ein Herr Estienne. Der Präfekt hatte ihm seine Pflichten möglichst zu erleichtern und eine fruchtbare Kollaboration zu betreiben. Der Kolonel Estienne selber meldete sich bei A.J. Jourdan am 10. November, allerdings vorerst schriftlich in dieser Form:

Graf Portalis, Staatsrat und Genraldirektor der Administration habe ihm den Beschluß vom 28. August zugestellt, der ihm als Titel und als Erkennungsbrevet sowohl bei den Magistratspersonen, deren Hülfe er in Anspruch nehmen dürfe, wie auch bei den in Frage kommenden Berufsträgern dienen solle. Er bitte demnach den Präfekten, die notwendigen Anordnungen treffen zu wollen, damit er sein Amt in der rechten Weise ausüben könne. In Erwartung des neuen Kodexes für den Druck- und Buchhandel, verlasse er sich auf den willig erteilten Rat des Präfekten, den er gerne befolgen werde. Ihm liege daran, in allem mit Maß und Vorsicht zu handeln und ganz besonders die inquisitorischen Formen in seinen Nachforschungen zu vermeiden. Seine Sorge sei, über die volle Ausführung des Dekretes vom 5. Februar zu wachen, Vergehen festzustellen, zu verhindern, daß subversive Schriften gedruckt würden, und alle Befehle, von wo sie

kommen möchten, exakt auszuführen. Er hoffe, auf den Einfluß des Präfekten rechnen zu können.

Baron Jourdan mußte enttäuscht sein über die Ernennung des Kolonels, denn am 26. September hatte er seinen eigenen Kandidaten, einen gewissen Dupong, für den Posten des Inspektors vorgeschlagen. Graf Portalis gab am 14. November seinem Bedauern über die verspätete Mitteilung des Präfekten Ausdruck; recht gerne hätte er dessen Freund ausgezeichnet, leider sei es nicht mehr möglich gewesen. Nichtsdestoweniger gab der Baron die Ernennung formgerecht bekannt und versprach seine bestmögliche Mitwirkung.

Die Art der Tätigkeit dieser neugeschaffenen Instanzen erhielt ihre hübscheste Illustration im Geheimzirkular — Graf Portalis fügte eigenhändig am Ende des fünfseitigen gedruckten Umlaufschreibens in Quartformat die Bitte hinzu, das «Gegenwärtige» in keiner Zeitung erscheinen zu lassen — vom 20. November 1810, das sich mit der «Bibliothek der Armen» befaßte, mit den kleinen Schriften und mit den Kinderbüchern, welche zwar nicht zensuriert würden, aber doch unter Beobachtung gehalten werden müßten. Manchmal wundere man sich über den allgemeinen Fortschritt gewisser schädlicher Meinungen, der des öfteren zu spät die Blicke der Autoritäten auf sich ziehe; allein man hätte ihre Wirkung verhindern können, wenn man gleich zu Beginn die Zirkulation einiger dunkler, ebenso verachteter wie verächtlich erscheinender Schriften unterbunden hätte.

In der Aufzählung solcher Werke figurierten dann: die Almanache, die Kalender, die Jahrbücher, die Märchen-, Anekdoten-, Lieder-, Voraussage-, Kirchengesang- und Klagesammlungen, die Erzählungen, welche die neuesten Ereignisse betrafen, die Kriminalgerichtsurteile, die ABC-Bücher, die «Crois de par Dieu» sowie andere minderwertige Schriften. Ihre Zahl nehme in einem solchen Maße zu, daß die kaiserlichen Zensoren sie nicht mehr zu prüfen vermöchten.

In welchem Geiste die Überwachung durchzuführen sei?

Um ein Beispiel zu nennen: In den Kalendern, welche für sich oder in der Einleitung zu mehreren Bucharten gedruckt würden, sei das Fest des heiligen Napoleon, das auf den 15. August falle, nicht erwähnt, ebensowenig wie der Krönungstag am ersten Dezembersonntag; diese Unterlassung dürfe in Zukunft nicht mehr vorkommen. Auch unterscheide man in den Kalendern nicht mehr die beibehaltenen Feiertage von denen, die unterdrückt worden seien; deshalb glaube sich das Volk berechtigt, die einen wie die andern zu achten; diese abgeschafften Feste dürften mit keinem Zeichen versehen sein, das zum Feiern einlüde.

Wenn auch nicht möglich sei, die lächerlichen Voraussagen gänzlich abzuschaffen, die man besser durch Angaben über Gärtnerei, Pflügearbeiten, Gezeiten und gewisse meteorologische Phänomene des Jahres ersetzen würde, so müsse doch alles ausgeschaltet werden, was schwache und leichtgläubige Geister beunruhigen könne, sowie politische Vorverkündigungen, die Furcht gegenüber der Staatsstabilität hervorzurufen imstande seien.

Lieder, Märchen und Erzählungen dürften keine allzu freien Schilderungen aufweisen, welche die öffentliche Dezenz verletzen könnten; alles, was durch die Verbreitung immoralischer Grundsätze die sozialen Bindungen zu lockern vermöge, müsse, ohne freilich Lustigkeit und Freude mit Lizenz und Laster zu verwechseln, ausgeschaltet bleiben.

Kantiken und Klagegesänge enthielten dann und wann Schilderungen über wunderbare Ereignisse, welche eher dazu angetan seien, die Religion zu kompromittieren, da sie den Aberglauben nährten; es müsse dafür gesorgt werden, daß solche Dinge nicht auf dem Lande um sich griffen, um die Zunahme einer übermäßigen Gläubigkeit zu unterbinden.

Erzählungen über das eben vergangene Weltgeschehen stellten oft Lügen dar, durch die gewissenlose Spekulanten

die öffentliche Neugier zu stacheln unternähmen; sie verbündeten manchmal den Nationalcharakter und die Verwaltung, verbreiteten Furcht und Unsicherheit und könnten sogar die Ruhe in manchen Regionen stören. Solche Schriften seien zu unterdrücken.

Was nun die Kriminalgerichtsaffären anlange, so müßten sie im Rahmen ihrer Zeit dargestellt werden, freilich unter Ausmerzung all dessen, was verletzen und allzu grauenhaft wirken könnte; die schändlichsten Teile dürften nicht zu stark betont werden.

Inbezug auf die Stadtdrucksachen, welche in einem gewissen Sinne auch die Öffentlichkeit interessieren dürften, wurde dem Präfekten Vollmacht erteilt, sie selber zu überwachen oder das Amt einem Examinator zu übertragen. Sodann müsse man einen Schritt weitergehen und Direktiven erteilen, wie in Zukunft, beispielsweise, die Märchenfabeln, die erfundenen Anekdoten und die sogenannten Wunderdinge durch das Bessere ersetzt werden könnten, etwa durch Ruhmestaten aus der Kaiser- und Armeegeschichte, durch Moralmaximen, durch Kühnheitsakte und durch Beispiele echt humanen Wirkens; so dürften Ehr-, Aufrichtigkeits-, Treu- und Anhänglichkeitsgefühle verbreitet werden.

Änderungen, die an einem Manuskripte vorzunehmen seien, müßten dem Generaldirektor gleich gemeldet werden; am Ende eines jeden Monats sei die Liste der also geprüften Drucksachen, nach einem genau festgesetzten Schema, einzusenden.

Eine besondere Aufmerksamkeit erheischten dann die Hausierer und sonstigen Wanderhandelsleute, durch welche oft die unmoralischsten Schriften verbreitet würden; es gäbe solche, die seit Jahren im Geheimen Bilder der letzten Königsreihe, kleine Schriften wie das Testament Ludwigs XVI. und ähnliche Sachen absetzten, um das Gewissen der Bürger zu beunruhigen; andere kolportierten Magie- oder Hexenschriften sowie ähnliche Kuriositäten dieser Art, die einer schuldhaften Geldgier den Druck

verdankten; diese Hausierer seien namentlich mitsamt ihrem Schriftenbestand zu erfassen; alle andern Händler, welche auch Bücher vertrieben, müßten ihren Katalog einreichen, vor allem für ihre Jahrmarktbesuche.

Sänger und Kolporteure dürften nur erlaubte Werke führen; je ein Exemplar müsse in der Präfektur deponiert werden, während ein anderes, mit der Signatur und dem Siegel des Präfekten versehen, den Interessenten auszuhändigen sei, die nur bei dessen Präsentation von den Bürgermeistern das Verkaufs- oder Aufführungsrecht bekommen könnten; möglichst rasch sei die Liste der Kolporteure einzusenden, auf welcher die Art ihres Handels und die Zahl ihrer etwaigen Verfehlungen angegeben werden müßten. Diese Arbeit sei jeden Monat zu wiederholen.

Am 28. November wurde für den ersten Dezember das Erscheinen des — für die Departementszeitungen obligatorischen — «Journal général de l'imprimerie et de la librairie» angekündigt, das, jeden Dienstag erscheinend, sämtliche bis zum vorvorigen Montag eingesandten Büchertitel im Anzeigenteile abdrucken würde. Die Monopolstellung dieses von der Generaldirektion herausgegebenen Organs wurde durch die Bemerkung betont, daß keine Departementszeitung eine Neupublikation anzeigen durfte, bevor der Titel nicht im «Journal général» erschienen war. Baron Jourdan war wieder einmal übel dran, da er dieses offizielle Blatt nicht gratis erhalten konnte, weil er keine Departementszeitung besaß. Denn Graf Portalis hatte bestimmt, daß die Zustellung an die Departementszeitungen über den Präfekten erfolgen mußte, der dann Gelegenheit hatte, das Blatt zuvor zu studieren. Etwas sauersüß meldete er die Tatsache nach Paris, versprach aber, bei den Interessenten mit Nachdruck zu intervenieren, was er dann auch ohne Aufschub tat. Am 5. Dezember gab er bekannt, daß im Luxemburgischen wenig Stadtdrucksachen verlangt würden; es erscheine nur ein einziger Kalender, da die beiden Drucker-Buchhändler sich mit

dem Verkaufe von Gebetbüchern und Katechismen, deren Stock noch nicht erschöpft sei, begnügten; Hausierer hielten sie keine. Bei einer seiner nächsten Rundreisen solle der Inspektor die Bücher prüfen und ihm mitteilen, ob er für später ihren Absatz zu erlauben oder zu verbieten habe.

Um den «einzigen» in Luxemburg gedruckten Kalender, den «Almanach portatif» sowie dessen deutsche Übersetzung, von Schmit-Brück herausgegeben, entstand eine längere Auseinandersetzung, als der Drucker gegen Ende des Jahres in Paris die Ermächtigung erbat, der Generaldirektor den Präfekten um eine eingehende Prüfung des Manuskriptes ersuchte, und der Baron am 15. Dezember seinen Eindruck brieflich darlegte: wohl entspreche das Werk nicht ganz den Anweisungen, da die Bestimmungen über die Festtage nicht respektiert seien und sich auch noch Voraussagen darin befänden, allein da es nichts Sittenwidriges und nichts gegen die Interessen der Regierung enthalte, da es übrigens vor dem Erlaß der Instruktionen gedruckt gewesen sei, möge man es zum Verkaufe freigeben. Dem Drucker selber hielt er eine kurze Moralpredigt über die Befolgung aller Vorschriften, im allgemeinen, und die Redaktion des Almanachs «dans la lettre et dans l'esprit de cette instruction», im besonderen.

Sodann machte er den Direktor M. München, vom Jesuitenkolleg, zum Examinator der kleineren Schriften und sandte ihm als erstes das ABC-Buch von Schmit-Brück zur Prüfung ein.

Am 18. November 1810 erließ Napoleon ein neues Dekret über die Bestandsaufnahme der durch die Druckerzahlverminderung freigewordenen Pressen und Druckereiutensilien. Alle Personen, die zu drucken aufhörten oder sonstwie Besitzer von Druckeinrichtungen jeder Art waren, mußten ab ersten Januar 1811 eine Erklärung abgeben. Den Druckern gleichgestellt waren die Bilddrucker und verwandten Vervielfältigungszweige. Unterlassungen wurden mit Gefängnisstrafen von sechs Tagen bis zu sechs

Monaten belegt. Am 28. Dezember gab Graf Portalis, durch Zirkular, seine ausführlichen Exekutionsbestimmungen heraus, die auf nicht weniger als vier Quartseiten bis ins geringste Detail das Aufspüren und Inventarisieren der simpelsten Kopiermechanismen zu fixieren unternahmen, damit nur ja nicht geheimerweise gewisse Oppositionsschriften hergestellt werden könnten. «Il existe en plusieurs départements de ces presses clandestines. Elles devraient cesser d'exister, ne fût-ce que dans l'intérêt des imprimeurs, auxquels elles donnent des concurrents sur lesquels ils n'ont pas dû compter. Mais l'ordre public réclame bien plus vivement leur suppression, puisqu'elles constituent de véritables imprimeries, hors de toute règle, de toute inspection et de toute surveillance. C'est d'elles qu'émanent les libelles par lesquels les malveillants cherchent à abuser de la crédulité du peuple et à dépraver l'opinion; c'est d'elles que sortent journellement une foule de livres orduriers, qui, malgré les poursuites de la police, ne peuvent se maintenir au prix modique où on les vend, qu'au moyen d'une active reproduction.»

Das war des Pudels Kern, und alle Kräfte mußten eingesetzt werden, um die Reproduktionsmittel, bis zu den harmlosen «taquoirs», in die bewährten Hände der Herrschertreuen zu bringen. Am 3. Januar 1811 wandte sich der Präfekt an die Unterpräfekten, an die Bürgermeister von Luxemburg, Arlon, Grevenmacher und Remich und an den Gendarmeriekommandanten, um von ihrem Fleiße und von ihren Anstrengungen einen vollen Erfolg der Such- und Buchaktion zu erwarten.

Schon am 18. April 1811 verlangte der Nachfolger des Grafen Portalis, Baron de Pommereul, die sofortige Übersendung der gesammelten Angaben. Der Präfekt erwiderte am 22., nachdem er den Unterpräfekten von Neufchâteau und Bitburg sowie den Bürgermeistern von Arlon, Grevenmacher und Remich eine Mahnung hatte zukommen lassen, daß in seinem Departemente kein Mensch im Falle sei, die geforderte Erklärung abgeben zu müssen.

Niemand würde die «taquoirs» genannten Instrumente kennen, da niemals eines im Gebrauche gewesen sei.

Baron de Pommereul verstand es, in seiner Zirkular-Instruktion vom 13. März den Druckern im gleichen Atemzuge Erleichterungen zu verschaffen und das Handwerk schwerer zu gestalten. Indem er sich auf das berüchtigte Dekret vom 5. Februar 1810 berief, erließ er den Interessenten die Obligation, Abschriften des Druckerregisters und der Stadtdrucksachen nach Paris zu schicken. Dafür faßte er einige Bestimmungen straffer, vor allem über die Gebet- und Kirchenbücher sowie über die sogenannten «Intermédiaires», das heißt: die Drucksachen, welche zwischen den eigentlichen «labeurs» und den sogenannten «bilboquets» lagen, wie zum Beispiel die ABC-Bücher, die Elementarbücher für Kleinschulen, die Volkslieder, die Gelegenheitsstücke in Vers oder Prosa, die außergerichtlichen Memoranden oder die unsignierten Prozeßakten, die Bibliothekskataloge, die wissenschaftlichen oder literarischen Wochen-, Zweiwochen- oder Monatszeitschriften, die dem Präfekten zur Prüfung vorgelegt werden mußten. Sodann waren die Drucker gehalten, ihren Namen auf dem unteren Rand sogar des geringsten Druckwerkes zu fixieren. Nicht einmal am Ausfüllen neuer Formulare kamen sie vorbei, die zwar im großen ganzen den Inhalt der alten beibehielten, aber dem neuen Meister zu Ehren ein etwas abweichendes Kleid anzuziehen hatten. Selbstverständlich mußte auch die Belieferung des «Journal général de l'imprimerie et de la librairie» anders als zuvor geschehen: nun waren es die Präfekten, welche alle Neuerscheinungen an die Redaktion weiterzuleiten hatten.

Und weiter ging die Burleske um die — nicht existierende — Departementszeitung, die an den Generaldirektor, an den Inspektor und an Werweißnochwen geschickt werden mußte und deretwegen Baron Jourdan am 22. April für den Baron de Pommereul einen langen Fragebogen hätte ausfüllen dürfen, falls er nicht — zum wie-

vielten Male? — gezwungen gewesen wäre, das andauernde Nichtbestehen zu verbriefen. Das geschah am 2. Mai; doch schon am 30. Juli wiederholte Paris die Bitte um Zusendung, was am 6. August leider wieder abgelehnt werden mußte.

Doch werden die Fragen den Beamten in Luxemburg bestimmt interessiert haben, da sie folgendermaßen lauteten:

1) Gibt es in Ihrem Departemente wirklich nicht mehr als eine Zeitung, so wie das Gesetz es vorsieht?

2) Welches ist ihr Titel?

3) Wie hoch beläuft sich der Jahresabonnementspreis?

4) Erscheint sie alle Tage oder wie oft wöchentlich?

5) Wie heißt der Schriftleiter? Wie der Drucker? Wie lange üben sie diese Arbeit aus?

6) Hat der Schriftleiter einen andern Beruf? Bekleidet er öffentliche Funktionen? Welche?

7) Hat die Zeitung früher dem Polizeiministerium eine Taxe bezahlt? Wie hoch war sie? Was führt sie jetzt in die Generaleinnahmekasse ab?

8) Was zahlt der Drucker alljährlich dem Schriftleiter, und welches Interesse hat dieser am Ertrag der Zeitung?

9) Besteht im Departemente, neben der Zeitung, ein Anzeigenblatt, das Gerichtsanzeigen, Handelsannoncen u. a. aufzunehmen vermöchte oder ist dieses Blatt mit der Departementszeitung vereinigt? Falls es separat erscheinen sollte, Fragen wie sub 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8 beantworten.

10) Besteht die Notwendigkeit, in dem Hauptorte einer Unterpräfektur ein Anzeigenblatt zu gründen? Die Stadt angeben; das kann nur dort geschehen, wo der Handel sehr wichtig und die Entfernung zum Departementshauptorte sehr groß ist.

11) Gibt es in Ihrem Departemente eine von der Zeitung differente Publikation, die sich den Wissenschaften, den Künsten, der Landwirtschaft, der Jurisprudenz, der Medizin usw. widmet? Wenn ja, Auskünfte geben, wie die Artikel 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8 sie fordern.

Und der Zweck dieser Nachforschungen? Baron de Pommereul sprach es offen aus, so wie die Dekrete vom 3. August und vom 14. Dezember 1810 es angedeutet hatten: um die Zahl der erscheinenden Blätter zu reduzieren!

Noch hübscher und für die Drucker noch überraschender war die Erfindung der Centime-Abgabe pro Druckblatt, welche durch die Dekrete vom 29. April und vom 3. Juni 1811 eingeführt wurde. Es war, im Grunde genommen, die Einführung der «droits d'auteur à rebours», da für die lebenden Autoren nichts bezahlt wurde. Baron de Pommereul legte in zwei Zirkulardrucken die neuen Dinge allso klar:

1) In Zukunft muß genau unterschieden werden zwischen «labeurs» und «bilboquets».

Unter «labeur» versteht man jedes Werk, das zum Verkaufe bestimmt ist.

2) «Ouvrages de ville» oder «bilboquets» sind Drucksachen, die nicht in den Handel kommen.

3) Der öffentlichen Domäne gehören die Werke aller Autoren an, die vor dem 19. Juli 1793 verstorben waren; diese Bücher sind abgabepflichtig.

4) In die öffentliche Domäne kommen und abgabepflichtig sind die Werke der Autoren, welche zwischen dem 19. Juli 1793 und dem 5. Februar 1810 verstorben sind, sofern ihre Erben oder Rechtsträger in dieser Zwischenzeit während zehn Jahren den Genuß des Gesetzes vom 19. Juli 1793 gehabt haben.

5) In die öffentliche Domäne kommen und abgabepflichtig sind alle anonymen oder pseudonymen Werke, es sei denn, ihre Autoren hätten sich formgerecht bei der Generaldirektion zu erkennen gegeben und erklärt, den Genuß des Gesetzes vom 5. Februar 1810 beanspruchen zu wollen.

6) In die öffentliche Domäne kommen, was die Taxe anlangt, alle Werke, die ihrer Herkunft nach, trotz Annotationen und Kommentaren, dieser Domäne bereits

angehören; lebende Kommentatoren dürfen ihre Texte gesondert herausgeben, ohne dem Beitragszwang zu verfallen, oder mit dem Buche im Anhang vereinigen, in welchem Falle dieser Teil abgabenfrei ist.

7) In die öffentliche Domäne kommen, was die Taxe anlangt, alle Arbeiten der Lexikographen, deren Schriften, trotz gewissen Zusätzen zum alten Texte, nur die verkürzte Ausgabe von Werken sind, die der öffentlichen Domäne bereits angehörten; beitragsfrei sind sie, wenn die Diktion derartiger Artikel von den alten Texten verschieden ist und tatsächlich das Ergebnis ihrer Arbeit darstellt.

8) In die öffentliche Domäne kommen alle Werke, deren Gesamttexte bekannten Büchern entnommen sind; beigegebene Anmerkungen und ein Vorwort genügen nicht, um es, was die Abgabe angeht, aus der publiken Domäne herauszuführen.

9) Wenn ein im Auslande fremdsprachig oder französisch gedrucktes Buch in Frankreich neu gedruckt wird, so gehört der Neudruck in die öffentliche Domäne, es sei denn, sein Autor lebe und habe, auf Grund des Dekretes vom 5. Februar 1810, das Eigentum einem französischen Rechtsträger übergeben, der davon Gebrauch mache.

10) Die von einem lebenden Autor vorgenommene Übersetzung eines der öffentlichen Domäne angehörenden Buches ist nur dann abgabenfrei, wenn der Originaltext mitgedruckt worden ist. Dieser entrichtet die Taxe.

Und wie wurde diese Taxe eingezogen?

Am 25. Juni 1811 sagte Baron de Pommereul dieserhalb:

Die beste Methode scheine ihm die zu sein, welche die Drucker noch vor der Zustellung der fünf Exemplare zwinge, ihrer Verpflichtung durch das Trattensystem nachzukommen; da die Tratten nur neunzig Tage Gültigkeitsdauer besäßen, so müsse der Präfekt sie umgehend an die Generaldirektion abgehen lassen, zugleich mit den Büchern, auf die sie sich bezögen.

Die Folge konnte nichts anderes als ein permanentes Mahnen und Drohen an die Adresse der säumigen Drucker sein. Und schon am 30. Juni erschien ein weiterer Befehl der Generaldirektion (Abteilung: Garantie!), der die Kalenderherausgeber schärfer als zuvor anging und neue Richtlinien festsetzte. Die großen Festtage: Christi Himmelfahrt, Mariä Himmelfahrt, Allerheiligen, Weihnachten und die Sonntagsfeiertage, wie Ostern und Pfingsten, mußten in Majuskeln gedruckt werden. Auch der erste Januar, der von der Regierung als Familientag anerkannt worden war, durfte diesen zugefügt werden. Am 15. August traf sich der S. Napoleonstag mit Mariä Himmelfahrt: beide Feste waren gleicherweise anzugeben; eine ähnliche Behandlung verlangte der Kaiserkrönungstag, der auch der Schlacht von Austerlitz gedenken ließ. Alle andern, sogar die Patronatsfeste, durften von den gewöhnlichen Tagen nicht unterschieden werden. Jedes Sonderzeichen war untersagt. Sämtliche Kalender, verhieß der Generaldirektor, welche diesen Anordnungen nicht entsprächen, würden beschlagnahmt werden.

War früher die Prüfung der Almanache den Präfekten überlassen worden, so forderte Baron de Pommereul dieses Privilegium für sich. Und zudem waren die Drucker gehalten, für jede Kalenderedition eine neue Deklaration zu machen: Eine Schreiberkraft genügte wohl kaum, um die unzähligen Formalitäten nach dem Sinne der Pariser zu erledigen. Um das Übel voll zu machen, erklärte der Präfekt, daß er für die Centime-Abgabe, welches auch der aufgelaufene Betrag sei, keine Vergünstigung zugestehe: blieb die Zahlung aus, so durften die gedruckten Schriften nicht verkauft werden.

Instruktionen, Hinweise, Umstellungen, Belehrungen, Ermahnungen und Forderungen folgten sich nun in kurzen Zwischenräumen: hübsch gedruckt, wie es sich für eine Generaldirektion der Druckerei gehörte, und erschöpfend in der Darlegung aller Kleinig- und aller Kleinlichkeiten.

Am 13. August 1811: ein Reformentwurf, um gewisse Mißbräuche abzustellen, der die folgenden Dinge betraf:

1) die Drucker mußten in Kirchen- und Gebetbüchern nur die tatsächlich bestehenden Diözesen nennen; Anspielungen auf die abgeschafften waren zu unterlassen, widrigenfalls das Druckrecht verweigert wurde;

2) bei Elementarbüchern mußten Angaben wie: «für den Gebrauch der Lyzeen» weggelassen werden, falls nicht der Großmeister der Universität eine schriftliche Erlaubnis erteilt hatte;

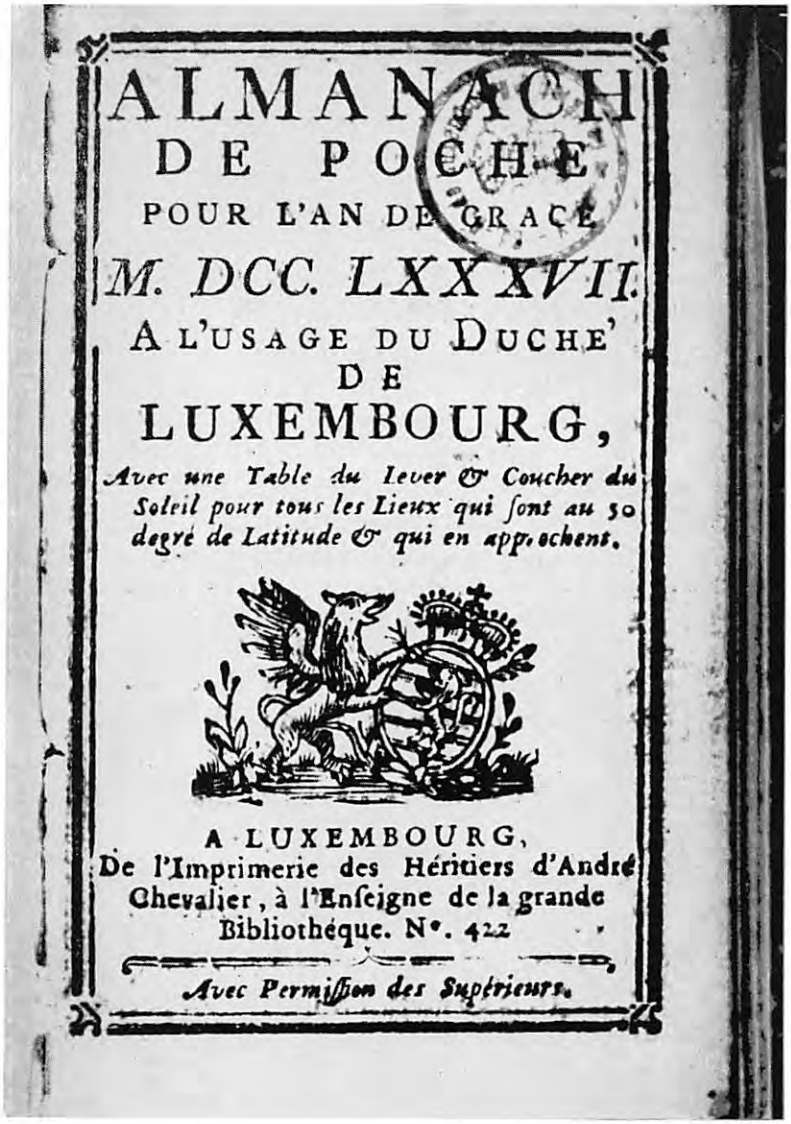
3) auf ihren Deklarationsformeln hatten die Drucker, welche Kompilationen herausgaben, anzugeben, ob sie der öffentlichen oder der privaten Domäne zugehörten; für den zweiten Fall mußte das Manuskript zur Prüfung unterbreitet werden;

4) der Generaldirektion mußte die genaue Auflage eines jeden Werkes, auch bei größerer Nachfrage während des Druckes, mitgeteilt werden;

5) bei Neudrucken von Tabellen, welche die jetzt geltenden metrischen Maße in Vergleich zum alten Maß- und Gewichtssystem setzten, hatte eine schriftliche Erklärung des Präfekten die Richtigkeit der Druckvorlage zu bescheinigen;

6) die Herren wurden aufgefordert, nach der Lektüre dieser Instruktion auch die früher erschienenen nachzulesen.

Dazu ließ ihnen der Generaldirektor wirklich Zeit, da sein nächster Erlaß erst am 21. November 1811 ins Reich ging. Diesmal stand das Sorgenkind der General-



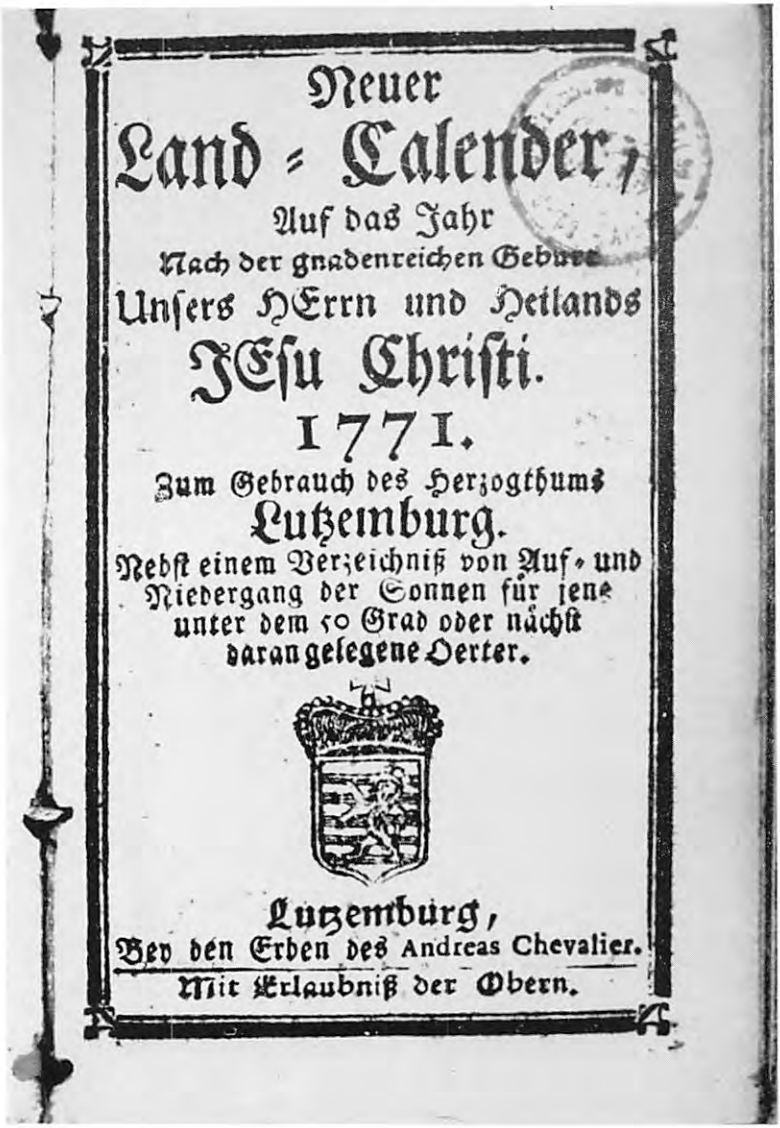
ALMANACH
DE POCHE
POUR L'AN DE GRACE
M. DCC. LXXXVII.
A L'USAGE DU DUCHE'
DE
LUXEMBOURG,
Avec une Table du Lever & Coucher du Soleil pour tous les Lieux qui ſont au 50 degré de Latitude & qui en approchent.

A LUXEMBOURG,
De l'Imprimerie des Héritiers d'André Chevalier, à l'Enſeigne de la grande Bibliothéque. N°. 422

Avec Permiſſion des Supérieurs.

Titelseite des Almanach de poche

(Staatsarchiv Luxemburg)



Neuer
Land = Calender;
Auf das Jahr
Nach der gnadenreichen Geburt
Unſers HErrn und Heilands
JEſu Chriſti.
1771.
Zum Gebrauch des Herzogthums
Lutzemburg.
Nebſt einem Verzeichniß von Auf- und Niedergang der Sonnen für jene unter dem 50 Grad oder nächſt daran gelegene Oerter.

Lutzemburg,
Bey den Erben des Andreas Chevalier.
Mit Erlaubniß der Obern.

„Neuer Land-Calender“ für das Jahr 1771 (Titelseite)

(Staatsarchiv Luxemburg)

Histoire

PRÉCIS

HISTORIQUE ET CHRONOLOGIQUE

DU PAYS

DE LUXEMBOURG,

SUIVI

D'UNE NOTICE

DES PRINCIPALES VILLES

DU DÉPARTEMENT DES FORÊTS;

PAR M. F. H. CHRISTIANI, Licencié ès lois,
Secretaire général du même département.

A LUXEMBOURG,
Chez C. LAMORT, Imprimeur de la Préfecture.
AN XIII. — 1805.

Titelseite des „Précis historique et chronologique du pays de Luxembourg" von F. H. Christiani, Generalsekretär des Wälderdepartements, gedruckt 1805 in Luxemburg

(Nationalbibliothek Luxemburg)

LIBERTÉ, ÉGALITÉ.

EXTRAIT

Du regiſtre des délibérations de l'adminiſtration centrale du Département des Forêts.

SEANCE du 17 Ventôse, 4me année Républicaine.

Présens, les Citoyens ARNOUL, *Président*; ROUSSET, SEYLER, FAILLY, *Administrateurs*; LEGIER *Commissaire du directoire exécutif.*

Vu la lettre du Ministre de l'intérieur, en date du 12 Ventôse présent mois, en réponse à celle de l'administration qui dénonçoit certains numéros de *l'abréviateur universel* et du *courrier de la guerre*; ladite lettre dont la teneur suit :

LIBERTÉ, ÉGALITÉ

Paris le 12 Ventôse, an 4. de la République une et indivisible.

LE MINISTRE DE L'INTÉRIEUR,

Aux administrateurs du Département des Forêts.

Je gémis comme vous, Citoyens, des écarts honteux de quelques journalistes qui abusent si étrangement de la liberté de la presse. Mais quelques soient les efforts de la malveillance pour corrompre l'esprit public, croyez que les principes bien connus de la joyauté française l'emporteront toujours sur les calculs perfides de la calomnie. Que les administrateurs et les fonctionnaires publics suivent sans se détourner, la ligne constitutionnelle. Le gouvernement ne cessera de protéger et de provoquer la stricte exécution des lois; c'est elle qui fera rentrer la malveillance dans le néant, et si l'administration générale est secondée dans sa marche par les Autorités Constituées, rien ne pourra l'empêcher d'amener triomphalement au port le vaisseau de la République.

SALUT ET FRATERNITÉ.

Signé BENEZECK.

L'administration voulant employer tous les moyens possibles de maintenir dans l'esprit public la confiance due au Gouvernement Français et prémunir les habitans du Département contre les erreurs et les mauvaises intentions de certains journalistes;

Après avoir entendu le Commissaire du directoire exécutif, Arrête;

Que ladite lettre et le présent seront imprimés, publiés, affichés, et envoyés aux administrations de canton.

Signé ARNOUL, *président*, ROUSSET, FAILLY, SEYLER, *administrateurs*, LEGIER *commissaire du pouvoir exécutif*, *et* DUPORTAIL *secrétaire en chef*.

Pour expédition conforme :

Le secrétaire en chef.

DUPORTAIL.

A LUXEMBOURG, De l'imprimerie du Département, rue du curé n°. 142.

Plakat aus dem Jahre 1796 gegen die Tätigkeit einzelner Journalisten, gedruckt in der Druckerei des Wälderdepartements

(Staatsarchiv Luxemburg)

direktion, das «Journal général de l'Imprimerie et de la librairie» im Mittelpunkte des Sendschreibens. In Zukunft mußten die Buchhändler bei der Abgabe ihrer fünf Belegexemplare ein weiteres Bulletin ausfüllen — die eingestellte Schreiberkraft mußte voll ausgenutzt werden —, welches, außer dem Namen des Druckers und seiner Adresse, folgende (natürlich exakte) Angaben verlangte: 1° Titel des Werkes, 2° Deklarationsnummer, 3° Erhaltszettelnummer der Direktion, 4° Zahl der Exemplare, 5° Zahl der Bände pro Exemplar, 6° Zahl der Druckblätter pro Band, 7° Gesamtzahl der Blätter für das ganze Werk, 8° Auflageformat, 9° Sonderpreis des Werkes, 10° öffentliche oder private Domäne, 11° Höhe der Verpflichtung, 12° Datum und Signatur des Druckers.

Bei unrichtigen Angaben wurde das Buch nicht im «Journal général» angekündigt und konnte dann auch in keiner andern Reichszeitung annonciert werden. Sodann hatten die Drucker die Pflicht, das Bulletin ein erstes Mal während dem Drucke und ein zweites Mal beim legalen Dépôt einzusenden. Aber ein Trost war ihnen gegeben: «Ce double travail, qui n'est pas un double emploi, devient indispensable à cause de la séparation des bureaux de garantie et de comptabilité.»

Am 22. November 1811: ein Hinweis auf die zu große Zahl der Drucker, die nicht länger, im Interesse der typographischen Kunst, selbstverständlich, geduldet werden könne.

Durch Entscheidungen vom 16. Mai und vom 20. Mai 1811 waren die Buchdrucker in zwei Klassen eingeteilt worden: in die der Beibehaltenen und in jene der Aussterbenden. Die Beibehaltenen durften Nachfolger haben, die Aussterbenden natürlich nicht. Baron de Pommereul teilte auf einem «État nominatif des imprimeurs du Département des Forêts, extrait de l'Arrêté de Son Excellence le Ministre de l'intérieur, en date du 9 juillet 1811» die Namen der luxemburgischen Kandidaten mit. Für die Gemeinde Luxemburg waren es: Lamort, Jacques, und

Schmit, Jean-François, und für die Gemeinde Neufchâteau Dachy, Henri. Sie gehörten alle zu den Glücklichen, weil zu denen «qui sont remplacés après leur mort».

Am 4. Februar 1812: eine scharfe Mahnung an den Präfekten, den Verkauf von Druckwerken nicht zu gestatten, wenn die geschuldeten Centimes-Abgaben nicht bezahlt worden seien. Der Präfekt gab die Mahnung pflichtbewußt an die Unterpräfekten weiter.

Am 5. März 1812: eine Aufforderung an den Präfekten, möglichst umgehend eine Liste der «imprimeurs en taille douce, marchands d'estampes, colporteurs de livres, relieurs, bouquinistes et des personnes tenant cabinet de lecture» zusammenzustellen. Zweck der neuen Arbeit war, die definitive Organisation aller Teile, die von der Kunst des Buchdrucks oder vom Buchhandel abhingen, zu beschleunigen. Der luxemburgische Präfekt behandelte die Sache als sehr eilig und durfte am 9. Mai bekannt geben, daß in seinem Departemente weder marchands d'estampes noch colporteurs de livres noch bouquinistes noch des personnes tenant cabinet de lecture existierten, während die andern Zweige vertreten seien durch Jacques Lamort («Il a une presse en taille douce, mais elle n'est pas en activité. Il est aussi relieur; il tient en outre un fond de librairie»), Jean-François Schmit-Brück (idem), Jean-Pierre Maiz (Buchbinder), Laurent Weyrich («loueur de livres, sans cependant tenir cabinet de lecture»), alle in der Hauptstadt ansässig.

Am 15. Juni 1812: eine weitere Aufforderung an den Präfekten, für die Einnahme der Centimes-Abgaben durch eine lückenlose Aufstellung der gedruckten Werke zu sorgen. In Zukunft hatten die Präfekten selber die diesbezüglichen Listen auszuarbeiten. Desweiteren wurde daran erinnert, daß für Kalender und Jahresbücher nur der Generaldirektor die Druckgenehmigung ausstellen durfte. Der Präfekt befaßte, wie immer, die Unterpräfekten mit der Aufgabe, weitete dieselbe aus und verlangte Angaben über die Tätigkeit der Hausierer sowie über ihre

Schriftenlieferanten. Dem Generaldirektor teilte er am 6. Juli mit, daß er nur ein einziges Buch, und zwar eine lateinische Fibel von Schmit-Brück, genehmigt habe. Am gleichen Tage ließ er den Unterpräfekten von Bitburg und Diekirch ein längeres Schreiben zugehen, in welchem er die Tätigkeit gewisser Hausierer und den Vertrieb unzulässiger Schriften und Bilder anprangerte. Im großen ganzen brachte er eine alte Instruktion über die Mißbräuche wandernder Buchhändler und Bänkelsänger in Erinnerung, um schließlich eine Liste dieser Leute zu verlangen. Gleichzeitig wandte er sich an die drei Drucker seines Departementes, um ihnen die genaueste Beobachtung der Vorschriften über die Stadtdrucksachen, die Centime-Abgabe und die Befreiung von der Taxe, die Einzahlung der geschuldeten Gelder und die Prüfung der Almanache vorzuschreiben.

Am 21. Juli 1812: neuerliche Anweisung über die Centime-Abgabe und ihren Zahlmodus.

Am 5. August 1812: eine zusammenfassende Darstellung der Verordnungen, die das Druckgewerbe betrafen. Für die Zeitschriften und Zeitungen wurde ein eigenes Rundschreiben in Aussicht gestellt.

Am 25. August 1812: Mitteilung, daß der Inspektor Estienne nach dem Norden versetzt worden sei und durch Herrn Azaïs aus Avignon abgelöst werde.

Am 1. September 1812: Ankündigung, daß die Buchhändlerbrevets gegen vorherige Einzahlung von fünfundzwanzig Franken verteilt würden, selbstverständlich nur dann, wenn die Interessenten im Besitze ihres Buchhändlerpatentes seien. Die Drucker-Buchhändler waren von dieser Maßnahme ausgenommen.

Inspektor Azaïs meldete sich am 29. November und versprach, bei der ersten Gelegenheit dem Präfekten die Gefühle seiner Hochachtung zu manifestieren. Am 11. Dezember erwiderte der Präfekt, er werde jedes Mittel ergreifen, um dem Inspektor seine Aufgabe zu erleichtern.

Am 26. August 1812: Beschwerde der Generaldirektion gegenüber verschiedenen Druckern, die Wiederdrucke ohne Änderung angekündigt, aber weitgehende Verbesserungen vorgenommen hätten. Die Folge war, daß die Buchdrucker nun ein neues Formular auszufüllen und auf einer Sonderstelle sämtliche Änderungen anzugeben hatten, die sie anzubringen gedachten.

Am 28. Dezember 1812 machte sich der neuernannte Inspektor Azaïs dadurch bemerkbar, daß er die Entfernung eines Aufdrucks, welcher Druckfehlerverbesserungen betraf, von Paillets Werk: «Les cinq codes, ou Manuel du droit français» verlangte; eine solche Angabe könne nicht geduldet werden, darum müßten beim Verleger Lefèvre in Paris andere Exemplare angefordert werden. Sodann wünschte er die Erneuerung der Abonnemente auf das «Journal général». Das war der letzte Akt des Inspektors, denn durch Ministerialbeschluß vom 9. Februar 1813 wurde das Wälderdepartement der Mainzer Inspektion zugeteilt. Amtsträger war nun Coppens de Wilde.

Am 1. April 1813: Appell des Generaldirektors an die Buchdrucker, damit sie alle bisher begangenen Unregelmäßigkeiten in der Zustellung der beiden Werkanmeldezettel für das «Journal général» sofort beseitigten: Um Verwechslungen vorzubeugen, seien diese Anmeldezettel in Zukunft zu numerieren. Jedesmal, wenn es sich um eine Schrift der öffentlichen Domäne handele, sei der erste Zettel sofort nach der Druckbeendigung an die Direktion zu senden, am Rande versehen mit der Aufschrift: Numéro 1, Comptabilité. Der zweite Zettel, welcher mit den fünf Depotwerken dem Präfekten übergeben werde, habe die Aufschrift zu tragen: Numéro 2, Garantie. In Zweifelsfällen dürfe eine Anfrage auch erneuert werden, freilich müsse dann der Zettel die zusätzliche Mention: Duplicata angeben. Es gehe natürlich nicht an, daß die Drucker eigenmächtig ihre Verpflichtungsbillets anfertigten. Eine bessere Beachtung der Einzahlungsweisen, bezüglich der Centime-Abgabe, dränge sich gleichfalls auf.

Auf den Monatsdrucklisten dürften in Zukunft die «Bilboquets» vernachlässigt werden. Noch einmal sei daran erinnert, daß die Kalender und Jahrbücher in die Kompetenz des Generaldirektors und nicht des Präfekten fielen.

Am 26. April 1813: Zustellung eines Buchhändlerbrevets. Gemäß dem Gesetze mußte dieses Brevet auf dem Tribunal erster Instanz des Buchhändler-Wohnortes eingetragen werden. Dann hatte der Träger zu beeidigen, daß er niemals Werke vertreiben werde, die den Aufgaben der Bürger gegenüber dem Herrscher und dem Staatsinteresse zuwider handelten.

Am 9. Juli 1813: Der Präfekt wurde der Nachlässigkeit in der Zusendung jener trimestriellen Listen beschuldigt, welche die Genehmigung für Intermediarwerke betrafen, obschon am 9. Juni mitgeteilt worden war, daß keine Erlaubnis hatte erteilt werden können. Am 13. Juli erwiderte der Präfekt ziemlich scharf, indem er den gesamten Verlauf seiner diesbezüglichen Korrespondenz darlegte: er sei also darauf angewiesen, negative Berichte abzugeben.

Am 30. August 1813: Paris wollte eine erschöpfende Liste der im Wälderdepartemente tätigen Musikalienhändler haben. Im ganzen Lande gab es keinen einzigen, sofern man das unbedeutende Lager des Herrn Schmit-Brück vernachlässigte.

Entnervender als derartige Zustellungen an den Präfekten mußten die Formalitäten sein, welche die Drucker und Verleger zu erfüllen hatten, bevor ihre Bücher in die Hände der Bezieher gelangen durften. Haufen von Schreiben mußten erledigt werden, ehe Jacques Lamort seine «Gebete zu Jesus Christus», seine «Übung des Glaubens, der Hoffnung, der Liebe und der Reue», sein «Auserlesenes Gebet-, Gesang- und Kreuzwegbüchlein eines guten und treuen Dieners Gottes», seinen «Unterricht über das Sakrament der Firmung durch Fragen und Antworten», seine «Andachtsübung des schmerzhaften Kreuz-

weges des Heilandes Jesus Christus» drucken durfte. Heuschlings Tabelle: «Tarifs de comparaison entre les mesures anciennement en usage dans le département des Forêts et celles prescrites par l'arrêté de S.E. le Ministre de l'Intérieur pour les usages du commerce» verlangte nicht weniger als sechs Briefe, während ein anderes Büchlein, bald «Le grand jardin des myrthes», bald «le grand Mirrengarten» und bald «Der Myrthengarten» genannt, diese Zahl noch überstieg.

Schmit-Brück erging es kaum besser mit seinem «ABC-Buch», seinem «Almanach du département des Forêts, en français et en allemand», seinem «Almanach d'économie rurale» (dessen Autor der Trierer Schroell war; der Name tauchte 1812 zum ersten Male auf, um bald darauf in der luxemburgischen Drucker- und Zeitungsgeschichte eine Rolle zu spielen), seinem «Fleißigen Missionsbüchlein» («Journée du Chrétien»), seinem «Kern der Geschichte des alten und neuen Testamentes» («Abrégé du vieux et nouveau testament»), seinem «Livre de mission d'Alsace» und mehreren andern.

Wie immer an den historischen Übergängen, aus einem Regime in das andere, aus einer Gewalt in die andere, aus einer Herrscherhand in die andere, verloren sich gegen Ausgang der einen und zu Beginn der andern Epoche die Schärfen der einzelnen Bestimmungen, um, in einer Atmosphäre der Indolenz, allmählich veraltet und überholt zu wirken. Die Pariser hatten mit einem Male größere Sorgen, als die Bewachung der Druckereien sie erzeugen kann. Napoleons plötzliche Niederlagen riefen Gefühle der Unsicherheit hervor, die umso stärker wurden, je rascher die Verbündeten den Franzosen zurückdrängten. Am Sonntag, den 23. Januar 1814, war beim Buchdrucker Pauly in Koblenz die fünfte Weltmacht geboren worden: Joseph Görres' «Rheinischer Merkur», der, anders als der 1811 von den Franzosen betreute «Mercure du Rhin», in den Einführungsworten zu sagen wagte:

«Unter der strengen Zucht einer in diesem Fache überaus argwöhnischen Polizey konnte diese (gemeint war die Zeitung: «Mercure du Rhin») nichts als der elende Nachhall elender Pariser Blätter werden; ein Kanal mehr, durch den die Lüge und nichtswürdige Politik die Provinzen mit ihrem Gifte tränkte. Die Ereignisse der letzten Zeit haben diese unheilsamen Wässer von unserm Lande abgedämmt, und es ist also geordnet in der Welt, daß, hat das Schlechte erst einmal sein Ziel gefunden, das Gute von selbst sich einzufinden pflegt. Aber auch zu mehr als einer gewöhnlichen Zeitung mögte die neue Redaktion dies Blatt erheben, nach ihrem Wunsche, und wenn die Mitbürger ihren Beistand nicht versagen, soll sie eine Stimme der Völkerschaften disseits des Rheines werden.»

Damit war wohl auch Luxemburg mitgemeint, obschon Görres doch in seiner ersten militärischen Überschau Luxemburg als eine Eckfestung hinstellte, die den Franzosen noch verblieben war. Am 25. Februar erließ der General-Gouverneur vom Mittelrhein, der russische Staatsrat Justus Gruner, einer Verordnung über die Verwaltung des Wälder-Departements, in der es hieß:

«Die Hohen Verbündeten Mächte haben das Wälderdepartement mit dem mir anvertrauten Mittel-Rheinischen General-Gouvernement zu vereinigen geruht.

Die Behörden und Bewohner desselben werden davon benachrichtigt und angewiesen, künftig nur meinen Befehlen und den von mir niedergesetzten Behörden, Gehorsam und Folge zu leisten.

Ich habe statt des Ober-Präfekten einen General-Gouverneurs-Commissär ernannt, der seinen Sitz einstweilen zu Echternach hat. Die erledigten Stellen der Unter-Präfekten und Bezirks-Einnehmer werden unverzüglich wieder besetzt werden.

Alle auf ihren Posten verbliebene öffentliche Beamten werden hierdurch vorläufig bestätigt.

Alle seither für das General-Gouvernement erlassene Verfügungen gelten nunmehr auch für das Wälderdepartement.

Die französische Sprache soll jedoch, wie auch unter Kaiserlich-Österreichischer Regierung geschehen, im öffentlichen Leben, neben dem Deutschen, beibehalten werden.

Bewohner des Herzogtums Luxemburg und der Grafschaft Chiny! Ich heiße euch willkommen unter den Deutschen, deren Wohlfahrt mir anvertraut worden. Welche Sprache ihr auch immer reden möget, Ihr gehört dem erhabenen deutschen Fürstenhause, das Jahrhunderte hindurch Euch glorreich und glücklich regierte. Ihr habt die Dankbarkeit und Ergebenheit für dasselbe bewahrt. Wie Ihr Deutsche waret, als Unterthanen des höchsten Reichs-Oberhaupts, so seyd Ihr auch noch Deutsche von Sinn und Karakter. Bleibt es. Zeigt aufs neue diese Stärke, diese Treue, diese glänzende Tapferkeit, welche die Luxemburger und Wallonen stets so berühmt gemacht. Das Vaterland ruft — Euer aller gütiger Herrscher blickt auf Euch. Folgt ihnen und Ihr werdet wieder frey und glücklich bleiben.

Trier den 25. Februar 1814.
9. März
Der General-Gouverneur vom Mittel-Rhein,
Justus Gruner.»

Freilich konnten die Stadtluxemburger nichts von dieser «Heim-ins-Reich»-Führung vernehmen, da sie noch immer von einem andern «Vaterland» gerufen wurden. Justus Gruner drückte es in seiner Wormser Verordnung vom $\frac{5}{17}$. März folgendermaßen aus:

«Die Mitglieder des Appellations-Hofes zu Metz, zu dessen Gerichtsbarkeit das meinem General-Gouvernement gegenwärtig untergebene Wälder-Departement bisher gehörte, und die Mitglieder des Tribunals erster Instanz so wie des Handels-Gerichtes zu Luxemburg, sind bekanntlich noch zur Zeit in den Festungen von Metz und von Luxemburg eingeschlossen, und es entbehren deshalb nicht nur die von dem Feinde befreiten

Kantone des Bezirks Luxemburg, sondern auch alle übrige Bezirke des Wälder-Departements einer durch alle Instanzen hindurch regelmäßigen und schleunigen Justizpflege.

Um ihnen solche zurückzugeben, bestimme ich hierdurch folgende interimistische Einrichtung:

1) Die Gerichtsbarkeit, welche bisher der Appellations-Hof zu Metz in Ansehung des Wälder-Departements ausübte, wird einstweilen dem Appellations-Hofe zu Trier übertragen.

2) Die Amtsverrichtungen des Tribunals erster Instanz und des Handels-Gerichtes zu Luxemburg werden einstweilen dem Tribunal erster Instanz zu Echternach übertragen.

3) Das Erkenntnis über die Appellationen von den Aussprüchen der Zuchtpolizey-Gerichte im Wälder-Departement wird bis auf weitere Verordnung dem Appellations-Hofe zu Trier zugewiesen.»

In Luxemburg wollte Baron Jourdan den neuen Machthabern nicht weichen, und es kam zu etlichen Wortkriegen. Ein Friedenstraktat vom 30. Mai 1814 stellte dann die Grenzen Frankreichs vom 1. Januar 1792, mit einigen kleinen Gebietserweiterungen, wieder her. Von Luxemburg ging darin keine Rede. Es wurde stillschweigend zu den «Staaten Teutschlands» gerechnet, welche unabhängig und durch ein Bundesverhältnis vereint sein sollten.

DIE ANGST VOR DEM UMLAUF FREIER GEDANKEN

Am 19. April hatte Görres im «Rheinischen Merkur» geschrieben:

«Eine der lobenswürdigsten Verfügungen, welche die provisorische Regierung genommen, ist in einem Dekrete voll vermischter Nachrichten nur etwas verworren vor-

getragen unter dem 9. April, der § II, wo es heißt: «Die freye Zirkulation aller Briefe und Zeitungen soll respektiert und aufrecht gehalten werden. Alle öffentliche Gewalten werden hiermit beauftragt, sie zu beschützen. Wer dagegen handelt, soll sogleich seines Amtes entsetzt, verhaftet, vor Gericht gestellt und als des Hochverrats schuldig, verfolgt werden.» So wohl ist es den Zeitungsschreibern noch nie und in keinem Land geworden, daß diejenigen, die ihnen zuwider sind, und sie in den freyen Äußerungen und dem Umlauf ihrer Gesinnungen hindern wollen, als Hochverräter vogelfrey und verfolgt werden.»

Es war ganz unverhofft gekommen: die totale Umkehr einer altgewohnten «Ordnung». Mit einer unverhohlenen Genugtuung durfte Görres am 13. Mai die Verordnung der Herren Friedrich August und Friedrich Wilhelm von Nassau abdrucken, deren erster Paragraph ein Wunder einzuläuten schien:

«Alle bisher bestandene und um der frühern nun veränderten äußern Staatsverhältnisse willen in unserm Herzogthume angeordnete Beschränkungen des Buchhandels und der Pressfreyheit sind aufgehoben.»

Doch schon am 1. Juni klang hinter seinen Ausführungen über «Die teutschen Zeitungen» eine unabweisbare Sorge an, da er sich also ausdrückte:

«Auch die Regierungen sollen das erkennen, keine falsche Angst soll sie antreiben, daß sie in diese heilsame Geisterbewegung im Innern ihrer Völker störend eingreifen; keine ängstlich furchtsame Censur soll den allgemeinen Umlauf der Ideen hindern. Sind die Gedanken einmal erst entbunden; hat sich sogar, wie's allenthalben der Fall ist, das freymüthige Wort schon dazu gefunden, wie ist es thöricht noch zuletzt den Buchstaben zu fesseln, und wer kann den süßen, faden Most aufhalten, wenn er zu seiner Zeit gekommen, daß er zu Weine wird. Keine Regierung wird bey den Teutschen, die soviel halten auf den freyen, geistigen Verkehr, sich gründlicher verhaßt machen können, als jene die es etwa versuchen wollte,

dem freymüthigen Wahrheitssinne in diesen Zeiten Banden zu bereiten, und im Reiche der Gedanken die vertriebene Sperre und die gesprengten Mauthlinien anzulegen!»

Bereits am 9. Juli zeigte sich, daß seine Besorgnis einen guten Grund gehabt hatte: in Bayern war der «Rheinische Merkur» inzwischen verboten worden, und nicht ohne Rachsucht zitierte der Herausgeber einen Satz von K.L. Pörschke: «Ein Fürst, der den fremden Zeitungen den Eingang in sein Reich verwehrt, macht sich eines bösen Gewissens verdächtig und rüstet sich vielleicht gar zur frechsten Tyranney. Er will in Finsterniss wohnen, wo sich unreine Geister um ihn her versammeln können, mit welchen er alle Keime freyer oder vernunftmäßiger Gedanken, bis auf die letzten Äußerungen des guten Willens, vertilgen wird.»

Nach Bayern folgte Württemberg mit seinem Verbote. Diesem Lande widmete Görres einen Spruch aus Tacitus. Darnach reihte sich, im August, Baden ein. Aber auch die andern Anzeichen einer heraufziehenden Zensoren-Tyrannei vermeldete der «Merkur», zumeist mit Zorn und Witz, etwa so wie am 21. September:

«Wie weit die Franzosen in Teutschland es gebracht, erweist sich durch folgende Verordnung, die der Minister Bacher durch das Frankfurter Polizeyamt an die dortigen Zeitungsschreiber hat ergehen lassen:

Den sämtlichen Herren Verfassern der hiesigen Zeitungen, nämlich der Oberpostamtszeitung, des Journal de Francfort, des Ristretto, des Reichs der Todten, des teutschen Journals und des Bürgerblattes, wird auf ausdrücklichen Auftrag und unter Beziehung auf die über den ersten Punkt letzthin bereits mündliche ertheilte Weisung hierdurch aufgegeben:

In Ihre Zeitungen keine politischen noch gelehrten Streitigkeiten; sodann besonders auch über die hiesige Konstitution durchaus keine weitere Bemerkungen oder Urtheile aufzunehmen.

Die Zeitungen sind kein Tummelplatz für dergleichen Streitigkeiten. Sie führen gewöhnlich zu weit, und füllen endlich ganze Seiten an, was doch ganz gegen den Zweck der Zeitungsblätter geht, und die Leser selbst wenig unterhält. Wichtiger ist aber noch das Anstößige, was dergleichen politische Erörterungen und Urtheile gewöhnlich in sich enthalten. Es ist fast davon unzertrennlich, daß nicht diese oder jene Macht, Volk oder Regierung angetastet und beleidigt werde. Wenn sich auch gleich die Herausgeber der Zeitungen und anderer Blätter in auswärtigen großen Staaten die Aufnahme von dergleichen Artikel erlauben dürfen, so ziemt es doch unserm kleinen Staate schlechterdings nicht, und muß ihm vielmehr von der angegriffenen Regierung oder sonstigen Behörden äußerst und mit Grund verargt werden, wenn in unsern Zeitungen ein ähnlicher vornehmer Ton angestimmt werden will; wenn sich der hiesige Zeitungsschreiber auf einen so hohen Standpunkt zu erheben, und gleichsam von seinem Richterstuhl herab über die Politik, über das Betragen und die Maßregeln großer Mächte, anderer Fürsten und ihrer Regierungen abzusprechen, nach seinen innern beschränkten Einsichten, oder doch ohne alle Befugniss und gegen alle Klugheitsregeln hier zu tadeln, dort zu loben sich anmaßt.

Unserm Gemeinwesen können solche unschickliche Machtsprüche und Äußerungen von Seiten der darunter betroffenen Länder und seiner Beherrscher nicht anders als Unwillen, Feindschaft, auch gelegenheitliche Ahndung, wozu dieselbe nur allzu viele Mittel in Händen zuziehen, indem was in den hiesigen Zeitungen von solcher Art vorkommt, als der Ausdruck der öffentlichen hiesigen Gesinnungen angesehen, somit der hiesigen Censur und mittelbarerweise der Obrigkeit selbsten zu Last gelegt wird.

Eben so wenig dürfte sich im Gegentheil eine auswärtige Macht durch den Beyfall, den wir ihr zollen, aus der nämlichen Betrachtung, daß es uns nicht wohl ansteht, dergleichen auszusprechen sonderlich geehrt finde.

Bey dieser Gelegenheit wird auch die Warnung wiederholt, sich allen voreiligen Nachschreibens unverbürgter Gerüchte, insonderheit über Staatsveränderungen und Länderabtretungen und dergl. m. vorsichtig zu enthalten.

Über die hiesige Konstitution ist dem Publikum allzu früh und allzu viel bereits in den Zeitungen gesagt worden, ohne der Einkleidung, wie es gesagt worden, hier näher zu gedenken. Da dieser Gegenstand noch erst von der endlichen Bestimmung eines hohen Generalgouvernementes abhängt, so war es noch nicht zur Publicität geeignet.

Es soll darüber alle weitere Verhandlung und Bemerkung, bevor es nicht von einer hiesigen obrigkeitlichen Stelle oder von Seiten eines hohen Generalgouvernements selbsten zur Bekanntmachung eingesendet wird, schlechterdings unterbleiben, und wird im Gegenteil durch die Censur nicht gestattet werden.

Hiernach haben sich die Herren Zeitungs-Verfasser in Allem gemessenst zu richten, und daß sie Vorstehendes gelesen und zu beobachten sich verpflichtet, durch ihre Unterschriften zu bekräftigen.

Frankfurt, den 2. September 1813.

Polizey-Amt.

Die Herren Zeitungs-Verfasser, die nun der obigen weisen Verordnung nicht nachkamen, wurden auf die Mehlwage gesetzt, und ihre Blätter, wie die Gebeine des Mufti, wenn er gesündigt, zerstampft. Klein und rein, sagt das Sprichwort, und so will's auch diese Polizey; über die Keilschrift von Persepolis kann ein Einwohner von Frankfurt schreiben, auch Kometenbahnen berechnen, aber was Wohl und Wehe seines gemeinen Wesens betrifft, über Sachen, die das Vaterland angehen, soll er schweigen. Nicht mit verständigem Urtheil und klarem Weltverstand, woran die Leser etwas haben könnten, sollen sie die Blätter füllen, sondern mit nichtigem Plünder, wo der

und jener Fürst oder irgend eine andere Standesperson abgestiegen, wo eine unbedeutende Audienz gewesen, was der oder jener Philister gesalbadert u.s.w., woran eine hohe Polizey als an unschädlichen Diskursen ein Ergötzen, die vernünftige Welt aber einen Eckel findet. Abgeschmackte Kleinstädterey, erbärmlicher Hudel; dafür ist gestritten worden auf so viel Schlachtfeldern, daß nicht fortan aus jeder polizeylichen Winkelbude heraus die freye Rede verboten werden kann. Und darum dürfen unsere Kollegen in Frankfurt mit den Andern Gott danken, daß die Leipziger Schlacht von diesem Unfug sie befreyt, und ihnen das freye Wort wiedergegeben hat.»

Luxemburgische Kollegen, welche mitzudanken bereit gewesen wären, gab es leider nicht, obschon, nach einem Berichte desselben «Rheinischen Merkurs», die Dinge dort nicht übel standen: «Durch die Sorge und Thätigkeit des dortigen Gouvernements-Kommissärs, Herrn Baron von Schmitz Crollenburg, ist die Verpflegung der im Lande kautionierenden Truppen schon seit dem Anfange des Augustmonats in Ordnung, und das Heer erhält seinen Bedarf aus den Magazinen. Darum herrscht allgemeine Ruhe und Zufriedenheit, und es ist nur eine Stimme über das Betragen der Preußen in dortiger Gegend. Es ist nicht zu zweifeln, die große Mehrzahl würde auch hier am liebsten die Wiederherstellung der alten Verhältnisse wünschen. Dabei ist nichts zu bewundern, da der Zustand des Landes wirklich beneidenswerth gewesen. Bey geringen Auflagen, unter einer Regierung, deren Anwesenheit man kaum bemerkte, unter einer streng ständischen Verfassung, die der Regierung auch nicht die kleinste Anmaßung durchgehen ließ, und ohne deren Einwilligung sie nichts vornehmen konnte, bey ganz freyem Handel und Wandel dem eigenen Genius überlassen, gänzlich in sich abgeschlossen, von aller Berührung mit dem Ausland getrennt, was den Einwohnern besonders zusagte, da sie eifersüchtig darüber buchten, daß alle Stellen nur von Eingeborenen besetzt waren; so fühlten sie sich glücklich und zufrieden,

und es ist natürlich, daß sie die Rückkehr solcher Zeiten wünschen.»

Aber solche Zeiten, welche niemals da waren, konnten auch nicht wiederkommen, und die einzige Stimme den Preußen gegenüber ließ Joseph Görres so lange erschallen, bis diese die Klarstellungen nicht mehr ertrugen und am 3. Januar 1816 durch eine königliche Kabinettsordre die fernere Herausgabe des «Rheinischen Merkurs» verboten. Damit war die wohlsttönende Stimme der Freiheit in ihren aufrüttelnden Ausbrüchen erstickt. Das alte Spiel zwischen Federführern und Scherenschwingern setzte sich fort: im Kampfe um die Neuordnung Europas hatte wieder nur Anastasia gesiegt.

Doch nein, auch Luxemburg hatte, über Holland, eine neue Krone und zugleich einen höheren Rang gewonnen, die ihm vereint erlaubten, als Großherzogtum sein eigenes «Memorial administratif» zu führen. Drucker dieses amtlichen Anzeigers war Jacques Lamort. Seine Redakteure aber saßen im Haag.

Die eigentliche Landesverwaltung war, unter dem Regnum Wilhelms I., von einer ebenso erstaunlichen Wandelbarkeit wie undurchsichtigen Komplikation. Am 31. Dezember 1830 hatte der Herrscher einen Beschluß über die Partikularverwaltung Luxemburgs gefaßt und zum geheimen Referendar für die luxemburgischen Belange den Mineninspektor Christian Ernest Stifft genannt. Die auswärtigen und die militärischen Angelegenheiten gehörten allerdings nicht zu seinen Befugnissen. Doch bereits am 19. Februar 1831 erhielt Graf Bernhard von Sachsen-Weimar-Eisenach seine Berufung zum Generalgouverneur mit dem Auftrage, im Großherzogtum die provisorische Regierung durch eine Regierungskommission zu ersetzen. Das heißt: die Provinzialorganisation, verkörpert durch die Herren J. Th. J. Leclerc, Ch. A. A. d'Olimart, G. Th. J. de la Fontaine, Claude André und J.B. Gellé, wurde vom Ausschuß, den die Herren von Goedecke, J. Th. J. Leclerc, G. Th. J. de la Fontaine,

Ch. A. A. d'Olimart, Claude André, Antoine Pescatore, J. Fr. Maréchal, Michel Tock, Ph. Ch. München, J. J. M. Willmar und J.B. Gellé bildeten, abgelöst. Am 27. Mai 1831 umriß der Generalgouverneur die verschiedenen Amtsbereiche und machte den Generalmajor Goedecke zum vorläufigen Präsidenten.

Nach den belgischen Wirren, am 11. Juni 1839, nahm der König-Großherzog wieder feierlichen Besitz vom gesamten Lande und übertrug den neu ernannten Kommissaren C.E. Stifft und Hassenpflug, die am 23. Juni 1839 für den Herrscher «ont pris de nouveau possession du pays», eine Reihe von Sondervollmachten für die provisorische Verwaltung. Am 4. Januar 1840 bestimmte eine Ordonnanz aus dem Haag, daß die obersten zivilen Behörden sich zusammensetzten aus dem Chef der Zivildienste, aus der Landesregentschaft, aus der Rechnungskammer und aus der Staatskassendirektion. Der 12. Oktober brachte den Rat der Regierung und der Ständeverfassung.

So amtierten vom 27. Mai 1831 bis zum 23. Juni 1839 als Regierungskommissionsmitglieder G. Th. J. de la Fontaine, Ch. A. A. d'Olimart, Claude André, Antoine Pescatore, J. Fr. Maréchal, Michel Tock, Ph. Ch. München, J. J. M. Willmar, des Madryl und J.B. Gellé; vom 23. Juni 1839 bis zum 2. März 1840 als Chef der Zivildienste Geheimrat Joh. Dan. Ludw. Fr. Hassenpflug und als Regierungskommissionsmitglieder G. Th. J. de la Fontaine, Ch. A. A. d'Olimart, Antoine Pescatore (im Urlaub), J. Fr. Maréchal, Michel Tock, Ph. Ch. München und J.B. Gellé; vom 2. März 1840 bis zum 1. Januar 1842 als Chef der Zivildienste J.D.L.F. Hassenpflug (bis zum 21. Oktober 1840) und J.B. Gellé, Michel Tock, Louis-Joseph Belva, Fr. J. Ch. M. Wirtz, G.B. Herget, J.J. Baltia, Nicolas Clasen, Mathieu Manternach, Jean Ulveling, E.G.A. Koch, Paul de Scherff und Ch. A. A. d'Olimart; vom 1. Januar 1842 bis zum 1. August 1848 als Gouverneur G. Th. J. de la Fontaine und als Mitglieder

des Regierungsrates J.B. Gellé, J.J. Baltia, Jean Ulveling, Th. Pescatore und als Sekretär Mathias Simons (Baltia wurde nach seinem Tode am 30. Oktober 1843 durch Math. Simons, Gellé am 27. April 1847 durch Mich. Tock und der Sekretär Simons am 3. Dezember 1843 durch Wendelin Jurion ersetzt); vom 1. August 1848 bis zum 6. Dezember 1848 als Präsident G. Th. J. de la Fontaine und als Generaladministratoren Wendelin Jurion, Ch. Math. Simons, J.P. André und Jean Ulveling; vom 6. Dezember 1848 bis zum 23. September 1853 als Präsident J.J.M. Willmar und als Generaladministratoren Math. Ulrich, Norb. Metz und Jean Ulveling; vom 23. September 1853 bis zum 23. September 1854 als Präsident Mathias Simons und als Generaladministratoren Fr. X. Würth, Wendelin Jurion, Math. Wellenstein und Em. Servais; vom 23. September 1854 bis zum 24. Mai 1856 als Präsident Math. Simons und als Generaladministratoren Fr. X. Würth, Wendelin Jurion, Emanuel Servais und Ed. Thilges.

Artikel 50 der Ständeverfassung vom 12. Oktober 1841 hatte für den Haag die Einrichtung eines Kanzlerpostens vorgesehen. Zum ersten Staatskanzler wurde dann, am 4. November 1841, provisorisch Fr. G. P. Baron von Blochausen ernannt, dessen definitive Berufung am 12. Juli 1844 erfolgte. Am 3. April 1848, nach der erzwungenen Abdankung des Barons, wurde Henri Grégoire für den Posten bestimmt. Eine Protestaktion aus Luxemburg führte am 7. April 1848 zur Signatur des Demissionsschreibens. Daraufhin wurde Fr. X. Würth-Paquet mit der interimistischen Leitung betraut. Seine Präsenz ging vom 7. April bis zum 2. September 1848. Dann wurde der Kanzlerposten abgeschafft und ein Sekretariat für die luxemburgischen Angelegenheiten im Haag errichtet. Nacheinander versahen das Amt: Joseph Paquet vom 19. August 1848 bis zum 10. Juli 1849; Gust. d'Olimart vom 4. August 1849 bis zum 10. März 1882 und Hip. de Villers vom 10. März 1882 bis zur Abschaffung.

Wiewohl vorerst im Großherzogtum keine Zeitungen erschienen — erst das Jahr 1821 sollte den timiden Beginn des neuen luxemburgischen Pressewesens bringen —, sorgte Stifft dafür, daß die Zensurverordnungen des Bruders vom 20. September 1819 nicht unter den Tisch fielen. Auch die Beschlüsse vom 16. August 1824 und vom 5. Juli 1832 rief er dauernd an. Wenn diese seinen Erwartungen nicht genügen wollten, führte er die holländischen Gesetze vom 28. September 1816 oder vom 16. Mai 1829 ins Treffen. Immer gelang ihm, die Drucker und die Verleger in Spannung zu halten.

Die 8. Nummer des «Memorial Législatif et Administratif du Grand-Duché de Luxembourg» des Jahres 1832 veröffentlichte als bindende Bestimmung den Text des Frankfurter Pressegesetzentwurfes vom 20. September 1819 in dieser Form:

1.

So lange als der gegenwärtige Beschluß in Kraft bleiben wird, dürfen Schriften, die in der Form täglicher Blätter oder heftweise erscheinen, desgleichen solche, die nicht über zwanzig Bogen im Druck stark sind, in keinem deutschen Bundesstaate ohne Vorwissen und vorgängige Genehmhaltung der Landesbehörden zum Druck befördert werden.

Schriften, die nicht in eine der hier namhaft gemachten Klassen gehören, werden fernerhin nach den in den einzelnen Bundesstaaten erlassenen oder noch zu erlassenden Gesetzen behandelt. Wenn dergleichen Schriften aber irgend einem Bundesstaate Anlaß zur Klage geben, so soll diese Klage im Namen der Regierung, an welche sie gerichtet ist, nach den, in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Formen gegen die Verfasser oder Verleger der dadurch betroffenen Schrift erledigt werden.

2.

Die zur Aufrechterhaltung dieses Beschlusses erforderlichen Mittel und Vorkehrungen bleiben der nähern

Bestimmung der Regierungen anheim gestellt; sie müssen jedoch von der Art seyn, daß dadurch dem Sinn und Zweck der Hauptbestimmung des § 1 vollständig Genüge geleistet werde.

3.

Da der gegenwärtige Beschluß durch die, unter den obwaltenden Umständen von den Bundes-Regierungen anerkannte Nothwendigkeit vorbeugender Maßregeln gegen den Mißbrauch der Presse veranlaßt worden ist, so können die auf gerichtliche Verfolgung und Bestrafung der im Wege des Drucks bereits verwirklichten Mißbräuche und Vergehungen abzweckenden Gesetze, in so weit sie auf die in § 1 bezeichneten Klassen von Druckschriften anwendbar seyn sollen, so lange dieser Beschluß in Kraft bleibt, in keinem Bundesstaate als zureichend betrachtet werden.

4.

Jeder Bundesstaat ist für die unter seiner Oberaufsicht erscheinenden, mithin für sämtliche, unter der Hauptbestimmung des § 1 begriffenen Druckschriften, in sofern dadurch die Würde oder Sicherheit anderer Bundesstaaten verletzt, die Verfassung oder Verwaltung derselben angegriffen wird, nicht nur den unmittelbar beleidigten, sondern auch der Gesamtheit des Bundes verantwortlich.

5.

Damit aber diese in dem Wesen des deutschen Bundesvereins gegründete, von dessen Fortdauer unzertrennliche, wechselseitige Verantwortlichkeit nicht zu unnützen Störungen des, zwischen den Bundesstaaten obwaltenden freundschaftlichen Verhältnisses Anlaß geben möge, so übernehmen sämtliche Mitglieder des deutschen Bundes die feierliche Verpflichtung gegen einander, bei der Aufsicht über die in ihren Ländern erscheinenden Zeitungen, Zeit- und Flugschriften mit wachsamem Ernste zu ver-

fahren, und diese Aussicht dergestalt handhaben zu lassen, daß dadurch gegenseitigen Klagen und unangenehmen Erörterungen auf jede Weise möglichst vorgebeugt werde.

6.

Damit jedoch auch die, durch gegenwärtigen Beschluß beabsichtigte, allgemeine und wechselseitige Gewährleistung der moralischen und politischen Unverletzlichkeit der Gesammtheit und aller Mitglieder des Bundes nicht auf einzelnen Puncten gefährdet werden könne, so soll in dem Falle, wo die Regierung eines Bundesstaates sich durch die in einem andern Bundesstaate erscheinenden Druckschriften verletzt glaubte, und durch freundschaftliche Rücksprache oder diplomatische Correspondenz zu einer vollständigen Befriedigung und Abhülfe nicht gelangen könnte, derselben ausdrücklich vorbehalten bleiben, über dergleichen Schriften Beschwerde bei der Bundesversammlung zu führen; letztere aber sodann gehalten seyn, die angebrachte Beschwerde commissarisch untersuchen zu lassen, und wenn dieselbe gegründet befunden wird, die unmittelbare Unterdrückung der in Rede stehenden Schrift, auch wenn sie zur Klasse der periodischen gehört, aller fernern Fortsetzung derselben, durch einen entscheidenden Ausspruch zu verfügen.

Die Bundesversammlung soll außerdem befugt seyn, die zu ihrer Kenntnis gelangenden, unter der Hauptbestimmung des § 1 begriffenen Schriften, in welchem deutschen Staate sie auch erscheinen mögen, wenn solche, nach dem Gutachten einer von ihr ernannten Commission, der Würde des Bundes, der Sicherheit einzelner Bundesstaaten, oder der Erhaltung des Friedens und der Ruhe in Deutschland zuwiderlaufen, ohne vorhergegangene Aufforderung aus eigener Autorität durch einen Ausspruch, von welchem keine Appellation statt findet, zu unterdrücken, und die betreffenden Regierungen sind verpflichtet, diesen Ausspruch zu vollziehen.

7.

Wenn eine Zeitung oder Zeitschrift durch einen Ausspruch der Bundesversammlung unterdrückt worden ist, so darf der Redacteur derselben binnen fünf Jahren in keinem Bundesstaate bei der Redaction einer ähnlichen Schrift zugelassen werden.

Die Verfasser, Herausgeber und Verleger der, unter der Hauptbestimmung des § 1 begriffenen Schriften bleiben übrigens, wenn sie den Vorschriften dieses Beschlusses gemäß gehandelt haben, von aller weitern Verantwortung frei, und die im § 6 erwähnten Aussprüche der Bundes-Versammlung werden ausschließlich gegen Schriften, nie gegen die Personen gerichtet.

8.

Sämtliche Bundesstaaten verpflichten sich, in einem Zeitraum von zwei Monaten, die Bundesversammlung von den Verfügungen und Vorschriften, durch welche sie dem § 1 dieses Beschlusses Genüge zu leisten gedenken, in Kenntnis zu setzen.

9.

Alle in Deutschland erscheinende Druckschriften, sie mögen unter den Bestimmungen dieses Beschlusses begriffen seyn, oder nicht, insofern sie zur Klasse der Zeitungen oder Zeitschriften gehören, müssen auch mit dem Namen des Redacteurs versehen seyn. Druckschriften, bei welchen diese Vorschrift nicht beobachtet worden ist, dürfen in keinem Bundesstaate in Umlauf gesetzt, und müssen, wenn solches heimlicherweise geschieht, gleich bei ihrer Erscheinung in Beschlag genommen, auch die Verbreiter derselben nach Beschaffenheit der Umstände, zu angemessener Geld- oder Gefängnisstrafe verurtheilt werden.

10.

Der gegenwärtige einstweilige Beschluß soll, vom heutigen Tage an, fünf Jahre lang in Wirksamkeit bleiben.

Vor Ablauf dieser Zeit, soll am Bundestage gründlich untersucht werden, auf welche Weise die im Art. 18 der Bundesacte in Anregung gebrachten gleichförmigen Verfügungen über die Pressfreiheit in Erfüllung zu setzen seyn möchten, und demnächst ein definitiver Beschluß über die rechtmäßigen Grenzen der Pressfreiheit in Deutschland erfolgen.

(Vierundzwanzigste Sitzung, geschehen Frankfurt, den 5ten Juni 1832.)

Hierauf wurde beschlossen:

In Erwägung der gegenwärtigen Zeitverhältnisse und für die Dauer derselben beschließt die Bundesversammlung, in Gemäßheit der ihr obliegenden Verpflichtung, die gemeinsamen Maßregeln zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und gesetzlichen Ordnung zu berathen, nach vernommenen Gutachten einer aus ihrer Mitte gewählten Commission, wie folgt:

1) Keine in einem nicht zum deutschen Bunde gehörigen Staate in deutscher Sprache im Druck erscheinende Zeit- oder nicht über zwanzig Bogen betragende Druckschrift politischen Inhalts, darf in einem Bundesstaate ohne vorherige Genehmhaltung der Regierung desselben, zugelassen und ausgegeben werden; gegen die Übertreter dieses Verbots ist eben so, wie gegen die Verbreiter verbotener Druckschriften, zu verfahren.

2) alle Vereine, welche politische Zwecke haben, oder unter anderen Namen zu politischen Zwecken benutzt werden, sind in sämmtlichen Bundesstaaten zu verbieten, und ist gegen derer Urheber und die Theilnehmer an denselben mit angemessener Strafe vorzuschreiten.

3) Außerordentliche Volksversammlungen und Volksfeste, nämlich solche, welche bisher hinsichtlich der Zeit und des Ortes weder üblich, noch gestattet waren, dürfen, unter welchem Namen und zu welchem Zwecke es auch

immer sey, in keinem Bundesstaate ohne vorausgegangene Genehmigung der competenten Behörde statt finden.

Diejenigen, welche zu solchen Versammlungen oder Festen durch Verabredungen oder Ausschreiben Anlaß geben, sind einer angemessenen Strafe zu unterwerfen.

Auch bei erlaubten Volksversammlungen und Volksfesten ist es nicht zu dulden, daß öffentliche Reden politischen Inhaltes gehalten werden; diejenigen, welche sich dies zu Schulden kommen lassen, sind nachdrücklich zu bestrafen, und wer irgend eine Volksversammlung dazu mißbraucht, Adressen oder Beschlüsse in Vorschlag zu bringen, und durch Unterschrift oder mündliche Bestimmung genehmigen zu lassen, ist mit geschärfter Ahndung zu belegen.

4) Das öffentliche Tragen von Abzeichen in Bändern, Cocarden oder dergleichen, sey es von In- oder Ausländern, in andern Farben als jenen des Landes, dem der, welcher sie trägt, als Unterthan angehört, — das nicht autorisierte Aufstecken von Fahnen und Flagge, das Errichten von Freiheitsbäumen und dergleichen Aufruhrzeichen, — ist unnachsichtlich zu bestrafen.

5) Der am 20sten September 1819 gefaßte, gemäß weiteren Beschlusses vom 25ten August 1824 fortbestehende, provisorische Beschluß über die in Ansehung der Universitäten zu ergreifenden Maßregeln, wird sowohl im Allgemeinen, als insbesondere hinsichtlich der in den §§ 2 und 3 desselben, enthaltenen Bestimmungen in den geeigneten Fällen, in soweit es noch nicht geschehen, unfehlbar zur Anwendung gebracht werden.

«§ 2. Die Bundesregierungen verpflichten sich gegen einander, Universitäts- und andere öffentliche Lehrer, die durch erweisliche Abweichung von ihrer Pflicht, oder Überschreitung der Grenzen ihres Berufes, durch Mißbrauch ihres rechtmäßigen Einflusses auf die Gemüther der Jugend, durch Verbreitung verderblicher, der öffentlichen Ordnung und Ruhe feindseliger, oder die Grundlagen der bestehenden Staats-Einrichtungen untergraben-

der Lehren, ihre Unfähigkeit zur Verwaltung des ihnen anvertrauten wichtigen Amtes unverkennbar an den Tag gelegt haben, von den Universitäten und sonstigen Lehranstalten zu entfernen, ohne daß ihnen hierbei, solange der gegenwärtige Beschluß in Wirksamkeit bleibt, und bis über diesen Punkt definitive Anordnungen ausgesprochen seyn werden, irgend ein Hindernis im Wege stehen könne. Jedoch soll eine Maßregel dieser Art nie anders, als auf den vollständig motivierten Antrag des, der Universität vorgesetzten Regierungs-Bevollmächtigten, oder von demselben vorher eingeforderten Bericht beschlossen werden.

Ein auf solche Weise ausgeschlossener Lehrer darf in keinem andern Bundesstaate bei irgend einem öffentlichen Lehr-Institute wieder angestellt werden.»

«§ 3. Die seit langer Zeit bestehenden Gesetze gegen geheime oder nicht autorisierte Verbindungen auf den Universitäten, sollen in ihrer ganzen Strenge und Kraft aufrecht erhalten, und insbesondere auf den seit einigen Jahren gestifteten, unter dem Namen der allgemeinen Burschenschaft bekannten Verein um so bestimmter ausgedehnt werden, als diesem Verein die schlechterdings unzulässige Voraussetzung einer fortdauernden Gemeinschaft und Correspondenz zwischen den verschiedenen Universitäten zu Grunde liegt. Den Regierungs-Bevollmächtigten soll in Ansehung dieses Punktes eine vorzügliche Wachsamkeit zur Pflicht gemacht werden.

Die Regierungen vereinigen sich darüber, daß Individuen, die nach Bekanntmachung des gegenwärtigen Beschlusses erweislich in geheimen oder nicht autorisierten Verbindungen geblieben, oder in solche getreten sind, bei keinem öffentlichen Amte zugelassen werden sollen.»

6) Die Bundesregierungen werden fortwährend die genaueste polizeiliche Wachsamkeit auf alle Einheimische, welche durch öffentliche Reden, Schriften oder Handlungen, ihre Theilnahme an aufwieglerischen Plänen kund, oder zu desfallsigem Verdacht gegründeten Anlaß gegeben haben, eintreten lassen; sie werden sich wechselseitig mit

Notizen über alle Entdeckungen staatsgefährlicher geheimer Verbindungen und der darin verflochtenen Individuen, auch in Verfolgung desfallsiger Spuren, jederzeit aufs schleunigste und bereitwilligste unterstützen.

7) Auf Fremde, welche sich wegen politischer Vergehen oder Verbrechen in einen der Bundesstaaten begeben haben; sodann auf Einheimische oder Fremde, die aus Orten oder Gegenden kommen, wo sich Verbindungen zum Umsturz des Bundes oder der deutschen Regierungen gebildet haben, und der Teilnahme davon verdächtig sind, ist besondere Aufmerksamkeit zu wenden; zu diesem Ende sind überall in den Bundesstaaten die bestehenden Passvorschriften auf das genaueste zu beobachten und nöthigenfalls zu schärfen.

Auch werden die sämmtlichen Bundesregierungen dafür sorgen, daß verdächtigen und ausländischen Ankömmlingen, welche sich über den Zweck ihres Aufenthalts im Lande nicht befriedigend ausweisen können, derselbe nicht gestattet werde.

8) Die Bundesregierungen machen sich verbindlich, diejenigen, welche in einem Bundesstaat politische Vergehen oder Verbrechen begangen, und sich, um der Strafe zu entgehen, in andere Bundeslande geflüchtet haben, auf erfolgende Requisition, in sofern es nicht eigne Unterthanen sind, ohne Anstand auszuliefern.

9) Die Bundesregierungen sichern sich gegenseitig auf Verlangen die prompteste militärische Assistenz zu, und indem sie anerkennen, daß die Zeitverhältnisse gegenwärtig nicht minder dringend als im October 1830, außerordentliche Verkehrungen wegen Verwendung der militärischen Kräfte des Bundes erfordern, werden sie sich die Vollziehung des Beschlusses vom 21sten October 1830, — betreffend Maaßregeln zur Herstellung und Erhaltung der Ruhe in Deutschland es wünschenswerth macht, ernstlich angelegen seyn lassen.

10) Sämmtliche Bundesregierungen verpflichten sich, unverweilt diejenigen Verfügungen, welche sie zur Voll-

ziehung vorbemerkter Maasregeln nach Maaßgabe des in den verschiedenen Bundesstaaten sich ergebenden Erfordernisses getroffen haben, der Bundesversammlung anzuzeigen.»

Gegen Ende des Jahres 1834 war von Goedecke, Präsident der Regierungskommission in Luxemburg, gezwungen worden, eine Reihe von Büchern, die in Frankfurt indiziert worden waren, beim Buchhändler Scheid zu konfiszieren und darüber nach dem Haag zu berichten. In seiner Antwort vom 3. November 1834 approbierte Stifft die Handlungsweise und benutzte die Gelegenheit, um gewisse Vorschriften in Erinnerung zu bringen. Herr Scheid, sagte er, dürfe sich glücklich schätzen, nicht auch noch, wegen der Nichtbeobachtung eines Gesetzes, vor Gericht gestellt zu werden. Keinesfalls habe die Regierung die Verpflichtung, den Preis für die eingezogenen Bücher zu zahlen. Seine Majestät wünsche, daß die Regierungskommission möglichst umgehend eine Liste der verbotenen Werke publiziere und den Buchhändlern sämtliche Bestimmungen ins Gedächtnis zurückrufe, vor allem was den Import von Schriften anbelange. Schließlich wünsche der König, die Ansichten des Generalstaatsanwaltes in diesen Angelegenheiten kennen zu lernen.

Die Antwort erfolgte ziemlich rasch, denn bereits am 5. Januar 1835 (das Dokument gibt 1834 an, was offensichtlich ein Schreibversehen ist) übermittelte Stifft den nachfolgenden königlichen Beschluß vom 4. Januar 1835:

"den 4 Januar 1835

«Wir Wilhelm von Gottes Gnaden
König der Niederlande usw., usw.

haben Uns überzeugen müssen, daß die sanfteren Maaßregeln, die Wir zur Ausführung der, im Verordnungs- und Verwaltungsblatte Unseres Großherzogthums durch Beschluß vom 4ten August 1832 No 4, als Gesetz verkündigten, «Bundestags»-Beschlüsse vom 20. September 1819, 16. August 1824 und 5. July 1832 genommen haben, nicht

so befolgt worden sind, wie Wir zu erwarten uns berechtigt glaubten. Wir finden Uns daher bewogen zur näheren Anwendung der bestehenden Gesetze, in Beziehung auf die vorerwähnten Bundesbeschlüsse, Nachstehendes zu verordnen:

1o

Alle, in § 1 des Bundesbeschlusses vom 20 September 1819 bezeichneten Handschriften müssen vor dem Drucke an den Präsidenten der Regierungs-Commission eingereicht und dürfen nur dann zum Drucke befördert werden, wenn Dieser oder Derjenige, welchen Er dazu unter Unsrer Genehmigung beauftragen wird, dazu die Erlaubnis gegeben hat.

Dasselbe gilt von den, in No 1 des Bundesbeschlusses vom 5 July 1832 erwähnten Druckschriften, für welche auf demselben Wege die Erlaubnis zur Ausgabe und Verbreitung derselben einzuholen ist.

Diese letztere Vorschrift wird zugleich auf dergleichen Schriften in französischer Sprache ausgedehnt, da diese im Großherzogthume, eben so als die Deutsche, als Landessprache anzusehen ist.

2o

Um allem Zweifel vorzubauen, der über die Anwendbarkeit der bestehenden Gesetze auf Übertretungen der, in der zweyten Abtheilung des § 1 des Bundesbeschlusses vom 20 September 1819 bezeichneten, Art. entstehen könnte, erklären Wir, daß auf solche Fälle die Bestimmungen des Gesetzes vom 28. September 1816 (Staatsblatt No 56), die Artikel 367 bis 376 des Strafgesetzbuches, des Gesetzes vom 16. Mai 1829 jedoch mit der näheren Bestimmung, daß die in § 6 des obengedachten Bundesbeschlusses vom Jahre 1819 erwähnte, freundschaftliche Rücksprache oder Diplomatische Correspondenz hinlänglich seyn soll, um, falls Wir es für gut finden sollten, das öffentliche Ministerium zur Verfolgung des Über-

treters zu beauftragen, ohne daß demselben der Art. 3 dieses Gesetzes entgegen gesetzt werden könnte; und endlich das Gesetz vom 1 Juny 1830 (Staatsblatt No 15) Anwendung finden.

Wir verordnen zugleich, daß sämtliche, oben angezogene, Gesetze auch Anwendung leiden auf Übertretungen dieser Art, welche gegen andere, im Deutschen Bunde begriffene, Souverains oder deren Behörden begangen werden; in welchen Fällen nach Beschaffenheit der mildernden, oder erschwerenden Umstände, bis auf zwey Drittheile des Maximums der, in diesen Gesetzen bestimmten Strafen erkannt werden kann.

3o

Außer den im vorhergehenden Artikel bezeichneten Gesetzen, welche bey der Bestrafung der durch Hand- oder Druckschriften begangenen Verbrechen, Vergehen oder Übertretungen Anwendung leiden, finden Wir jedoch ferner nöthig, zur Vollziehung des § 2 und 3 des Bundesbeschlusses vom Jahre 1819 zu verordnen, daß der Druck oder die Ausgabe und Verbreitung solcher Schriften, ohne vorher hierzu auf dem oben bezeichneten Wege eingeholte Erlaubnis, mit den, in den Art. 283 bis 290 des Strafgesetzbuches und in Art. 1 des Gesetzes vom 6 März 1818 (Staatsblatt No 12) ausgesprochenen, Strafen belegt werden sollen.

4o

Es liegt zwar schon in der Natur der Sache, daß die mit Unsrer Zustimmung genommenen und durch Uns in Unserem Großherzogthum verkündigten Bundesbeschlüsse daselbst Gesetzeskraft haben; Wir finden uns jedoch bewogen, hier noch ausdrücklich festzusetzen, daß die Vorschriften der § 7 und 9 des Bundesbeschlusses vom Jahre 1819, in sofern sie noch besondere Strafen aussprechen, oder die Verordnung auf andere, als in vorstehenden Gesetzen Genannte, ausdehnen, ihre volle Anwendung finden.

5o

Die Beschlagnahme der Schriften gehört zum Wirkungs-Kreise der Verwaltungsbehörden. Wenn dieselbe an Schriften vollzogen wird, welche durch Bundesbeschluß verboten sind, so zieht sie ohne Weiteres auch die Confiscation dieser Schriften nach sich.

Wird jedoch die Erlaubnis zur Ausgabe und Verbreitung einer vom Auslande eingeführten Hand- oder Druckschrift verweigert, ohne daß vorher gegen eine solche Schrift bereits ein Verbot besteht, oder wird eine Schrift in Beschlag genommen, die, ohne vorher dazu nachgesuchte Erlaubnis, gedruckt oder zum Verkaufe ausgelegt, ausgegeben und verbreitet worden ist, so hat der Präsident der Verwaltung, nach vorher eingeholtem Gutachten des Rathes General Procurators bey dem Obergerichte, an Uns zu berichten, und Wir werden alsdann entscheiden, ob und auf wie lange die in Beschlag genommene Schrift sequestriert und demnächst auf Kosten desjenigen, der die Schrift eingeliefert hat oder bey dem sie in Beschlag genommen wurde, unter gehöriger Sicherheit wieder ausgeführt, oder an die Gerichtsbehörden überliefert werden soll, welche den bestehenden Gesetzen gemäß die Zurückgabe oder die Confiscation auszusprechen haben.

6o

Inländer oder im Lande wohnende Ausländer, bey welchen ein Exemplar einer Schrift gefunden wird, die entweder ausdrücklich verboten ist, oder in Hinsicht deren die in den angezogenen Bundesbeschlüssen, oder den vorstehenden Verordnungen enthaltenen Bestimmungen übertreten worden sind, sollen nicht nur jedesmal die Confiscation der Schrift leiden, sondern auch als Ausgeber und Verbreiter bestraft werden, wenn sie die Schrift noch sonst Jemand mitgetheilt haben, gleichviel in welcher Absicht die Mittheilung geschehen ist.

Reisende aber, bey welchen ein Exemplar gefunden wird, haben nur die Confiscation desselben zu erleiden;

es sey denn, daß sie geflissentlich die Aufmerksamkeit anderer Personen auf die Schrift gelenkt haben sollten, in welchem Falle die Gesetze über Verbreitung solcher Schriften auch auf sie Anwendung leiden.

Vorstehender Beschluß soll in das Verwaltungs- und Verordnungsblatt eingerückt werden, und alle Gerichts- und Verwaltungsbehörden und Beamten in Unserem Großherzogthume sind beauftragt, über dessen genaue Befolgung zu wachen.

Haag den 4 Januar 1835

(unterzeichnet) Wilhelm

Auf Befehl des Königs

(unterzeichnet) Stifft

Für gleichlautende Ausfertigung

Der Geheime Referendär Seiner Majestät für die Luxemburger Angelegenheiten

Stifft.»

Der Beschluß mußte im Memorial zugleich mit der Liste der verbotenen Bücher abgedruckt werden. Von Goedecke wurde desweiteren aufgetragen, möglichst umgehend eine vollständige Instruktion über die Zensurprozedur für den Imprimatur-Erteiler ausarbeiten zu lassen. «Unnötig zu bemerken, daß weder diese Instruktion noch der zu ernennende Zensor dem Publikum bekannt gemacht werden dürfen.»

Am 10. Januar 1835 wandte sich von Goedecke an den Generalanwalt, um dessen Ansichten über die erwähnte Instruktion kennen zu lernen. Die Aufforderung wiederholte er am 10. Januar, am 20. Januar und am 7. Februar. Am 8. Februar antwortete Willmar in einem verblüffend langen und detaillierten Schreiben, das vorerst seinen Zweifel an der Geheimhaltung des Zensors ausdrückte.[37]) Dann untersuchte er die Materie vom Standpunkte der Form und der Prozedur aus. Sollte die Entscheidung vom Regierungskommissionspräsidenten oder vom Zensor selber gefällt werden? Willmar sprach sich für den Zensor aus,

womit ein Rekursrecht gegeben sei, das die beanstandeten Fälle vor den Präsidenten zu bringen erlaube. In seinen Einzelheiten, die vor allem eine absolute Sicherheit in der Überwachung zu erreichen trachteten, griff der Ratgeber auf die französischen Bestimmungen von 1810 zurück, indem er sie, den gewandelten Verhältnissen entsprechend, aktualisierte und das repressive System durch ein präventives zu ersetzen versuchte. Vom Zensor verlangte er eine ganze Skala hervorragender Qualitäten: Gute Gesinnung, Unparteiischkeit, Festigkeit, Moderation, Kenntnisreichtum.

In einem Brief vom 16. Februar, der eine Antwort auf die Anfrage Goedeckes vom 10. über die Bundesentschließungen darstellte, machte Stifft darauf aufmerksam, daß, wenn nicht Zensurmaßnahmen getroffen würden, möglicherweise schwere Komplikationen eintreten könnten, für die er selbstverständlich keine Verantwortung übernähme.

Am 23. Februar replizierte von Goedecke etwas länglich in dieser Form:

Unter den besonderen Umständen, in denen sich jetzt die Stadt Luxemburg und das Großherzogtum befänden, sei die Ausführung der in Frage stehenden Vorschriften physisch unmöglich. Luxemburg sei von allen Seiten und bis an den Fuß seiner Mauern von einem Lande in Aufruhr umgeben, mit dem es nichtsdestoweniger seine alten Freihandelsverbindungen aufrecht erhalte. Wie sich also gegen den Import verbotener Schriften wehren? Selbst wenn alle Passanten an den Toren untersucht würden, gäbe es immer noch Infiltrationsmöglichkeiten. Sogar die vollständige Abdichtung der Festungsstadt gegen revolutionäre Schriften verhindere keineswegs die Möglichkeit, daß die Einwohner sich nach Eich oder nach Hollerich begäben, um dort von spekulierenden Gelegenheitsbuchhändlern auf Kosten des eigentlichen Stadthandels bedient zu werden. Wie dem auch sein möge, er habe sich an den Generalanwalt gewandt und dessen positive Antwort vorliegen.

Aus dem Gesamtplane führte dann der Regierungskommissionspräsident einige, den Zensor betreffende Vorschläge an, indem er sie kurz kommentierte. Zum Schlusse schlug er für die Besetzung des Amtes fünf Kandidaten vor: München, Mitglied der Regierungskommission, Dewydenbruck, Linieninspektor, Clasen, Stadtbibliothekar und Präsident der Ärztekommission, Müller, Professor und Studiendirektor am Athenäum, und Maeysz, Schulinspektor und Memorialübersetzer.

Am 23. Februar lag ein Instruktionsprojekt annahmefertig vor. Seine 11 Artikel lauteten folgendermaßen:

„Article 1er

Les manuscrits et imprimés, de la nature de ceux qui sont spécifiés dans les résolutions de la haute Diète germanique, des 26 septembre 1819, 16 août 1824, et 5 juillet 1832 (No 8 du mémorial législatif et administratif du grand-Duché de 1832), et dans l'arrêté de S.M. le Roi Grand-Duc, du 4 Janvier 1835, No 5 (No 1 du Mémorial de la même année:) seront remis au président de la Commission de gouvernement afin d'obtenir la permission de les faire imprimer ou importer et débiter.

On y joindra une déclaration rédigée d'après le modèle ci-joint sous le No 1. Cette déclaration sera signée en double exemplaire, dont l'un sur papier timbré.

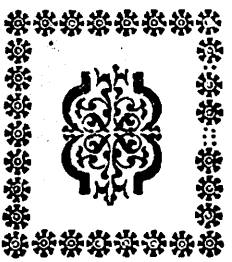
Article 2.

Le Président de la Commission de Gouvernement communiquera confidentiellement l'ouvrage à un fonctionnaire choisi par lui, lequel l'examinera attentivement, et donnera ensuite son avis motivé sur le point de savoir si l'*imprimatur* ou la permission de débiter peut être accordé ou non, aux termes des résolutions et de l'arrêté ci-dessus mentionné.

Article 3.

La décision à prendre à ce sujet émanera du président de la Commission de Gouvernement et sera formulée

STATUTA SYNODALIA ARCHIEPISCOPATUS TREVIRENSIS.



Beati observantes.

LUXEMBURGI,

Apud ANDREAM CHEVALIER, Typographum regium propè RR. PP. Societatis JESU.

M. DC. LXXXVII.

Cum Gratia & Privilegio.

Titelseite des Werkes „STATUTA SYNODALIA ARCHIEPISCOPATUS TREVIRENSIS", das 1687 in Luxemburg gedruckt wurde

(Nationalbibliothek Luxemburg)

CATACHISMUS

R. P. PETRI CANISII

SOCIETATIS JESU THEOLOGI.

Weitläuffig / verständiglich / und Gesprächweiß von neuem außgelegt /

Mit außerlesenen Exemplen gezieret;

Mit einigen auß jeder Underweisung folgenden Sitten-Schlüssen bereichet /

Durch

PHILIPPUM SCOUVILLE,

derselbigen Societät Priester

Das Ander Hauptstuck

Von der Hoffnung.

Cölln / bey Petro Alstorff. Anno 1682.
Hernachet zu Lützemburg / bey J. B. Kleber / Buchdrucker / im Jahr 1747.
Cum facultate Superiorum.

Luxemburger Ausgabe (aus dem Jahre 1747) des Katechismus, der zuerst 1682 in Köln gedruckt wurde

(Nationalbibliothek Luxemburg)

INSTITUTS
DE
DROIT,
OU
SOMMAIRE
DE
JURISPRUDENCE
CANONIQUE, CIVILE, FÉODALE
ET CRIMINELLE,
pour les pays de Liege, de Luxembourg, Namur & autres.

par Mr. SOHET, Licentié ès Loix, Mayeur de Chooz.

PARTIES PREMIERE ET DEUXIEME.

Le Cte A. E. De Hemricourt 1814.

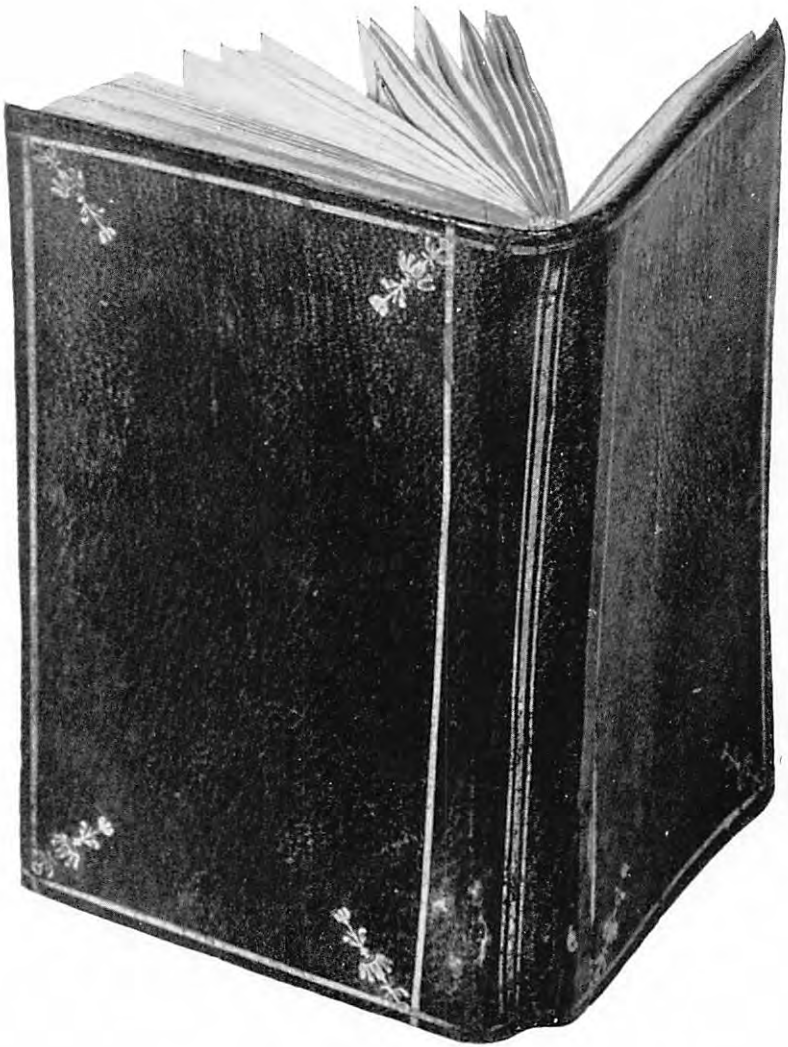
A BOUILLON,
Chez A. Foissy, Imprimeur de S. A. S. Mrg. le DUC;
se vend à LIEGE, LUXEMBOURG, NAMUR, BRUXELLES, MALINES, LOUVAIN, DOUAY, *&c.*

M. D. C C. LXXII.
AVEC APPROBATION DES SUPÉRIEURS.

a ij

„INSTITUTS de DROIT" von Sohet, gedruckt 1772 in Bouillon

(Sammlung Pierre Grégoire)



„Almanach de poche à l'usage du duché de Luxembourg" für das Jahr 1792 (Einband: H. 108 mm, B. 65 mm)

(Staatsarchiv Luxemburg)

au bas des deux exemplaires de la déclaration dont l'exemplaire timbré sera rendu à l'impétrant.

Article 4.

Chaque imprimeur sera tenu d'avoir un registre sur papier timbré, coté et paraphé par le président de la Commission de Gouvernement, dans lequel il inscrira sans exception, par série de Numéro et par ordre de dates, tous les ouvrages qu'il voudra imprimer et qui appartiendront à la catégorie indiquée en l'article 1er. Ce registre sera conforme au modèle No 2.

Chaque libraire ouvrira un registre semblable pour les ouvrages de même espèce qu'il se proposera de vendre, sauf les modifications indiquées au modèle.

Un double de chacun de ces registres sera tenu au secrétariat de l'administration grand-ducale.

Article 5.

Les déclarations et les registres que les imprimeurs et les libraires tiendront en vertu des articles 3 et 4, devront être exhibés par eux chaque fois qu'ils en seront légalement réquis. Le fonctionnaire qui en aura pris inspection, certifiera au bas du dernier article du registre s'il en a trouvé la tenue en règle ou non.

Article 6.

A l'égard des manuscrits, si l'examinateur reconnaît qu'ils sont susceptibles de quelques corrections, il les indiquera dans son avis, page par page. Il aura soin de les marquer en outre sur le manuscrit même. Ces marques consisteront 1° dans la parenthèse ( ), dont la première figure (sera placée devant, l'autre) derrière les mots, les phrases et les passages à modifier; 2° dans une ligne horizontale tirée à travers les mots, les phrases et les passages à supprimer. La permission d'imprimer ne sera délivrée que sur la reproduction du manuscrit rectifié. Celui-ci sera reproduit de nouveau avec un exemplaire

de l'imprimé, afin que l'examinateur vérifie si l'un est conforme à l'autre.

L'imprimatur devra se trouver en tête de l'ouvrage.

Article 7.

Quant aux imprimés de l'espèce dont il s'agit venant du dehors et que l'on voudrait débiter dans le Grand-Duché, la permission sera accordée ou refusée d'une manière pure et simple, sauf les clauses de l'article 5 de l'arrêté royal du 4 Janvier dernier.

Les imprimés dont le débit aura été autorisé seront marqués d'une estampille.

Article 8.

Si l'assujetti réclame contre la décision prise, le président pourra faire réviser l'ouvrage par un ou deux autres fonctionnaires, désignés par lui, et sur l'avis desquels il statuera définitivement sans préjudice toutefois du droit de recours au gouvernement de Sa Majesté.

Article 9.

La déclaration et l'inscription prescrites par l'article 1er devront avoir lieu toutes les fois qu'on voudra réimprimer un ouvrage de la catégorie dont il s'agit. Le déclarant fera connaître si la réimpression n'est que la copie exacte de l'édition antérieure, ou si elle doit contenir des additions ou des changements autres que des corrections de style. Dans ce cas il produira le nouveau texte de l'ouvrage.

Article 10.

Afin de subvenir aux frais d'examen, il sera payé un Centime par feuille de chaque ouvrage dont le dépôt ou la mise en magasin n'excèdera pas vingt exemplaires. Ce prix sera augmenté d'un demi-centime par feuille par chaque dizaine d'exemplaires qui dépassera le nombre vingt; de façon que 20 exemplaires d'un ouvrage de 20

feuilles payeront 20 centimes; 30 exemplaires du même ouvrage 30 centimes, 40 exemplaires 40 centimes et ainsi de suite.

Les sommes seront versées dans la caisse du Grand-Duché, pour servir à l'acquit des frais dûment liquidés ordonnancés par l'administration Grand-Ducale.

Article 11.

Les présentes dispositions seront exécutées indépendamment de celles qui existent sur l'imprimerie et la librairie en général, et nommément de celles que renferme l'art. 6 de la loi du 25 Janvier 1817 (Volume 10, No 5 du Journal officiel)."

Ein Brief aus der Kanzlei Stifft vom 6. März gab die Zustimmung des Königs bekannt, freilich mit der Bemerkung, daß Paragraph 10 zu streichen sei: der Herrscher werde später, wenn nötig, darüber befinden. Bei Paragraph 7 war die Bestimmung über das Abstempeln zugelassener Schriften weggefallen.

Was die Person des Zensors anbetraf, so wurde mitgeteilt, daß die Herren Wydenbruck und Maeysz, trotz ihren Verdiensten, nicht mehr in Frage kämen. Das Faktum, daß der Zensor unbekannt bleiben müsse, bekunde, daß nur der Regierungskommissionspräsident die erforderlichen Genehmigungen gewähren dürfe. Der König wünsche, daß die luxemburgischen Vorschriften mit denen der andern Konföderationsländer übereinstimmen sollten; aus diesem Grunde möge sich der Präsident an die Trierer Autoritäten wenden, um die dortigen Dispositionen zu erfahren. Im übrigen wolle der König-Großherzog keine rigorose Zensur; er verlange nichts mehr als eine genügende Beachtung der Bundesentschließungen. Darum widersetze er sich nicht der von Luxemburg aus geäußerten Absicht, dem Redakteur des «Journal de la Ville et du Grand-Duché de Luxembourg» ein für allemal die Druckerlaubnis zukommen zu lassen, mit der Klausel allerdings einer völlig uneingeschränkten Widerruflichkeit.

Diskutiert wurden dann noch die Fragen der von der Zensur gestrichenen und leer gelassenen Zeitungsstellen sowie der Zulassung neuer Tagesblätter. Die Entscheidungen waren unmißverständlich: Es wird eine Konzession zur Herausgabe neuer politischer Tagesblätter nur nach genommener Überzeugung von der Befähigung des Redakteurs erteilt. Und: Die von der Zensur gestrichenen Stellen dürfen in Zeitungen weder leer gelassen noch mit Strichen und Punkten etc. bezeichnet werden; die Herausgeber von Zeitschriften müssen einen zensurierten Stoff vorrätig haben, um etwaige Ausfälle damit ersetzen zu können.

Auftraggemäß ging von Goedecke am 13. März 1835 den königlich-preußischen Regierungspräsidenten in Trier um die Übersendung aller geltenden Zensurbestimmungen an. Was er wünschte, war eine summarische Mitteilung. Und was er am 27. April erhielt, war eine mit echt preußischer Gründlichkeit ausgearbeitete Zusammenfassung von Behinderungen und Verboten, dergegenüber das luxemburgische Zehn-Artikel-Stückchen wie ein Nichts wirkte. Immerhin durfte sie von den Zensoren, weniger als Richtschnur denn als Richtseil, des öftern benutzt werden.[39])

Die vom König sanktionierte Instruktion wurde dann in ihrer Totalität dem Generalanwalt, dem Polizeikommissar und dem Zensor, teilweise dem Postdirektor, den Druckern Lamort und Schmit-Brück sowie den Buchhändlern Hoffmann, Küborn und Scheid zugestellt. Dem (noch zu ernennenden) Zensor sollten überdies die Memorial-Nummern, die Bundesbeschlüsse und die königlichen Erlasse, soweit sie das Druck- und Pressewesen angingen, zur Verfügung gestellt werden.

In einer Schlußbestimmung warf von Goedecke die Frage auf, ob nur ein Zensor zu ernennen sei — so wie Stifft das zu glauben scheine — oder ob mehrere Pressewächter bestellt werden müßten, sowie der Plan einer Überwachungs- und Revisionskommission es nahe lege.

Zugleich regte er an, den Fall der Herren Rodenborn, Elter und Zangerlé zu überprüfen, da sie gleichfalls Bücher verkauften und demnach unter der Gewalt der neuen Bestimmungen stünden.

Bei den Druckern war durch den politischen Umschwung nun nichts mehr geändert. Wie zu Baron Jourdans Zeiten mußten sie Erklärungen — nach fast dem gleichen Schema — wie früher über ihre Druckabsichten führen, indem sie, fein säuberlich, zehn Spalten mit Polichinelle-Geheimnissen zu füllen hatten.

Der kuriose Zustand, in dem sich die Hauptstadt den andern Teilen des Landes gegenüber befand, die Auseinandersetzungen zwischen Pro-Holländern und Pro-Belgiern dauerten an und brachten Situationen hervor, welche in der Komik ihrer Begleiterscheinungen die tragischen Merkmale potenziert zur Schau stellten. Das Hangen, Bangen und Langen zwischen Zweien führte im Volke zu einer geistigen Haltung, deren äußerste Stimmungen empörerischer und resignierender Natur waren. Die Masse interessierte sich sehr wenig für Publikationen und ignorierte, bis auf dreihundert Ausnahmen, die Darlegungen eines französisch geschriebenen «Journal de la Ville et du Grand-Duché de Luxembourg».

Dem Regierungskommissionspräsidenten freilich lag nichts näher, als die Polizei zu bewegen, die Papiere eines reisenden Buchverkäufers, namens Prodhomme, zu prüfen und festzustellen, ob er im Rahmen des Gesetzes Handel treibe. Der Polizeikommissar durfte am 10. August 1835 die Beruhigung abgeben, der Mann sei zwar nach Diekirch und nach Remich gereist, aber im übrigen habe er im Verkaufssaale des Hôtel de Cologne nur das, was im Kataloge angegeben sei, zur Schau gestellt. Doch schon am 28. Januar 1836 mußte er den Studiendirektor Müller vom Athenäum zum Lektor des Werkchens «Beiträge zur Rechtfertigung der Niederländischen Regierung insbesonders in Beziehung auf den belgischen Aufruhr» machen, welches Jacques Lamort zu drucken beabsichtigte.

Fesselnder, weil köstlicher wurden die Dinge, als der Buchhändler Hoffmann am 2. März 1836 Schillers gesammelte Werke aus Paris einführen wollte und dieserwegen die Genehmigung der Regierungskommission erbat. Der Präsident erteilte umgehend eine bejahende Antwort: Werke von mehr als zwanzig Bogen, welche unpolitisch seien und aus einem Lande eingeführt würden, das nicht dem deutschen Bunde angehöre, benötigten keine Sondererlaubnis; dasselbe gelte für Sammlungen, die, abgeschlossen, mehr als zwanzig Bogen umfaßten. Immerhin mußte sich der Buchhändler die Rüge gefallen lassen, daß er sein Stempelregister noch nicht zur Unterschrift vorgelegt habe, so wie die Instruktion vom 16. März 1835 das vorsehe.

Am 9. April 1836 meldete sich Stifft aus dem Haag mit der Mitteilung, er habe im «Journal de la Ville» eine Anzeige des Buchhändlers Küborn gelesen, welcher vorhabe, die vollständigen Werke Goethes und Schillers zu verkaufen. Wiewohl in der Ankündigung gesagt sei, daß diese Sammlungen aus Stuttgart kämen, habe er Zweifel an der Wahrheit dieser Behauptung, da Preisdifferenzen bestünden und da, soviel er wisse, die Stuttgarter Ausgaben noch nicht abgeschlossen seien; darum müsse er den neunten Punkt seines Briefes vom 16. März 1835 in Erinnerung bringen, damit der Zensor mit der genauen Prüfung der angegebenen Bücher betraut werde.

In einer Anmerkung wurde dann in Luxemburg eine Präzision über den Fall Goethe gefordert, für den ein Privileg bestehe; der erste Paragraph der Bundesresolution vom 20. September 1829 beschränke sich nicht nur auf politische Schriften, sondern umfasse auch Zeitungen und Erscheinungen in Heftform; zwei Dinge müßten im Berichte, der nun abzufassen sei, berücksichtigt werden: ein gründliches Studium des neuen Pressegesetzes und eine Überprüfung des wirklichen Standes des Herrn Küborn.

Von Goedecke wandte sich am 18. April an den Geheimreferendar Stifft, um ihn vom Ergebnis seiner Unter-

suchung in Kenntnis zu setzen: die von Küborn angegebenen Werke erschienen tatsächlich als Originalausgaben in Stuttgart; Schillers Werke seien in einem einzigen Großbande vereinigt; die von Goethe umfaßten 55 Oktavbände; die ersten trügen das Datum von 1828, die letzten seien eben in der Cotta'schen Buchhandlung herausgekommen; die legitimen Herausgeber hätten, der Pariser Konkurrenz wegen, Rabatt gewährt; eine genaue Prüfung der Werke sei nicht vonnöten, da sich der Buchhändler auf den Bundesbeschluß vom 5. Juli 1832 und auf den königlichen Erlaß vom 4. Januar 1835 berufe; die Maßnahme sei zudem überflüssig, da die klassischen Werke mit der Druckerlaubnis eines Bundesstaates erschienen, gemäß den Paragraphen 4 und 5 der Resolution vom 20. September 1819; im übrigen erbitte er für die Regierungskommission genaue Richtlinien, da die Maßnahme im Lande viel Sensation gemacht habe.

Stiffts Antwort vom 29. April 1836 erklärte in der Einleitung den Fall Goethe und Schiller für erledigt. Was nun die Schlußbemerkung angehe, sagte er, so sei selbstverständlich, daß der Regierungskommissionspräsident und der Zensor stets wissen müßten, was die Buchhändler in ihren Kaufläden führten; anders sei nicht möglich, den präventiven Charakter des Pressegesetzes zur Geltung zu bringen; Zweck sei nicht, den Buchhändlern für jedes Werk eine Genehmigung zu erteilen, sondern sich zu vergewissern, daß die Buchbestände nichts enthielten, was einen Erlaubnisantrag verlange; die Buchhändler müßten eigentlich froh sein, auf diese Weise härteren Maßnahmen zu entgehen; sie sollten sich also, dem Wunsche des Herrschers entsprechend, beeilen, den Autoritäten alle Pflichten zu erleichtern; falls sie aber nicht in diesem Sinne kooperieren wollten, müsse der Präsident dem König die Anwendung der vorgesehenen Bestimmungen empfehlen; von diesen könnten freilich nur die Böswilligen chokiert werden; im übrigen scheine aus dem letzten Briefabschnitt hervorzugehen, daß dem Präsidenten der

Bundesbeschluß vom 14. Juni 1832 noch nicht zugegangen sei, was deshalb in der Beilage nachgeholt werden solle, damit er aus dem Texte ersehe, daß eine Publikation, die in einem Bundeslande geprüft worden sei, die Zensur des andern Bundeslandes nicht ausschließe.

Der beigelegte «Auszug aus dem II. Separat-Protokoll der 2. Sitzung der Bundesversammlung, geschehen zu Frankfurt den 14. Juni 1832» sagte in seinem dritten Paragraphen aus:

«3) Die hohe Bundesversammlung spricht ihre Meinung dazu aus, daß der § 7, Absatz 2 des Bundestagsbeschlusses vom 20. September 1819 nicht in dem Sinne genommen werden könne, daß die dort genannten Verfasser, Herausgeber und Verleger, wenn sie den Vorschriften dieses Beschlusses gemäß gehandelt haben, für die von ihnen verfaßten, herausgegebenen oder verlegten Schriften auch gegen die einzelnen Bundesstaaten von aller weiteren Verantwortung entbunden seien; daß es vielmehr eine selbstverstandene Sache sei, daß in dieser Beziehung die Anwendung der Landesgesetze auf die durch die Presse begangenen Verbrechen oder Vergehen durch die Bundesgesetze keinerlei Beschränkung unterworfen sei.»

Der Regierungskommissionspräsident gab am 2. Juni 1836 die Mahnung aus dem Haag an das Bürgermeister- und Schöffenkollegium der Hauptstadt weiter: Der Hohe Deutsche Bund bestehe auf einer dauernden Überwachung aller Presseerzeugnisse; in den einzelnen Bundesländern amtierten mehr oder weniger strenge Zensoren; der König wünsche aber nicht, dieses Beispiel im Großherzogtum nachahmen zu lassen, solange sich die Drucker und die Buchhändler an die Bestimmungen hielten; er fordere die Stadtautoritäten auf, sich jeweils von den Buchhändlern Aufstellungen über die aus der Fremde eingeführten Werke geben zu lassen, um diese dann, mit den Bemerkungen des Schöffenrates und des Polizeikommissars über ihr Verbot oder Nichtverbot und über eine etwaige Zulassungsermächtigung, an den Präsidenten zu schicken.

Eine heitere Note in den seriösen Gang der Zensurdinge brachte im Oktober 1836 das bürgerliche Trauerspiel in fünf Akten: «Die Macht der Liebe, oder: Die unglückliche Familie» von Friedrich Anton Wildt, für das Jacques Lamort um Druckerlaubnis bat, da er vorhabe, das Buch auf sieben Druckbogen, Oktavformat, in dreihundert Exemplaren auf den Markt zu bringen.

Anderntags, am 13. Oktober, stellte von Goedecke das Manuskript dem Lektor, Professor Müller, zur Prüfung zu. Der Studiendirektor schien von der Lektüre so gefesselt zu sein, daß er bereits am 14. sein fachmännisches Urteil abzugeben vermochte: das «große bürgerliche Original-Trauerspiel» sei eine Prosakomposition, ohne politischen Einschlag, und erzähle die Geschichte eines schönen Mädchens, aus ehrlicher Händlersfamilie, und eines edlen Barons, deren Liebe ein böser Wucherer zuschanden zu machen versuche, um die Tochter des von ihm ins Gefängnis gebrachten Handelsmannes zu gewinnen; in seiner Verzweiflung töte der Baron dann den niederträchtigen Nebenbuhler, vergifte die Geliebte und nehme sich selber das Leben; Hauptidee dieses Elukubrates scheine die Verherrlichung des Selbstmordes zu sein; der literarische Wert des Werkes liege unter dem Mittelmaße; es könne nicht das Erzeugnis eines durch Studium gereiften Geistes sein, da sämtliche Seiten die gröbsten orthographischen Fehler aufwiesen; zu Beginn habe man das Empfinden, als sei eine Hand verbessernd durch den Text gefahren, um dann aber, angesichts des unmöglichen Unternehmens, sich zurückzuziehen; dieser Umstand, sowie die unfruchtbare Exaltation und die bäuerische Plattheit des Stils, habe dem Lektor den Verdacht eingegeben, daß der Autor nur deshalb als Fremdling nach Luxemburg sich gewandt habe, weil vielleicht die Zensoren anderer Länder die Publikation nicht zugelassen hätten; es läge im Interesse des — ihm unbekannten — Wildt, wenn ein Freund ihn auf die Lächerlichkeit und auf die Gefahr einer nachträglichen Publizität aufmerksam mache; falls der Drucker

seine Pressen nicht entehren wolle, täte er gut, seinem Druckereileiter den Auftrag zu geben, die schlimmsten grammatikalischen Fehler und die hundert kakographischen Dummheiten auszumerzen.

Am gleichen Tage intervenierte Jacques Lamort: seine Arbeiter warteten auf das Manuskript. Eine Zusatzbemerkung der Regierungskommission lautete: «Das Werk scheint wirklich wenig literarischen Wert zu haben, aber diese Erwägung hat die Verwaltung nicht zu berühren; jedenfalls haben wir keine diesbezügliche Instruktion. So war es ebenfalls mit dem Werke des Pfarrers von Betzdorf. Dennoch hat man die Erlaubnis erteilt.»

Die Druckgenehmigung wurde in aller Form am 15. Oktober ausgestellt: «Die angefragte Ermächtigung wird hiermit erteilt, mit der Verpflichtung für Herrn Lamort, sich an die Bestimmungen vom 16. März zu halten, die ihm zugestellt wurden.»

Am 13. Juli 1838 überraschte Stifft den Regierungskommissionspräsidenten mit einem neuen Erlaß:

«Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König der Niederlande, Prinz von Oranien Nassau, Großherzog von Luxemburg, u.s.w., u.s.w., u.s.w.
haben zwar bereits durch Unsern Beschluß vom 28. September 1832 (Gesetzgebung- und Verwaltungsblatt No 10) die Bestimmungen des Gesetzes vom 25. Januar 1817 auf alle Verleger oder Herausgeber eines in einem der andern deutschen Bundesstaaten erscheinenden Werkes, sofern dieselben den Vorschriften dieses Gesetzes Genüge leisten, anwendbar erklärt; auch ist darin die Behörde bezeichnet worden, bei welcher die in gedachtem Gesetze vorgeschriebene Hinterlegung dreier Exemplare eines Werkes geschehen soll; es sind jedoch Zweifel darüber entstanden, in welcher Art den übrigen Bestimmungen des Art. 6 jenes Gesetzes nachzukommen sei.

Zur Beseitigung aller hierüber etwa stattfindenden Unsicherheit finden wir uns daher bewogen, hierdurch Nachstehendes zu bestimmen;

Jeder, der im Großherzogtum Luxemburg für ein Werk der Wissenschaft oder Kunst den durch die Landesgesetze und durch unter Unserer Mitwirkung gefaßte Bundesbeschlüsse verliehenen Schutz gegen Nachdruck in Anspruch nehmen will, muß, um dem Art. 6. des Gesetzes vom 25. Januar 1817 zu genügen, nachstehenden Erfordernissen entsprechen:

a) Das Werk muß im deutschen Bundesgebiete gedruckt oder herausgegeben sein.

b) Der Verleger oder Herausgeber muß innerhalb des Bundesgebietes wohnen, und sein Name, Wohnort und die Zeit der Herausgabe müssen auf dem Titelblatte oder sonst an einer schicklichen Stelle im Werke angegeben werden.

c) Über die Bedingung sub a), sowie über diejenigen unter b), für seine Person vorgeschriebene muß sich derselbe durch ein gehörig beglaubigtes Zeugnis seiner Obrigkeit ausweisen, und die vorgeschriebenen drei Exemplare der, durch Unseren Beschluß vom 28. September 1832 dazu angewiesenen oberen Verwaltungsbehörde des Großherzogtums hinterlegen. Letzteres muß geschehen durch eine, ebenfalls mit obrigkeitlicher, nicht bloß auf die Unterschrift sondern auf den Inhalt gerichteten, Beglaubigung versehene, schriftliche, das Datum enthaltende und von ihm unterzeichnete Erklärung: daß das Werk wirklich aus der angegebenen Druckerei hervorgegangen sei.

Übrigens gelten diese Vorschriften sowohl für eine erste als für alle späteren Auflagen.

Dieser Beschluß ist durch Einrücken in das Verordnungs- und Verwaltungsblatt zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.»

Eine beigegebene Note über gewisse Übersetzungsschwierigkeiten war für luxemburgische Verhältnisse, als Mehrsprachenland, von einer Bedeutung, die in saecula saeculorum nicht abnehmen sollte:

«La loi du 25 Janvier 1817 accorde protection contre la contrefaçon aux *auteurs* ou à leurs *ayant-cause*.

L'arrêté du 28 Septembre 1832 applique cette Loi aux *Verleger* oder *Herausgeber*, termes traduits par les mots français *imprimeurs* ou *éditeurs*.

La résolution de la Diète promulguée par arrêté Royal du 11 Mai 1838, porte que la protection de la Loi est accordée aux Urheber, *auteurs* ou *à ceux qui ont acquis la propriété de l'ouvrage*. (Art. 1 et 2). Dans les articles suivants, ces termes sont remplacés par ceux de Urheber, Herausgeber und/oder Verfasser qui doivent être regardés comme équivalents, et qui ont été traduits par ceux *d'auteurs*, *éditeurs* et (ou) *libraires-entrepreneurs* ou simplement *entrepreneurs*.

Herausgeber signifie éditeur (Herausgabe, édition).

Verleger se traduit par *éditeur-propriétaire* (terme consacré).

Ainsi dans l'esprit de la loi du 25 Janvier 1817 et de la résolution de la Diète du 9 novembre 1937 on devrait se servir des termes: *l'auteur et ses* ayant-cause: de cette manière on éviterait toute espèce d'ambiguité.

D'après les traductions déjà publiées Verleger und Herausgeber peuvent être rendus par *imprimeur* et *éditeur*, ou par *éditeur* et *entrepreneur*.»

Da der erwähnte Beschluß in Luxemburg übersetzt werden mußte, bevor er im Memorial erschien, sandte von Goedecke die Übersetzung nach dem Haag. Von dort erhielt er am 26. Juli ein Schreiben, welches sagte, daß die französische Version nicht zu beanstanden sei, obschon man das Wort «Verleger» nicht wiedergegeben habe; er kenne kein französisches Wort, das sich sinngemäß mit dem deutschen decke; da der Präsident genau wisse, daß der Verleger der Mann sei, welcher dem Autor das Manuskript zu Druck- und Verkaufszwecken abgekauft habe, überlasse er ihm die Wahl des französischen Ausdruckes.

Am 24. September wandte sich J.J. Kersch «Luxembourgeois de coeur et d'âme» an den Präsidenten und an die Assessoren der «Zensurkommission für die nationalen Bücher des Großherzogtums», um von ihnen die Erlaubnis zur Publikation eines 53-seitigen Werkchens: «Souvenir

de vacances, passées à Luxembourg, hommage aux Dames et Messieurs Luxembourgeois» zu erwirken. «Wollen Sie, meine Herren, möglich rasch das Ergebnis Ihrer Prüfung zur Kenntnis geben und die Ermächtigung mit dem Manuskript an den Stadtbuchhändler Elter senden, der mit der Veröffentlichung beauftragt worden ist.» Im Auftrage des Chefs der Zivildienste mußte dem angegebenen Verleger am 5. Oktober mitgeteilt werden, daß die Genehmigung nur dann erteilt werden könne, wenn der Herausgeber-Buchhändler die Paragraphen 1, 4, 5, 6 und 7 der Instruktion vom 16. März 1835 zu beachten wisse.

Als Zensoren wirkten in den vierziger Jahren Obergerichtsrat Heuardt in Luxemburg und Bezirksgerichtspräsident Mongenast in Diekirch. Ihnen wurde, auf Antrag des Staatskanzlers von Blochausen, am 6. März 1845 folgendes Merkblatt zugestellt, das auch der Gouverneur de la Fontaine streng zu beachten hatte:

«Nach einem von der deutschen Bundes-versammlung in ihrer dritten Sitzung des Jahres 1836 gefaßten Beschlusse, sollen Berichte und Nachrichten über Verhandlungen nur aus den öffentlichen Blättern und aus den zur Öffentlichkeit bestimmten Akten des betreffenden Bundesstaates in die Zeitungen und periodischen Schriften aufgenommen, und deshalb die Herausgeber und Redakteuren der öffentlichen Blätter angehalten werden jederzeit die Quelle anzugeben, aus welcher sie solche Berichte und Nachrichten geschöpft haben.

Da es gerade in diesem Augenblicke zweckmäßig erscheint, daß der erwähnte Bundes-Beschluß strenge zur Ausführung gebracht werde, ersuche ich Sie den Abdruck keiner Verhandlungen und Schriften aus dem Schoße der Preußischen Landtags-Verhandlungen, welche nicht in den Preußischen Zeitungen gestanden haben /: für Herrn Heuardt /, den beiden hiesigen Zeitungen, welche Ihrer Zensur unterworfen sind, /: für Diekirch: / dem dortigen Wochenblatte, welches Ihrer Zensur unterworfen ist, — zu verstatten.

Zugleich ersuche ich Sie die Redakteuren der fraglichen Blätter /: für Diekirch :/ den Redakteur des fraglichen Blattes auf den Inhalt meines gegenwärtigen Schreibens aufmerksam zu machen.

Der Gouverneur des Gthms
A Monsieur le Chancelier d'Etat pour les affaires du Grand-Duché de Luxembourg
à Lahaye»

Inzwischen war in den luxemburgischen Ämtern, vor allem auf Drängen des provisorischen Chefs der Zivildienste, J.B. Gellé, die Vorarbeit zu einer neuen Zensurverordnung geleistet worden. Der Autor des Entwurfs hatte in einer Randnote ausgesagt:

«Ich füge die Aktensammlung bei, welche das Reglement vom 16. März 1835 enthält, sowie die preußischen diesbezüglichen Ordonnanzen, von denen ich soweit Gebrauch gemacht habe, als die luxemburgische Stellung das zu fordern schien.

Endlich habe ich das Einfügen einiger Artikel, gemäß meinen Erfahrungen, für notwendig erachtet.

Nun muß ich eingestehen, daß die Angelegenheit äußerst delikat und die Arbeit, welche mich drei bis vier Tage beschäftigt hat, nicht zu lang ist.»

Andere Glossen enthielten Besserungsanträge und die Aufforderung, das Projekt den Regierungsmitgliedern zu unterbreiten. In einer Beilage hatte anscheinend Gellé über zwanzig Anmerkungen zu den einzelnen Artikeln vorgebracht; sie bezogen sich sowohl auf den Stil wie auch auf den logischen Aufbau des Entwurfes. Eine quergeschriebene Kopfnote: «Tout ce travail a une physionomie essentiellement législative» hatte absolut Recht, da die gesamte Anordnung weniger ordonnanz- oder instruktionsals gesetzestextmäßig aussah.[39]) In dieser Form ist sie niemals veröffentlicht worden, obschon der Text ebenso bezeichnend wie zutreffend für die Mentalität dieser Zeit war. Die vorgesehenen Druckerklärungsformulare unter-

schieden sich nur unwesentlich von denen des Baron de Pommereul. Das umgemodelte Projekt wurde am 22. November 1847 vom König-Großherzog approbiert und den Zensoren zugeleitet.

Inzwischen war von Wien aus der Anstoß zu einer Verschärfung der Zensurbestimmungen gegeben worden. Am 9. Mai 1846 waren dem Grafen Esterhazy im Haag zwei Schreiben nachfolgenden Inhaltes zugegangen:

«Wien den 9ten Mai 1846.

Hochgeborener Graf!

Unter den Gegenständen, welche in unserer Zeit die besorgten Blicke Sr Majestät des Kaisers, unseres allergnädigsten Herrn in vorzüglichem Maasse auf sich gezogen haben, mußte der Zustand der Presse in Deutschland einen der ersten Plätze einnehmen.

Daß dieser Zustand in einem beträchtlichen Theile unseres gemeinsamen Vaterlandes, ein bedauerlicher, ja höchst gefährlicher sey, wird kein unbefangener Beobachter der Zeitereignisse in Abrede stellen wollen.

Tagesblätter und Zeitungen, periodische und Flugschriften aller Art, Bücher endlich auch größeren Formates dürfen es sich in mehr als einem Bundesstaate mit immer steigender Kühnheit und wetteifernd zum Geschäfte machen, die Grundlagen der Eintracht und bürgerlichen Ordnung im Bunde zu untergraben; und schon deutet mehr als ein Symptom unverkennbar dahin, daß die Mühe nicht überall vergeblich war!

Belege zu dieser Wahrheit liegen in solcher Menge und so ganz unverhüllt zu Tage, daß jede nähere Hinweisung auf dieselben eine eben so leicht zu lösende als vollkommen überflüssige Aufgabe seyn würde.

Wir wollen kein Land — und keine spezielle Zeitschrift bezeichnen; aber so viel ist gewiß, daß es in jetziger Zeit Länder in Deutschland, und deutsche Zeitungen giebt, in denen bei voller und unbestrittener Gültigkeit der bestehenden Bundesgesetze Sachen gedruckt werden, und

ungeahndet bleiben, die, sey es in Angriffen auf bestehende Regierungen, sey es in Untergrabung der Grundsätze der Moral und des positiven Glaubens, sey es in Verletzungen der persönlichen Ehre und der religiösen Überzeugungen, alles überbiethen, was die Presse in Ländern, in denen sie grundgesetzlich des größtmöglichsten Grades von Freiheit genießt, an den Tag zu fördern wagen würde.

Ein solcher Zustand kann nicht auf die Länge fortdauern, ohne den Bund in seinen Grundelementen der Auflösung zuzuführen.

Abgesehen von dem, dem Auslande gegebenen, der Würde des Bundes wenig angemessenen Schauspiele der durch die zügellose deutsche Presse hervorgerufenen Animositäten in unserem Innern; — abgesehen von der Gefahr, welche für die bürgerliche Ordnung in den einzelnen Staaten durch die fortgesetzte Vergiftung der Gemüther und Grundsätze ihrer Untertanen herbeigeführt wird, — wollen wir hier nur, aus dem speziellen Bundesverhältnisse, die näher liegende Betrachtung hervorheben, daß das friedliche Nebeneinanderleben von 39 nach Macht, Umfang, Zahl der Einwohner und Glaubensbekenntniß verschiedenen Staaten zur baren Unmöglichkeit wird, wenn zwar die Regenten sich als Brüder eines und desselben politischen Friedensbündnisses betrachten, in den unteren Regionen dagegen, unter den Augen der Regierungen Haß und Zwiespalt zwischen den verschiedenen Staaten, Völkerschaften und Religionsbekenntnissen Deutschlands genährt, und sonach dem Palladium unserer politischen Stellung, ja, unserer Unabhängigkeit in Europa, nämlich dem Bande der Einigkeit unter uns, Hohn gesprochen werden darf.

An der bestehenden und allgemein als gültig anerkannten Bundesgesetzgebung liegt es wahrlich nicht, daß die Dinge in so bedauerlicher Weise sich gestaltet haben.

Seit einem Vierteljahrhundert ist es in Deutschland vertragsmäßig zu Stande jekommenes Gesetz, daß jeder Bundesstaat für die unter seiner Oberaufsicht erscheinen-

den Druckschriften, in so ferne dadurch die Würde oder Sicherheit anderer Bundesstaaten verletzt, die Verfassung oder Verwaltung derselben angegriffen wird, nicht nur dem beleidigten, sondern auch der Gesammtheit des Bundes verantwortlich ist. Sämmtliche Bundesglieder haben zugleich die feyerliche Verpflichtung gegen einander übernommen, bei der Aufsicht über die in ihren Ländern erscheinenden Zeitungen, Zeit- und Flugschriften mit wachsamem Ernste zu verfahren, und diese Aufsicht dergestalt handhaben zu lassen, daß dadurch gegenseitigen Klagen und unangenehmen Erörterungen auf jede Weise möglichst vorgebeugt werde; bei Schriften hingegen, die nicht in eine der obbenannten Categorien gehören, wenigstens dafür zu sorgen, daß sie nach bestimmten Gesetzen behandelt werden; und daß, wenn dergleichen Schriften einem Bundesstaate Anlaß zur Klage geben, diese Klage im Namen der Regierung, in deren Lande die Unbill zugefügt ward, zur Erledigung gebracht werde.

Sind sämmtliche Glieder des deutschen Bundes diesen feyerlich übernommenen Verpflichtungen nachgekommen? Haben sie die Aufsicht über die Tagesblätter in der Weise gehandhabt, wie sie, nach Buchstabe und Geist des Gesetzes sie zu handhaben sich vereinbart hatten? Haben sie dort, wo nach dem Gesetze die Anwendung des sogenannten Repressivverfahrens für Vergehungen der Presse nachgelassen und angenommen war, dafür Sorge getragen, daß wenigstens durch ausgiebige Strafgesetze und eine geeignete Gerichtsverfassung den Mißbräuchen der Presse entgegen gewirkt werde?

Der zu Tage liegende Erfolg liefert die Beantwortung dieser Fragen, und wir können uns der leidigen Sorge für überhoben erachten sie auszusprechen.

Nur durch einen von allen Seiten gefaßten, und von allen Seiten in gutem Trauen ausgeführten Entschluß, wieder zu den schützenden Grundsätzen, denen die bestehende Bundesgesetzgebung in Pressesachen entsproß, practisch zurückzukehren, — wird das vorliegende Übel

geheilt, und den höchst drohenden Gefahren, die aus dessen ferneren Nichtachtung für die Zukunft erwachsen würden, vorgebeugt werden.

Die gedachte Gesetzgebung unterscheidet, rücksichtlich ihrer Behandlungsweise, zwei Klassen von Schriften; die einen, die Tages- und Flugblätter, so wie Bücher unter 20 Druckbogen haben der Censur, unter Haftung der betreffenden Regierungen überall zu unterliegen; für Werke größeren Umfanges haben die Regierungen die Verpflichtung übernommen, alsdann, wenn sie rücksichtlich ihrer die Censur nicht eintreten lassen wollen, zum wenigsten eine dem Zweck entsprechende Repression bewerkstelligen zu machen.

Wie die Dinge heute notorisch in Deutschland stehen, wird die Censur, in so fern als sie grundgesetzlich vorgeschrieben ist, in einem Theile von Deutschland mangelhaft, man möchte fast, nach den Resultaten zu urtheilen, sagen, gar nicht geübt; und rücksichtlich des Repressionsverfahrens, liegen in den Ländern, in denen es nach Zulassung des Bundesgesetzes zur Anwendung kommen kann, und gehandhabt werden sollte, die Verhältnisse vielfach im Dunkeln.

In Bezug auf beides, muß sonach, will man dem rasch vorschreitenden Übel Einhalt thun, Remedur geschaffen werden.

Das erste und dringendste ist unstreitig Wiederkehr einer dem Geiste und dem Buchstaben des Gesetzes vom Jahre 1819 entsprechenden Übung der Censur in allen Theilen des deutschen Bundes.

Im Principe besteht hiezu die Verpflichtung, und sie wird bestehen, so lange als die deutschen Fürsten und Regierungen von dem Gefühl dessen, was von der Natur und dem Wesen eines Bundesvereins, wie der deutsche, unzertrennlich ist, nämlich von dem Gefühl der Nothwendigkeit, daß sie, in dem Institute der Censur, das einzige ausgiebige Mittel der periodischen Presse Herr und Meister zu bleiben in der Hand behalten, durch-

drungen sind; — so lange als die Stimme des kaiserlichen Hofes auf die Entschließungen seiner Mitverbündeten den Einfluß, den zu verdienen sein Ruhm und sein Streben ist, gestattet werden wird.

In der Anwendung hängt es gewiß von jeder einzelnen deutschen Regierung ab, jener Verpflichtung nach bestem Wissen und Gewissen, treu nachzukommen; — und wir können die Hindernisse, die hie und da als gegen diese Freiheit des Handelns bestehend, geltend gemacht werden wollen, unmöglich als peremptorische und unübersteigliche anerkennen.

Beschränkungen durch die Verfassung, — Einstreuungen der Stände, können im einzelnen Bundesstaate der Vollziehung eines allgemeinen, deutlichen, und unbestrittenen Bundesgesetzes: Art. 58 der Wiener Schlußakte, Art. III. der Beschlüsse vom 28ten Juny 1832 nicht im Wege stehen.

Der Mangel an geeigneten Individuen zur Übung des Censoramtes wird, dort wo er etwa bemerkt worden seyn mag, aufhören fühlbar zu seyn, wenn über den festen Willen der Regierungen, die Zensur den Zwecken der Bundesgesetzgebung gemäß, üben zu lassen, kein Zweifel mehr bestehen wird, und sonach die tauglichen Männer, die allerdings in den jetzigen Zeiten des Schwankens, dem unsicheren Berufe sich zu entziehen trachten, oder ihn unwillig ausfüllen — wieder einen festen Grund und Boden sehen, auf dem sie ihr Amt pflichttreu versehen können.

Die Einwendung, die ordentliche Übung der Censur sey in dem einen Staate schwer, wenn in dem Nachbarstaate die Licenz begünstigt sey, wird wegfallen, wenn alle Staaten ohne Ausnahme sich in dem Entschlusse vereinigen, solche Licenz nirgends mehr aufkommen zu lassen.

Kurz alle Schwierigkeiten, von denen häufig zu hören ist, — alle angeführten Unmöglichkeiten, die Censur so wie sie nach dem Wortlaute und dem Sinne des Bundes-

gesetzes in Deutschland geübt werden sollte, auch heute in Ausführung zu bringen, sind unseres Erachtens nur selbstgeschaffene; — und werden wie Spreu vor dem Winde, an dem Tag verschwinden, an welchem der Ernst des Entschlusses sie zu beseitigen, alle Bundesglieder gleichmäßig ergriffen haben wird.

Diesen Ernst, bei allen unseren verehrten Bundesgenossen zugleich wieder zu erwecken, ist der sehnlichste Wunsch, ist das angelegentlichste Bestreben des k.k. Hofes.

Glücklich würde sich derselbe schätzen, wenn es ihm gelänge, diesen Zweck im Wege der vertraulichen Einwirkung, der gegenwärtige an alle deutsche Regierungen ergehende Depesche zum Organe dienen soll, zu erreichen.

Wohl hat die Bundesversammlung den Beruf, wohl hat sie auch die Macht, die außer Acht gekommene Wirksamkeit der Bundesgesetzgebung in Erinnerung zu bringen, und Maßregeln zu ergreifen welche dazu geeignet seyen, der Nichtachtung des Gesetzes in einzelnen Fällen zu steuern.

Allein abgesehen davon, daß die Bundesversammlung blos aus Committierten der Höfe und Regierungen besteht, und sonach die Impulsionen zum nützlichen Handeln und Wirken, doch nur von letzteren und dem Geiste der sie beseelt empfangen kann, — scheint es uns jedenfalls vorzuziehen, an der Quelle des Übels (dort wo es besteht) an die Regierungen selbst zu gehen; sie in ihrem eigenen Interesse, so wie in jenem des gesammten deutschen Vaterlandes dringend aufzufordern, daß sie die Zügel der periodischen und kleinen Presse wieder fest in die Hand nehmen, und mit kluger Erwägung der Verhältnisse führen; und dadurch von dem Felde des Bundestages die immer aufreitzenden, immer bedauerlichen Verhandlungen fern halten, welche die Auswüchse der Presse zum Gegenstand haben, welche aber in demselben Maasse unvermeidlicher werden, als der Zustand der Tages-Presse den äußersten Gränzen des zu ertragenden sich nähert.

Der zweite Punkt, die Presse betreffend, welcher zum Gegenstande der Aufmerksamkeit sämmtlicher Bundesregierungen gemacht zu werden verdient, bezieht sich auf das Verfahren bei Werken über 20 Bögen in solchen Bundesstaaten, in denen von der im Pressegesetz vom Jahre 1819 enthaltenen Befugniß, sie censurfrei erscheinen zu lassen, Gebrauch gemacht ist.

Sämmtliche Bundesstaaten haben sich, wie oben erwähnt, gegen einander verpflichtet:

«solche Schriften — — nach den in den einzelnen «Staaten erlassenen oder noch zu erlassenden Gesetzen «behandeln zu lassen, und wenn dergleichen Schriften «einem Bundesstaate Anlaß zur Klage geben, diese Kla«gen im Namen der Regierungen, an welche sie ge«richtet ist, nach den in den einzelnen Bundesstaaten «bestehenden Formen gegen die Verfasser oder Ver«leger der dadurch betroffenen Schrift erledigen zu «lassen.»

(§ 1 des Ges. von 1819)

auch:

«In einem Zeitraum von zwei Monaten die Bundes«versammlung von den Verfügungen und Vorschriften, «durch welche sie dem § 1. dieses Beschlusses Genüge «zu leisten gedenken, in Kenntniß zu setzen.» (§ 8.)

Wären die deutschen Regierungen in dem gegebenen Geist, und seitdem dem letzterwähnten Theile des Beschlusses, wie es hätte geschehen sollen, aber mehrentheils unterblieben ist — nachgekommen, so würde die Lücke, die allerdings in der die Bücher über 20 Bögen betreffenden Bundesgesetzgebung zu bemerken ist, wahrscheinlich längst ausgefüllt seyn.

Es ist nämlich offenbar, daß nach dem Geiste dieser Gesetzgebung (wie es auch die Natur der Dinge mit sich bringt) die Bundesregierungen gegen einander auch rücksichtlich desjenigen Theiles der Presse ihrer respectiven Länder, welcher nach dem Gesetze von 1819 nicht nothwendig der Censur unterliegt, die Bürgschaft einer

föderativ gehaltenen Aufsicht übernommen haben; daß aber rücksichtlich der dieserhalb gelten zu habenden Gesetze nichts näheres bestimmt ist, als daß sie überhaupt «erlassen werden» — und das Princip der Vertretung der klagenden Regierung durch die Regierung des verklagten Verfassers oder Verlegers enthalten sollen.

Dieses dünkt uns zur Erreichung des Zweckes, den sich die Bundesregierungen bei Fassung des Beschlusses von 1819 vorgesteckt hatten, zu unbestimmt und zu wenig zu seyn.

Soll die Bürgschaft, welche die Bundesstaaten gegen einander auch in Bezug auf die Schriften über 20 Bogen offenkundig übernommen haben, keine illusorische seyn; sollen die Staaten Deutschlands auch darüber beruhigt seyn können, daß selbst bei Schriften, die der Censur nicht unterliegen, allenthalben solche Mittel der Repression getroffen sind, die wenigstens die gröberen Auswüchse der Bücherpresse durch Furcht vor der Strafe hintanhalten können, — so ist es durchaus nöthig, daß sie sich wechselseitig davon vergewissern:

1tens daß für alle unter dem Repressiv-System begangenen Verbrechen und Vergehen der Presse ein bestimmtes und ausgiebiges Pönalgesetz allenthalben bestehe:

2tens daß überall eine Gerichtsverfassung eingeführt sey, die für unbefangene und gerechte Handhabung jenes Pönalgesetzes volle Gewähr leiste.

Sehr dünkt es uns zweifelhaft zu seyn, — jedenfalls sprechen vielfach gemachte Erfahrungen nicht dafür — daß in allen denjenigen Bundesstaaten, in welchen die Bücher über 20 Bogen der Censur entzogen sind, dem eben angeführten doppelten Erforderniß legislativ genügend entsprochen sey; jedenfalls würde man aber hierüber Gewißheit erhalten haben, — oder noch erhalten, wenn die deutschen Regierungen in Vollziehung des § 8. des Gesetzes von 1819 ihre «Verfügungen und Vorschriften» der Bundesversammlung vorlegten.

Der k.k. Hof hält es unter diesen Umständen, und zur Ausfüllung der eben angedeuteten Lücke in der Bundes-

gesetzgebung, für Pflicht, zuvörderst auf Vollziehung des gedachten noch unerledigten 8ten Paragraphs bei der Bundesversammlung zu dringen; und es wird sonach ungesäumt daselbst die aus der Abschrift ersichtliche Präsidial-Erinnerung zu Protokoll gegeben werden.

Wir ersuchen den Großh. Luxemburg. Hof den Gegenstand derselben seiner besonderen Aufmerksamkeit würdigen, und uns, durch seine Gesandtschaft am Bundestag in dem Bestreben unterstützen zu wollen, nach Maßgabe der auf unsere Präsidial-Erinnerung eingehenden Äusserungen und des sich etwa herausstellenden Bedürfnisses für das Repressivverfahren, in den nach dem Gesetze von 1819 dazu geeigneten Fällen, allgemein gültige, und dem Zwecke der wechselseitigen föderativen Bürgschaft entsprechende Elementar-Grundsätze, festsetzen zu machen.

Der bundestreue Sinn der Großherzog. Luxemb. Regierung, welcher Ew. Hochgeboren eine Abschrift gegenwärtiger Depesche zukommen zu lassen beauftragt sind, läßt uns hoffen, daß unsere Anträge daselbst in dem Sinne, dem sie entsprossen sind, und welcher kein anderer ist als jener des Festhaltens am Bunde und seinen Erfordernissen, — werden aufgenommen werden. Empfangen Dieselben die Versicherung meiner vollkommensten Hochachtung.»

«Wien am 9. Mai 1846.

Hochgeborener Graf

Es ist eine bekannte, nicht abzuläugnende Thatsache, daß die den Namen der kommunistischen tragenden, auf eine völlige Umkehr nicht nur der politischen, sondern selbst der rein sozialen Verhältnisse in dem dermaligen Staatenleben zielenden Bestrebungen heutzutage alle Farben annehmen, und sich unter den verschiedenartigsten Formen verhüllen; daß vorzüglich das Vereinswesen zur Verfolgung dieser Zwecke gebraucht und mißbraucht wird, und daß selbst Vereine die dem äußeren

Anscheine nach für Gottesdienst und religiöse Erbauung gestiftet wurden, kommunistisch-sozialistischem Treiben zum Deckmantel dienen mußten.

Es bietet nun freilich auch gegen dieses, die Ordnung und Ruhe im Bunde bedrohende Übel die Bundesgesetzgebung, richtig aufgefaßt und wohl angewendet, ein Mittel der Abhilfe dar. Denn es besagt ausdrücklich der 2. Art. der am 5. Juli 1832 gefaßten Bundesbeschlüsse:

«Alle Vereine, welche politische Zwecke haben, oder «unter andern Namen zu politischen Zwecken benützt «werden, sind in sämtlichen Bundesstaaten zu verbieten, «und ist gegen deren Urheber und die Theilnehmer an «denselben mit angemessener Strafe vorzuschreiten.»

und die Anwendung dieses Beschlusses auf Vereine wie wir sie eben schilderten, und welche mit der rein gesellschaftlichen auch ganz gewiß die politische Grundlage der heute bestehenden Staaten in Gefahr setzen, — kann nicht vernünftigerweise bestritten werden.

Demungeachtet dürfte, um jedem denkbaren, wenn auch ungegründeten Zweifel hierüber vorzubauen, und überhaupt den Regierungen wie den Unterthanen jene heutzutage vielleicht hie und da weniger als sie sollte beachtete Bestimmung der Beschlüsse vom 5. Juli 1832 wieder in Erinnerung zu bringen, eine von bundeswegen ausgehende ausdrückliche Erklärung über die Anwendbarkeit jenes Artikels auf kommunistisch-sozialistische Vereine an ihrem Platze sein, und Österreich wird daher demnächst einen diesfälligen Vorschlag, nach dem hier abschriftlich angeschlossenen Entwurf einer Präsidialproposizion an den Bundestag bringen.

Euer Hochgeboren wollen denselben der gh. luxemburgischen Regierung mittheilen, und dieselbe ersuchen den unsrerseits zu machenden Vorschlag durch ihre Gesandtschaft in Frankfurt unterstützen zu lassen.

Empfangen Dieselben die Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung.

Präsidial-Proposition.

Es haben sich in unserer Zeit — wie allgemein bekannt ist — in Deutschland Spuren von communistischen oder socialistischen Vereinen, die den Umsturz der bestehenden Ordnung der Dinge offenbar bezwecken, gezeigt, und es liegt gewiß in der heiligsten Pflicht der Regierungen, derlei Associationen, welches auch immer der Deckmantel sey, unter welchem sie ihre verbrecherischen Pläne verfolgen, und wäre es auch selbst jener der Gewissensfreiheit, nicht zu dulden.

Gedacht ihrer Pflicht, werden die Bundes-Regierungen am einfachsten entsprechen, wenn sie der zweiten der am 5. Juli 1832 beschlossenen Maßregeln zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe im deutschen Bunde, ihre durchgängige Anwendung sichern, und den erwähnten Paragraphen, besagend:

«Alle Vereine, welche politische Zwecke haben, oder «unter anderem Namen zu politischen Zwecken be- «nutzt werden, sind in sämtlichen Bundesstaaten zu «verbieten, und ist gegen deren Urheber und die Theil- «nehmer an denselben, mit angemessener Strafe vor- «zuschreiten,» —

im vollen Maße erfüllen. —

Nicht zweifelnd, daß sämtliche verehrte Bundesglieder jene Ansicht theilen, hat der k.k. Hof die Präsidial-Gesandtschaft angewiesen, eine Erklärung dieser hohen Versammlung zu bevorworten, des Sinnes:

«daß socialistische, oder kommunistische Vereine, als «unter die Bestimmungen des § 2, der Beschlüsse vom «5. Juli 1832, ausdrücklich zu subsumieren angefahren «werden, und daß die Urheber, Häupter und Theil- «nehmer solcher Vereine, wo dieselben hochverräthe- «rische Zwecke verfolgen, in allen Bundesstaaten die «Strafe des Hochverraths zu gewärtigen haben sollen.» -

Etliche Tage später, am 18. Mai, hatte der Graf von Koenigsmark im Haag den von Wien über Berlin ver-

mittelten Schlag gegen die Pressefreiheit vermerken müssen. Aus der preußischen Hauptstadt war ihm dieses angetragen worden:

«Bei der Errichtung des deutschen Bundes, wodurch die deutsche Nation wieder in die Stelle eingeführt wurde, die ihr in der großen Europäischen Völker-Familie gebührt, hatten die Stifter dieser segensreichen Institution nicht bloß den beschränkten Zweck vor Augen, der den meisten politischen Übereinkünften zu Grunde liegt: die Verhältnisse über einzelne eben vorliegende Angelegenheiten festzustellen, sondern der deutsche Bund sollte alle seine Theilnehmer, die souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands, zu einer selbständigen Macht vereinen, die, im Herzen von Europa gegründet, wehrhaft nach Außen, kräftig nach Innen, der Erhaltung des Friedens eine zuverlässige Bürgschaft, das Gedeihen alles Guten zu fördern, alles Übel mit vereinter Kraft abzuwehren und zu verhüten im Stande wäre. Die erste, wesentlichste Bedingung zur Erhaltung und Befestigung dieses heilsamen Bündnisses ist Eintracht. Die Bundesstaaten sollen ihre Eigenthümlichkeiten nicht einer allgemeinen Gleichförmigkeit aufopfern, wohl aber den gemeinsamen Zweck stets im Auge behalten und insbesondere die Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse, einander als wahrhaft treue Verbündete die Hände bieten.

Eine der wichtigsten Angelegenheiten dieser Art ist die Behandlung der Presse.

Schon bei der Gründung des deutschen Bundes ward die Wichtigkeit des Gegenstandes allgemein anerkannt, zugleich konnten jedoch auch die Schwierigkeiten nicht unbemerkt bleiben, die einer ganz gleichförmigen Behandlung der Presse in den verschiedenen Bundesstaaten im Wege stehen.

Bei den mannigfachen nahen Beziehungen verschiedener Bundesstaaten können die Regierungen die Producte der deutschen Literatur, die bei ihren Nachbarn erscheinen, nicht als fremde betrachten; insbesondere würde dies in

Beziehung auf die Zeitungen und Flugschriften eine durchaus unpraktische Fiktion sein. Alle Regierungen, wie verschieden die Ansichten über die Zulässigkeit oder die Gefahren der Pressfreiheit sein mögen, werden ohne Zweifel darüber einverstanden sein:

daß eine unbedingte, unbegränzte Zügellosigkeit der Presse nicht bestehen kann, daß entweder Präventiv-Maassregeln (Vorgängige Censur) oder Straf-Gesetze (Verantwortlichkeit des Autors, Redakteurs, Verlegers oder Druckers) eine Abwehr oder Abhülfe des Mißbrauchs der Presse nothwendig stattfinden müßte.

Die Gesetzgebung des deutschen Bundes hat durch das Gesetz vom 20. September 1819 festgesetzt, daß:

Schriften, die in Form täglicher Blätter, oder heftweise erscheinen, desgleichen solche, die nicht über 20 Druckbogen stark sind, in keinem deutschen Bundesstaate ohne Vorwissen und vorgängige Genehmhaltung der Länder-Behörden zum Druck befördert werden dürfen. Für die Schriften über 20 Bogen, für welche durch die Bundesgesetze keine Censur angeordnet ist, fehlt es an einem gemeinsam festgestellten Princip.

Darüber, daß die durch jenes Gesetz angeordnete Censur nicht überall im deutschen Bunde ihrem Zwecke entspricht, daß vielmehr sehr häfig verwerfliche Artikel in den deutschen Zeitungen erscheinen, daß es gegenwärtig deutsche Blätter gibt, die an Schlechtigkeit in jeder Rücksicht mit denjenigen wetteifern, die unter dem Schutze absoluter Pressfreiheit im Auslande erscheinen, — darüber würde es unnöthig sein, in weitere Erörterungen einzugehen, da fast jeder Tag dafür offenkundige Beweise liefert.

Das Imprimatur, welches Landes-Behörden solchen Zeitungs-Artikeln oder Flugschriften ertheilen, giebt denselben eine Bedeutung, die sie nicht haben könnten, wenn sie lediglich als das Machwerk des Autors zu Markte gebracht, von den Regierungen keiner Aufmerksamkeit gewürdigt würden, und somit der ganze Übelstand weg-

fiele, daß ein solcher Zeitungs-Artikel als von der betreffenden Regierung gebilligt oder gar als von ihr ausgegangen angesehen werden könnte. Nichts kann der Eintracht des deutschen Bundes und dessen Ansehen, dem Auslande gegenüber, nichts der Würde der einzelnen Regierungen nachtheiliger sein, als eine solche Entartung der Tagespresse, deren Zweck es seyn sollte, die öffentliche Meinung aufzuklären, zu leiten und festzustellen, und die, statt dessen, aus der Verbreitung falscher Angaben, Verläumdungen, hämischer Insinuationen und trügerischer Irrlehren ein verwerfliches Gewerbe macht, wodurch in dem Maasse, in dem es fortwuchert, die Theilnahme und Wirksamkeit achtbarer Stimmen mehr und mehr verhindert und aus dem Gebiete des Journalismus verdrängt werden.

Das Kaiserlich-Oesterreichische Cabinet hat sich bewogen gefunden, diese für das gesammte Deutschland hochwichtige Angelegenheit bei sämmtlichen Bundes-Regierungen zur Sprache zu bringen und unsere Mitwirkung für den beabsichtigten Zweck in Anspruch zu nehmen.

Euer Hochgeboren werden durch Ihren Kaiserlich-Oesterreichischen Herrn Collegen eine vertrauliche Mittheilung der desfalls an denselben ergangenen Instruktion erhalten, welche im Wesentlichen dahin geht: auf den Grund des Gesetzes vom 20 September 1819, sämmtliche Bundes-Regierungen aufzufordern, die Aufsicht über die Presse zweckmäßig zu handhaben und, in Gemäßheit des § 8 jenes Gesetzes eine Vereinbarung über die in dieser Beziehung noch erforderlichen Maaßregeln herbeizuführen. Der König, unser allergnädigster Herr, hat, vom Antritt Allerhöchst Seiner Regierung an, den Angelegenheiten der Presse eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen geruht. Euer Hochgeboren kennen Sr Majestät Intentionen hinlänglich, um überzeugt zu sein, wie wenig der gegenwärtige Zustand des deutschen Zeitungswesens den Ideen entspricht, durch deren Verwirklichung die

Presse wahrhaften Nutzen stiften würde: wenn nämlich eine freimüthige, anständige, gediegene Besprechung öffentlicher Angelegenheiten verstattet, dem Mißbrauche aber in angemessener Weise gewehrt würde. Euer Hochgeboren wissen ebenfalls, wie sehr Seiner Majestät die Rücksichten auf die Bundes-Verhältnisse am Herzen liegen, wie unerwünscht uns demnach jede Lossagung oder Trennung von der gemeinsamen Behandlung einer so wichtigen Frage sein muß. Es kann uns also nur erfreulich sein, wenn ein bedeutsamer Schritt zur Verbesserung des jetzigen Zustandes geschieht, und Euer Hochgeboren wollen Sich nach besten Kräften angelegen seyn lassen, die Bemühungen Ihres Kaiserlich Oesterreichischen Herrn Collegen bei der Regierung, bei der Sie accreditirt sind, zu unterstützen, und baldmöglichst über die Aufnahme, welche der Antrag gefunden und wie man sich dort über diese Angelegenheit geäußert hat, Bericht erstatten. Zugleich wird das Kaiserliche Cabinet, mittelst eines Präsidial-Vortrags, die Bestimmungen des Bundes-Beschlusses vom 5 Juli 1832 wieder in Erinnerung bringen, und Euer Hochgeboren wollen die desfallsigen Schritte Ihres Oesterreichischen Herrn Collegen in gleicher Weise, wie die auf die Press-Angelegenheit bezüglichen unterstützen.

Berlin, den 18. Mai 1846.
gezeichnet (Canitz)

An
den Königlichen Gesandten
Herrn Grafen von Koenigsmark
Hochgeboren
im
Haag»

Die luxemburgische Antwort auf diese Zustellungen wurde erst am 27. Mai 1847 von de la Fontaine an den Baron de Blochausen erteilt. Ihr Inhalt war in jeder Weise beruhigend, obschon es doch auch einige Ordnungsstörer

gab — besonders klerikaler Art: einige Predigten, meinte de la Fontaine, förderten die Ideen des Kommunismus.[40])

Dennoch wurden folgende Richtlinien als allgemein gültig fixiert:

«Das Censoramt ist nur Männern erprobter Gesinnung und Fähigkeit zu übertragen, und diesen eine, dem ehrenvollen Vertrauen, welches dasselbe voraussetzt, entsprechende Stellung, sei es in selbständiger Eigenschaft oder in Verbindung mit anderen angesehenen Ämtern zu sichern.

Den Censoren sind bestimmte Instruktionen zu ertheilen:

Censurlücken nirgends zu dulden;

In denjenigen Bundesstaaten, in welchen nicht die Verfassung oder durch die Bundesgesetze anderweit Fürsorge getroffen ist, wird, unbeschadet dessen, was in § 6 des provisorischen Pressegesetzes vom Jahre 1819 verfügt ist, eine höhere Behörde mit den Functionen eines Obercensur-Collegii beauftragt werden, um als solches theils über die pflichtmäßige Erfüllung der Obliegenheiten der Censoren zu wachen, theils auch die Beschwerden der Schriftsteller über das Verfahren und die Aussprüche der Censoren zu erledigen.

Es wird eine Concession zur Herausgabe neuer politischer Tageblätter nur nach gewonnener Überzeugung von der Befähigung des Redacteurs und nur mit der Clausel völlig uneingeschränkter Widerruflichkeit ertheilt. Rücksichtlich der in fremden Sprachen erscheinenden Zeitungen, so sind Abonnements auf dieselben von den Postämtern nur nach einem von der Regierung genehmigten Verzeichnisse solcher Blätter anzunehmen. Die auf diese Weise nicht zugelassenen Zeitungen dürfen zwar von Einzelnen verschrieben, aber nicht öffentlich ausgelegt werden.

Es wird auf geeignetem Wege dafür Sorge getragen werden, daß beim Drucke der ständigen Protocolle, wo solcher Statt findet, alle jene Äußerungen hinweg gelassen

werden, welche eine Verweisung zur Ordnung veranlaßt haben. Wenn die ständischen Protocolle in Zeitungen oder sonstigen periodischen Schriften abgedruckt werden, so unterliegt dieser Abdruck allen für die Redaction, Censur und Beaufsichtigung dieser letzteren bestehenden Vorschriften. Gleiches gilt von der auszugsweisen Bekanntmachung ständischer Verhandlungen in periodischen Blättern.

Die beaufsichtigenden Behörden und die Censoren der Zeitblätter werden angewiesen werden, auch in Betreff der Aufnahme der factischen Umstände anderer deutschen Stände-Verhandlungen mit gleicher Umsicht und nach denselben Regeln wie bei jenen des eigenen Staates zu verfahren.

Da, wo Öffentlichkeit gerichtlicher Verhandlungen in Strafsachen besteht, soll die Bekanntmachung dieser letzteren durch den Druck nur unter Beobachtung solcher mit den Gesetzen vereinbarlichen Vorsichtsmaßregeln Statt finden, durch welche eine nachtheilige Einwirkung auf öffentliche Ruhe und Ordnung verhütet werden kann.

Für gleichlautende Abschrift: Der Sekretär der Königlich Großherzoglichen Landesregierung.»

Demgemäß mußte natürlich gehandelt werden: wenn ein Flüchtling C. Heinzen für sich durch Aufrufe sammeln lassen wollte, so musste, des mißliebigen Revolutionärs wegen, jedes Imprimatur verweigert werden; Verhungernde durften nur genährt werden, wenn sie die Meinungen des Herrn Canitz teilten.

Dennoch zog im Februar des Jahres 1848 von Frankreich herüber wieder ein Sturm herauf, der die Dinge vollständig umzureißen drohte. Flugs mußten die Zensoren in Habtachtstellung gebracht werden. De la Fontaine tat es so:

«Monsieur le Président,

Les journaux qui se publient dans le Grand-Duché vont rendre compte des importants événements qui viennent

de se passer en France et dont les incalculables suites se développeront chaque jour davantage: il est de la dernière évidence que le principe de la nouvelle révolution se produit d'une manière hostile au principe monarchique, fondement de tous les Etats qui composent la Confédération germanique.

Dès lors je vous prie, Monsieur le Président, de veiller à ce que la feuille que vous censurez ne rende publics que les faits et s'abstienne de réflexions propres à affaiblir les constitutions germaniques; vous voudrez ne pas tolérer davantage la transcription dans les feuilles Luxembourgeoises d'articles de fond extraits de journaux français ou autres ayant cette même couleur et pour but d'endoctriner le peuple dans le sens des socialistes et communistes modernes.

Le Gouverneur
de la Fontaine.»

Doch was da vor sich ging, in Frankreich und in den andern Ländern, war ein Geist, den die Machthaber zwar noch hinzuhalten, aber nicht mehr abzuweisen vermochten. Eine Weile, eine kleine Weile dauerte es noch, bevor die Vertreter des monarchistischen Regimes die Zeichen der neuen Zeit verstanden und das gewährten, was in Luxemburg am 20. März 1848 durch fettgedruckte Zeitungslettern verkündet wurde:

«Die Presse ist frei».

War das der Abschluß eines Kampfes, der mehrere Jahrhunderte gedauert und Tausende von mutigen Schreibern, Druckern und Verkäufern mit Leid geschlagen, weil mit Strafen belegt hatte? Zur Beantwortung dieser Frage habe Erio das Wort zur Aussage:

«Nein, ich komme wohl kaum ein Säkulum zu spät, wenn ich, wie anno 1848 die besten Schreiber, die Presse-

Paris, le 9 Pluviôse an 13.

Le Sénateur, Ministre de la Police générale de l'Empire,

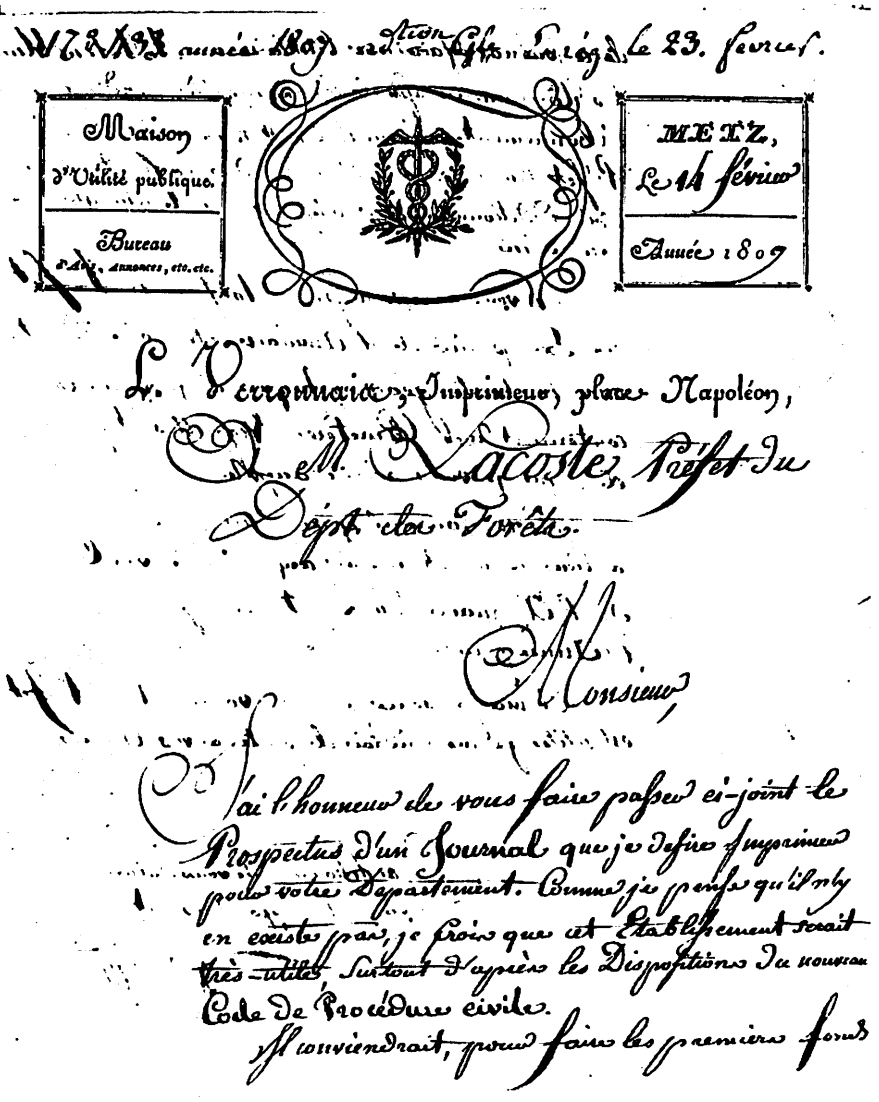
A Monsieur le Préfet du Dépt de Jem

Vous voudrez bien, Monsieur, recommander aux Propriétaires et Rédacteurs des Journaux qui s'imprimeront dans votre Dépt, de faire au Préfet exactement un Exemplaire, outre celui qui leur aurait été demandé par M. le Conseiller d'Etat, Chargé de l'Arrondissement.

Je profite de cette occasion pour vous rappeler qu'il ne doit paraître aucune nouvelle feuille publique

Der Präfekt des Département de l'Ourthe schreibt an seinen Kollegen des Wälderdepartements

(Staatsarchiv Luxemburg)



Der Drucker L. Verronnier aus Metz bietet dem Präfekten des Wälderdepartements seine Dienste an, um eine Zeitung für das Wälderdepartement zu drucken

(Staatsarchiv Luxemburg)

Das Illustrationsmaterial stammt aus dem Staatsarchiv, der Nationalbibliothek, aus der Sammlung Pierre Grégoire und aus der Sammlung Paul Spang.

Die Photos wurden geliefert von Marcel Schroeder, Dominique Krier und dem „Office du Film scolaire".

freiheit zu verteidigen unternehme. Nur drückten sie sich damals forscher und pathetischer aus, sobald sie ihren neuesten Gedanken Druck und Ausdruck, vielleicht sogar ein bißchen Nachdruck zu geben wünschten. Ich möchte für den Augenblick nur nachwiegen dürfen, was so vor und nach den Märzstürmen an papierenen Beschwerden, Vorschlägen, Forderungen und Bittschriften durch die europäischen Kanzleien flog, — ich fürchte, es käme eine Riesenlast zustande, die der jungen Freiheit jeden froheren Atemzug verschlagen müßte.

Also begnüge ich für heute mich mit dem deftigen Monolog des Kollegen Eberhard Ultra aus Krähwinkel, den Johann Nestroy, der große Wiener Lustspieldichter, im ersten Aufzug, siebenten Auftritt seiner «Freiheit in Krähwinkel» konserviert hat. Da kann nun Jeder nachlesen, was sie vor über hundert Jahren gedacht und zu sagen gewagt haben:

«Aus dem glorreichen freiheitstrahlenden Lande führt mich mein finsteres Schicksal nach Krähwinkel, wo s' noch mit die physischen Zöpf' paradieren, folglich von der Abschneidungsnotwendigkeit der moralischen keine Ahnung haben. Nach Krähwinkel, wo man von Recht und Freiheit als wie von chimärisch-blitzblaue Spatzen red't. Is uns aber auch nit viel besser gangen, und zwar aus dem nämlichen Grund; Recht und Freiheit sind ein paar bedeutungsvolle Worte, aber nur in der einfachen Zahl unendlich groß, drum hat man sie uns auch immer nur in der wertlosen vielfachen Zahl gegeben. Das klingt wie ein mathematischer Unsinn und ist doch die evidenteste Wahrheit. Was für eine Menge Rechte haben wir g'habt, diese Rechte der Geburt, die Rechte und Vorrechte des Standes, dann das höchste unter allen Rechten, das Bergrecht, dann das niedrigste unter allen Rechten, das Recht, daß man selbst bei erwiesener Zahlungsunfähigkeit und Armut einen einsperren lassen kann. Wir haben ferner das Recht g'habt, nach erlangter Bewilligung Diplome von gelehrten Gesellschaften anzunehmen. Und trotz all diesen

unschätzbaren Rechten haben wir doch kein Recht g'habt, weil wir Sklaven waren. Was haben wir ferner alles für Freiheiten g'habt! Überall auf'm Land und in den Städten zu gewissen Zeiten Marktfreiheit. Auch in der Residenz war Freiheit, in die Redoutensäle nämlich die Maskenfreiheit. Wir haben sogar Gedankenfreiheit g'habt, insofern wir die Gedanken bei uns behalten haben. Es war nämlich für die Gedanken eine Art Hundsverordnung. Man hat's haben dürfen, aber am Schnürl führen! Wie man's loslassen hat, haben s' einem 's erschlagen. Mit einem Wort, wir haben eine Menge Freiheiten g'habt, aber von Freiheit keine Spur. Na, das is anders geworden und wird auch in Krähwinkel anders werden. Wahrscheinlich werden dann von die Krähwinkler viele so engherzig sein und nach Zersprengung ihrer Ketten, ohne gerade Reaktionär zu sein, dennoch kleinmütig zu raunzen anfangen: «O mein Gott, früher is halt doch besser gewesen — und schon das ganze Leben jetzt — und diese Sachen alle —», aber das macht nichts, man hat ja selbst in Paris ähnliche Räsonnements gehört. Und sonderbar, gerade die, die es am schwersten betrifft, verhalten sich am ruhigsten dabei. Das sind die Hebammen und die Dichter; für die Hebammen kann das doch gewiß nicht angenehm sein, daß jetzt die Geburt nix mehr gilt, und die Dichter haben ihre beliebteste Ausred' eingebüßt. Es war halt eine schöne Sach', wenn einem nichts eing'fallen is und man hat zu die Leut' sagen können: «Ach Gott! Es ist schrecklich, sie verbieten einem ja alles!» Das fällt jetzt weg und aus dem Grund und aus vielen andern Gründen....»

Und aus dem Grund und aus vielen andern Gründen sind in den Krähwinkeln von heute die Hebammen der neuen Weltordnung und die Dichter anderer Herrschersysteme nach wie vor gegen die Pressefreiheit.»

Anmerkungen

1) Über die Nützlichkeit oder auch über die Schädlichkeit der Buchdruckerkunst hat unser berühmter Landsmann Abbé François-Xavier de Feller als Herausgeber des «Journal historique et littéraire» in den Jahren 1779 und 1786 seine besondere Meinung geäußert: zuerst als Randbemerkung zu einer Zuschrift aus Brüssel und dann im Zusammenhang mit einer Besprechung, welche dem lateinischen Gedichte «Artis typographicae querimonia» von Henri Estienne galt.

Sagte er 1779: «Pour moi qui n'aime point à avoir de différent avec les gens auxquels ce nom (de typographe) vient de droit, je les prie de me pardonner la réflexion suivante: A-t-on eu tant de raison de se disputer la gloire de cette invention? Est-elle réellement aussi importante, aussi utile qu'on le croit? Sommes-nous, depuis cette découverte, meilleurs chrétiens, meilleurs citoyens? Pour moi, je trouve que c'est l'époque des dernières hérésies et de la fausse philosophie... Est-il bien certain que les sciences en ont profité? On a fait quelques découvertes; mais ne les eût-on pas faites aussi bien sans la typographie, ainsi que tant d'autres qui ont précédé l'existence de cet art? Les erreurs n'ont-elles pas plus circulé que les vérités? Les connaissances humaines n'ont-elles pas perdu en profondeur ce qu'elles ont gagné en superficie? L'art d'écrire s'est affaibli, et tel qu'il était alors, on peut dire qu'il s'est perdu. L'usage de copier perpétuait la connaissance des originaux, aujourd'hui presqu'entièrement inconnus etc.», so wiederholte er 1786: «Si Henri Estienne a fait des plaintes très vives contre les imprimeurs de son temps, regardé à juste titre comme le siècle d'or de la typographie, on peut juger ce qu'il dirait aujourd'hui, en voyant la plupart des auteurs beaucoup moins instruits que n'étaient alors un grand nombre d'imprimeurs, et des imprimeurs qui à peine savent l'ortographe de leur langue maternelle. Il est vrai qu'il s'en trouvait déjà alors quelques-uns atteints de cette humiliante ignorance; mais c'était le petit nombre, et Henri croyait dire beaucoup en avançant qu'il y en avait plus d'un. Son zèle s'allumait surtout quand il voyait des imprimeurs qui ignoraient le latin; il les appellait maios artifices... A cette occasion un homme bien judicieux a proposé de nouveau le problème sur l'utilité de la typographie, problème que nous avons déjà discuté, et qui, vu les abus et les effets funestes toujours croissants, paraît devoir être résolu d'une manière peu honorable à cette invention ingénieuse...»

Für einen Menschen, der sein Leben lang, als Meister der ars scribendi, die Druckerkunst bemühte, um seine endlosen Kämpfe machtvoll und glorios zugleich austragen zu dürfen,

war diese Einstellung zum mindesten überraschend, obschon de Feller manchmal die aussichtslosesten Positionen zu behaupten liebte.

2) Über Arnoul Mylius sagte Neyen in seiner «Biographie Nationale»:

«Arnoul Mylius a été inhumé, avec sa femme, dans l'église paroissiale de St. Paul à Cologne, où on leur avait posé cette épitaphe:

D. M.
Ac ARNOLDO MYLIO
Civi typographo, Senatori
Coloniensi
Optimo, Celeberrimo, Integerrimo;
et BARBARAE BIRCKMANNAE
matronae honestissimae,
conjugibus intimis, parentibus
bene meritis
huic XXV aprilis anno Christi CIↃ IↃ XCVI
pie defunctis.

Cette date semble contredire notre assertion dans le texte, où nous avons posé que Arnoul Mylius est mort le 17 novembre 1604. Mais nous ferons observer que, Mylius ayant perdu son épouse, le 25 avril 1596, a fait placer cette inscription sur le monument de celle-ci, choisissant la même place pour y reposer. On a, plus tard, omis d'y ajouter la date de son propre décès.»

In seinem — lateinisch geschriebenen — Buche: «Historia Myliana» stellt Joh. Christ. Mylius, Adjunkt der philosophischen Fakultät und Bibliothekar der Akademie von Jena, den Drucker als Belgier vor, «ex pago Vryemeershemio, ditionis et comitatus Meursensii, oriundus.» Desgleichen gibt er als Todesdatum 1605 an: «Typographus primum Antverpiensis, deinde Coloniensis, et urbis Coloniae Senator. Natus anno 1541 et mortuus Coloniae ex lethargo (Schlafsucht) vel, ut alii scriptores tradunt, ex doloribus lapidis anno 1605 die 17 Nov. anno aetat. suae 65, sepultus ibid. in templo D. Paulli cum hoc Epitaphio, ipsi a Justo Lipsio posito: D.O.M. et Memoriae Arnoldi Mylii, Typographi et Senatoris in hac veteri urbe, Illius diligentissimi, huius integerrimi: Quod utrumque fama et favor publicus asserunt, asserentque Praemium hic virtuti, quod in superis etiam locis habere speramus, vovemus, Tu nobiscum, Bone lector. Obiit Lethargo XV. Cal. Decemb. A. MDCV. aetat. suae LXIV. mens. I...» Der Historiker der Familien Mylius fügt dann bei, daß andere Quellen als Todesdatum 1604 angäben, während ein Bild, das in seinem Besitze sei, 1608, und zwar den 15. Dezember, vermerke.

Arnold Mylius hatte einen Sohn, der den gleichen Vornamen trug, dieselbe berühmte Druckeranstalt leitete und später oftmals mit seinem Vater verwechselt wurde.

3) Im «Bulletin du Bibliophile Belge», tome III. - No 5, erschienen 1846 in Brüssel (M. Hayez, Imprimeur de l'Académie Royale), wird der gleiche Sachverhalt von Alex. Pinchart ziemlich positiv ausgewertet. Der Autor schließt auf die effektive Präsenz Marchands in Luxemburg.

4) Im Jahre 1626 gab er ein Meisterwerk drucktechnischer Natur heraus, indem er die «Communis vitae inter homines sita urbanitas» oder «Bienséance de la conversation entre les hommes» und «Wolstand täglicher Gemeinschaft mit den Menschen» in drei Sprachen präsentierte und dem Buche eine dreisprachige Widmung zu Ehren der edlen Herren Pierre-Ernest de la Roche (a Veltz), Lothaire de Warsperg und Jean-Ernest Frey von Dern, Studenten des Jesuitenkollegs in Luxemburg, voranstellte.

5) Für die Geschichte der Buchdruckerkunst sind die Programmhefte des Jesuitenkollegs ebenso bedeutsam wie für die Literatur- und Kulturentwicklung Luxemburgs. Aus diesem Grunde sei die Reihe der Erscheinungen und der Spiele — so vollständig wie nur möglich; manche Lücken lassen sich leider nicht mehr auffüllen — mitsamt den — damals nicht genannten und nicht immer sicher zu bestimmenden — Autorennamen hier angeführt und zwar aufgrund eines in der Nationalbibliothek aufbewahrten Hausbuches des Jesuitenkollegs:

Tragédie de deux prédictions de Daniel accomplies en la personne de Nabugodonosor. (P. Nidrum?) Exhibée par les escolliers du College de la Compaignie de Jesus a Luxembourg le XV septembre l'an 1616. (Sans indication d'imprimeur!) In-4, 6 p.

Le roule de la Providence divine sur le patriarche Joseph, mis en theatre pour la Jeunesse de la Compaignie de Jesus a Luxembourg le 12 septembre 1619. (Auteur inconnu) Imprimé à Luxembourg, chez Hubert Reulant. In-4, 8 p.

Kurtzer Inhalt der umbköhrung Göttlicher fürsehung Ueber den Patriarchen Joseph: Von der Jugent des Collegij der Gesellschaft Jesu zu Lützemburg, in offentlichen schawspiel jedermänniglichen furgestellt, den 12. September umb ein uhr. Gedrückt zu Lützemburg / bei Hupricht Reulant im Jar 1619.

Tragicomedie. Ermenigilde, roy en Espaigne, occis pour la foy Catholique par le commandement de son Pere Livigilde

heretique Arien l'An de grace 586. Représentée par la Jeunesse du College de la Compaignie de Jesus, à Luxembourg Le de Novemb. 1620. Ceste Histoire est descrite par S. Gregoire le Grand, Pape, en ses Dialogues lib. 3. cap. 31. et aultres bons Autheurs. Imprimé à Luxembourg, par Hubert Reulant. l'An 1620. In-4, 4 p. (Auteur inconnu).

Tragedie dressee a l'Antique: Andronicus Tyran. Qui sera representee le 14. de Septembre 1623 par les Estudians du College de la Compaignie de Jesus à Luxembourg à deux heures apres midy. A Luxembourg. De l'Imprimerie de Hubert Reulandt, l'An 1623. In-4, 8 p. (Auteur inconnu).

Comedie à l'Antique: Drama Medardo-Godardus. Qui se doibt representer par les Escoliers du College de la Compaignie de Jesus, à Luxembourg. Le 12. de Septembre 1624. environ les deux heures apres midy. In-4, 4 p. (Sans indication d'imprimeur. Auteur inconnu.)

Maurice Empereur. Tragedie (P. Pottier). Qui sera representee le 11. de Septembre 1625 par les Estudians du College de la Compaignie de Jesus à Luxembourg à deux heures apres midy. A Luxembourg, De l'Imprimerie de Hubert Reulandt, 1625. In-4, 8 p.

Sarcophile. Drame (Auteur inconnu) dressé en forme de Tragoedie, represente par la Jeunesse du College de la Compagnie de Jesus, à Luxembourg, le de Mars 1626. In-4, 4 p. (Sans indication d'imprimeur.)

Pastorelle dediée a Tres-Illustre et Excellent Seigneur Monseigneur Messire Christophe Conte et Seigneur D'Ostfrise, D'Emden, Baron de Rumpst, Seigneur D'Esens, Stedensdorf, Wittmund, Boom, Heyndonck, Ruysbrouck, Willebrouck, Spontin, Villers, Sire Nicol, etc. Chevalier de la Toison d'or. Du Conseil de Guerre, et Colonnel d'un Regiment d'Infanterie Hault-allemande pour le service de sa Maiesté Catholique, Capitaine des Archers de la Garde de la Serenissime Infante, Gouverneur et Capitaine General des Pays, Duché de Luxembourg, et Conté de Chiny. Representée par la Jeunesse du College de la Compagnie de Jesus à Luxembourg. Pour sa bienvenue, et joyeuse entrée au Gouvernement du pays. (P. Horianus). Le 28. d'Avril 1627, à trois heures apres midy. In-4, 8 p. (Sans indication d'imprimeur.)

Lambertiade (Auteur inconnu). Tragicomedie en laquelle seront mis sur le theatre les plus beaux traicts de la vie, et mort du glorieux S. Lambert Evesque de Mastricht, et de Liege, par les escholiers du College de la Compagnie de Jesus à Luxembourg: en la sale dudit College, le 12. Septembre 1628. A Luxembourg. Chez Hubert Reulandt, An 1628. In-4, 14 p.

Tableau de la vie humaine ou se voit l'instabilité, et revolution des choses mondaines. (Auteur inconnu). Sera representé et dedié A Messeigneur les Estats du Duché de Luxembourg et Comté de Chiny. En la Sale des Escholes du College de la Compagnie de Jesus à Luxembourg le 3 de Febvrier 1629. A Luxembourg. Chez Hubert Reulandt, l'An 1629. In-4, 12 p.

Leon L'Armenien. Tragedie (Auteur inconnu). Representée le 12 septembre 1630. In-4, 4 p. (Sans indication d'imprimeur.)

Comedie Sacree de la vie et mort bien-heureuse de S. Alexis. (P. De Landre). Représentée le 12 septembre 1632. Imprimé à Luxembourg, chez Hubert Reuland, 1632, In-4, 8 p.

Iovinian. Tragi-comedie (P. Christophore Wiltheim). Représentée le 12 septembre 1633. Imprimé à Luxembourg, chez Hubert Reulandt, 1633. In-4, 4 p.

Amyntas. Pastorelle gratulatoire (Auteur inconnu). Représentée le 17 mai 1634. A Luxembourg, chez Hubert Reulandt, 1634. In-4, 8 p.

Maurice. Tragedie (P. Pottier) représentée le 12 septembre 1634. Imprimé à Luxembourg chez Hubert Reulandt, 1634. In-4, 8 p.

Vellio, comedie (P. Alexandre Wiltheim) représentée le 9 septembre 1638. (Sans indication d'imprimeur). In-4, 10 p.

Alexis noble Romain. (P. Colsonius) Représenté le 13 septembre 1641. Imprimé à Treves, chez Hubert Reulandt, 1641. In-4, 4 p.

Election de David au Gouvernement du Peuple d'Israel, practicquée par la Providence divine. (P. Hodaige). Représentée en mars 1642. Imprimé à Treve, chez Hubert Reulandt, 1642. In-4, 8 p.

S. Adrien Martyr, tragi-comédie. (P. Van Souten). Représentée le 12 sept. 1642. Imprimé à Treve, chez Hubert Reulandt, 1642. In-4, 8 p.

Théodose Pénitent (P. De Maisier?) représenté le 22 janvier 1643. In-4, 4 p. (Sans indication d'imprimeur.)

Le traistre et ambitieux Rufin attrapé en ses pieges, et la pieté du jeune empereur Arcade delivree d'iceux. Tragedie (P. Godemart). Représentée le 13 septembre 1645. Imprimé à Treve, chez Hubert Reulandt, 1645. In-4, 4 p.

S. Stanislas, Evesque de Cracow, attaqué par la Calomnie des vivans, Defendu par le tesmoignage d'un Mort resuscité à l'instance de ses prieres. Action tragique (P. Mauch). Représentée le 13 septembre 1646. Imprimé à Treve, chez Hubert Reulandt, 1646. In-4, 8 p.

Naboth. Tragédie (P. Bergerot) représentée le 12 septembre 1647. A Namur, chez Jean van Milst, Impr. juré, rue du Président. In-4, 4 p.

L'Antechrist. Tragédie (P. Bergerot) représentée le 10 Septembre 1648. A Namur, chez Jean van Milst. Imprimeur, rue du Président. In-4, 4 p.

Crisis Ethica de virtutibus Philippi II. Hispaniarum et Indiarum Regis, représentée le 13 septembre 1649. Typis Huberti Reulandt. Anno 1649. In-4, 4 p.

Sybilla Cumana. Comédie Aristophanique, représentée en Mai 1649. A Namur, chez Jean van Milst, Imprimeur. In-4, 6 p.

Sentence autant injuste que précipitée de Lyderic, premier forestier de Flandres, contre Joseramne, son fils ainé. Drame tragique, représenté le 12 septembre 1650. Imprimé à Treve, chez Hubert Reulandt, l'an 1650. In-4, 4 p.

La Conversion de S. Bernard, gentilhomme bourguignon (P. Rectani) représentée le 12 septembre 1651. Imprimé à Treve, chez Hubert Reulandt. In-4, 4 p.

Reverendissimo et gratioso Domino D. Agricio Imperialis Monasterii S. Maximini Abbati Dum sacris ritibus initiandus Coloniam Agrippinam proficisceretur nomine Collegij Luxemburgensis Societatis Jesu. Accinebat Alexander Wilthemius eiusdem Societatis Sacerdos, et T. M. Anno MDCLII. Namurci, Typis Ioannis Godefrin Typog. jurat. In-4, 16 p.

Marie, Consolatrice des Affligez, Asyle des Pais-Bas (P. Robaret). Imprimé à Treve, chez Hubert Reulandt. In-4, 4 p.

Parthenophile. Comédie représentée le 11 septembre 1653. Imprimé à Treves chez Hubert Reulandt, 1653. In-4, 8 p. (P. Hughelot).

Crispis, le chaste et le vaillant (P. du Cygne) tragédie représentée le 10 septembre 1654. Imprimé à Treve, chez Hubert Reulandt. In-4, 8 p.

Louys le Débonnaire, Empereur, délivré du purgatoire (P. du Cygne), représenté le 13 septembre 1655. Imprimé à Treves, chez Hubert Reulandt 1655. In-4, 4 p.

Josué, gouverneur et capitaine général du peuple de Dieu (Joannis Ludling) représenté en théâtre le 21 avril 1655. Imprimé à Treves par Hubert Reulandt, Imprimeur de Son Eminence Electorale 1655. In-4, 4 p.

Le Ballet de la Brune, dancé chez Son Excellence Monsieur le Prince de Chimay, etc. à Luxembourg, le dernier jour de Carnaval, l'An 1656. Sans indication d'auteur ni d'imprimeur. In-4, 16 p.

Thomas Morus, tragédie (P. du Cygne) représentée en septembre 1656. Sans indication d'imprimeur. In-4, 4 p.

Fernandus Espagnol rendu à son père, et à la Foy Catholique, comédie (P. du Cygne) représentée le 11 septembre 1657. Imprimé à Treves par Hubert Reulandt, 1657. In-4, 4 p.

Gubernatores Luciliburgenses (Alexander Wiltheim). Sans indication d'imprimeur. In-4, 8 p.

Punition effroyable à cause d'un bien mal acquis. Tragoedie (P. du Cygne) représentée le 10 septembre 1659. Imprimé à Treve chez Hubert Reulandt. In-4, 4 p.

S. Laurent Martyr (P. Godart), représenté le 10 septembre 1660. Imprimé à Treves, chez Hubert Reulandt 1660. In-4, 4 p.

Discorde fraternelle, tragédie (P. du Cygne) représentée le 12 septembre. Imprimé à Treves chez Hubert Reulandt. l'An MDCLXI. In-4, 4 p.

Conradin, tragédie (P. du Cygne) représentée le 13 septembre 1662. Imprimé à Treve, chez Christophore Guiliaume Reulandt. In-4, 4 p.

S. Vite Martyr, tragédie (P. du Cygne) représentée en septembre 1663. Imprimé A Treves chez Christophre Guiliaume Reulandt. l'An 1663. In-4, 4 p.

Angelin, comédie (M. Waver) représentée le 10 septembre 1664. Imprimé à Treve, chez Christophore Guiliaume Reulandt. In-4, 4 p.

Celse ou Tableau de la Force et Constance chrestienne, tragédie (M. du Thier) représentée le 10 septembre 1665. Imprimé à Tréves chez Christophore Guillaume Reulandt, l'An MDCLXV. In-4, 4 p.

La Vanité des grandeurs du monde, comédie (Thomas Despret) représentée le 2 septembre 1666. Imprimé à Treves chez Christophore Guilaume Reulandt. In-4, 4 p.

Les Cavaliers Pergentin et Laurentin. Tragédie (Joannes Sonius) représentée le 10 septembre 1668. A Treves, chez Christophore Guilaume Reuland. In-4, 8 p.

Absalon, tragédie (P. J.B. Coutelier) représentée en septembre 1669. Imprimé à Treve, chez Christoph. Guillaume Reuland. In-4, 8 p.

La Princesse resuscitée, tragi-comédie (P. J.B. Coutelier) représentée le 10 septembre 1670. Sans indication d'imprimeur. In-4, 8 p.

François de Borgia converti. Tragédie (P. recteur de Waha) représentée le 14 septembre 1671. Imprimé a Treve, chez Christ. Guil. Reuland. 8 p.

Sapores ou La Superbe domtée par un stratageme du ciel. Tragédie (Adamus Fisch) représentée le 12 septembre 1672. Imprimé a Treve, chez Christ. Guilaume Reulandt, in-4, 4 p.

Cunégonde Imperatrice et Comtesse de Luxembourg. Tragédie (Albertus Bourlart) représentée le 10 et 11 septembre. A Liege. Chez Guillaume Ouwerx, sur la place des PP. Iesuites, à Saint Ignace, 1674, 1674, In-4, 8 p.

Le charmant Amphion, réparateur de Luxembourg (P. Calmes) représenté le 4 avril 1675. Sans indication d'imprimeur. In-4, 4 p.

Maximus Fabius. Tragédie (P. Daniels) représentée les 10 et 11 septembre 1676. Sans indication d'imprimeur. In-4, 8 p.

La Foy triomphante de l'idolatrie et de l'aveuglement en la personne de Clodoalde, prince de Danemarck. Tragi-comédie (P. Ignatius Martini) représentée les 10 et 11 septembre 1675. Sans indication d'imprimeur. In-4, 4 p.

Bela. Tragédie (P. Leonardus Campo) représentée les 25 et 26 février 1677. Imprimé à Treves, chez Christoff Guilaume Reuland, In-4, 8 p.

S. Jean Damascene, le portrait de la protection de la très-sainte Vierge Mère de Dieu (Carolus Reyphius) représenté les 6 et 7 septembre 1679. A Metz, chez Nicolas Antoine, Imprimeur de Monseigneur l'Illustrissime et Reverendissime Archevêque d'Ambrun Evêque de Metz. MDCLXXIX. In-4, 8 p.

Guilielmus Aquitanus (Petrus Forceville) représenté le 7 septembre 1680. Sans indication d'imprimeur. In-4, 1 p.

Le Miracle de Calvin. Tragicomédie (P. Cambier) représentée les 10 et 11 septembre 1682. Imprimé a Treves, chez C.G. Reuland. In-4, 4 p.

Le Fourbe Découvert. Comédie (P. Ignatius l'Hermitte) représentée en février 1683. A Liege, chez Henry Hoyoux sur la place des RR.PP. Jésuites à S. Franç. Xav. 1683. In-4. 2 p.

Quint Ciceron, vice-roy d'Asie et générale des trouppes romaines aux Pays-Bas. Tragédie (P. Nicolas Legoeul) représentée les 10 et 11 septembre 1683. A Liege, Chez Henry Hoyoux sur la place des RR.PP. Jésuites à S. François Xavier. In-4. 8 p.

Castella, Comoedia (P. Philibertus Castille) représentée le 19 juin 1685. Leodij, Ex Typographia Henrici Hoyoux, Typographi e regione RR.PP. Jesuitarum ad Insigne Sancti Francisci Xaverij. 1685. In-4. 4 p.

Manlius. Tragédie (P. Augustinus Bourlaeus) représentée le 23 février 1688. A Luxembourg, Chez André Chevalier, Imprimeur et Libraire ordinaire du Roy, demeurant dans la rue Neuve proche les RR.PP. Jésuites. 1688. In-4, 4 p.

Alphonse. Tragédie (Franciscus Weydert) représentée les 6 et 7 septembre 1688. A Luxembourg, Chez André Chevalier, Imprimeur et Libraire ordinaire du Roi, demeurant dans la rue Neuve proche les RR.PP. Jésuites. 1688. In-4, 8 p.

Isaac. Tragédie (Stephanus Petit) représentée le 18 février 1689. A Luxembourg, Chés André Chevalier, Imprimeur et Libraire ordinaire du Roy, près la Place d'Armes. 1689. In-4, 4 p.

Justinien. Tragédie (P. Hubertus Bernier) représentée les 6 et 7 septembre (1690). Sans indication d'imprimeur. In-4, 4 p.

Aretas. Tragédie (P. J.B. Bataille) représentée les 5 et 6 septembre 1691. A Luxembourg, Chez André Chevalier, Imprimeur et Libraire ordinaire du Roi. 1691. In-4, 4 p.

Tite. Tragédie (P. J.B. Cubonde?) représentée les 5 et 6 septembre (1692). Sans indication d'imprimeur. In-4, 4 p.

Vatadono. Tragédie (P. Joannes Speyer) représentée le 28 janvier 1693. Sans indication d'imprimeur. In-4, 4 p.

Le Libertin Pénitent. Comédie (P. J. Speyer) représentée le 17 février 1694. A Luxembourg, Chez Paul Barbier, Imprimeur ordinaire du Roy, et Marchand Libraire. MDCXCIX. In-4, 4 p.

Pharamond. Tragédie (P. Fr. Hardy) représentée les 6 et 7 septembre 1694. A Luxembourg, Chez Paul Barbier, Imprimeur et Marchand Libraire. 1694. In-4, 8 p.

Le Trésor. Comédie (P. Jean Daffe) représentée le dernier février 1696. A Luxembourg, Chés Paul Barbier, Imprimeur du Roy, et Marchand Libraire. MDCXCVI. In-4, 4 p.

David persécuté de Saul. Tragédie (Laurent Gobart) représentée les 5 et 6 septembre 1696. A Luxembourg, Chés Paul Barbier, Imprimeur du Roy, et Marchand Libraire. MDCXCVI. In-4, 8 p.

S. Pelage Martyr. Tragédie (P. Joannes Daffe) représentée les 5 et 6 septembre 1697. A Luxembourg, Chés Paul Barbier Imprimeur du Roy, et Marchand Libraire. MDCXCVII. In-4, 4 p.

S. Hermenegilde Martir. (P. Philippus Lacroix) Représenté les 6 et 7 septembre 1698. Sans indication d'imprimeur. In-4, 4 p.

Titus. Tragédie (P. Petrus Wiltz) représentée les 3 et 4 septembre 1698. A Luxembourg, Ches André Chevalier, Imprimeur et Marchand Libraire MDCXCVIII. In-4, 8 p.

Codrus. Tragédie (auteur inconnu) représentée le 25 février 1699. A Luxembourg, Chés André Chevalier, Imprimeur et Marchand Libraire. In-4, 4 p.

Sigeric. Tragédie (P. Carolus Havelange) représentée le 31 janvier 1700. Sans indication d'imprimeur. In-4, 4 p.

Crispus. Tragédie (P. Christophorus Feltz) représentée les 5 et 6 septembre 1701. A Luxembourg, Chés André Chevalier, Imprimeur et Marchand Libraire. MDCCI. In-4, 8 p.

Flavius. Tragédie. (P. Carolus Havelange) représentée les 5 et 6 septembre 1702. A Luxembourg, Chez André Chevalier, Imprimeur et Marchand Libraire. MDCCII. In-4, 8 p.

Le Recouvrement Heureux. Comédie (P. Maes) représentée le 22 février 1702. A Luxembourg, chez André Chevalier Imprimeur et Marchand Libraire 1702. In-4, 4 p.

Mesa Roy des Moabites. Tragédie (P. Jean Henry) représentée le 16 février 1703. A Luxembourg, Chez André Chevalier, Imprimeur et Marchand Libraire. 1703. In-4, 4 p.

Alcibiade, tragédie. (Nicola Deslionne?) Représentée les 4 et 5 septembre 1704. A Luxembourg, Chez André Chevalier, Imprimeur et Marchand Libraire. MDCCIV. In-4, 8 p.

Nerva. Tragédie (P. Viellevoye) représentée les 18 et 20 février (1705?). A Luxembourg, Chez André Chevalier, Imprimeur etc. In-4, 8 p.

Alusianus, tragédie (P. Carolus Meys) représentée en février 1706. A Luxembourg, Chez André Chevalier, Imprimeur et Marchand Libraire. 1706. In-4, 4 p.

Demetrius, tragédie (P. Jean Cram?) représentée le 4 mars 1707. A Luxembourg, Chez André Chevalier, Imprimeur, et Marchand Libraire. 1707. In-4, 4 p.

Jahiel. Tragédie (P. Carolus Meys) représentée les 5 et 6 septembre 1707. A Luxembourg, Chez Jacques Ferry, Imprimeur et Libraire, sur la Place d'Armes, à S. Jean l'Evangéliste. MDCCVII. In-4, 8 p.

Théodore. Tragédie (P. Théodore Reuter) représentée le 15 février 1708. A Luxembourg, Chez Jacques Ferry, Imprimeur et Libraire. 1708.

Quintulus. Tragédie (P. Francis Le Blanc) représentée les 4 et 5 septembre 1708. A Luxembourg, Chez Jacques Ferry, Imprimeur et Libraire, sur la Place d'Armes, à Saint Jean l'Evangéliste. MDCCVIII. In-4, 8 p.

Adonias. Tragédie (Joannes Magoteau) représentée le 8 février 1709. A Luxembourg, Chez J. Ferry, Imprimeur et Libraire. 1709. In-4, 4 p.

Josias. Tragédie (Theodorus Reuter) représentée le 26 août 1709. A Luxembourg, Chez Jacques Ferry, Imprimeur du College, sur la Place d'Armes, à Saint Jean l'Evangeliste. MDCCIX. In-4, 4 p.

Annibal. Tragédie (Simon Vinere) représentée le 28 février 1710. A Luxembourg, Chez Jacques Ferry, Imprimeur du College, proche la Maison de Ville, à S. Jean l'Evangeliste. 1710. In-4, 4 p.

A Messieurs les bourgeois de la Congrégation de Notre-Dame, sous le Titre de la Purification, pour la Solemnité de leur Jubilé. Poème du P. Magoteau. A Luxembourg, Chez Jacques Ferry, Imprimeur du College, à S. Jean l'Evangeliste. 1710. In-4, 4 p.

Regulus. Tragédie (Joannes Magoteau) représentée le 3 septembre 1710. A Luxembourg, Chés Jacques Ferry, Imprimeur du College. 1710. In-4, 4 p.

Philippe le Bon. Comédie (Bernardus Mahy) représentée le 13 février 1711. A Luxembourg, Chez Jacques Ferry, Imprimeur du College de la Compagnie de Jésus, à S. Jean l'Evangeliste. MDCCXI. In-4, 4 p.

Daphnis, drama pastoritium (Joannes Magoteau) Luxemburgi, Apud Jacobum Ferry, Typographum Collegii Societatis Jesu, sub Signo Sancti Joannis Evangelistae. MDCCXI. In-4, 4 p.

Serenissimo Electori Maximiliano Emmanueli, utriusque Bavariae Duci, Belgii Principi, etc. Comiti Palatino ad Rhenum, Archi-Dapifero, Electori et vicario sancti Romani Imperii, etc. Luxemburgi, Apud Jacobum Ferry, Typographum Collegii Sociatatis Jesu, sub Signo Sancti Joannis Evangelistae. MDCCXI. In-4, 18 p.

Abdolomine, Roy de Sidon (André Casbach) représenté le 5 février 1712. A Luxembourg, Chez Jacques Ferry, Imprimeur du College de la Compagnie de Jésus, à Saint Jean l'Evangeliste. 1712. In-4, 4 p.

L'orgueilleux confondu. Comédie (Jacques Pollet) représentée les 5 et 6 septembre 1712. A Luxembourg, Chez Jacques Ferry, Imprimeur du College de la Compagnie de Jesus, à Saint Jean l'Evangeliste. MDCCXII. In-4, 8 p.

Salomon ou Le Prince Pacifique. Tragédie (P. Joannes Magoteau) représentée les 22 et 23 février 1713. A Luxembourg, Chez Jacques Ferry, Imprimeur du College. 1713. In-4, 4 p.

Fabius. Tragédie (Remigius Collet) représentée les 1. et 2 septembre 1713. A Luxembourg, Chez Jacques Ferry, Imprimeur du College de la Compagnie de Jesus, à Saint Jean l'Evangeliste. MDCCXIII. In-4, 8 p.

Daniel ou le triomphe de la religion. Tragédie (Clemens Agarant) représentée le 9 février 1714. A Luxembourg, Chez Jacques Ferry, Imprimeur du College. 1714. In-4, 4 p.

David persécuté par son fils. Tragédie (P. Joannes Magoteau) représentée les 3 et 4 septembre 1714. A Luxembourg, Chez Jacques Ferry, Imprimeur et Marchand Libraire, à Saint Jean l'Evangeliste. MDCCXIV. In-4, 8 p.

Dom Quixote, comédie (Carolus Prevot) représentée le 1. mars 1715. A Luxembourg, Chez J. Ferry, Imprimeur et Libraire. 1715. In-4, 4 p.

Joseph. Tragédie (Clemens Agarant) représentée les 30 et 31 août 1715. A Luxembourg, Chez Jacqzes Ferry, Imprimeur du College de la Compagnie de Jesus, à Saint Jean l'Evangeliste. 1715. In-4, 8 p.

David puni de sa vanité. Tragédie (Theodorus Puriselli?) représentée le 21 février 1716. A Luxembourg, Chez J. Ferry, Imprimeur et Libraire. 1716. In-4, 4 p.

Voeux et Félicitations faites à leurs Majestez Imperiales et Catholiques Charles VI. et Elisabeth Christine, au sujet de la Naissance tant désirée du Serinissime Prince Leopold Jean etc. Archiduc d'Autriche, Prince des Asturies, etc. Par les Peres du College de la Compagnie de Jesus à Luxembourg. A Luxembourg, Chez Jacques Ferry, Imprimeur du College de la Compagnie de Jesus, à Saint Jean l'Evangeliste. 1716. In-4, 12 p.

David et Jonathas. Tragédie (Carolus Prevôt) représentée le 31 août et le 1. septembre 1716. A Luxembourg, Chez Jacques Ferry, Imprimeur du College de la Compagnie de Jesus, et Marchand Libraire, à Saint Jean l'Evangeliste. In-4, 8 p.

Idoménée. Tragédie (Clemens Agarant) représentée le 5 février 1717. A Luxembourg, Chez Jacques Ferry, Imprimeur du College et Marchand Libraire, à Saint Jean l'Evangeliste. 1717. In-4, 8 p.

Jonathas Machabée. Tragédie (Theodorus Puriselli) représentée les 30 et 31 août 1717. A Luxembourg, Chez Jacques Ferry, Imprimeur du College et Marchand Libraire, à Saint Jean l'Evangeliste. 1717. In-4, 8 p.

Belisaire. Tragédie (Josephus Harzheim) représentée le 25 février 1718. A Luxembourg, Chez Jacques Ferry, Imprimeur du College. 1718. In-4, 4 p.

Die einzelnen Darbietungen wurden hier nur vom Standpunkt der Druckerkunst betrachtet. Über die Entwicklung der Schultheaterkunst in Luxemburg berichtet ausgiebig Joseph Hurt in seiner Studie: «Theater in Luxemburg», erschienen in «Jonghémecht», Dezember 1938.

6) Im zweiten Teile («L'ancienne Eglise St. Nicolas») seines Buches «Le Novum Forum à Luxembourg» (1937) weist Paul Würth-Majerus übrigens anhand der vom 15. Juli 1696 bis zum 16. November 1700 laufenden Mietzinszahlungen für die Benutzung des Feller-Hauses in der Pastorengasse schlagend nach, daß Paul Barbier dort seine Buchhandlung hatte. In einer Anmerkung führt er aus:

«Ce Paul Barbier est sans aucun doute le même que celui dont Wurth-Paquet parle dans son étude sur la Typographie Luxembourgeoise P.S.H. vol. VIII, page 2. Il y dit que Paul Barbier est venu s'établir comme imprimeur à Luxembourg en dépit du privilège de son confrère André Chevalier. Wurth-Paquet demande d'où il était venu et dans quelle maison il avait établi son atelier.

A la première question nous pouvons répondre par la reproduction de son acte de mariage qui fut célébré à Luxembourg le 30 janvier 1675 dans l'église de St. Nicolas et qui se trouve inscrit dans le registre 13, fol. 513 verso. Cet acte nous apprend en effet que Paul Barbier était le fils de Dominique et d'Anne Bathasar, bourgeois messins; il avait épousé Catherine Redinger, fille de Pierre Redinger et de Marie Hausman, bourgeois arlonais; elle signe Catherine Rodange; comme témoins figurent Jean-Paul Candan, architecte du roi en cette ville et le sieur de La Borde, directeur des domaines royaux en cette province: Barbier est dit être bibliopola (libraire). D'après Wurth-Paquet Paul Barbier exercait son métier à Luxembourg de 1694 à 1696; nous avons vu ci-dessus qu'il habitait la maison du curé de 1696 jusqu'au milieu de novembre 1700. Comme les dates données par Wurth-Paquet correspondent à celles indiquées dans les livres imprimés par lui à Luxembourg, nous devons admettre qu'il avait, avant 1696, un atelier autre part en ville et qu'à partir de 1696 il ne tenait plus qu'une librairie dans la maison presbytériale. Quant à André Chevalier il habitait d'abord dans la rue Chimay No 18 du recensement de 1688 et à partir de 1693 une maison qu'il avait acquise d'André Hoffmann, sise dans la rue Neuve (rue du Curé), le No 422 des Logements militaires de Rupprecht.»

Über die dem Buche beigefügte Photographie, welche das Haus mit der Aufschrift «Paul Barbier» (über den Erdgeschoßfenstern, von denen eines die Schrift «Librairie» trägt) im Bilde vorführt, ließe sich vor allem bemerken, daß sie nicht zeitgenössisch sein kann — die Kunst wurde erst in den dreißiger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts erfunden — und daß der Ladenaspekt des Jahres 1700 mit dem Namen eines Abgewanderten wohl kaum hundertfünfzig Jahre lang erhalten werden konnte; anzunehmen ist, daß es sich um die Rekonstitution eines (möglichen) Zustandes von früher handelt.

An Buchhandlungen existierten, gemäß der Zählung von 1688, in Luxemburg noch:

Michel Cantzler, Knodlerloch; Jean Eydt, Fischmarkt; Nicolas Martin, Roststraße.

7) Die Furcht vor den Folgen der Zensur zwang sowohl die Autoren wie die Drucker, in allen Zweifelsfällen ihre Zuflucht zur Fiktion zu nehmen und die eigentliche Täterschaft hinter Phantasienamen zu verbergen. Das führte dann zu den kuriosesten Ortsbezeichnungen, von denen Cacopolis, Frivolopolis, Pigritiopolis, Plutonopolis, Criticopolis, Democratopolis, Ratopolis und Cocunopolis noch die banalsten waren. Selbstverständlich machten etliche Beispiele so sehr Schule, daß bald über ganz Europa der Tarnfimmel ging und, beispielsweise,

die Kennmarke Pierre Marteau in fast sämtlichen Ländern gebrauchen ließ. Zu Recht durfte eine Kölner Produktion mit dem Vermerke erscheinen: «Gedruckt bei dem berühmten Ubiquitisten P. Marteau zu Cölln am Rhein». Im Laufe der Jahrhunderte war den Imaginationen dann erlaubt, von den einfachen Angaben, wie Utopia, Scherzhausen, Nirgendheim, Irgendshausen und andern, zu breiteren Umschreibungen überzugehen und drucken zu lassen: «Hägelsbach nicht weit vom Thiergarten, da die Frösch auf die Storchen warten» oder: «Gedruckt, gequetscht und gar gnug gepresst in der großen Mäusefallen» oder: «Herausgedruckt zu Lirum Larum Lülckendey». Sehr beliebt wurden bald die Behauptungen, daß Autoren und Drucker nichts anderes als die Wahrheit zu bekennen wünschten; darum hieß es, genau wie bei André Chevalier in Luxemburg, der ein guter Nachahmer war, als er sich Jacques le Sincère, à l'enseigne de la Vérité nannte, in allen Sprachen: «Gedruckt zu Warpurg durch Johann Veriman». «Gedruckt zu Hierapoli, sub praelo Veritatis», «Zu Wahrenberg, bei Gottlieb Lügen Feind», «Chez Jean l'Ingénu, à la Vérité, l'an de la grande omelette, mille six cent d'oeufs», «A Véritopolie, chez Jean disant vrai». Rasch zu durchschauen waren Umstellungen wie «A Ellivenul, au pays de Rianole», da Ellivenul nur Lunéville und Rianole das um ein R gekürzte Lorraine meinten. Wo sich der Witz bekannte, durfte man hin und wieder sich zu einer fröhlichen Kenntnisnahme bequemen. «Imprimé au Phantome mitré», sagte nichts und sagte auch nicht zu viel, aber «A Tote, chez le grand-père de Figuet, dit vil Normand, hôtelier, à l'enseigne de la Valise d'un Milord escamoté» oder, noch schlimmer: «A Rouen, Perchel, en son hôtel d'Argent-Court, et de Prefelne, son associé, à la Trahison» verbarg zumeist Anspielungen und Hinterhältigkeiten, die den späteren Generationen kaum noch deutbar erscheinen. Unausbleiblich war, daß sich auch der Grobianismus auf dem Felde der Pseudonymität herumtummelte und Marksteine der Ungezogenheit wie diesen setzte: «En Westphalie, chez Florent Q, rue Pet-en-Gueule, an Soufflet».

Daß Verfasser und Drucker bei der Auswahl ihrer fingierten Namen offen den Kampf für die Freiheit führten, wird an etlichen der aus tausend Beispielen ausgewählten Angaben ersichtlich: «Freystadt», «Capo di buona speranza», «Gedruckt im Lande, wo Wahrheit gedruckt werden darf», «Au pays libre, pour le bien public», «Imprimé à cent lieues de la Bastille, à l'enseigne de la liberté».

Interessant für Luxemburg ist, daß ein im Jahre 1684 erschienenes Schriftchen: «Les incendies infernales, où description (en forme de lettre) de l'entreprise funeste du Maréchal de Crequy sur la Ville de Luxembourg» mit dem Allerweltsvermerke: «A Cologne, chez Pierre du Marteau» aufprunkte.

8) Nachstehend folgt eine Liste der Frühdrucke, die in der Luxemburger Nationalbibliothek zu finden sind. Die Titel sind möglichst genau angegeben, damit eine Reihe von Versehen, welche Fr.-X. Würth-Paquet unterlaufen sind, durch Vergleich bereinigt werden dürfen. Am Ende der Aufzählung wird eine kleine Zahl von Schriften angeführt, deren Titel und Druckerangaben durch Zufall im Laufe der Forscherarbeiten andernorts haben festgestellt werden können:

Marchant:

1. Sibillae Europeae / Oracula, sive praedictiones, in / hunc praesentem annum 1578, / ex peregrina quadam lingua in / Carmen latinum conversa, in quibus multa admi- / rabilia, quae / hoc anno in diversis provinciis, / et praecipuè in Belgica, futura / sunt, praedicun- / tur, etc. / Interprete, / Hannardo Gamerio Vero Ian- / nista, Historico, et Poeta Regio. / Ad / Reverendum et Clarissi- / mum virum, ac Dominum D. Martinum Masium / antiquissimi Monasterii Epternacensis / Abbatem, etc. Musarum, et / Virtutum Patronum. /
Luxemburgi, / Apud Martinum Marchant. / 1578. /
1 vol. in-8., 8 ff. d'impression, sans pagination ni réclame.

2. Declaratio / Mentis, et Voluntatis D. Ioannis / Austriaci, Catholicae Maie- / statis Vicarii, et Supremi in Bel- / gio Gubernatoris: qua, priusquàm Mosam transeat, et / viam armis tentet, omnes Belgas ad obedientiam / Deo, et Regi praestandam invitat: unâcum / disciplina militari, ad quam Maiesta- / tis milites se componere, / et gerere de- / beant. /
Carmen Hannardi Game: /
En, quanto studio, quanta pietate rebelles
Austriacus patriae tactus amore vocat?
Invitat placidis, et aperto pectore, dictis,
Quaque suos potuit cogere, voce rogat.
Sacra Deo, Regique suum deposcit honorem:
Quae duo si praestes, Belgice, libereris.
Sin ea iussa tibi facienda capessere nolis:
Seruus eris, proprii caussa caputque mali.
Luxemburgi, / apud Martinum Marchant. / Cum gratia et Privilegio Regio. / 1578. /
1 vol. in-8. Dans le même volume, le texte imprimé en flamand. 12 ff. (6 en latin et 6 en flamand) sans pagination ni réclame.

3. Vera et Simplex / narratio eorum, quae ab ad- / ventu D. Ioannis Austriaci supre- / mi in Belgio pro Catholica Maiestate Gubernato- / ris, etc. gesta sunt: In qua falsae a generalibus eius- / dem Belgii Statibus obiectiones contra ipsum editae / planè confutantur, adeoque ipsi cum suis

com- / plicibus violatae pacis authores / facilè deprehen- / duntur. /
Carmen Antibelgicum. / M. Han: Game: Interpretis. /
Belgice Titanum vanos imitate labores,
Principis affectas Regia sceptra tui?
Ah, miser Icariis nimium confisus in alis,
Ardua, mox pennas non habiture, petis:
Nam, velut igne Iouis strati cecidêre Gigantes,
Sic quoque tu victus, Rege tonante, cades.
Luxemburgi, / Apud Martinum Marchant, / Cum gratia et Privilegio Regio. / 1578.
1 vol. in-8., 197 pages numérotées.

Birthon:

1. Geistliche / Artzney wi- / der den ewigen Todt. / Das ist / Heilsamer Brauch / der zweyer / H. Sakramenten / der Beicht / und des Altars. /

   Durch den Würdigen P. *Franciscum* / *Arias*, Priester der Societet Iesu in / Niderländisch beschriben / jetzt aber in Hoch- / teutsche Sprach / zu trost allen Gottes- / förchtigen übergesetzt. /

   Mit einer Regel sein Gewissen wol zu erfor- / schen / unnd Etliche Catholische Gebett bey / Hochgemeltem Hochwürdigen Sacrament / zugebrauchen / Darneben seind hinzuge- / setzt die sieben Busspsalmen sampt / der Letaney. /

   Gedruckt zu Lützemburg / Typ. et expen. / Matth. Birthon, Anno M.DC.

   1 vol. in-12., 397 pages numérotées + 33 p. sans pagination.

2. R.P. / *Ioannis* / *Houdemii* An- / gli, S. Th. Doctoris / Franciscani, Chri- / stiados Rhythmicae / Libri Sex. / EX V.P.F. Philippi / Boskhieri Hannoni - Montani apud / Luxemburgenses Guardiani, / ad vett. exemplaria, re- / censione. / Editio Tertia /
   Luxemburgi, / Apud Matt: Birthon. Typ. Regium / Anno 1603. / Cum gratià et Privilegio Regio. /
   1 vol. in-12, sans pagination.

3. Speculum sev / Instru- / ctio Sacer- / dotum, et con- / fessariorum. / Auctore R.P. *Casparo Loarte*, Societatis / Iesu Doctore Theologo. / In qua, quomodo Sacerdos vocationi suae sa- / tisfacere digneque Poenitentium salutem ad- / ministrare possit, docetur. /
   In Latinam linguam translata, et à mendis / quibus scatebat repurgata, /
   Luxemburgi, / Apud Matt: Birth. Typ. Reg. / Anno 1604. /
   1 vol. in-12., 335 p. num. + 10 p. impr. au déb. sans pagination.

4. Sacrum / Misericor- / diae Palatinum. / Variis sacrae scripturae / locis, atque septem Misericordiae operibus quasi pe- / ristromatibus exornatum. /
Auctore V.P.F. *Nicolao Ga- / zaeo*, Ord. Min: Reg.Obs. Religioso, ac S. Theologiae Lectore. / Nunc Primum e Gallico Idiomate in / Latinum conversum per F. Ioannem Schilbert eiusdem / Ordinis Religiosum ac S. Theologiae / Candidatum. / Pars Prima. /
Luxemburgi / E Typographeio Birthoniano / Anno M.D.C. XVII.
1 vol. in-12.; pagination de 1-353 + 6 ff. impr. au déb. et 16 ff. impr. à la fin sans pagination.

Reulandt, Hubertus:

1. Goclenius / Heavtonti- / morumenos: / id est, / Curationis Magneticae, / et / Unguenti Armarii / Ruina. / Ipso Rodolpho Goclenio / Iuniore, nuper Parente, et Patrono; / nunc / Cum Sigillis, et Characterib. Magicis, / ultro / Prorvente, et Praecipitante. / Iohan. Roberti Societ. Iesu / Sacerdos, S. Theolog. Doctor, / Memorandi, et miserandi casus spectator, / Cum Fide Descripsit. / Et Goclenii Magneticam Synar- / throsin meram Anarthrosis; esse / ostendit. / Inspice versam pagellam. /
Luxemburgi / Excudebat Hubertus Reulandt / Anno M.DC.XVIII. /
1 vol. in-12.; 356 p. num. + 48 p. impr. au déb. et 26 p. impr. à la fin du livre, sans pagination.
2. D. Thiofridi / Ordinis S. Benedicti, Abbatis et Domini / Efternacensis, / Flores / Epitaphii / Sanctorum, / Libri quatuor / Hactenus nunquam editi: / Opus multa pietate, erudi- / tione multigenâ, et Vere Florida / refertum. / *Iohannis Roberti* Societatis / Iesu, Presbyter, S. Theolog. / Doctor, / Ex duobus MSS. Biblioth. Efternacensis S. Clementis / Willibrordi, / descripsit, recensuit, distinxit, et Notis illustrauit. / Floruit Thiofridus ante annos / fere D L. cuius et Vita / ab eodem Roberti addita. /
Luxemburgi, / Excudebat Hubertus Reulandt, / Anno M.DC.XIX. /
1 vol. in-12., num. de 1-214 + 14 ff. sans pagination au déb. du livre (Prologue et dédicace).
3. Utriusque / Iuris / Concors / Discordia / sive / Canonum cum / Legibus Hactenus / Aliis Pugnantium / reconcilia- / tio. / Authore / *Carolo a Mansfelt* / Serenissimorum Belgicae Principum Alber- / ti et Isabellae è sacris rato- / rii et ad D. Gudulae apud Bru- / xellensis Canoni - / co. /
Luxemburgi, / Excudebat Hubertus Reulandt / Anno M.DC.XIX. /
1 vol. in-12., 120 p. num.

4. Discursus Historico-Politico-Iuridicus / de / Electione Regis / et Imperatoris Romano- / rum eiusque Solemni- / tatibus / Ad Aureae Bullae Caroli IV. / Romani Imperatoris / Leges Imperii / Fundamentalis / Methodicè conscriptus / et / Publicae omnium publici iuris Indagatorum censurae expositus / ab / Augusto *Vischero* Dresda-Misnico / Iure consulto et in incluta Trevirorum Universitate Professore / Pandectarum publico. / Q. Mucius ad Servium apud Pomponium in 1. 2. S. 43. ff. de O. I. / Turpe est Patritio et viro nobili (addo ego, et ciui Romano) causas / oranti, ius, in quo versatur, ignorare. / Anton. Perez in Aphorism. fol. mihi 70. / Disputaie de Republicâ, res est magna, et discursus de statu, cibus est / stomachorum magnorum. /
Luxemburgi, Typis Huberti Reulandt. / Sumptibus Autoris Anno M.DC.XX. /
1 vol. in-12., 128 p. num. + 7 p. sans pagination au déb. (2 exemplaires.)

5. *Quinctus / Horatius / Flaccus* / ab omni obscoe- / nitate Romae Ex- / purgatus. /
Luxemburgi, / Typis Huberti Reulandt. / Anno M.DC.XX./
1 vol. in-12., 236 p. num.

6. Thomae / A Kempis / Canonici Regula- / ris Ordin. S. Augus- / stini. / De Imitatione / Christi. / Libri Quatuor. / Ex postrema re- / cognitione R.P. Heriberti / Ros-weydi é Societate / Iesu. /
Luxemburgi, / Excudebat Hubertus Reuland, / Anno M.DC.XX. /
1 petit volume.

7. Curationis Magneticae / et / Unguenti armarii / magica / Impostura / clarè demonstrata à / Iohanne Roberti Societ. / Iesu Sacerdote, S. Theol. Doct. / Modesta Responsio / Ad perniciosam Disputationem, Io. / Baptistae ab Helmont Bruxel- / lensis Medici Pyrotechnici, contra / eumdem Roberti acer- / bè conscriptam. /
Luxemburgi, / excudebat Hubertus Reuland, / Anno 1621. /
1 vol. in-12.; pagination de 1-100 + 8 p. au déb. et une à la fin sans pagination.

8. Historia / S. Huberti, / Principis Aquitani, / Ultimi Tungrensis, / et / Primi Leodiensis Episcopi, / Eiusdemque./ Urbis Conditoris: / Arduennae Apostoli; / Magni Thaumaturgi. / Conscripta / A *Iohanne Roberti*, Arduen- / nate Andaïmo, Societ. Iesu Sacerdote, / S. Theol. Doctore /
Luxemburgi, / Excudebat Hubertus Reulandt. / Sumtibus Monasterii S. Huberti / in Arduennâ. / Anno Virginei Partus M.DC.XXI. / Reformationis eiusdem Monasterii, IIII. /

1 vol. in-8.; 576 p. num. + 24 au déb. sans paginat.
3 exemplaires.

9. Coustumes / Générales / des Pays Duché de / Luxembourg et Conté de Chiny. / Decretées / Par le Roy nostre Sire. / A Luxembourg, / Chez Hubert Reulandt, en l'An / M.D.C. XXIII /
1 vol. in-8.; 86 p. num.

10. Drey Bucher des / H. *Augustini* / Meditationes, / Soliloquia und Ma- / nuale zu Latein ge- / nennt. / Darinnen / Christliche Catholische unnd An- / dechtige Gebett unnd Gottselige Betrach- / tungen begriffen zu / mehrung Geistlicher / Andacht trewlich verteutscht / durch den / Würdigen Herrn *Iohannem Schwayger* / unser Liben Frawen —zu Franck- / furt am Mayn Scholastern. /
Gedruckt zu Lutzemburg / Durch Hubertum Reulandt. / im Jahr M.DC.XXIV. /
1 vol. in-12.; 632 p. num. + 14 p. sans paginat. au déb.

11. Caroli a Mansfelt / Clericorum / Coenobitica / sive / Canonicorum Ori- / go et Vita. /
Luxemburgi, / Excudebat Hubertus Reulandt, / Anno M.DC.XXV. /
1 vol. in-12.; 207 p. num. + 15 sans pagin. au déb. du livre.

12. Tractatus in / Regulam S. Fran- / cisci ad literam / de Decem Plagis / Pauperitatis FF. Minorum / ex veterib. opuscul. / R.P.F. Gabriel Maria / alias *Gilberti Nicolai* Reg. Observantiae / olim Commissarii Generalis Cismontani / et Institutoris Ord. Annunciatarum, / restitutus et illustratus. / Ad mentem Nicol. III et Clemen. V. Pontif. / A.V.P.F. Nicolao Orano / observantino. / Cum Regula et Testamento / B. Francisci. /
Luxemburgi, / Excudebat Hubertus Reuland, An. 1626. /
1 vol. in-12 (petit vol.) 229 p. num. + 7 fol. num. de 1-7 au déb. et de 10 pages sans pagin.

13. Paedagogus / Christianus / Sev / Recta Hominis Chri- / stiani Institutio / Ex Sacris Codicibus, et SS. Patribus / deprompta, / Rationibus, Similitudini- // bus, et Historiis illustrata. / A R.P. *Philippo d'Oultreman* / Valentiano, Societatis Iesu Sacerdote, primùm Gallicè / concinnata, deinde regognita, auctaque et concionatorio / indice locupletata: / Nunc A.P.I.B. Eiusdem Societatis / Sacerdote, latinitate donata. / Omnibus Christianis, Sed Imprimis / animarum Curatoribus admodum utilis. /
Luxemburgi, / Excudebat Hubertus Reulandt, / Anno M.DC.XXIX. / Venduntur Coloniae aut Francofurti apud Ioan. Kinckium / Cum gratia et Privil. Sacr. Caes. Maiest. /
1 vol. in-12.; 566 p. num. + 40 p. à la fin et 16 p. au déb. sans pagin.

14. Petri Nicolai / Mozzii / Maceratensis / In Doctoris / Commentarii / de / Contrac- / tibus. /
Luxemburgi, apud Hubertum Reuland 1633. /
1 vol. in-12.; 1060 p. num. + 88 p. (Index) sans pagin.
15. Le / Relief / de / La Vraye / Noblesse. / Composé par le R.P. *Hierosme* / de Liege, Religieux / Capucin. /
A Luxembourg, / Chez Hubert Reulandt, / M.DC.XXXV. /
1 vol. in-12.; 589 p. num. + 25 p. sans pagin. au déb.

Imprimés à Trèves:

16. Acta / D. Dagoberti / Francorum Regis / et Martyris, / et in Ea / Notationes / *P. Alexandri Wilthemii* / Soc. Iesu Presbyteri. Augustae Trevirorum, / Excudebat Hubertus Reulandt, Archiep. Typogr. / Anno M D CLIII. /
17. Paedagogi / Christiani / Tomus II. / In quo Christianae perfectio- / nis Pars Tertia, quae est de / ferendis aequo animo rebus ad- / versis, edisseritur, / Et Remedia Salvaria / Suggeruntur. / Ex Sacra Scriptura, Sanctisque Patri- / bus deprompta, / Confirmata rationibus, et / Exemplis illustrata. / A.R.P. *Philippo d'Outreman* / Valentiano, Societatis Iesu Sacerdote, recens / gallico idiomate editus. / Deinde A.R.P. Iacobo *Broquart* / eiusdem Societatis Thonisvillano latinitate donatus. /
Augusta Trevirorum, / Excudebat Hubertus Reulandt, Archiep. Typog. / Anno 1656. / Sumptibus Ioannis Kinchij Bibliopol. Coloniens. / Cum gratia et Privil. Sacr. Caes. Maiest. /
1 vol. in-12.; 688 p. num. + 16 p. au déb. et 14 à la fin sans pagin.

André Chevalier:

1. Statuta / Synodalia / Archiepiscopatus / Trevirensis. / Luxemburgi, / Apud Andream Chevalier, Typographum regium / propè RR.PP. Societatis Jesu. / M.DC.LXXXVII. / Cum Gratia et Privilegio. /
49 p. in-8., reliées dans: Coustumes générales des pays Duché de Luxembourg et Conté de Chiny. A Luxembourg, chez Hubert Reulandt, 1623.
2. Ceremonial / des Religieuses / de la Congrégation / de Nostre-Dame, / Acomodé a l'usage romain selon / les Rubriques du Bréviaire et Missel, et conformément / au Cérémonial et Rituel Romains; révu, corrigé et / augmenté de quelques Psalmes qu'on a mis au long, de Im- / propéres et du Te Deum en notes, et des Cérémonies de la / Clôture à l'érection d'un nouveau Monastére. / Troisième Edition. / A Luxembourg, / Chés André Chevalier, Imprimeur et Libraire / ordinaire du Roi. / M.DC.XC. / Avec Permission des Supérieurs. /

1 vol. in-8.; 177 p. num. + 4 p. au déb. et 15 p. à la fin sans pagin.

3. Manuductio / Ad Logicam. / sive / Dialectica / Studiosae Juventuti / Ad Logicam praeparandae. / Conscripta / A R.P. *Philippo Du Trieu*, è Societate Jesu. / In Collegio Aquicinctino Duaci Philosophiae / Professore primario. / I H S /

   Luxemburgi, Apud Andream Chevalier Regis / Typographum Bibliopilamque ordinarium. / M.DC.XC. /

   190 p. num. in-12., reliées dans: De Arte Rhetorica, Libri Tres, Cypriano Soarez, Luxbg., A. Chevalier, 1710.

3a. Parallele / de / L'Arithmétique / Vulgaire, / et d'une autre modernement inventée / par Monsieur De La Londe / Ingénieur Général de France: / Où l'on verra en abregé la différence qu'il / y a de l'une à l'autre, par la facilité ou / dificulté qui se trouvera dans la briéveté / ou longueur de leurs diférentes pratiques. / Avec un ample Abregé sur la fin, de l'Arith- / métique en Dixme, pour l'usage de Mr. / les Cadets Gentils-Hommes en l'Ecole / Roiale de Longwy. / Magnus Dominus noster, et magna virtus ejus: / et sapientiae ejus non est numerus. /

   A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur et / Libraire ordinaire du Roy. / M.DC.XC. /
   1 vol. in-12; 259 + 32 pp.

4. Recueil / d'Edits, / Ordonnances, / Déclarations / et Reglements, / Concernant le Duché de Luxem- / bourg et Comté de Chiny. /
   A Luxembourg, / Chés André Chevalier, Imprimeur et / Libraire ordinaire du Roy. / M.DC.XCI. /
   1 vol. in-8.; 459 p. num. + 9 p. sans paginat. à la fin du livre, suivies de 17 ff. manuscrites.

   5 exemplaires (un seul contient le texte manuscrit).

5. Coutumes / Générales / Des Pays Duché / de Luxembourg et Comté de Chiny. /
   A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur / et Libraire ordinaire du Roi, et / du Conseil Provincial de / Luxembourg. / M.DC.XCII. / Par Ordre exprés dudit Conseil. /
   1 vol. in-12.; 115 p. num. + 3 sans pagin. à la fin.

6. Ordonnance / et Edit / Perpétuel / des Archiducs / Nos Princes Souverains. / Pour meilleurs direction des affaires / de la Justice, en leur Païs / de pardeça. /
   A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur / et Libraire ordinaire du Roi, et / du Conseil Provincial de /

Luxembourg. / M.DC.XCII. / Par Ordre exprés dudit Conseil. /

43 p. in-12., reliées dans: Coutumes générales des Pays Duché de Luxembourg et Comté de Chiny, Luxbg. A. Chevalier, 1692.

6a Cosmographie, / ou / Traité de la Sphere / Du Monde Universel. / Contenant exacte description et dénombrement de toutes / les Parties de la Région Etherée et Elementaire, avec un / Traité succint de l'Horlogéographie, le tout suivi d'une Géographie, Géométrique et Historique, où les curieux / pourront voir un discours infaillible touchant le secret des / longitudes pour la Navigation, autant que la science est / capable de le produire. / A l'usage et en faveur de Messieurs les Cadets Gentils-Hommes / de l'Ecôle Royalle de Longwy. / Par le Sieur Gougeon leur professeur: / Coelum Coeli Domino, Terram autem dedit Filiis / hominum Psalm 113. /

A Luxembourg, Chez André Chevalier Imprimeur et Libraire / Or dinaire du Roy. / M.DC.LXXXXII. /

1 vol. in-8.; 344 p.

7. Edit, / Ordonnance, / et / Reglement / des / Archiducs / nos Princes Souverains. / Sur le fait des Bois. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur / et Marchand Libraire. / M.DC.XCVIII. /
34 p. in-8.

1 exemplaire relié dans: Coustumes générales des Pays de Luxembourg... Luxbg. H. Reulandt, 1623.

2 exemplaires reliés dans: Recueil d'Edits, Ordonnances... Concernant le Duché de Luxembourg... Luxbg., A Chevalier, 1691.

8. Ordonnance / et Reglement provisionel / du Roy Nostre Sire, / sur le fait du Ject et Collecte / de l'Ayde accordée à Sa Majesté par les Trois Etats / du Pays de Luxembourg./ A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur et / Marchand Libraire. / M.DC.XCVIII. /

17 p. num. + 2 sans pagin. reliées dans: Coustumes générales des Pays Duché de Luxembourg..., Luxbg., H. Reulandt, 1623.
2 exemplaires.

9. Ordonnance / et Placard / du Roy, / sur le fait du Droit du Thoulieu, / apellé communement le Droit de Haut-Conduit, / qui se leve aux Pays et Duché de Luxembourg, / et Comté de Chiny. /

A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur / et Marchand Libraire. / M.DC.XCVIII. /
14 p. in-8., reliées dans: Recueil d'Edits, Ordonnances... Concernant le Duché de Luxembourg..., Luxbg., A. Chevalier, 1691.

10. Recueil / des principaux / Traitez de Paix, / Faits et Conclus / pendant ce Siècle; / Dont la Liste est insérée dans le / feuillet suivant, et disposée sui- / vant l'ordre que lesdits Traitez / doivent avoir. / Augmenté dans cette édition de trois / Traitez, et de l'Article separé tou- / chant le Roy d'Angleterre Guillau- / me III. que l'on a marqué d'une étoile pour les distinguer. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, / Imprimeur et Marchand / Libraire. / M.DC.XCVIII. /
1 vol. in-12.; les différents traités sont numérotés séparément.
2 exemplaires.

11. Auctores / Classis Secundae / Grammatices / in Collegiis / Societatis Jesu / Provinciae Gallo-Belgicae. / Anno M.DC. XCVIII. / Praelegendi. /
Luxemburgi, Apud Andream Chevalier, Typographum / Bibliopolamque ordinarium. / Cum Gratiâ et Privilegio. /
1 vol. in-12.; 67 p. num.

12. Auctores / Classis Humanitatis / in Collegiis / Societatis Jesu. / Provinciae Gallo-Belgicae / Praelegendi. / Anno M.DC.XCIX. /
Luxemburgi, / Apud Andream Chevalier, Regis et Civitatis Typogra- / phum Bibliopolamque ordinarium. / Cum Gratiâ et Privilegio. /
1 vol. in-12.; 126 p. num. + 9 ff. num. de 20-35.

12a L'Histoire / de Moïse, / tirée / de la Ste. Ecriture, / des Saints Peres, / des Interprétes, / et des plus anciens Ecrivains. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, / Imprimeur et Libraire. / M.DC.XCIX. / Avec Approbation et Permission. /
1 vol. in-12; 562 pp.

13. Emmanuelis / Alvari, / E Societate Jesu / Syntaxis / Sive / Institutionum / Linguae Latinae / Liber tertius / In usum Studiosorum Societatis / Jesu. / Superiorum Permissu / IHS. /
Luxemburgi, / Apud Andream Chevalier, Regis et Civitatis / Typographum Bibliopolamque ordinarium. / M.DCC. / Cum Gratia et Privilegio. /
1 vol. in-12.; 112 p. num.

14. Emmanuelis / Alvari / E Societatis Jesu / Prosodia, / Sive / Institutionum / Linguae Latinae / Liber Quartus. /

In usum Studiosorum Societatis Jesu. / Superiorum Permissu. / IHS. /
Luxemburgi, Apud Andream Chevalier, Regis Typo- / graphum et Bibliopolam ordinarium. / M.D.CC. / Cum Gratia et Privilegio. /
1 vol. in-12.; 120 p. num.

3 exemplaires dont un est relié dans: Emmanuelis Alvari, Syntaxis, Liber Tertius, Luxbg. A. Chevalier, 1700.

15. Critique / de l'Histoire / des / Chanoines, / ou / Apologie de l'Etat / des Chanoines Propriétaires depuis / les premiers siècles de l'Eglise jus- / qu'au douzième. / Avec / Une Dissertation sur la Canonicité de / l'Ordre de Prémontré. / A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur et / Marchand Libraire, 1700. /
1 vol. in-12.; 362 p. num. + 27 p. au déb. et 12 p. à la fin sans pagination.
2 exemplaires.

15a. Saint / Evremonia / ou / Recüeil / De diverses Pièces Curieuses. Avec / des pensées judicieuses, de beaux / traits d'Histoires, et Remarques / très-utiles. / De Monsieur de / Saint-Evremont. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur / et Marchand Libraire. / M.DCCII. /
1 vol. in-12; 304 p. num. + 15 p. au déb. et 27 p. à la fin sans pagin.

16. Recueil / des / Principaux Traitez / de Paix, / faits et conclus / pendant le / Dix-septième siècle / Dont la Liste est à la page / suivante. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, / Imprimeur et Marchand / Libraire. / M.DCC.III. /
1 vol. in-8.; les différents traités sont numérotés séparément.
2 exemplaires (Dans le deuxième recueil, les trois premiers feuillets manquent).

17. Officium / Defunctorum. /
Luxemburgi, / Apud Andream Chevalier, / Typographum, Bibliopolamque. / Anno M.DCC.III. /
1 vol. in-12.; 56 p. num.

18. Essais / de / Morale. / Contenant deux Traitez, / Le I. Sur les quatre dernieres Fins de / l'Homme. Le IIe. Sur la pratique / de la vigilance Chrétienne, / Huitième Edition, / reveuë et corrigée. / Tome Quatriéme. / Sur la Copie imprimée à Paris. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur / et Marchand Libraire, 1703. /
1 vol. in-12.; 366 p. num. + 15 au déb. sans pagin.

19. Continuation / des Essais / de Morale. / Tome Sixiéme. / Contenant divers / Traitez sur differens sujets. / Ouvrage posthume de Mr. *Nicole.* / Sur la Copie imprimée à Paris. / A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur / et Marchand Libraire. / 1703. /

    1 vol. in-12.; 352 p. num. + 11 p. au déb. sans pagination continue.

20. Instructions / Théologiques / et Morales, / sur les / Sacremens. / Par feu Monsieur *Nicole;* / Tome Second. / Sur la Copie imprimée à Paris. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur / et Marchand Libraire. / 1703. /

    1 vol. in-12.; 453 p. num. + 5 ff. au déb. num. de 1-5.

21. Histoire / de Jean / de Bourbon, / Prince de Carency. / Par l'Auteur / Des Mémoires / et / Voyage d'Espagne. / A Luxembourg, / Chez André Chevalier, / Imprimeur et Marchand-Libraire, / M.DCC.IV. /
(Auteur: Marie-Catherine de Berneville, comtesse d'Aulnoy)

    1 vol. in-12.; 441 p. num.
    2 exemplaires.

22. La Vie / de S. Norbert. / Archevêque de Magdebourg, / et Fondateur de l'Ordre des Chanoines / Prémontrez. / Avec des Notes pour l'éclaircissement de son Histoire, et de celle / du douziéme siécle. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur / et Marchand Libraire / M.D.C.C.IV. /
(par. F. Loüis Charles *Hugo.* Chanoine Prémontré de la Réforme).
    1 vol. in-8.; 492 p. num. + 31 p. au déb. sans pagin.
    2 exemplaires.

    Über dieses Werk sagte J. C. Mylius in seinem Buche: «*Bibliotheca anonymorum et pseudonymorum*» aus dem Jahre 1740 das Nachfolgende aus:

    «*La Vie de S. Norbert, Luxembourg 1704.* in 4° reg. 2. Alph. pl. 20. Auctor est Ludov. Carol. Hugo, monachus ordinis Praemonstratensis, vid. die Sammlung von theol. Sach. 1733, p. 762 qui summo studio et apta ratione hanc vitam elaboravit, et multa documenta inedita ab aula Lotharingica, et a praeposito Magdeburgensi D. Philippo Müllero nactus est. De vita Norberti libris 4. agit, et multa incerta certiora reddit, quae ad Sec. XII. pertinent. Multa miracula, Norberto ab aliis tributa, omittit, singulis libris doctas et verbosas annotationes addit, et multa diplomata, plerumque inedita, inserit. Non approbat, quod *Germon, Pagi* et alii tot diplomata suspecta reddiderint, et in multis eorum principia et observationes notat.»)

23. R.P. Joannis *Harduini* / Societatis Jesu / Dissertatio Epistolica / Latinè et Gallicè scripta super Num- / mis Antiquis duobus / Tetricorum et Diocletiani / Augustorum / Musei Praenobilis Clarissimique Viri / D. De Ballonffeaux / Senatus Regii Luxemburgensis / Consiliarii. / Luxemburgi, / Apud Andream Chevalier, / Typographum Bibliopolamque, 1704. /
1 vol. in-12.; 60 p. num.

24. Continuation / de / l'Histoire / Universelle / De Messire *Jacques Benigne Bossuet*, / Evêque de Meaux. / Depuis l'an 800. de Nôtre Seigneur, / jusquà l'an 1700. inclusivement. /

A Luxembourg, / Chez André Chevalier, / Imprimeur et Marchand Libraire. / M.DCC.IV. /
1 vol. in-12.; 266 p. num.

25. Histoire / des Successeurs / d'Alexandre / le Grand, / Tirée de Diodore de Sicile, et / mise autrefois en François / par le Sieur de Seyssel, Maî- / tre des Requêtes ordinaire / de Louis XII. / Traduction nouvelle. /

A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur / et Marchand Libraire. / M.DCC.V. /

1 vol. in-12 de 536 p. num. + 6 p. au déb. et 2 p. à la fin sans pagin.

26. Rudimenta / Grammaticae / Emmanuelis / Alvari, / E Societate Jesu. / Sive / Institutionum Linguae Latinae / Ad usum Studiosorum Societatis Jesu. / Superiorum Permissu, / Editio prioribus emendatior et auctior. / I H S / Luxemburgi, Apud Andream Chevalier, Typo- / graphum Bibliopolamque / Cum Gratia et Privilegio. / M.DCC.V. /

1 vol. in-12.; 132 p. num.
2 exemplaires.

27. Instructions / Théologiques / et Morales / sur les / Sacremens / Par feu Monsieur *Nicole*. / Nouvelle Edition corrigée. / Sur la Copie imprimée à Paris. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur / et Marchand Libraire. / 1707. /
2 tomes: in-12.

Tome Premier: 420 p. num. + 10 p. sans pagin. au déb.
Tome Second: 453 p. num. + 5 ff. au déb. du livre, num. de a1-a5.

28. De Arte / Rhetorica / Libri Tres / ex / Aristotele, Cicerone, / et Quintiliano / precipuè deprompti. / Auctore *Cypriano Soarez*, / Sacerdote Societatis Jesu. /
Luxemburgi, / Apud Andream Chevalier, Typographum / Bibliopolamque. M.DCCX. / Cum Gratia et Privilegio. /
1 vol. in-12.; 176 p. num.

29. Essais / de / Morale, / contenus en / divers Traitez / sur plusieurs devoirs importans. / Neuviéme / Edition / revuë et corrigée. / Sur Copie imprimée à Paris. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur, / et Marchand Libraire, 1714. /
4 tomes in-12.
T. Premier: 324 p. num. + 12 ff. au déb. dont les 6 premiers sont num. de 1-6.
T. Second: 322 p. num. + 6 ff. au déb. num. jusqu'à 4.
T. Troisième: 340 p. + 10 ff. au déb. num. jusqu'à 6.
T. Quatrième: 366 p. num. + 15 sans pagin. au déb.

30. Continuation / des Essais / de Morale / Contenant des / Réflexions Morales / sur les / Epîtres et Evangiles, / Neuvième Edition / revuë et corrigée, / Sur la Copie imprimée à Paris. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur, / et Marchand Libraire, 1714-1716. /
5 vol. in-12:
T. I: Depuis le premier Dimanche de l'Avent / jusqu'au Mercredi des Cendres. / 538 p. num.
T. II: Depuis le Mercredi des Cendres, jus- / qu'au Samedi de la Troisième / Semaine de Carême. / 362 p. num. + 5 ff. au déb. num. de A1-A5.
T. III: Depuis le Samedi de la troisième Se- / maine de Carême jusqu'au Dimanche / de l'Octave de Pâques. / 338 p. num.
T. IV: Depuis le Dimanche de l'Octave de Pâques, jusqu'au deuxième Dimanche / après la Pentecôte. / 474 p. num. + 14 ff. au déb., dont les premiers sont num. de *1-*6.
T. V: Depuis l'onziéme Dimanche d'après la / Pentecôte, jusqu'au premier / Dimanche de l'Avent. / 480 p. num.

30a Traité / de / La Peste, / Contenant une vraie / et facile Instruction de ce qu'il faut / éviter et observer pour s'en pré-/server et guérir soi-même, avec une / spécification des Remedes conve- / nables à cette maladie, et à tous les / accidens fâcheux qu'elle entraîne / communément avec soi. / (Par Jean-George Shannat).
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur / de Sa Majesté Imp. et Cath. / et Marchand Libraire. / M.DCC.XXII. / Avec permission. /
1 vol. in-12; 73 pp.

31. Traité / Théologique / sur l'Autorité / et l'Infaillibilité / des / Papes. / Par le R. Père Dom Mathieu / *Petitdidier*, Abbé de Saint Pierre / de Senones, Ordre de Saint Benoît, et / Président de la Congrégation de St. Vann / et de St. Hydulphe. /

A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur de / S.M.I. et C. et Marchand Libraire, 1724. / Avec Approbations et Permission. /
1 vol. in-12., 420 p. num. + 26 p. au déb. sans pagin.

31a Traité / Dogmatique et moral / de la / Grace Universelle, / Tiré du Nouveau / Testament. / Dans lequel on détruit toutes les / erreurs sur la Grace et la / Redemption. / Par M. Claude Le Pelletier, / Prêtre, Docteur en Teologie, Chanoine de / l'Eglise de Rheims. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur de Sa / Maj. Imp. et Cath. et Marchand Libraire. / M.DCC.XXV. / Avec Aprobation et Permission. /
1 vol. in-12; 178 pp.

31b. Recueil / des principaux / Traitez de Paix / faits et conclus / pendant le Siècle / dernier, et le commencement de / celui-ci. / Dont la liste est insérée dans la page sui- / vante, et disposée suivant l'ordre que lesdits Traitez doivent avoir, / Tome Troisième. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, / Imprimeur de S. M. Imp. et Cath. / et Marchand Libraire. / M.DCC.XXVI.
1 vol. in-12.; 170 p. num.
2 exemplaires.

32. Dissertation / Historique / et / Théologique, / dans laquelle / on examine quel a été / le sentiment du Concile de Constance, / et des principaux Theologiens qui y ont / assisté, sur l'Autorité des Papes, et sur leur / Infaillibilité. / Suivie d'une autre Dissertation, où l'on examine / si en soutenant l'Infaillibilité des Papes en / matière de Foi, on détruit les Libertez de / l'Eglise Gallicane. / Par le R. Père Dom Mathieu *Petitdidier*, / Abbé de St. Pierre de Senones, Ordre de St. Benoît. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur de Sa / Maj. Imp. et Cath., et Marchand Libraire. 1725. / Avec Approbation des Supérieurs. /
1 vol. in-12.; 284 + 37 p. num. + 17 p. au déb. sans pagin.
3 exemplaires.

33. Pratique / de la Dévotion / au Trés-Saint / Sacrement. / Dans tous nos différens / devoirs envers ce trés-saint Mystère. / Par le R. Père *Hugues Morot*, / de la Compagnie de Jésus. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur / de Sa Maj. Imp. et Cath. et Marchand / Libraire. / M.DCC. XXV. / Avec Approbation et Permission. /
1 vol. in-12.; 337 p. num. + 37 p. au déb. sans pagin.

34. Essais / de / Morale / ou / Lettres écrites / par feu / Mr. *Nicole*. / Tome huitième. / Sur la Copie imprimée à Paris. /

A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur / et Marchand Libraire, 1727. /

1 vol. in-12.; 356 p. num. + 6 p. au déb. num. de III à VIII.

35. Les Voyages / de / Cyrus, / avec un Discours / sur la Mythologie, / par M. *Ramsay*. / Sur la Copie imprimée à Paris. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur / de Sa Maj. Imp. et Cath., et Marchand Libraire. 1728. /

Tome Premier et Tome Second reliés dans un vol. in-12.
T. I.: 323 p. num. + 7 au déb. sans pagin.
T. II.: 114 p. num.

36. Processionale / Romano-Franciscanum / ad usum Fratrum Minorum / Recollectorum / Provinciae Flandriae. /

Luxemburgi, / Apud Andream Chevalier, Sacrae Caesareae / et Catholicae Majestatis Typographum / Bibliopolamque. / M.DCC.XXIX. /

1 vol. in-8.; 196 p. num. + 6 au déb. sans pagin.
2 exemplaires.

37. Defensio Declarationis / Celeberrimae, / quam de / Protestate Ecclesiastica, / sanxit / Clerus Gallicanus / XIX. Martii MDCLXXXII. / Ab Illustr. ac Reverend. *Jacobo Benigno Bossuet*, / Meldensi Episcopo, ex speciali jussu Ludovici Magni. / Christianissimi Regis scripta, et elaborata / Nunc Primum in Lucem Edita, / Summoque Studio ad Fidem Autographi Codicis Exacta. /

Luxemburgi, / Sumptibus Andreae Chevalier, Bibliopolae; / MDCCXXX. /

Tome Premier et Tome Second reliés dans un volume in-8.;
T. I.: 359 p. num. + XXVI p. au déb.
T. II.: 433 p. num. + 2 sans pagin.

38. Les / Prétendus Reformez / Convaincus de Schisme / Pour servir de réponse à un Ecrit / Intitulé / Considérations / sur les / Lettres Circulaires / de l'Assemblée / du Clergé de France / de l'année 1682. / Divisé en trois Parties. / Sur la Copie imprimée à Paris. /

A Luxembourg, / Chez André Chevalier Imprimeur de / S.M.Imp. et Cath. et Marchand / Libraire. 1731. /

Tome Premier et Tome Deuxième reliés dans un vol. in-12.
T. I.: 218 p. num. + 12 p. num. au déb. num. de I-XII.
T. II.: 398 p. num. + 7 p. à la fin sans pagin.

39. Projet / de / Reglement / pour la / Maréchaussée / De la Province de Luxembourg, concerté / par le Conseil de Luxembourg, et les / Députés des trois Etats de ladite / Province, soussignés. / Du 3. Février 1733. /

A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur de Sa Majesté Impériale / et Catholique, et Marchand Libraire. 1733. /
7 p. in-8.; num. reliées dans: Recueil d'Edits, Ordonnances... Concernant le Duché de Luxembourg et Comté de Chiny. Luxbg. A. Chevalier, 1691.

40. Ordonnance / de / Sa Majesté Impériale / et Catholique, / qui défend la Distilation / des Eaux de Vie de grain dans l'étenduë / de la Province de Luxembourg et Comté / de Chiny, etc. / Du 16. Décembre 1733. / Sur la Copie imprimée à Bruxelles. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur de Sa Majesté Imp. / et Catholique, et Marchand Libraire. /
7 p. num. in-8.; reliées dans: Recueil d'Edits, Ordonnances... concernant le Duché de Luxembourg..., Luxbg. A. Chevalier, 1691.
2 exemplaires.

40a Officium / S. Mariae / Matris Jesu / Consolatricis / Afflictorum / Protectricis ac Patronae principalis / Ducatûs Luxemburgensis / Comitatûs Chiniacensis / Recitandum Dominicâ quartâ post Pas- / cha ab utroque Clero praedictorum / Ducatûs et Comintatûs et à / saeculari quidem cum Octavâ. / IHS. /
Luxemburgi, / Apud Andream Chevalier, Suae / Sacrae Caesareae et Catholicae Majestatis / Typographum Bibliopolamque, 1733. /
1 vol. in-12; 46 pp.

41. Moyen / facile / de / concilier / les Esprits, / Sur les Difficultés qui regardent la Bulle / Unigenitus. / Par le R.P. *Aubert Rolland*, / Cordelier, ancien Professeur en Théologie. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur de Sa Maj. Imp. et / Cath., et Marchand Libraire. /
MDCC.XXXII-M.DC.XXXIV. / Avec Approbation et Permission. /
3 vol. in-8.
T. I.: M.DCC.XXXII., 426 p. num. + 10 p. au déb. sans pagin. et 12 num. de I-XII; + 3 à la fin sans pagin.
T. II.: Première partie: M.DCC.XXXIV, 334 p. num. + 6 p. sans pagin. au déb. et 2 p. à la fin.
T. III.: Seconde partie: M.DCC.XXXIV, numéroté de 335-683, + 4 p. sans pagin. à la fin.

42. Eloge Funèbre / de / Madame Marhuerite-Josephe / De La Fontaine, / Abbesse de Clairefontaine, / Ordre de Cîteaux, prononcé au jour de ses / Funérailles dans l'Abbaye de Clairefontaine, / le 6. de Juillet 1734. / Par le R.P.

Bonaventure de Luxembourg, Capucin, / Définiteur et Gardien. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur de Sa Maj. Imp. / et Cath. et Marchand Libraire. 1734. /
28 p. num., in-8.

43. Vade Mecum / seu / Raphaël, / Dux VIaqVe CoMes VIatoris / ChrIstIanI. / Suggerens Documento- / rum Moralium numerum triginta / trium trigesies ter acceptum ad honorem Christi Viatoris annorum. / ad usum / Sacerdotum, Religiososum et aliorum, quibus / pro lectione spirituali plenioribus uti / libris minùs licet, aut minùs liber. / Olim A Tobia Christiano / ex sanctà Scripturà, SS. Patribus, et pro- / batis Auctoribus collectorum; ac cum Su- / periorum permissu impressorum, novâ im- / pressione omnino dignae judicata sunt, cum / adjecta methodo, pié et fructuosè celebrandi / SS. Missae Sacrificium, et affectibus Post / Sacrum. / De CanIs, CVratis, VICarIIs, totIqVe / CLero proVInCIae et aLIIS DiCatVs. / Juxta Exemplarium Molshemii. /
Luxemburgi, / Apud Andream Chevalier, / Caes, et Cath. Maj. Typographum, 1736. /
1 vol. in-12.; 226 p. num. + 6 p. au déb. sans pagin.
3 exemplaires.

44. Abrégé / de la Vie / et des Miracles / du Bienheureux Père / Joseph de Leonissa, / Religieux Profés de l'Ordre des FF. / Mineurs Capucins, Prédicateur, / Gardien et Missionnaire Apostoli- / que, mis au Catalogue des Bien- / heureux par Nôtre St. Père le Pape / Clement XII. le 22. de Juin 1737. / A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur de Sa / Majesté Impériale et Catholique, et Marchand / Libraire, 1738. / Avec Permission. /
1 vol. in-12.; 88 p. num.

45. Abrégé / de la Vie / du Bienheureux / Frère Seraphin / de Monte Granario, / Religieux Profés Laïc de l'Ordre des / FF. Mineurs Capucins, déclaré Bien- / heureux par Clement XI. de glo- / rieuse mémoire le 19. d'Avril 1719. / et confirmé tel par un autre Decret / de Benoît XIII. de sainte mémoire, / le 18. Juillet 1729. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur de Sa / Majesté Impériale et Catholique, et Marchand / Libraire, 1738. / Avec Permission. /
30 p. in-12.; reliées dans: Vies des Bienheureux Père Joseph de Leonissa et Frère Seraphin, Capucins, Luxbg. A. Chevalier, 1738.

45a L'Abbé Regulier / Sacré Evêque / In Partibus Infidelium, / / ou / Traité / Dans lequel on examine l'etat / D'un Abbé Regulier / Après sa Consecration Episcopale. / Par le R. P.

Albert Marion, Chanoine Regulier de / l'Ordre de Prémontré, Prieur-Curé de Sanzey, / Diocése de Toul. / Nihil ab Abbatr mutatus per Sacerdotem. / Sidon. Apollin. f. 9, Epist. 3. /

A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur de Sa Maj. / Imp. et Cath. et Marchand Libraire. / M.DCC. XXXIX. / Avec Approbation et Permission des Superieurs. / 1 vol. in-13 × 8.; 243 p.

45b. La / Bulle / D'Or / Suivie de la Sanction / Pragmatique et Loi perpétuelle, / Suivant la Copie imprimée à Amsterdam. /

A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur / et Marchand Libraire, 1741.
1 vol. in-12.; 71 p.

46. Histoire / Ecclésiastique et Civile / du Duché / de / Luxembourg / et Comté / de Chiny. / Par le R.P. Jean *Bertholet*, / De la Compagnie de Jésus. /

A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur de Sa Majesté la Reine de Hongrie et / de Bohême, et Marchand Libraire. / 1741-1743.
8 vol. in-8.

1. partie: T. 1.: Depuis l'établissement des Romains dans les Gaules.
2. partie: T. 2.: Depuis la Fondation du Royaume d'Austrasie.
3. partie: T. 3., 4., 5., 6.: Depuis Sigéfroy, premier Comte de Luxembourg.
4. partie: T. 7., 8.: Depuis Wenceslas, premier Duc de Luxembourg.

3 exemplaires.

46a. La Guerre / De René II. / Duc de Lorraine et / Contre / Charles Hardy / Duc de / Bourgogne, / Où sont détaillées la mort de Char- / les Hardy, et la déroute de / l'Armée Bourguignonne devant / Nancy. /

A Luxembourg, Chez André Chevalier, Imprimeur / de Sa Maj. la Reine de Hongrie et de / Bohême, et Marchand Libraire. / M.D.CC.XLII. /
1 vol. in-12.; 349 p.

47. La / Dévotion / au Sacré Coeur / de / Notre Seigneur / Jésus-Christ. / Erigée en Confrérie / ou Confédération d'amour dans l'E- / glise des RR.PP. Capucins d'Arlon, / par autorité de Notre Saint Père le / Pape Benoît XIV, et par Approba- / tion de Monseigneur l'Evêque d'Em- / maüs Suffragant de Trèves etc. / Avec plusieurs belles prieres et pratiques / de piété. /

A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur de / Sa Majesté la Reine de Hongrie et de / Bohême et Marchand Libraire 1743. /

1 vol. in-12.; 86 p. num. + 3 à la fin sans pagin.

48. Les Voyages / de / Cyrus / avec un Discours / Sur la Mythologie. / Par M. *Ramsay*. / Nouvelle Edition. / Sur la Copie imprimée à Paris. /

A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur / de Sa Maj. l'Impératrice-Reine de / Hongrie et de Bohême, et Mar- / chand Libraire, 1747. /

Tome Premier et Tome Second reliés dans un vol. in-12.
T. I.: 323 p. num. + 7 sans pagin. au déb.
T. II.: 114 p.

49. Le Chemin / Etroit / du Ciel / rendu facile / par des / pratiques familières / qui conduisent à la perfection. / Ouvrage partagé en plusieurs Instructions / et Paragraphes. / Très utile à tout Chrétien désireux de faire son salut, / et en particulier aux personnes religieuses ou / autres qui font profession de vertu, / comme aussi / aux Directeurs des consciences, pour diriger / et instruire leurs pénitents. / Composé par le R. Père *Anselme*, / Prédicateur-Capucin. / A Luxembourg, / chez les Héritiers d'André Chevalier, / vivant imprimeur de Sa Majesté l'Impératrice de Hongrie et de Bohême. 1747. / Avec permission des supérieurs et approbation de l'Ordinaire. /

1 vol. in-12.; 410 p. num. + 18 p. sans pagin. au déb. (préface).

50. La Clef / du Cabinet / des Princes / de l'Europe, / Ou Recueil Historique et Politique sur / les matières du tems. / Imprimé / Chez Jacques le Sincère, / à l'Enseigne de la Vérité. /

Imprimé en outre à Verdun sous le titre: Journal / Historique / sur les matières / du tems. / A Verdun, / Chez Claude Muguet, marchand / Libraire. /

Première série: Tome 1-24 (1704-1716) (in-12.)

A partir du tome 3., une addition au titre: Clef du Cabinet... du tems. / Contenant aussi quelques Nouvelles / de Littérature et autres / remarques curieuses. / Cette addition figure aussi dans les éditions de Verdun.

Le tome 19 est suivi de 2 suppléments.

A partir du tome XXIV (juillet 1716) la marque de l'imprimeur est: A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur / et Marchand Libraire. / Avec Privilège de Sa Sacrée Majesté, Im- / périale et Catholique, et Aprobation / du Commissaire Examinateur. /

A partir de juillet 1741, Chevalier prend le titre: Chez André Chevalier, Imprimeur / de Sa Majesté la Reine de Hongrie et de / Bohême et Marchand Libraire. / Avec Privilège de Sa Sacrée Majestée Imp- / périale et Catholique, et Aprobation / du Commissaire Examinateur. /

Sans date:

51. Ordonnance / et / Reglement / de / Sa Majesté Impériale / et Catholique / Sur le fait de la Chasse et de la Pêche dans / le Duché de Luxembourg et Comté / de Chiny. / Du 10 Juin 1732. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur de Sa Maj. Imp. / et Catholique et Marchand Libraire. / Sans date.
17 p. num. in-8., reliées dans: Recueil d'Edits, Ordonnances... concernant le Duché de Luxembourg et Comté de Chiny, Luxbg., A. Chevalier, 1691.

52. Oraison / funèbre / de Très-Noble Danr / Madame Françoise / de Gourcy, / Abbesse de l'Abbaïe de Fontaine-Marie, / dite de Tiffertange, / Ordre de Cîteaux, Filiation de Clairvaux, Pays de Luxembourg, / Prononcée en l'Eglise de ladite Abbaïe / le 28. Janvier 1744. / Par le R.P. *Hilaire Borthon*?, Chanoine Régulier, / Professeur de Théologie en l'Abbaïe Royale de saint Pierremont. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur de Sa Majesté la Reine de Hongrie / et de Bohême, et Marchand Libraire. / Sans date.
15 p. num. reliées dans: Eloge funèbre de Mme. Marg.-Josephe de la Fontaine. Luxbg. A. Chevalier, 1734.

53. Quinte - Curce, / De la Vie / et des Actions / D'Alexandre / le Grand, / De la Traduction de Mr. Vaugelas, / Nouvelle Edition divisée en deux Volumes Latin et / François, revuë, corrigée et augmentée de Notes / Historiques, Géographiques et Grammaticales, / Sur une nouvelle copie de l'Auteur qui a été trouvée après / la première et la seconde impression, / Avec les Suppléments de Jean-Freinshemius / sur Quinte-Curce, / Traduits par feu Monsieur de Ryer. / Tome Premier. /
A Luxembourg, / Chez André Chevalier, Imprimeur de / Sa Majesté Impériale et Catholique. / Avec Permission. /
1 vol. in-12.; 447 p. num. + 27 p. au déb. num. de I-XXVII, + 33 p. d'index sans pagin.
sans date.

54. Sancta / Sanctorum / Sanctè Tractandi: / sive / Religiosè Sacrificandi / Methodus, / Tradita a R.P. Philippo *Scouville* / è Societate Jesu. / Secunda Editio / Ab ipso Auctore recognita, et in melio- / rem ordinem redacta. /

Luxemburgi, / Apud Andream Chevalier, Regis et / Civitatis Typographum, Plateâ Novâ, / propè RR.PP. Societatis Jesu. / Superiorum permissu. /
sans date.
1 vol. in-12.; 236 p. num. + 5 sans pagin. au déb.
2 exemplaires.

Barbier, Paul:

1. Stile / et / Reglement / pour l'Instruction / des / Procédures / du Conseil Provincial / de Luxembourg, / des Prévostés, Sieges / et Justices / y ressortissantes. /
   A Luxembourg, / Chés Paul Barbier, Imprimeur du Roy, / et Marchand Libraire, / M.DC.XCV. / Avec Permission. /
   1 vol. in-12.; 286 p. num. + 6 p. sans pagin. au déb.
   3 exemplaires.

2. Catechisme / sur les / Principales Festes / de l'Année, / pour l'Instruction / de la Jeunesse. / Par le R.P. *Philippe Scouville,* / de la Compagnie de Jésus. / I H S /
   A Luxembourg, / Chés Paul Barbier, Imprimeur / et Marchand Libraire. / M.DC.XCV. / Avec Aprobation spéciale et permission. / des Supérieurs. /
   48 p. in-12.; num. reliées dans: Exercice Journalier des Pensionnaires des Religieuses de la Congrégation de Notre-Dame., J. Ferry, 1714.

3. Petit Abrégé / du Catéchisme / Catholique, / Pour donner les premiers principes de / la Doctrine Chrétienne à la petite / Jeunesse, par peu de Demandes / courtes et faciles. / Par le R.P. *Philippe Scouville,* / de la Compagnie de Jésus. / I H S /
   A Luxembourg, / Chés Paul Barbier, Imprimeur / et Marchand Libraire, / M.DC.XCV. / Avec spéciale aprobation et permission / des Supérieurs. /
   84 p. num. in-12., reliées dans: Exercice Journalier des Pensionnaires des Religieuses de la Congrégation de Notre-Dame de Luxembourg. Luxbg. J. Ferry, 1714.

4. L'Instruction / du / Confesseur, / ou La Méthode Pratique / du Confessionnal, / Composé en Italien par le R.P. *Paul* / *Segnari,* de la Compagnie / de Jésus. / Nouvellement traduite en François, / Par Dom Loüis de la Grange, / Religieux et Théologal de l'Abaïe / Roiale de S. Vaast d'Arras. /
   A Luxembourg, / Chés Paul Barbier, Imprimeur / et Marchand Libraire. / M.DC.XCVI. / Avec Aprobation et Permission. /
   1 vol. in-12.; 350 p. num. + 45 p. au déb. et 2 à la fin sans pagin.

5. L'Instruction / du / Pénitent, / Ou / La Méthode Pratique / pour se bien confesser. / Composées en Italien par le R.P. *Paul / Segnary*, de la Compagnie de Jésus. / Avec un petit Traité pour s'aprocher / dignement de la Sainte Communion. / Nouvellement traduits en François / Par Dom Loüis de la Grange, / Religieux de Théologal en l'Abaïe / Roiale de S. Vaast d'Arras. /

   A Luxembourg, / Chés Paul Barbier, Imprimeur / et Marchand Libraire / M.DC.XCVI. / Avec Aprobation et Permission. /
   1 vol. in-12.; 450 p. num. + 23 p. au déb et 5 p. à la fin sans pagin.

6. La / Chirurgie / Pratique, / qui contient en bref, une / metode facile pour bien et / dextrement exercer l'Art / de Chirurgie. / Par le Sr. Sainctcristau, / Maître Chirurgien à / Luxembourg. /
   A Luxembourg, / Chés Paul Barbier, Imprimeur / et Marchand Libraire. / M.DC.XCVII. /
   1 vol. in-12; 180 p. num. + 11 p. au déb. et 6 p. à la fin sans pagin. La première page contient une gravure représentant un malade opéré par un chirurgien et soutenu par un aide de ce dernier.

Ferry Jacques:

1. Ausslag und Erleuthe- / rung etlicher zweyffelhafftiger Stück- / oder Puncten, so man in der Ord- / nung und Edicto perpetuo der Durch- / leuchtigster Ertzhertzogen, Unserer / gnädigster Lands-Fürsten, des zwölfften Julii 1611. Über direc- / tion der justitien, in dero Erb- / Nieder-Landen, erspühret / und gefunden. /
   Mit gnädiger verwilligung Ihro Königl. Maiest. / Rath des Hertzogthumb Lützenburg und Graffschafft / Chiny zufolg dero Decret vom 3. Juli 1709. /
   Gedruckt zu Lützenburg / Bey Jacob Ferry, Buchdrucker und / Buchhändler auff dem Platz, unter dem / Zeichen des Evangelisten Johannis. / Im Jahr 1709. /
   8 p. in-12, reliées dans: Die gemeine Landesbräuche... Luxbg., J. Ferry, 1709.

2. Ordnung / und immerwährendes Gebott / Der Durchleuchtigi- / sten Ertzhertzogen zu Oesterreich / Hertzogen zu Burgund, Braband, / Limburg, Lützenburg u. Unserer gnädigster: Landes Fürsten. / Ueber beständiges und besser nachricht- / ten der übung und verhandlung heylsamer: Justitien und Gerechtigkeit. / Mit gnädiger verwilligung Ihro Königl. Maiest, / Rath des Hertzogthumb Lützenburg und Graffschafft / Chiny zufolg dero Decret vom 3. Julii 1709.

Gedruckt zu Lützenburg / Bey Jacob Ferry, Buchdrucker und / Buchhändler auff dem Platz, unter dem Zeichen des Evangelisten Johannes, / Im Jahre 1709. /

32 p. in-12, reliées dans: Die gemeine Landes-Bräuche... Luxbg. J. Ferry, 1709.

3. Die Gemeine / Landes-Bräuche / Des Hertzogthumbs Lützenburg / und Graffschafft Chiny. / Durch ihre Königliche Mayestät un- / seren allergnädigsten Herrn / Decretiert, / Mit gnädiger verwilligung Ihro Königl. Graffschafft / Chiny zufolge dero Decret vom 3 Julii 1709 / Gedruckt zu Lützenburg / Durch Jacobum Ferry / Buchdrucker / und Buchhändler auff dem Platz / unter dem / Zeichen des Evangelisten Johannis / Im Jahre 1709. /

1 vol. in-12.; 92 p.

4. Serta Moralia / a / Concionatoribus, / Diebus Dominicis / Populo è Cathedra Exhibenda, / Ex / Floribus Sacrae Scripturae, Sententiis SS. Patrum, Apophteg- / matibus Illustrium Virorum, Rationis dictamine, Simi- / litudinibus, Comparationibus à Proprietatibus rerum / naturalium desumptis, Exemplis imitandis, aut fugiendis / contexta. / Per Reverendum Admodum Dominum *Bernardum / Buringer*, Parochum in Dahlem, Sprinkingen etc. / Tomus Primus; / Luxemburgi, / Apud Jacobum Ferry Sancti Johannis Evangelistae. / M.DCC.X.

1 vol. in-8.; de 774 pages + 6 pages impr. au déb. et 14 pages impr. (Index) à la fin sans pagination.

5. Serta Moralia / A / Concionatoribus, / Diebus Dominicis / Populo è Cathedra Exhibenda, / Ex / Floribus Sacrae, Scripturae, Sententiis SS. Patrum, Apophteg- / matibus, Illustrium Virorum, Rationis dictamine, Simi- / litudinibus, Comparationibus à Proprietatibus rerum / naturalium desumptis, Exemplis imitandis, aut fugiendis / contexta. / Per Reverendum Admodum Dominum *Bernardum / Buringer*, Parochum in Dahlem, Sprinkingen, etc. / Tomus Secundus / Luxemburgi, /

Apud Jacobum Ferry, Typographum Collegii Societatis Jesu. / sub Signo Sancti Joannis Evangelistae, / M.DCC.X. / 1 vol. in-8.; 616 p. num. + Index sans pagin. de 12 p.

5a. Serta Moralia / A / Concionatoribus / in Quadragesima, / singulariter in die Paraceves / Populo Exhibenda. / Ex Floribus Sacrae Scripturae, Sententiis SS. Patrum Apophteg- / matibus Illustrium Virorum, Rationis dictamine, Similitudinibus, Comparationibus à proprietatibus rerum / naturalium desumptis, Exemplis imitandis, aut fugiendis / contexta. / Per Reverendum Admodum Dominum Bernardum / Buringer, Parochum in Dahlem, Sprinckingen, etc. /

Luxemburgi, / Apud Jacobum Ferry, Typographum Collegii Societatis Jesu, / sub Signo Sancti Joannis Evangelistae. / M.DCC.XVII. /
139 pp. reliées dans: Recueil A.

5b. Serta Moralia / a / Concionatoribus / in Festis / Corporis Christi, / Aliisque Solemnitatibus / Populo exhibenda. / Ex / Floribus Sacrae Scripturae, Sententiis SS. Patrum, / Apophtegmatibus Illustrium Virorum, Rationis / dictamine Similitudinibus, Comparationibus à pro- / prietatibus rerum naturalium desumptis, Exemplis / imitandis, aut fugiendis contexta. / Per Reverendum Admodum Dominum Bernardum / Buringer, Parochum in Dahlem Sprinckingen, etc. / Luxemburgi, / Apud Jacobum Ferry, Typographum Collegii Societatis Jesu, / sub Signo Sancti Joannis Evangelistae. / M.DCC.XVII. /

97 p. in-8., reliées dans: Recueil A.

5c. Serta Moralia / a / Concionatoribus / in Festis / Patronorum / Sive Apostoli, sive Martyris, / sive Confessoris, sive Virginis, / Populo Exhibenda / Ex / Floribus Sacrae Scripturae, Sententiis SS. Patrum Apophteg- / matibus Illustrium Virorum, Rationis dictamine, Simi- / litudinibus, Comparationibus à propriétatibus rerum / naturalium desumptis, Exemplis imitandis aut fugiendis / contexta. / Per Reverendum Admodum Dominum Bernardum / Buringer, Parochum in Dahlem, Sprinckingen, etc. / Luxemburgi, / Apud Jacobum Ferry Typographum Collegii Societatis Jesu, / Sub Signo Sancti Joannis Evangelistae. / M.DCC.XVII. /

212 p. in-8., reliées dans: Recueil A.

5d. Serta Moralia / a / Concionatoribus / in Primitiis, aut Aliis Sacerdotum / Congregationibus Exibenda. / Ex / Floribus Sacrae Scripturae, Sententiis SS. Patrum Apophtegmatibus, Rationis Dictamine, Similitudi- / nibus, Comparationibus à propriétatibus rerum / naturalium, Exemplis imitandis, aut fugiendis / contexta. / Per Reverendum Admodum Dominum Bernardum / Buringer, Parochum in Dahlem, Sprinckingen, etc. /
Luxemburgi, / Apud Jacobum Ferry, Typographum Collegii Societatis Jesu, / sub Signo Sancti Joannis Evangelistae. / M.DCC.XVII. /

58 p. in-8. reliées dans: Recueil A.

5e. Serta Moralia / a / Concionatoribus / in Die Commemorationis Fidelium, / atque in exequiis defunctorum / Populo exhibenda. / Ex / Floribus Sacrae Scripturae, Sententiis, SS. Patrum, / Apophtegmatibus Illustrium Virorum Rationis / dictamine, Similitudinibus, Comparationibus à pro-/

prietatibus rerum naturalium desumptis, / Exemplis imitandis, aut fugiendis contexta. / Per Reverendum Admodum Dominum Bernardum / Buringer, Parochum in Dahlem, Sprinckingen, etc. /
Luxemburgi, / Apud Jacobum Ferry, Typographum Collegii Societatis Jesu, / sub Signo Sancti Joannis Evangelistae. / M.DCC.XVII. /
101 p. in-8., reliées dans: Recueil A.

6. Exercice / Journalier / Des Pensionnaires des Re- / ligieuses de la Congre- / gation de Notre-Dame / de Luxembourg. / A Luxembourg, / Chez Jacques Ferry, Imprimeur du Collège / de la Compagnie de Jésus, et Marchand / Libraire, à S. Jean l'Evangéliste. / M.DCC.XIV. /

   1 vol. in-12.; numéroté de 1 à 112 + 8 pages impr. au début.

6a. Historia / Poetica / Ad faciliorem / Poetarum / et / Veterum Auctorum / Intelligentiam / A.R.P.P. *Gautruche* Societatis Jesu / Gallicè conscripta. / Post Septimam Editionem / Nunc primùm Latinè reddita ab Uno / ejusdem Societatis. / In gratiam Poëtices Candidatorum. / Luxemburgi, / Apud Jacobum Ferry Typographum / Collegii Societatis Jesu. Anno 1716. / Superiorum Permissu./

   1 vol. in-12; 171 pp. (La pagination commence à 7)

7. Decision / de divers cas / de conscience, / proposez de differens endroits / à la très ancienne / Université de Trèves.

   A Luxembourg, / Chez Jacques Ferry, Imprimeur et Marchand Libraire, à S. Jean l'Evangéliste, 1719. / Avec l'Approbation de l'Ordinaire. / Et la Permission du Commissaire Examinateur. /

   19 p. in-12.; reliées dans: Recueil 27.

8. Onguent / pour / la Brûlure. /

   A Luxembourg, / Chez Ferry, Imprimeur et Marchand Libraire, / à Saint Jean l'Evangéliste. / M.DCC.XIX./

   95 p. reliées dans: Recueil 27.

9. Abrégé / de ce qu'il faut savoir / touchant les affaires de la / Constitution Unigenitus, etc. / pour se garantir plus aisement / des artifices / des Novateurs: / adressé aux fidèles / qui sont en danger d'être séduits. /

   A Luxembourg, / Chez Jacques Ferry, Imprimeur et Mar- / chand Libraire à S. Jean l'Evangéliste, 1719 /

   Avec l'Approbation de l'Ordinaire. / Et la Permission du Commissaire Examinateur.

   61 p. reliées dans: Recueil 27.

10. La Vérité / Catholique / sur la Constitution / Unigenitus / de N. S. Pere le Pape / Clement XI. / Démontrée en abrégé pour l'instruction des vrais / Fidelles de l'Archevêché de Treves, par / Monseigneur l'Evêque Derosme, Suf- / fragant et Vicaire Général de Treves. / Par Ordre exprés de Son Altesse / Serenissime et Eminentissime Mon- / seigneur l'Archevêque et Electeur de Treves. /
Quatrième Edition. /
A Luxembourg, / Chez Jacques Ferry, Imprimeur et Marchand / Libraire à S. Jean l'Evangeliste, 1719.
72 p. in-12.; reliées dans: Recueil 27.

10a. Deo Optimo. / Philosophia Universa. / Logica, Physica, Metaphysica / Praeside R. P. Roche Heymans, è Societate Jesu, Philosophiae Professore.
Luxemburgi, apud Joannem-Baptistam Ferry, Typographum Bibliopolamque, Anno 1713. /
1 feuille in-4.

10b. Abrégé / de la Vie et Miracles / de Saint / Hubert / Patron / des Ardennes. / Par un religieux de l'Abaye dudit / S. Hubert. /
A Luxembourg, / Chez Jean-Baptiste Ferry, / Imprimeur et Marchand - Libraire. / 1734. / Avec Permission des Supérieurs. /
1 vol. in-12., 55 p.

11. Maria / Mutter Jesu / Trösterin der Betrübten / Patronin / des Herzogthum Lutzenburg / und der Graffschafft Chiny, / In Ihrer / Nächst bey Lutzenburg gelegenen Capell / wunderthätige / Noth-Helfferin / Allen Betrübten und Nothleiden- / den zum Trost vorgestellt. / Von / P. Petro *Willz*, Soc. Jesu. / Gedruckt zu Lützemburg / Bey J. B. Ferry hinderlassenen Erben / Im Jahr 1736. / Cum Facultate Superiorum. /
1 vol. in-12.; 176 p. num.

12. Explanatio / Rhetoricae / Accomodata / Studiosae Juventuti / Auctore / R. P. *Martino du Cygne* / Societatis Jesu. / Luxemburgi, / Apud Haeredes J. + B. + Ferry, Thipographi et / Bibliopolae. Anno 1737. /
1 vol. in-12.; de 218 pages num. + 5 pages impr. sans pagination.

13. Explanatio / Rhetoricae / Accomodata / Studiosae Juventuti / Auctore / R. P. Martino du Cygne / Societatis Jesu. / Luxemburgi, / Apud Haeredes J.-B. Ferry, Thipographi et / Bibliopolae, Anno 1737. /
1 vol. in-12.; de 218 pages + index de 5 pages non numérotées.

14. Kurtzer Bericht / Der / Bruderschafft / Jesu und Mariae / Unter dem Schutz und Schirm / des Heiligen / Francisci Xaverii, / Zu mehrer Befürderung der / Christcatholischen Lehr // Und vermittels Abwendung der Fünff / Haupübelen des Menschen zu erhalten / ein seeliges Leben / und einen glück- / seeligen Tod. / Zum Gebrauch und Nutz dersel- / ben Bruderschafft in Truck gegeben / Durch R. P. Philippum *Scouville*, / der Societät Jesu Priestern. / Gedruck zu Lützemburg: / Bey J. B. Ferry / hinderlassenen Er- / ben im Jahr 1741. / Cum speciali Approbatione Superiorum.

1 vol. in-12.; 72 p. num.

14a. L'Ancienne / Tradition / D'Arlon. / Injustement attaquée par le R. / P. Bertholet, Jésuite; / Mais justement défendue par la / Ville et Magistrat d'Arlon. / Consistant, / 1. En un Avant Propos. / 2. L'exposition du Sentiment du Pere / Bertholet. / 3. La réfutation du même Sentiment. / A Luxembourg, / Chez les Héritiers de J. B. Ferry, / Imprimeur, et Marchand Libraire. 1744. /
1 vol. in-12.; 58 p.

14b. Remarques / De la part / du / Magistrat / de la / Ville / D'Arlon, / sur La Lettre / du Reverend Pere / Bertholet Jesuite, / Au Reverend Pere / Bonaventure / De Luxembourg / Capucin / En Reponse / A la Brochure intitulée, l'Ancienne Tra- / dition injustement attaquée, etc. / Imprimée avec les suivantes à Luxem- / bourg chez les Héritiers de J. B. Ferry, / Imprimeur et Marchand Libraire. 1745. /
61 + 48 p. num. reliées avec: L'Ancienne Tradition d'Arlon.

15. Provisional / Ordnung und Regle- / ment Ihrer Königlicher Majestät un- / sers gnädigsten Landfürsten / Und Herrn. / Belangend die Lag und Uffhebung / der Schatzung oder Landsteuer so dersel- / ben Ihrer Majestät durch die drey / Stände des Lands von Lützen / burg bewilligt. / Mit gnädiger verwilligung Ihro Königl. Majest. / Rath des Hertzogthum Lutzenburg und Graffschafft / Chiny zufolg dero Decret vom 3. Julli 1709. /

Gedruckt zu Lützenburg / Bey Jacob Ferry, Buchdrucker und / Buchhändler auff dem Platz, unter dem / Zeichen des Evangelisten Johannis. / Im Jahr 1709. /
24 p. in-12.; reliées dans: Recueil 27.

16. Provisional / Ordnung Forme und / Regel, so durch die Landregierung des / Herzogthums Lützenburg, / Über die richtliche administration cri- / minalischer proceduren, sampt den gerechtig- / keiten und Salarien der Officianten, Gerichts- / Leuthen, auffgericht worden, alles biss / und

dahin anders darunder versehen / und geordnet werde. / Mit gnädiger verwilligung Ihro Königl. Maiest. / Rath des Hertzogthumb Lützenburg und Graffschafft Chiny zufolg dero Decret vom 3. Julii 1709. /

Gedruckt zu Lützenburg / Bey jacob Ferry, Buchdrucker auff dem Platz, unter dem Evangelisten Johannis / Im Jahre 1709. /

24 p. in-12.; reliées dans: Recueil 27.

«L'Histoire de Moyse (par L. C. Hugo)
Luxembourg, Chevalier, 1699, in-8.
Critique de l'Histoire des Chanoines, ou Apologie de l'Etat des Chanoines propriétaires, depuis les premiers siècles de l'Eglise jusqu'au douzième, avec une dissertation sur la canonicité de l'ordre de Prémontré. (Par le P. Hugo, abbé d'Estival).

Luxembourg, André Chevalier, 1700, in-8.»

«Histoire des successeurs d'Alexandre le Grand, tirée de Diodore de Sicile, mise autrefois en François par Claude de Seyssel (Paris, 1545, in-16.); traduction nouvelle. Luxembourg, Chevalier 1705, in-12.
(Trad. Attribuée au P. Hugo
ou au P. De la Croix)»

«Traité historique et dogmatique des privilèges et exemptions ecclésiastiques. (Par Louis Pisant, bénédictin.) Luxembourg, (imp. de Chevalier), 1715, in-4.»

«Cajus Igula, ou l'Empereur César Caligula, né à Igel le 31 août de l'an 764 de Rome, ou 11e de J. C. ère commune. Essai par forme de dissertation sûr le sujet et l'époque du fameux monument appellé communément la tour d'Igel, situé à l'extrémité du Luxembourg, au bord de la Moselle, entre les confluents de la Sarre et de la Sûre, avec les dessins de ses quatre faces en détail. Luxembourg, de l'imp. des héritiers d'André Chevalier. 1769, in-4, 5 ff. lim., 148 p., 1 f. d'errata et 10 planches».

«Eponge des notes, pour servir de réponse aux remarques d'un anonyme, mises en marge d'une consultation sur le Traité de l'impuissance (du président Bouhier, par J. Bapt. Fromageot). Luxembourg, 1739, in-12.

(Fromageot = Professeur en droit à l'université de Dijon.)»

«Abrégé de la vie du bienheureux Séraphim à Monte-Granorio, capucin, par le père Bonaventure de Luxembourg. Namur, Guil. J. Leclercq, 1768, in-16, 40 p. Henri Remi Micherout.

Réimprimé à Luxembourg en 1738.»

«Les Saints enlevés et restitués aux jésuites, par un professeur de théologie et docteur en droit canon (le P. J.-Jos. Petitdidier, jésuite.) Luxembourg, 1738, in-18.»

«Continuation des Essais de morale, tome quatorzième, contenant la Vie de M. Nicole et l'Histoire de ses ouvrages. (Par l'abbé Cl.-P. Goujet.) Luxembourg, 1732, in-12.»

«Histoire du Comte de Mansfeld, gouverneur de Luxembourg, (Par l'abbé C.-J.-F. Schannat.) Luxembourg, 1707, in-12.»

Nicht angegebene Drucker:

Apologia / Cornelii / Callidii Chry- / sopolitani, / In Orationem Philippi de / Marnix, Domini de S. Aldegonda, pro Sereniss. / Archiduce Austriae Matthia, et Ordi- / nibus Belgicis: / Ad Delegatos Septemvi- / rûm, caeterorum Principum et Ordinum Sa- / cri Imperii V Vormatiano Conventu / habitam Mense Maio, / CIↃ. IↃ; LXXIIX. / Singularis prudentiae, gravitatis et / fidei Germanis S. / Inspicite Germani, seditiones alienas et iis vos non intermi. / scendo, liberam et felicem vestram tranquillita- / tem imperturbandam conservate. /
Sur la dernière page: Luxemburgi, / 1579. /
1 vol. in-12 sans pagination.

9) J.F. Schmit-Brück in seiner Eingabe an die Ständedeputation Luxemburgs vom 24. März 1820 nennt Anne Chevalier «veuve Meistrat».

10) Philippe Scouville, geboren in Champion bei Marche im Jahre 1622, trat in den Jesuitenorden ein und widmete sich, durch Wort und Schrift, der Volkserziehung in einem solchen Ausmaße, daß er am 17. November 1701 in Luxemburg, neunundsiebzig Jahre alt, im Geruche der Heiligkeit verschied. Außer seinen drei Katechismen — in dreifacher Ausfertigung — gab er heraus: «Sancta Sanctorum tractandi sive religiose sacrificandi methodus» (1689, Luxembourg); «Règles et indulgences de la confrérie de Jésus et Marie, sous la protection de S. François-Xavier, pour l'avancement de la doctrine chrétienne, pour garantir l'homme des cinq plus grands maux, et lui procurer une sainte vie et une mort heureuse» (1770, Luxembourg); «Alle Künsten Kunst, die Kunst wohl und selig zu sterben». (1753, Luxembourg); «Catechismus weitläufig, verständlich und gesprächsweis von neuem ausgelegt, mit auserlesenen Exempeln gezieret; mit einigen ausz jeder Unterweisung folgenden Sitten-Schlüssen bereichert» (1682, Köln).

11) Jean-Gaspard Müller stammte aus der Gegend von Boppard, absolvierte einen Teil seiner Studien in Trier und wurde

Sprachenlehrer an der Zentralschule des Wälderdepartementes. Unter dem Kaiserreiche kam er als Steuereinnehmer nach Echternach, wo er später das Amt eines Friedensrichters bekleidete. Im Jahre 1797 richtete er gegen die «Trierische Kronik für den Bürger und Landmann» — von I. J. Stammel — ein Werkchen unter dem Titel: «Auch das Volk soll und darf die Wahrheit wissen.» Bezeichnend für seine liberale Gesinnung war die Versdichtung «Allerweltpfaffenharlekinade», die ihm mehr Feinde als Freunde verschaffte. Müller war ein großherziger Gönner des Echternacher Kollegs. Er starb 1832.

12) Murmellius Jean, flämischer Dichter und Humanist, in Roermond geboren und 1517 in Deventer gestorben; war zuerst Offizier, dann Meister der Künste in Köln, darnach Kodirektor in einer Schule in Münster und schließlich Literaturprofessor in Deventer.

13) Torrentinus Hermann, gewöhnlich Van Beek genannt, Grammatiker, Mitte des 15. Jahrhunderts in Zwol geboren, um 1520 gestorben; er lehrte zuerst in Groningen und zuletzt, als Erblindeter, in Zwol.

14) Jean Custode de Brecht, Grammatiker, bekannt als Lehrer des Jean Despautière. Oder: Brechtus (Brechtanus), im Flämischen: Van Brecht Liévin, 1515 in Antwerpen geboren, 1558 in Mecheln gestorben; bekannt waren seine lateinischen Gedichte.

15) Jean Despautière (im Flämischen: Van Pauteren), Grammatiker, geboren um 1460 in Ninove, gestorben 1520 in Commines; war auch bekannt unter dem Namen: Johann der Ninivite; er war Professor in Löwen und Verfasser des Buches: «Commentarii grammatici.»

16) Rivius (Jean Rivière), im Flämischen: Van Rivieren, 1599 in Löwen geboren, 1665 in Regensburg als Augustiner gestorben.

17) Rudolf Agricola, Philologe, 1443 in der Nähe von Groningen geboren, 1485 gestorben; er trug viel zur Belebung der Literatur in Deutschland bei; sehr bewundert wurde sein Buch: «De inventione dialectica.»

18) Boetius (La Boétie) Etienne, 1530 in Sarlat geboren, 1568 in Germignan gestorben; er verfasste lateinische Gedichte, übersetzte viel und gab hervorragende Studien heraus; wahrscheinlich ist dieser Freund Montaignes gemeint; die meisten seiner Schriften gingen verloren.

Oder:

18) Boethius Anicius Manlius Torquatus Severinus, römischer Philosoph und Staatsmann, um 480 in Rom geboren, 524 in Calvenzano hingerichtet; er war ein großer Übersetzer und Erklärer der Schriften des Aristoteles.

19) Clenart oder Kleinarts Nicolas, flämischer Philologe, in Diest 1495 geboren, in Granada 1542 gestorben; er lehrte Griechisch und Hebräisch und verfaßte die Schrift: «Institutiones linguae graecae».

20) Gaza oder Gazes Theodor, Hellenist, Übersetzer und Grammatiker, 1398 in Thessalonike geboren, 1478 in Calabrien gestorben.

21) Lascaris Konstantin, griechischer Gelehrte, Verfasser einer griechischen Grammatik, 1493 in Messina gestorben.

22) Menander, griechischer Komödiendichter, in Athen 342 vor Ch. G. geboren und 292 gestorben; Terentius und Plautus ahmten viele seiner hundertundacht Werke nach; seine «Sentenzen» sind nur Auszüge aus seinen Schriften.

23) Batrochomyomachia, ein burleskes Gedicht, das die Werke Homers zu ridikülisieren unternahm; es wurde später in fast allen Sprachen nachgeahmt.

24) Alle Nachforschungen nach dem Autor des Flugblattes «La Nation Belgique» blieben ergebnislos. Weder Barbier noch de le Court führen das Werk an. Da sein Inhalt auch für Luxemburg von Bedeutung war, sei er nachfolgend wiedergegeben:

«Les voeux de toute la nation ne peuvent se porter qu'à la reconnaissance pour la louable intention que Sa Majesté témoigne au commencement de sa Lettre du 3 courant de n'avoir jamais voulu renverser la constitution de ses Provinces Belgiques.

L'homme qui a le pouvoir en main, et qui en ne faisant point de bien évite le mal, approche toujours du sentier de la vertu.

Et comme toutes les dispositions de Sa Majesté ne tendent uniquement qu'au plus grand avantage de ses fidèles sujets des Pays-Bas, on ne peut et on ne doit lui attribuer les projets inconstitutionels exécutés en son nom et qu'il menace encore d'outrer, si la nation n'est plus susceptible de rendre la justice due à ses démarches désintéressées, ou si elle n'acquiesse point à la volonté suprême de Sa Majesté.

Convaincue de la nature du Gouvernement de ses Provinces si chéries, en vertu de quoi Sa Majesté ne tient la Souveraineté,

que pour autant que la fidélité du contrat est observée et que le bonheur du peuple l'exige, Elle ne peut être supposée avoir voulu excéder un pouvoir borné par le droit des nations et par la Religion du Serment.

Des instances multipliées, des requêtes sans nombre, des protestations infinies contre des abus des plus marqués; enfin une tyrannie subordonnée lui auront sans doute dicté les réformes avantageuses que la nation a rejetté avec dédain, n'y trouvant point le but désiré.

Mais hélas! comment concevoir malgré l'audace et la déraison de cette même nation qu'un caractère tout opposé, que des moeurs sauvages, qu'une société silvaine enfantât une législation, un plan de Gouvernement compatible avec la douceur, l'ingénuité, et l'affabilité des provinces voisines d'un Etat, qui, au milieu de la Monarchie ne respire que la liberté, l'honneur et la civilité en secouant tout soupçon de violence ou de contrainte.

Le plan de l'administration de la justice, où le défenseur n'avoit aucune chance, où l'intérêt personnel de Sa Majesté entrait toujours pour une part dans la division des possessions particulières, où regnoit une taxe volontaire, où on ajoutoit autant de foi aux soupçons qu'à la vérité, où en un mot les délais et les dépenses étoient beaucoup plus énormes et excessives que les abus que Sa Majesté désiroit redresser: — L'établissement des intendances maintenues par le Knout et le Bâton: le pouvoir arbitraire, illimité des préposés à la direction d'une police propre à tout convertir en Bureaux et Bouchers: — Les reformes ensuite des anciens privilèges, la suppression des fondations particulières, étayées sur les abus nuisibles, mais imaginaires, glissés contre le but de leur concession primitive; l'envahissement des propriétés des communautés, membres de la société; cet envahissement dis-je, sans les entendre, pouvoit-il, comme le reste, s'allier aux anciennes habitudes des provinces tranquilles, riches et florissantes au milieu de tous leurs excès?

Non: la petitesse de l'optique d'un seul homme n'a sans doute pû rapprocher de si près des si vastes objets et si éloignés, pour les réunir au point mathématique d'où sortoit l'immensité des calculs et des tabelles. La langue même dont Sa Majesté a daigné se servir, n'a pû plier à faire comprendre à ses fidèles sujets, le contraire de ce qu'il écrivoit, de ce qu'elle émanoit dans ses édits pour avoir force de loi.

La surveillance à l'exécution des loix n'entra jamais dans le proëme, ni dans le corps de l'édit ou diplôme pour l'établissement des Intendances: la surveillance aux affaires publiques sous un pouvoir arbitraire, sous un despotisme tyrannique éclatoit à chaque ligne.

Dans le diplôme pour l'établissement des nouveaux tribunaux ce n'étoit point non plus la considération sur la longueur

des procédures ou sur les dépenses qu'elles entraînoient qui y donnoit l'être, mais le désir d'une uniformité monotone pour tous les vastes Etats d'un Monarque qui par sa grandeur veut tout reduire au petit.

Loin donc que la Nation Belgique ait pû prévoir au milieu de ces contradictions ou contrariétés apparentes que les veilles d'un bon père et d'un homme qui sait beaucoup pardonner et compâtir à la déraison, ne tendoient qu'à son bien-être, elle a cru devoir par ses réclamations supplier pour un anéantissement conciliatoire de ce qu'elle même elle ne pouvoit accorder: et c'est pourquoi, ne considérant point qu'elle avoit des personnes dans son sein, qui n'avoient rien à perdre, et sur lesquelles Sa Majesté jetteroit un regard favorable sans les assister; elle a osé se servir de la liberté que lui accordoit le Contrat constitutionnel, d'en appeler à Dieu et aux hommes pour le maintien d'un serment et d'une loi dont la teneur lui paraissoit aussi claire que les paroles dans lesquelles elle étoit conçue.

Cette démarche devoit-elle produire, dans la raison de tout calcul, une animosité, une pique, des ménaces, une colère calquée sur les principes de l'équité la plus parfaite, et uniquement tendante au bien-être de ses sujets, qui n'ont jamais manqué à leur devoir de fidélité?

Ce moment est un songe, le calme succédera à l'orage; la méditation solitaire éloignera des conseils pernicieux; et loin de persister dans une demande (la demande de Députés de Vienne) inconstitutionnelle pour le redressement des griefs auxquels les Provinces n'y ont aucune part; Sa Majesté, toujours bienveillante, portera son regard doux sur une nation qui ne réclame que sa bonté: c'est le souhait du peuple, et c'est ce qui le nourrit au milieu des doutes et des craintes, que la lettre du 3 de Juillet étoit propre à susciter.»

25) Der Artikel, auf den sich die Zurechtweisung bezog, hatte diesen Wortlaut:

«A l'Auteur des Réflexions sur les Edits émanés récemment aux Pays-Bas, de la part de l'Empereur, en matière Ecclésiastique. A Bruxelles, chez Pauwels, Imprimeur de Sa Majesté, à la Grand'Place. 1786.

Monsieur,

Je viens de lire vos Réflexions avec le défi dont vous les accompagnez, qui est conçu en ces termes: Je défie maintenant qui que ce soit de trouver dans les Ordonnances de l'Empereur un seul article qui blesse le pouvoir de cette divine Mission, dont l'unique objet a été le salut des ames, p. 5.

J'accepte votre défi, Monsieur, et j'avance hardiment que dans les Edits et Ordonnances de l'Empereur en matière

Ecclésiastique, il y a plus de cent articles qui blessent ou le Droit Naturel, ou le Droit Divin, ou le Droit Ecclésiastique, et très-souvent ces trois sortes de Droits tout-à-la-fois. C'est ce que je démontre dans un Ouvrage intitulé: Les cent Nullités des Edits, Ordonnances, Principes de Législation et dispositions quelconques de l'Empereur Joseph II, dans les matières purement Spirituelles ou Ecclésiastiques, adressées à l'Empereur lui-même.

Cet ouvrage composé depuis plus de deux ans, est resté manuscrit jusqu'à cette heure, parce que je n'ai point trouvé d'Imprimeur qui ait eu le courage de le mettre sous presse; mais j'admire la divine Providence qui me fournit aujourd'hui une si belle occasion de lui faire voir le jour, sous vos auspices et par votre médiation: oui, Monsieur, oui, après le défi public que vous faites, vous êtes obligé en honneur et en conscience de m'obtenir de l'Empereur ou du Gouvernement de Bruxelles qui représente Sa Majesté Impériale, la mission de faire imprimer, à mes frais, l'Ouvrage dont je vous parle, dans les Pays-Bas-Autrichiens; sans cela, vous vous couvrez d'un opprobre éternel aux yeux de la génération présente et de toutes les races futures, qui liront dans les fastes de l'Histoire, qu'il s'est trouvé à Bruxelles l'an 1786 de l'Ere Chrétienne, un fanfaron assez lâche pour proposer publiquement un cartel littéraire, et pour retenir en même temps dans les fers, l'Ecrivain qui l'avoit accepté ce cartel, et qui mouroit d'envie de se battre de plume, contre le proposant. Sans cela aussi, vous vous confesserez vaincu, et vous ferez triompher votre adversaire, en lui mettant la palme en main. Sans cela encore, et voici ce qui est d'une toute autre importance, sans cela encore, vous trahirez la cause et la Personne sacrée du Monarque, dont j'admire les rares qualités aussibien que vous, et dont les vrais intérêts me touchent infiniment plus, qu'ils ne vous touchent vous-même.

Vous ne pourrez donc, Monsieur, vous dispenser de m'obtenir la permission que je demande, je l'attends incessamment; et afin qu'elle me parvienne infailliblement, il suffira de la faire insérer dans le Mercure général de l'Europe, à l'article de Bruxelles. Comme je suis abonné à cet Ouvrage périodique, qui s'imprime à Tournai, la permission que je demande ne m'échappera surement pas, quand elle y sera. Alors et sans aucun délai, je mettrai mon nom à la tête de mon manuscrit, je l'enverrai au Sieur Pauwels, Imprimeur de Sa Majesté Impériale à Bruxelles, qui a imprimé vos Réflexions, je le prierai d'imprimer mon Ouvrage, comme il a fait le vôtre, même format, même caractère, et de me donner le Notaire de Bruxelles qu'il trouvera bon pour que je dépose entre les mains le prix de l'impression de mon Ouvrage, qui sera celui qu'il a coutume de prendre, selon le nombre des feuilles et des exemplaires que je lui dirai.

Ca donc, brave et valeureux champion, prompt, partez, précipitez vos pas, courez, volez, élancez-vous avec moi dans

l'Arène, je brûle d'y rompre une lance avec vous, et c'est dans les bouillons de cette noble ardeur que je suis, N. × × × Le 8 Janvier 1787.

N. B. Je ne changerai rien à mon Ouvrage, je le ferai imprimer tel qu'il est depuis plus de deux ans que je l'ai composé; mais j'y ajouterai quelques annotations sur vos Réflexions, Monsieur, et sur l'Ouvrage touchant l'Institut des Séminaires généraux, dont vous nous annoncez une Traduction Françoise, qui ne tardera point à paroître: quand je l'aurai entre les mains, mes Notes ne tarderont pas non plus à se montrer au grand jour.»

François-Chrétien-Sidoine de Gerden, geboren in Luxemburg, am 11. Dezember 1711, dort gestorben am 28. März 1787. Seine Eltern, Jean-François Gerden und Marie-Sidonie Hack schienen in Düdelingen wohnhaft gewesen zu sein. F. C. S. Gerden studierte in Löwen, wurde am 12. August 1735 im Rate der Rechtsanwälte in Luxemburg aufgenommen, erhielt seine Ernennung als Präsident am 14. Mai 1755, wurde am 16. Mai 1775 nobilitiert und erwarb sich im Laufe eines arbeitsvollen Lebens die Sympathien sowohl der Mitbürger wie auch des Hofes.

26) Es handelte sich wahrscheinlich um das Werk «Esprit et génie de Raynal, tirés de ses ouvrages. Montargis, Le Quatre, 1777, in-8». Gleich bei Erscheinen wurde es in Frankreich verboten. Der eigentliche Autor, Abbé J. B. Hédouin, bewog seinen Verwandten, Hédouin de Ponsludon, öffentlich die Verfasserschaft zu übernehmen.

27) Verfasser der Schrift: «De l'authorité des deux puissances (Liège, Lemarié, 1788, 4 vol.)» war Abbé Pey, der in der geschicktesten und gelehrtesten Weise über die Autorität im allgemeinen, sowie über die zeitliche und über die geistliche im besondern zu dozieren wußte. Anlaß zum Verbote gab wohl der übertriebene Anteil an der Autorität, den er für die Kirche festlegte.

28) Jean-Joseph Havelange, geboren am 16. Oktober 1729 in Dieuport (Provinz Lüttich), studierte in Mecheln, trat in den Jesuitenorden ein und wurde Philosophieprofessor am Kolleg in Luxemburg. Im Jahre 1786 geriet er in Widerspruch zum Josephinismus, verlor seine Stellung und ging nach Löwen, wo er, ein Jahr nach der Publikation seines Werkes «Ecclesiae infallibilitas», für welches ihn der Papst beglückwünscht hatte, 1789 Universitätsrektor wurde. Wie er Joseph II. widerstanden hatte, so widerstand er den Franzosen: er verweigerte den Treueid und mußte den Qualenweg nach Cayenne gehen, wo er am 17. September 1798 im Elend umkam.

Von ihm waren, außer dem genannten Buche, noch erschienen:

«Lettre adressée à tous les archevêques et évêques dont le diocèse s'étend sur la province de Luxembourg. 1787, Luxembourg»,

«Avis touchant l'acceptation et l'usage des bons présentés aux ecclésiastiques supprimés, 1797, Louvain»,

sowie verschiedene Thesen in Luxemburg. Die meisten seiner Werke wurden in Luxemburg gedruckt, wahrscheinlich bei der Witwe Kleber.

In einer Publikation über «Quelques épisodes de l'époque Autrichienne» (Jonghémecht, Nrn 10, 11, 12 des Jahres 1939) führt Louis Wirion ein «Manifeste à la Nation Luxembourgeoise» an, welches gegen Ende des Jahres 1789 erschienen sein soll und sich auch kurz mit Professor Havelange abgab. In diesem Manifest hieß es unter anderm:

«Nous protestons en conséquence, avant tout, contre l'école publique de séduction Séminaire-filial, école établie par une autorité incompétente, et organisée de la manière la plus arbitraire.

Nous protestons contre la dénomination (car elle porte sur un point essentiel) de ce prétendu Séminaire général qui n'a jamais acquis une existance légale, qu'il est condamné et par l'anathème, et par un jugement épiscopal.

Nous protestons contre la direction de cet établissement, confiée à des étrangers suspects et dangereux; contre la présidence d'un jeune homme de Trèves aussi inepte que suffisant, élevé à ce poste important précisément pour avoir flatté le pouvoir, trahi son Evêque et sa conscience, contre les Vice-Recteurs par lui arbitrairement introduits; contre les quatre professeurs, hommes justement suspects et vendus au pouvoir; nommément contre le Professeur des Langues Orientales (chaire parfaitement inutile pour la Province, et de plus très dangereuse, comme il est constaté par les exemples les plus évidens et les plus multiplies; contre le Professeur laïque du Droit Canon dont les erreurs ont été taxativement dénoncées et démontrées, sans d'autre effet que de renforcer la morgue de ce Professeur paradoxal.

Nous protestons contre l'existence d'une chaire de «Théologie Pastorale», invention nouvelle et allarmante pour des Catholiques, marotte tudesque digne de figurer dans les titres honorifiques de ce siècle.

Nous protestons contre l'existence de quatre Préfets subordonnés et soudoyés aux dépens de la Province, uniquement pour élargir les voies de l'erreur et d'une nouveauté profane.

Nous protestons contre l'emploi d'un Moine discole pour diriger les consciences des Candidats du Sacerdoce, destinés à être les Docteurs et les flambeaux de la Patrie.

Nous protestons contre la déposition injuste des Professeurs Havelange et Quenon; contre l'état de détresse où languissent ces deux personnages utiles et respectables; contre le procès révoltant intenté au premier par le ministre fiscal pour avoir décélé le piège tendu à une jeunesse innocente et inconsidérée...»

In die lange Reihe dieser Protesttexte wurde auch das Schrifttum einbezogen:

«Nous protestons contre la suppression du Journal de l'Abbé de Feller, contre l'inquisition terrible qui s'exerce sur les postes, les Lettres, les Livres et les Langues; contre la manie des confiscations et des amendes et autres vexations; contre la stagnation ruineuse du commerce de Librairie.»

Desgleichen veröffentlichte Wirion im selben Zusammenhang eine «Lettre adressée par quelques notables de la Province de Luxembourg à Mr. l'Abbé Brosius.»

Henri-Ignace Brosius, geboren in Virton um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Sein Vater Henri war Notar in Luxemburg, wo Henri-Ignace seine Seminarstudien absolvierte, um dann in den Jesuitenorden einzutreten. Mit 19 Jahren begann er seine schriftstellerische Tätigkeit, vor allem polemischer Art gegen die Reformen des Kaisers Joseph. Mit de Feller verband ihn mehr eine Kampfgenossenschaft als eine rechte Freundschaft. Von 1783 leitete er das «Journal historique et politique des principaux événements des différentes cours de l'Europe», die ab 1788 den Nebentitel «Esprit des Gazettes» führte. Als Verfolgter zog sich Brosius nach Lüttich zurück. Beim Ausbruch der französischen Revolution ging er nach den Vereinigten Staaten, von wo er zurückkehrte, um gegen 1830 in Preußen zu sterben.

29) Der Autor dieser «Recherches historiques» war der Arzt Jean François Vandevelde. Das Werk erschien 1788 ohne Angabe des Druckortes. Im Jahre 1797 beteiligte er sich sehr stark an der Publikation: «Motifs qui empêchent les ministres du culte de faire la déclaration exigée par la loi du 2 vendémiaire an IV: Je reconnais que l'universalité des citoyens français est le souverain, et je promets soumission et obéissance aux lois de la République. Malines, 1797».

30) Der vollständige Titel lautete: «Abrégé d'un ouvrage qui a pour titre: Histoire et Fatalité des Sacrilèges, vérifiés par des faits et des exemples tirés de l'histoire sainte etc. Par Henri Spelman, historien anglais, nouvelle édit. plus correcte et augmentée par des additions intéressantes. Bruxelles, 1789, in-8.; 150 p.».

Verbesserer und Vermehrer war unser berühmter Landsmann, Abbé Fr. X. de Feller.

31) Claude de Launoy, Graf de la Motterie (Lille) war, nach der Formulierung von Nicolas Majerus (Band V seiner Sammlung: «Die Luxemburger Gemeinden»), eines der Hauptmitglieder des Hofes der Erzherzöge Albert und Isabella und wurde später Gouverneur von Maastricht und Namür. Er gehörte zur Familie der Clerfer Schloßherren.

32) Ein Werk solchen Namens ist nicht aufzufinden. Die einzige Schrift dieses Jahres 1789: «Discours aux Liégois dans les fers, Liège», war vom Abbé Jehin verfasst worden.

Marcel le Maire S.J. gibt freilich in seiner Schrift über Fr. X. de Feller folgendes an:

«Le dernier décret en matière de censure, le fait ne manque pas de piquant, date du 4 novembre 1789 et porte condamnation du «libelle incendiaire» intitulé: «Le Peuple brabançon» de Henri van der Noot.»

33) Die Zeitung «Der Pariser Zuschauer» erschien zum ersten Male am «1. Jaenner 1796». Gedruckt wurde sie — in lateinischen Lettern — in der Rue Honoré, 94, und dann «bei dem Bürger Palissaux, rue fauxbourg Poissonnière, No 2». Am 19. April 1796 teilte sie ihren Lesern dieses mit:

«Der Bürger G. W. Boehmer, welcher bisher an dieser Zeitung mitarbeitete, hat heute seine Reise nach Luxemburg, wohin er als Richter des Departements des Forêts berufen ist, angetreten, und wird in seiner neuen Laufbahn den Gemeingeist, welchen er bis jetzt durch Schreiben zu beleben suchte, durch Handhabung der Gesetze befestigen. Er machte während seines Aufenthaltes dahier, welcher ein Jahr dauerte, die französische Literatur zu seinem Hauptstudium, und war so glücklich, eine vollständige Sammlung so wohl der größeren als der kleineren Schriften, welche seit der fränkischen Revolution herausgekommen sind, und zur Geschichte derselben gehören, zusammen zu bringen. Er hat so wohl der Franken-Republik als seinen Landsleuten diesseits des Rheines einen öffentlichen Beweis von seinem patriotischen Eifer dadurch gegeben, daß er die Schriften, welche die Vereinigung der linken Rhein-Seite mit der Republik bei Gelegenheit der über diesen Gegenstand von einem deutschen Patrioten aufgeworfenen Preisfrage herausgekommen sind, gesammelt, und in drei Heften zum Druck befördert hat. Die Sammlung erschien unter folgendem Titel: «La rive gauche du Rhin, Limite de la République française, ou recueil de plusieurs dissertations, jugées dignes des prix proposées par un négociant de la rive gauche du Rhin. Publié par le Cit. Georges-Guillaume Böhmer, ex-député à la Convention Nationale Rhéno-Germanique». Durch diese Schriften ist die Frage von den Vortheilen, welche sowohl die Republik als die zu vereinigenden Länder selbst aus dieser Einverleibung ziehen, vollkommen erschöpft, und nach all ihren möglichen Beziehun-

gen auf Politik und Statistik, auf Ökonomie und Finanzen, auf den Kriegszustand und die leichtere Vertheidigung der neuen Gränze, auf das Gleichgewicht in Europa und den allgemeinen Frieden betrachtet worden. Im dritten Hefte findet sich eine Schrift, welche die entgegenstehende Meinung vertheidigt, aber von dem Herausgeber in treffenden Anmerkungen widerlegt worden ist.»

34) Der «Courrier de l'Escaut» erschien, unter wechselnden Namen, von 1784 bis 1819. Der Hauptschriftleiter hieß Baret und wurde Mitglied des Aeltestenrates.

35) Die Berichtigung, welche auf der letzten Seite der 72. Nummer erschien, hatte diesen Wortlaut:

«Nous trouvons dans le «Républicain du Nord» No 198, une lettre du citoyen Duportail, secrétaire de l'administration des Forêts, qui est relative à un article inséré, il y a quelque tems, dans cette feuille, relativement aux troubles qui s'étoient élevés dans le Luxembourg. Il paroit, d'après cette lettre, que nous avons été induits en erreur sur quelques faits, et par conséquent que la réflexion qui termine l'article est déplacé. Nous nous ferons toujours un devoir de rectifier ce qu'il pourroit se trouver de faux ou d'exagéré sur les articles que nous donnons au public, parce que l'écrivain le plus éclairé et le plus patriote n'est pas exempt de l'erreur; nous terminons cet article par un adage connu, qui dit: «que nul n'est infaillible».

36) Mit seiner 177. Nummer, vom 19. Juli 1796, gaben die Herausgeber den Luxemburgern dadurch Satisfaktion, daß sie den «Pariser Zuschauer» in gotischen Lettern drucken ließen.

37) Luxembourg, le 8 Février 1835.

Monsieur le Président,

Je vais tâcher de répondre enfin à l'invitation que V. Ex. m'a fait l'honneur de me faire itérativement par ses trois dépêches du 10 et du 30 Janvier dernier et du 7 de ce mois Beau Part. (Bureau Particulier) No 16 J. p. de 1825 de lui fournir ma part de renseignements pour la rédaction d'une instruction complète et détaillée pour le fonctionnaire qui serait chargé d'exercer la censure et d'accorder *l'imprimatur* (!) ou la permission de débiter un ouvrage, instruction et fonctionnaire qui ne seraient pas destinés à être connus du public.

Je doute beaucoup, Monsieur le Président, que le censeur à nommer puisse longtemps rester ignoré du public; au moins l'instruction qu'il s'agit de préparer pour lui servir de règle de conduite dans l'exercice de son ministère, devrait donc déjà pourvoir à ce qu'il ne dût pas se faire connaître lui-même aux intéressés; ce n'est pas là le seul rapport sous lequel elle devrait

lui tracer la marche à suivre, quant à la forme, tandis qu'elle devrait non moins nécessairement déterminer en outre, pour autant qu'il serait possible, sa manière de procéder quant au fond, à l'appréciation des écrits et imprimés, pour juger s'ils seraient ou non susceptibles de pouvoir être mis en circulation dans le Grand-Duché.

Je pense donc devoir examiner cet objet sous ce double point de vue, en commençant par ce qui concerne le mode de l'exercice de la censure, quant à la forme.

Si la tâche du censeur ne devait consister, Monsieur le Président, qu'à prendre connaissance des écrits et des imprimés, à faire respectivement imprimer ou importer et à donner à Votre Excellence, après les avoir examinés, son avis motivé sur le point de savoir si l'impression ou l'importation pourrait en être permise ou non, la décision à prendre à ce sujet émanerait de Votre Excellence même et pourrait être formulée et signée comme à l'ordinaire.

Mais si le fonctionnaire devait être investi du droit de statuer personnellement, à cet égard, ce qui pourrait sembler être préférable, ne fût-ce que pour laisser ouvert le recours à Votre Excellence pour prononcer en dernier ressort, il faudrait le mettre à même de pouvoir le dispenser de toute communication verbale ou par écrit, pour notifier sa résolution en apposant, au moyen d'une griffe, sur les écrits ou imprimés une empreinte qui serait déterminée à cet effet.

Le mot *imprimatur* paraîtrait être adopté déjà d'après la susdite dépêche du 10 janvier dernier et pouvoir aussi, pour être empreint sur le manuscrit soumis à la censure, afin d'en autoriser l'impression; cependant à cause de sa simplicité même, ce signe ne pourrait pas être employé seul, peut-être sans danger qu'il ne pût être trop facilement contrefait, ce qui serait déjà plus difficile si l'empreinte devait en être accompagnée de celle de l'indication par jour, mois, an de la date de la permission qui serait accordée; il pourrait encore être pris d'autres précautions pour prévenir cet abus, telles que l'obligation qui serait imposée à l'auteur, éditeur ou imprimeur, de devoir conserver pendant le temps fixé pour la prescription, du délit d'impression sans autorisation et représenter à toute réquisition le manuscrit revêtu de *l'imprimatur*, et la tenue d'un registre sur lequel le dit auteur, éditeur ou imprimeur certifierait par l'apposition de la signature la remise qui lui serait faite de ce manuscrit avec l'empreinte qui serait identiquement répétée à l'article y correspondant de ce registre.

Le dit registre serait ouvert au Secrétaire Général. Il servirait à l'inscription par ordre de date du titre de chaque écrit qui serait déposé selon le prescrit de l'art. 1er § 1er de l'arrêté de Sa Majesté du 4 Janvier dernier, avec mention du nombre de feuilles que l'impression en contiendrait et du nom

de l'auteur, éditeur ou imprimeur et de celui du rédacteur si c'était un écrit quotidien ou périodique; il serait en deux parties dans l'une desquelles les indications prémentionnées seraient transcrites d'après une déclaration qui devrait accompagner la remise du manuscrit et serait immédiatement restituée après avoir été dûment signée pour récépissé de ce dépôt, tandis que l'autre partie serait réservée pour y consigner en regard de chaque article d'inscription, la décision dont serait l'objet l'écrit y désigné.

Si peut-être plus tard les manuscrits qui ne devraient pas être imprimés à Luxembourg, pouvaient être disposés au Secrétariat de la Régence du lieu dans lequel l'impression devrait en être effectuée, à l'effet d'être sur le champ transmis à Votre Excellence avec un double de la déclaration précitée, pour être examinés après leur inscription au susdit Registre, la seconde partie prérappelée de celui-ci pourrait en être détachée pour être, avec le manuscrit, envoyée toute prête à recevoir la signature du déposant et être, à son retour, rattachée à la première partie du même régistre dont la production serait déclarée suffisante dans tous les cas, pour faire preuve en justice de son contenu.

Ce régistre remplacerait celui dont la tenue était prescrite aux mêmes fins, à chaque imprimeur par les articles 10, 11 et 12 du décret du 5 Février 1810 ·/. No 5155 bulletin No 264, 4e série, tome 12 ·/. contenant réglement sur l'imprimerie et la librairie.

La permission d'imprimer qui devrait toujours être consignée sur le manuscrit, devrait-elle l'être également sur chaque exemplaire imprimé, soit qu'elle y fût répétée telle qu'elle se trouverait sur le manuscrit même, soit qu'elle fût seulement reproduite imprimée?

L'obligation qui serait imposée à qui de droit de mentionner en tête de chaque exemplaire imprimé d'un écrit, la permission obtenue de le faire imprimer pourrait sembler être une précaution utile pour prévenir la circulation d'écrits imprimés sans autorisation, parce qu'elle aurait pour conséquence que tout imprimé qui ne serait pas pourvu de cette mention, serait pour cela même présumé n'avoir pas été soumis à la censure et comme tel être susceptible aussi être saisi partout où il se trouverait; il paraîtrait cependant inutile de rendre la tâche du censeur plus laborieuse et d'occasionner un déplacement des imprimés en exigeant que chaque exemplaire en fût muni de la permission d'imprimer de la même manière que le serait le manuscrit; et il semblerait pouvoir suffire pour atteindre au but que cette permission y fût reproduite imprimée, à condition cependant qu'en cas d'impression non seulement sans autorisation, la peine encourue du 1er chef pourrait à raison du 2e être

augmentée jusqu'à concurrence du quart en sus au moins et du double au plus, selon les circonstances.

Pour ce qu'il en serait du refus de la permission d'imprimer, il semblerait n'avoir pas besoin d'être autrement constaté que par la déclaration à signer au régistre par le déposant de la remise à lui faite du manuscrit non approuvé.

Mais il pourrait arriver que l'obtention de cette permission ne dut être subordonnée qu'à certains changemens ou retranchemens; il serait donc indispensable de procurer au censeur un moyen de pouvoir, sans communication verbale ou par écrit, signaler les mots, les phrases ou les passages à supprimer et ceux à changer, et les distinguer suffisamment les uns des autres; il faudrait donc déterminer encore les signes particuliers dont l'empreinte indiquerait sur le manuscrit, ce qu'il y aurait à faire à cet égard; ces signes pourraient consister dans les marques ordinaires de la parenthèse ( ), qui seraient placées, l'une devant et l'autre derrière les mots, les phrases et les passages à modifier, et dans une ligne horizontale qui serait empreinte sur les mots, les phrases et les passages à supprimer; dans le premier cas, le manuscrit serait remis au déposant à charge d'apposer sa signature au régistre à la suite des mêmes empreintes y faites que sur le manuscrit et y indiquée en outre par celles du No de la page et de la ligne du manuscrit et du chiffre du nombre des mots à changer, et sauf à reproduire le manuscrit modifié pour le faire examiner de nouveau; dans le second cas, le manuscrit serait restitué muni de la permission d'imprimer, et le régistre conserverait outre l'empreinte de cette permission, celles des suppressions y faites, lesquelles seraient annotées par le même signe distinctif que sur le manuscrit et en outre, par le No de la page et de la ligne et par le chiffre du nombre des mots rayés; mais il faudrait aussi prescrire que dans ce cas, la place des passages supprimés ne pourrait pas être laissée en blanc et non remplie par la suite de l'écrit, s'il ne paraissait pas pouvoir suffire à cet effet, de statuer que l'imprimé qui ne serait pas entièrement conforme au manuscrit approuvé serait considéré comme étant en contravention.

Je passe Monsieur le Président à l'examen des formalités à prescrire pour les imprimés qui sans autorisation préalable, ne pourraient pas être importés d'un pays qui ne fait pas partie de la confédération germanique sur le territoire de cette confédération dans le Grand-Duché de Luxembourg; et j'ai l'honneur de faire observer à Votre Excellence qu'à l'égard de ces imprimés, il ne peut y avoir lieu jamais qu'à donner ou refuser le permis réclamé d'introduction, et non d'y faire faire des suppressions ou des changemens; qu'il n'est nécessaire non plus de déterminer qu'une seule empreinte, celle énonciative de la permission accordée; qu'en effet, le refus de cette permission emporterait séquestration des imprimés déposés jusqu'à leur réexportation

avec les précautions requises, et que l'usage du régistre dont la tenue est proposée ci-avant, ne serait pas moins utile pour y consigner les renseignemens relatifs à ces imprimés venant du dehors de la confédération.

La question qui se reproduit nécessairement ici de savoir si chaque exemplaire d'un imprimé dont l'introduction serait autorisée, devrait en porter la preuve avec lui dans la circulation, me semblerait devoir être résolue affirmativement pour le motif entre autres que ce serait un moyen facile de distinguer non seulement ceux de ces imprimés qui seraient importés avec autorisation, de ceux qui seraient répandus, sans permission, mais encore, le cas échéant, les exemplaires d'un imprimé dûment introduit, dont l'importation aurait précédé, de ceux dont la mise en circulation aurait suivi la suppression en prononcée par la sérénissime Diète; c'est aussi ce que prescrivait l'article 38 du décrèt sus invoqué du 5 février 1810; et il va sans dire, que l'empreinte ne pourrait être ainsi apposée sur chaque exemplaire qu'en original, par le censeur même.

Pour ce qui concerne les journaux compris au nombre de ces imprimés, il ne serait peut-être pas nécessaire de les faire marquer d'une empreinte particulière, parcequ'ils doivent être déjà visés pour timbre au Bureau de la poste avant de pouvoir être distribués; il pourrait donc sembler suffire d'enjoindre au Directeur de la poste de n'en viser aucun, sans en avoir obtenu l'autorisation de Votre Excellence; et cette autorisation n'aurait même pas besoin d'être manifestée autrement que par le renvoi pur et simple au bureau de la poste de l'exemplaire que le Directeur serait tenu de communiquer de chaque journal avant toute distribution, parceque si cette distribution ne pouvait pas être permise, tous les exemplaires du Journal devraient être saisis entre les mains du Directeur, par procès-verbal dont copie lui serait laissée pour sa décharge, et mention serait faite au régistre en regard de l'article concernant chaque journal en particulier, soit du renvoi de l'exemplaire en communiqué, soit de la saisie opérée de tous les exemplaires du même journal.

Le résultat de ces mesures à l'égard des journaux serait d'une part, que tout imprimé de cette espèce qui serait trouvé circulant sans être muni du visa pour timbre, ne serait pas seulement le corps de délit d'une fraude du droit de timbre, mais encore celui d'une infraction de l'article 1er § 2 et 3 de l'arrêté préappelé de Sa Majesté, du 4 janvier dernier, et d'autre part, que le Directeur de la poste pourrait en le visant pour timbre sans communication préalable, laisser circuler un journal qui n'aurait pas été soumis à la censure, mais cet abus pourrait sembler n'être pas très à craindre, parcequ'il ne serait pas à présumer de la part d'un fonctionnaire public et parcequ'il y aurait un double moyen de le découvrir, s'il était commis, celui de faire rendre à l'autorité supérieure, par la police, un

compte mensuel ou trimestriel des journaux en circulation dans les différentes localités, et celui de faire fournir aussi par mois ou par trimestre, un extrait indicatif des journaux à raison desquels la Direction des postes perçoit les frais de timbre, afin de comparer cet extrait du compte qu'elle rend de cette perception, des journaux communiqués par le Directeur de la poste, pour les faire examiner.

Il est à remarquer d'ailleurs qu'aux termes de l'art. 1er de l'arrêté susdit, c'est à Luxembourg que le Dépôt doit se faire et que par conséquent, l'obligation de l'effectuer, quant aux journaux, en incomberait au seul Directeur de la poste du dit Luxembourg; et cette observation provoque naturellement celle que l'exécution de cet article 1er exigerait qu'après le rétablissement de l'ordre légal, tous les journaux destinés à des habitans du Grand-Duché dussent passer par le bureau de cette ville, pour être expédiés de là, non sans un plus ou moins long retard aux autres bureaux, sans que ces bureaux et bien moins encore les abonnés pussent les recevoir directement.

Pour en finir avec ce qui concerne la forme de l'exercice de la censure, je crois devoir Monsieur le Président, appeler l'attention de Votre Excellence sur les précautions prescrites par les articles 36 et 37 du décrêt prémentionné du 5 février 1810, pour prévenir qu'aucun livre imprimé à l'étranger, ne put être introduit sans la permission réquise.

Je m'occuperai maintenant de l'examen du mode à régler pour autant qu'il serait possible, de l'appréciation des écrits et imprimés qui ne pourraient pas être imprimés et respectivement importés sans autorisation préalable, pour décider s'il y aurait lieu d'accorder ou de réfuser la permission nécessaire à cet effet.

Plus M. le Président, je réfléchis sur cet objet, depuis la réception de la dépêche précitée du 10 du mois passé, moins je le trouve susceptible d'être réglé d'avance par des instructions précises et détaillées et autrement que par des considérations plus ou moins générales, sur le but auquel la censure doit tâcher d'atteindre et sur l'esprit qui doit en diriger la marche, sauf à la soumettre à des prescriptions plus positives appropriées aux cas particuliers qui successivement en feraient reconnaître la nécessité et la possibilité.

Que la langue est ce qu'il y a de meilleur et de pire au monde, c'est ce qui se répête depuis bien longtems et ce qui est vrai, pour la langue parlée, l'est à plus forte raison pour la langue imprimée qui se fait entendre à la fois à beaucoup plus de personnes dans des lieux différens et à de très grandes distances et l'est à plus forte raison encore pour la langue des journaux et autres écrits périodiques qui, sans cesse, entretient intimement un nombre beaucoup plus grand encore d'auditeurs et alimente leurs conversations de famille et de société, d'objets les plus

capables d'exciter jusqu'à la passion, leur curiosité, leur intérêt, leur amour propre et leur ambition comme homme, comme individu, comme habitant, comme citoyen, etc.

Il n'est en effet pas possible de méconnaître dans la presse des journaux et jusqu'à un certain point aussi, mais à un degré moindre, dans celle des brochures, le moyen le plus efficace de repandre l'instruction dans la masse des populations, d'éclairer les hommes sur leurs véritables intérêts et de les réunir dans une vaste association pour travailler en commun au plus grand bien de tous, s'il n'en était fait qu'un usage légitime, et en même tems aussi, l'instrument le plus dangereux, dont la malveillance, l'envie, la haine, l'ambition et le fanatisme, de quelque nature qu'il soit, puissent abuser pour séduire les esprits, égarer les sentimens, flatter et exalter toutes les passions et faire servir les plus nobles qualités et le dévouement le plus entier à ce qui semble être le bien public, à sacrifier ce qui subsiste à l'espoir d'un mieux qui ne se réalise presque jamais à substituer la division à l'union qui seule constitue la force et à faire triompher de la vérité, l'erreur et trop souvent le mensonge, la médisance et la calomnie.

Mais cette double presse est devenu un élément trop puissant d'influence sur les hommes pris isolement et en masse, pour qu'il puisse sembler être non pas facile mais possible d'en faire cesser tout à coup l'action que l'habitude a fait un besoin d'en éprouver et pour que l'obtention de ce résultat puisse même paraître tout à fait désirable dans l'intérêt de l'humanité qui ne peut prospérer que par les progrès de la civilisation entendue dans ce sens qu'elle tend à faire jouir l'humanité du plus grand bien être matériel et moral que pense ne lui procurer l'usage le plus éclairé de toutes les facultés de l'homme et l'emploi le plus judicieux et le plus profitable de toutes les ressources innombrables dans leur diversité, qu'à cette fin la nature bien faisante met à sa disposition et à sa portée. Le problème à résoudre serait donc celui de faire servir ce moyen efficace à produire le plus de bien et le moins de mal qu'il serait possible parce que ce serait faire illusion que d'espérer de pouvoir obtenir de son emploi tout le bien qu'il pourrait procurer, sans en éprouver aucune espèce de mal.

Deux systèmes de législation sont opposés à l'abus qui peut en être fait malheureusement avec trop de facilité; l'une repressive qui punit les auteurs et les complices du mal en résulté l'autre préventif qui, pour empêcher le mal, cherche à rendre l'abus même impossible; Le premier est un remède suffisant dans les tems ordinaires, le second est un remède plus violent qui peut sembler mieux convenir et même être nécessaire temporairement dans des circonstances extraordinaires parce que l'effet en est plus direct et plus immédiat, mais dont il ne faut pas non plus se dissimuler que l'emploi n'est peut être pas

exempt du danger d'aggraver la Crise par une compression dont la force ne serait pas sagement calculée et prudemment modérée.

Le but de l'Etablissement de la censure est donc de renforcer aussi longtems qu'il en sera besoin indispensablement le système repressif par le système préventif, en opposant à propos un obstacle à l'usage même qui pourrait dans certains cas, être abusivement fait du moins de la presse des journaux et écrits périodiques et des brochures; il n'est pas d'en empêcher de se produire tous les mauvais effets possibles, mais seulement certains effets actuels réputés dangereux pour le maintien de la paix publique. Une première qualité qui serait à désirer dans la personne à qui l'exercice en serait confié, consisterait donc à pouvoir bien distinguer et observer exactement les limites dans lesquelles devrait se renfermer son ministère qui pour cela même qu'il est dirigé contre ceux qui se proclament les organes de l'opinion publique et sont en effet les régulateurs de celle d'un plus ou moins grand nombre de croyants convaincus ou non par leurs propres réflexions, serait rendu facilement odieux s'il prêtait à soupçonner que ses actes qui seraient déjà nécessairement arbitraires d'après leur nature même, fussent exagérés, malveillans et tracassiers: Il serait à souhaiter qu'à cette qualité le censeur à nommer en réunît d'autres encore, notamment la fermeté qu'aucune considération n'arrêterait dans le simple mais strict accomplissement d'un devoir, l'impartialité qui ne prendrait conseil que du seul intérêt général et jamais d'un intérêt particulier quelqu'il fut; la modération qui n'écouterait que la voix de la droite raison et non celle d'aucune passion; la perspicacité qui découvrirait le mal partout où il pourrait se trouver sans s'ingénier à le chercher où peut être il ne serait pas; et une connaissance suffisante des hommes et des choses, pour pouvoir tout apprécier à sa juste valeur et ne prêter à rien une importance qu'il n'aurait réellement pas.

Pour passer de ces considérations générales à d'autres un peu plus positives, j'ai l'honneur, Monsieur le Président, de faire observer à Votre Excellence,

1° que le censeur serait averti suffisamment par les dispositions contenues aux §§ 4 et 6 de la résolution de la sérénissime diète du 20 septembre 1819, de ne permettre l'impression ni l'importation d'écrits ou d'imprimés qui seraient contraires à la dignité ou à la sécurité de la Confédération et des Etats particuliers qui la composent, et à la conservation de la paix et de la tranquillité de l'Allemagne ou dans lesquels la constitution ou le Gouvernement de l'un ou de l'autre de ces états et notamment du grand duché seraient attaqués, et qu'il devrait donc appliquer toute son attention à distinguer sans prévention et sans préoccupation, si les écrits ou les imprimés qui lui seraient soumis, présenteraient réellement ces différents caractères;

2° qu'il n'aurait besoin non plus que de se bien pénétrer de l'esprit des dispositions des articles 367 et suivans jusques y compris l'article 375 du code pénal, et de celui des lois du 16 mai 1829 et du 1er juin 1890, pour comprendre la nécessité de veiller à ne pas laisser circuler des écrits ou des imprimés qui contiendraient contre des fonctionnaires publics en leur qualité ou à raison de leur fonction contre des autorités publiques ou des corps composés de plusieurs personnes quoi qu'aucun individu ne fut nominativement désigné dans les dits écrits ou imprimés. L'imputation de faits qui s'ils existaient, exposeraient celui contre lequel ils seraient articulés, à des poursuites criminelles ou correctionnelles ou même l'exposeraient seulement au mépris ou à la haine des citoyens ou des injures ou expressions outrageantes qui ne renfermeraient l'imputation d'aucun fait précis, mais celle d'un vice déterminé, dans lequel seraient de quelque manière ou par quelque moyen que ce fut, injuriés, outragés ou calomniés la personne du roi Grand-Duc ou l'un des membres de la maison royale, ou attaqués la dignité royale, l'autorité du roi, la droite de sa dinastie et la force obligatoire des lois ou qui provoqueraient à désobéir aux lois et à commettre des erreurs ou délits;

3° que les dispositions sus invoquées de la résolution de la sérénissime diète du 20 septembre 1819 feraient un devoir au censeur de ne plus tolérer non plus à l'égard des autres états de la Confédération, les publications que d'après ce qui précède, il ne pourrait pas permettre relativement au grand duché même;

4° Que le dit censeur ne devrait pas perdre de vue la différence essentielle qui distinguerait son ministère de celui du juge, en ce que ce dernier ne pourrait prononcer aucune condamnation que dans le cas formellement prévu par la loi, contre des individus suffisamment convaincus d'avoir agi méchamment et à raison des provocations directes, tandis que le premier pourrait et devrait se décider d'après la présomption grave tant sur l'intention hostile de l'auteur de l'écrit ou de l'imprimé que et principalement sur l'effet que la lecture pourrait en produire non seulement sur les hommes habitués à réfléchir, mais sur le plus grand nombre des lecteurs de journaux, d'écrits périodiques et de brochures et d'après la situation générale notoire ou présumable des esprits au moment ou l'imprimé paraîtrait;

5° qu'à cet égard, le succès (?) aussi déplorable qu'étonnant que la manoeuvre de cette nature que les fauteurs de l'insurrection ne se vantent eux-mêmes aujourd'hui d'avoir employé par cette voie, ne pourrait que sembler devoir provoquer la sollicitude défiante et sévère de la censure.

6° que celle ci paraîtrait devoir être d'autant plus inexorable qu'en la dépouillant de la forme acerbe et irritante dont

l'écrivain aurait revêtu sa pensée, elle n'y trouverait au fond, rien qui se recommandât par soi-même à la publicité dans un intérêt public ou privé suffisant;

7° que le censeur ne devrait cependant pas oublier non plus que d'après les articles 4 de la susdite loi du 16 mai 1827 et § 2 de la loi précitée du 1er juin 1890, l'application de ces lois ne peut pas porter atteinte au droit de discussion et de critique des actes des autorités publiques non plus qu'à la liberté de la demande et de la défense devant les tribunaux, ou contre autres autorités constituées, que c'est un double service à rendre par la presse des journaux et écrits périodiques et des brochures, de prévenir jusqu'à la possibilité d'abus qui ne pourraient subsister que par le secret et de faciliter à l'autorité même la découverte de faits dont elle aurait difficilement connaissance par aucune autre voie, qu'elle présente cet avantage encore de faire entendre la voix de tous les intérêts que les mesures d'administration générale ne peuvent tendre qu'à concilier ensemble autant qu'il est possible, et de dissiper, souvent non sans peine, des erreurs et des illusions qui plus convaincus longtems, peuvent usurper la place de la vérité et substituer leurs effets aux siens, et que la censure ne serait pas établie pour attaquer ce droit en cette liberté que la loi protège, ni pour diminuer en rien, l'utilité réelle de la presse;

8° que la censure paraîtrait pouvoir être exercée avec indulgence même pour la forme, à l'égard d'écrits ou imprimés dans lesquels ne seraient discutés que les intérêts matériels ou moraux du pays, parce que cette matière est le véritable domaine de la presse des journaux et écrits périodiques et des brochures et peut seul fournir à l'attention, on peut dire générale, qui s'attache à leur lecture, un élément suffisant pour supplier à l'absence de discussions principalement politiques;

9° que le besoin qui n'est pas à méconnaître comme subsistant généralement de s'occuper de politique, pourrait même être satisfait jusqu'à un certain point par la censure, en ne proscrivant pas la dissertation sur cette matière qui se renfermerait dans les généralités et ne dégénérerait pas trop en actualités qui seules pourraient présenter un danger réel et immédiat;

10° que l'équité d'accord avec la prudence paraîtrait devoir conseiller à la censure de n'être pas trop sévère pour l'admission de la défense lorsqu'elle n'aurait pas cru devoir commencer par imposer silence à l'attaque;

11° qu'une des conditions essentielles de l'exercice de la censure ne pourrait que sembler devoir être la célérité, surtout pour ce qui concerne les journaux et écrits périodiques et les brochures qui d'ordinaire tirent leur plus grand mérite de la circonstance présente;

12° que la sévérité pourrait être plus grande à l'égard des écrits à faire imprimer dans le grand duché qu'à l'égard des imprimés à importer d'un pays ne faisant pas partie de la confédération, parce que les premiers non seulement pourraient être modifiés par leurs auteurs quant à la forme et au fond, mais encore s'adressant directement aux habitans du grand-duché, ne pourraient qu'être présumés devoir produire plus d'effet sur leur esprit, sur leurs opinions raisonnées ou non et sur leurs actes, tandis que les imprimés étrangers devraient être acceptés ou réfusés tels qu'ils seraient, et que la lecture pourrait en être moins dangéreuse comme étant d'une application moins directe, à moins toutefois qu'il ne contienne des passages concernant la Confédération germanique ou l'un des états Confédérés et pouvant y exercer une mauvaise influence;

Et enfin, 13° que l'introduction non défendue d'imprimés ainsi publiés à l'Etranger ne serait pas un motif de devoir toujours en permettre nécessairement la reproduction totale ou partielle dans des écrits à faire imprimer dans le pays, parce que cette tolérance prétendue obligée ouvrirait une trop large voie indirecte pour éluder la surveillance plus sévère qui s'exercerait à l'égard de ces derniers écrits et pour leur attribuer cependant au moyen de cette réimpression, les mêmes effets que s'ils étaient originairement publiés dans et pour le pays.

Si je n'ai pas, Monsieur le Président, répondu plutôt à l'appel de votre Excellence; et si les observations qui précèdent, ne remplissaient peut être pas pleinement son attente, j'ai l'honneur de vous prier de vouloir bien en rejetter la faute sur la difficulté d'aborder et de traiter un sujet qui n'offre qu'un champ trop restreint et trop peu fécond à la discussion en ne la bornant pas aux généralités pour essayer d'obtenir un résultat plus positif.

Le Conseiller-Procureur Général
sig. Willmar
pour Copie Conforme
Le Secrétaire Général de la Commission
de Gouvernement

38)

Der Regierungspräsident in Trier
an
den Königlich-Niederländischen
General-Lieutenant und Präsidenten
der Gouvernements-«Commission»
des Großherzogtums,
Herrn von Goedecke, Exzellenz,
in Luxemburg

Euere Exzellenz bitte ich recht sehr um Verzeihung, daß ich der geneigten Requisition vom 13. März c., wegen Mit-

theilung der diesseitigen Bestimmungen über die Censur und die Pressevergehen noch nicht genügt habe. Die Arbeit, welche etwas umfassend ist, hat wegen anderer dringender Geschäfte noch nicht ganz vollendet werden können, ich werde aber nicht ermangeln, sie Euer Exzellenz recht bald ganz ergebenst zu überreichen.

Trier den 27. April 1835
Der Regierungspräsident

Einleitung

Zur Beaufsichtigung der Presse und des Buchhandels ist durch das Edikt vom 18. Oktober 1819, welches durch die allerhöchste Cabinets-Ordre vom 28. September 1824 bestätigt worden ist, und worauf alle früheren Verordnungen mit Ausnahme einiger Bestimmungen, welche betreffenden Orts angeführt wurden, aufgehoben worden sind, eine *Censur-Behörde* angeordnet, deren Zweck es ist, demjenigen zu steuern, was den allgemeinen Grundsätzen der Religion zuwiderläuft; zu unterdrücken was die Moral und Sitten beleidigt; dem fanatischen Herüberziehen von Religionswahrheiten in die Politik entgegen zu wirken und endlich zu verhüten, was die Würde und Sicherheit des preußischen Staates sowohl als die der übrigen Bruderstaaten verletzt.

Zu diesem Ende besteht in *Berlin* ein, nach Verschiedenheit der Gegenstände, dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten und dem Polizeidepartement im Ministerium des Innern untergeordnetes *Ober-Censur-Collegium.*

Die Aufsicht über die Zensur *in den Provinzen* ist aber dem königl. *Oberpräsidenten* übertragen, welchem für *jedes* einzelne *Fach* zur Leitung des Geschäftes eine *gewisse Anzahl* vertrauter, wissenschaftlich gebildeter und aufgeklärter Censoren zugegeben ist, die er den betreffenden Ministerien durch das bestellte Ober-Censur-Collegium in Vorschlag bringt.

K. Comp. 18. Okt. 1819

Diese Censoren können sich im Verbindungsfalle mit Genehmigung des betreffenden Regierungspräsidenten einen Substituten bestellen; bei Abhaltungen von längerer Dauer muß aber davon höheren Orts Anzeige gemacht werden.

Oberpräs. Verf. v. 25 April 1835

Die königl. Regierungen haben daher nur die Aufträge des Oberpräsidenten in Censur-Angelegenheiten zu erfüllen.

Just. für d.O.Pr. 31. Dez. 1825

Die Censur der militärischen Schriften ist dem königl. Generalstabe übertragen.

C.O. 24. Nov. 1823, G.S. de 1823, S. 175

weshalb solche Schriften und Stellen dem kommandierenden Generale der Provinz oder dem von diesem ernannten Commissarius vorzulegen sind.

O. Pr. Verf. 28. Dez. 1832

Das königliche Obercensur-Collegium ist hiernach bestimmt

1. Über die Beschwerden der *Verfasser* und *Verleger* zu entscheiden.

2. Über die Ausführung der *Censurgesetze* zu wachen.

3. Mit dem Oberpräsidenten und den Censurbehörden über Censurangelegenheiten zu *correspondieren*, Instruktionen mitzutheilen und allenfallsige *Zweifel* nach Vorschrift der Ministerien zu *heben*.

4. Das *Verbot* des *Verkaufs* der *innerhalb* und *außerhalb Deutschlands mit* oder *ohne Censur* gedruckten Bücher, deren Debit unzulässig erscheint, durch Bericht an die königlichen Ministerien zu veranlassen.

Die polizeilichen Vorschriften über die Beaufsichtigung der Presse und des Buchhandels zerfallen demnach in zwei Haupttheile, je nachdem die literarischen Erzeugnisse und deren Arbeit das Inland oder zugleich das Ausland betheiligen.

A.

Beaufsichtigung über den literarischen Verkehr der Geistes Produkte, welche *im Inlande* erscheinen, nach folgenden Unterabteilungen.

I.

Censur der *nun erscheinenden Werke bei inländischen Verlegern*

1. Hier gilt der *allgemeine Grundsatz, alle* im preußischen Staate herauszugebenden Bücher und Schriften müssen der *Censur-Behörde* vorgelegt, und dürfen ohne deren schriftliche *Erlaubnis* weder gedruckt noch lithographiert und ebenso wenig verkauft werden;

M. Verf. 15. Januar 1833

O.Pr. V. 23. Januar 1833

Es ist aber dem Buchdrucker oder Verleger überlassen, das zu druckende Werk entweder im *Ganzen in* einer deutlichen *Abschrift*, oder *stückweise*, in *gedruckten Probe-Bogen* zur Censur einzureichen; im letzteren Falle hat er es sich aber selbst zuzuschreiben, wenn durch Wegstreichen eines späteren Abschnittes das bereits Gedruckte unnütz wird.

2. Das zur Censur überreichte *Werk* wird von dem Censor auf der *ersten* und *letzten* Seite mit seinem Namen und mit dem Datum bezeichnet; dagegen muß bei einem *bogenweise* überreichten Werke das Imprimatur auf *jedem Bogen* aufgedruckt sein.

3. Alle katholischen Religions- *und* Erbauungsbücher, ehe sie der gewöhnlichen Censur übergeben werden, müssen von dem Ordinarius oder seinem Stellvertreter das Imprimatur erhalten haben, damit sie nichts enthalten, was den Lehren dieser Kirche zuwider sei;

K. Cens. 18. Okt. 1819

deswegen sind alle christlichen *Erbauungs-Bücher* nur der gewöhnlichen Censur überwiesen.

O. Pr. V. 13. November 1832

4. Bischöfliche Ausschreiben oder Hirtenbriefe an die Geistlichkeit und Gemeinden bedürfen der Approbation des Staates, welche der königl. Oberpräsident ertheilt; sie sind der gewöhnlichen Cenzur nicht unterworfen.

O. Pr. V. 6. April 1824

5. Die Schriften der *Censoren* selbst sind dem *Oberpräsidenten* zur Censur einzureichen.

O. Pr. V. 6. Juni 1823

6. Alle Druckschriften müssen mit dem *Namen* des *Verlegers* und *Buchdruckers*, letzterer *am Ende des Werkes*, versehen sein.

K. Cens. 18. Oktob. 1819

7. Am Schluß jeden Monats ist von jedem Censor ein Verzeichnis der censirten Schriften dem Oberpräsidio einzureichen. Aus diesen Verzeichnissen wird eine Überschrift gefertigt und dem Ober Censur Collegio eingereicht.

O. Pr. V. 8. April 1834

8. Die Erlaubnis zum Drucken eines Werkes ist nur auf *ein Jahr* gültig; wird der Druck nicht im Laufe des Jahres besorgt, so muß eine *neue* Erlaubnis nachgesucht werden.

Cens. 18. Okt. 1819

9. Inländische Buchhandlungen sind gehalten gegenwärtige Bestimmungen auch als dann zu beobachten, wenn sie ein Buch *im Ausland* drucken lassen, und sind selbst dann nicht von dieser Verpflichtung entbunden, wenn die *ganze Auflage* bloß *fürs Ausland* bestimmt ist.

K. Cens. 18. Okt. 1819

10. Inländische Buchhandlungen, welche *außerhalb* der Preuss. Staaten *Buchhandlungen besitzen* sind auch in Ansehung der in ihren auswärtigen Buchhandlungen verlegten Artikel den *hiesigen* Censurgesetzen unterworfen; sie müssen daher der diesseitigen Censur vorgelegt und gleich Verlags-Artikel einer inländischen Buchhandlung behandelt werden.

O. Pr. V. 22. Sept. 1823

11. Unter *ausländischer Censur* gedruckte Werke *inländischer* Buchhandlungen sind entweder ganz anzunehmen oder zu verwerfen.

O. Pr. 29. Sept. 1826

12. Von dem gestatteten oder verweigerten Debit einer solchen im Ausland gedruckten und in einer diesseitigen Buchhandlung verlegten Schrift ist dem K. Oberpräsidium Anzeige zu machen und sind dergleichen Schriften in einer besonderen Abtheilung des eben erwähnten monatlich einzureichenden Verzeichnisses aufzuführen.

O. Pr. V. 29. Sept. 1826

13. Eine *vor* dem 18. Oktober 1819 erschienene Schrift darf keine *neue*, wenn auch *unveränderte* Auflage erhalten, ohne daß sie vorher dem Königl. Oberpräsidenten zur Entscheidung ob die Herausgabe der neuen Auflage *mit* oder *ohne* vorgängige Censur erfolgen kann, vorgelegt worden ist; dagegen können *unveränderte neue* Auflagen von Büchern, welche *nach* dem Gesetze vom 18. Oktober 1819 ein abermaliges Imprimatur erhalten haben, sowie diejenigen, welche mit der Bekanntmachung gegenwärtiger Vorschriften mit Erlaubnis erschienen sind ohne weitere Censur auch im Auslande gedruckt werden, der Verleger muß nur der Censur-Behörde, unter welcher der Buchdrucker steht, oder wenn sie außerhalb gedruckt wurden, derjenigen seines Wohnorts die gehörige Anzeige machen.

K. 18. Okt. 1819

O. Pr. V. 4. Dez. 1824

14. Für alle innerhalb der preussischen Staaten gedruckte Schriften wird die *Censur-Behörde des Druckorts*, für die *außerhalb* derselben gedruckten, die Censur-Behörde des *Wohnorts* des Verlegers und falls ein inländischer Verfasser im eigenen *Verlage* oder *ohne Verlag* drucken läßt, ebenfalls die Censurbehörde seines Wohnorts als die kompetente Censurbehörde angesehen.

O. Pr. V. 25. April 1820

15. Der Buchdrucker und Verleger welcher die Vorschriften des Censurgesetzes befolgt und die Genehmigung zum Abdruck eines Werkes erhalten hat, ist von aller ferneren Verantwortlichkeit wegen seines Inhalts frei.

Sollte der im § 6 des Bundes-Gesetzes vom 20. September 1819 vorausgesehene Fall eintreten und die Bundes Versammlung die Unterdrückung einer solchen unter gehöriger Beobachtung der gegenwärtigen Censur Vorschriften erschienenen Schrift verfügen; so hat der Verleger Ansprüche auf Entschädigung. Dem Verfasser kann aber in keinem Falle eine gleichwertige vollständige Befreiung zustatten kommen, sondern, wenn es sich findet, daß er des Censors Aufmerksamkeit zu

hintergehen oder sonst durch unzulässige Mittel die Erlaubnis zum Druck sich zu erschleichen gewußt hat, so bleibt er deshalb, besonders bei einzelnen in einem weitläufigen Werke vorkommenden *unerlaubten* Stellen, nach wie vor, verantwortlich.

K. 18. Oktober 1819

16. Als *unerlaubte* Stellen, resp. Schriften werden aber angesehen:

a) solche, die den Grund *aller* Religionen überhaupt angreifen und die wichtigsten Wahrheiten derselben verdächtig oder die Geschichts- und positiven Glaubenswahrheiten der christlichen Religion zum Gegenstande des Zweifels oder gar des Spottes machen.

C. O. 28. Dez. 1824

b) die die Verbreitung der Lehre der *St. Simonisten* in Frankreich bezwecken, welcher durch die Censur möglichst entgegen zu wirken ist.

O. Pr. V. 25. Aug. 1832

c) die Benennung *Protestanten, protestantisch* statt *Evangelische* und *evangelisch* im Geschäfts-Styl und in Druckschriften.

K. O. 3. April 1821

O. Pr. V. 22. Mai 1821

d) Erwähnung der durch Beschlüsse der deutschen Bundesversammlung *unterdrückten* Zeitblätter in diesseitigen Druckschriften.

O. Pr. V. 13. März 1821

e) Dürfen die Censoren, wenn sie die *Gewißheit* haben, daß eine ihnen vorgelegte Schrift ein *Nachdruck* ist, das Imprimatur *nicht* ertheilen; bei fehlender *Gewißheit* aber auf *blossen Verdacht* können sie insofern sonst kein gesetzliches Hindernis entgegensteht, das Imprimatur *nicht verweigern.*

O. Pr. V. 15. Juli 1830

Untersagt sind auch

f) alle Schriften, welche auf die Kränkung der persönlichen Ehre und des guten Namens anderer abzielen, und sollen hierüber die in dem älteren Censur-Gesetze vom 19. Dezember 1788 § 2 enthaltenen Vorschriften als dem Art. II. der Verordnung vom 18. Oktober 1819 einverleibt angenommen werden.

K.O. 28. Dez. 1824

17) Bei Verbreitungen von Injurien durch *Druckschriften*, wenn die Censoren sie als solche *anerkannt* und dennoch mit dem Imprimatur versehen haben, kommen nicht nur die Bestimmungen Th. II. Tit. 20, § 625-626 des allgemeinen Landrechts gegen die Censoren in Anwendung, sondern sie sind auch demjenigen verhaftet, der durch diese Pflichtverletzung einen

erweislichen Schaden erlitten hat; so wie überhaupt, wenn in einer Schrift Stellen vorkommen, wodurch eine Person sich für beleidigt hält, derselben, der erfolgten Censur und Erlaubnis zum Druck ungeachtet, ihre Rechte gegen den Verfasser und Verleger vorbehalten sind.

K. Ed. 18. Okt. 1819
O. Pr. V. 26. März 1821

18) Jeder *Buchdrucker*, welcher eine Schrift druckt *und* jeder inländische *Verleger*, welcher eine Schrift im In- oder Auslande drucken läßt, ohne diesen Censur-Vorschriften zu genügen, verfällt blos deshalb in eine *polizeiliche Strafe* (nach Maßgabe der Gefährlichkeit des Inhalts) von *10 bis 100* und ist außerdem die Polizeibehörde befugt, eine solche Schrift *in Beschlag* zu nehmen. Im Wiederholungsfalle wird die Strafe *verdoppelt* und ist der *Verfasser auch selbst Verleger*, so treffen ihn auch die Strafen des Verlegers.

Ist der Inhalt einer solchen Schrift *an sich strafbar*, so treten *außerdem* die gesetzlichen Strafen ein, wobei es nicht blos darauf ankommt, daß bei frechem oder unehrerbietigem Tadel und Verspottung der Landes-Gesetze und Anordnungen des Staates, Misvergnügen und Unzufriedenheit veranlasst worden sind, sondern es ist eine *Gefängnis- oder Festungsstrafe* von 6 Monaten bis 2 Jahren wegen solcher strafbaren Aeusserungen selbst verwirkt.

19) Eine *gleiche* Strafe findet statt bei Verletzung der Ehrerbietung gegen die Mitglieder des deutschen Bundes und gegen auswärtige Regenten und bei frechen, die Erregung des Mißvergnügens abzweckenden Tadel ihrer Regierung.

K. Ed. 18. Okt. 1819

20. Für den *Inhalt* einer Schrift ist also zunächst der *Verfasser* verantwortlich und ist derselbe in einem solchen Werke *nicht genannt*, so muß der *Verleger* denselben anzeigen. Wenn er dies aber nicht kann oder nicht will, oder der Verfasser ist nicht ein im Lande gegenwärtiger preußischer Unterthan, so muß der *Verleger an dessen Stelle* die Verantwortlichkeit übernehmen.

K. Ed. 18. Okt. 1819

Blos die *Unterlassung* der näheren *Anzeige* des *Verlegers* auf den *Titel* einer Schrift, wenn sie auch *mit Censur* gedruckt ist, soll *polizeilich* mit einer Geldstrafe von *5 bis 50* an den Verleger gestraft werden.

K. Ed. 19. Okt. 1819

21. Die Censur-Contraventionen wurden von dem *Oberpräsidenten* entschieden, oder von diesem bei dem öffentlichen Ministerio des betr. Gerichts zur Untersuchung und Bestrafung denuncirt.

Bei der seitens des Oberpräsidii erfolgten Verurteilungen zu einer Strafe von 5 Rth steht *nur* der Recurs an das K. Ministerium des Innern; bei solchen zu einer *größeren* Strafe, der Recurs an den Richter *oder* der Weg der Beschwerde an das K. Ministerium des Innern dem Verurtheilten frei. Der Recurs muß aber innerhalb 10 Tagen von der Bekanntmachung des Straf-Resoluts ergriffen werden, indem sonst letzterer rechtskräftig wird.

O. Pr. V. 4. April 1820

22. Hiernächst ist der *Verleger* oder der *Buchdrucker* auch verpflichtet

a) die Censurgebühren mit 3 Silbergroschen p. gedruckten Bogen zu entrichten und hat

b) der *inländische Verleger* von Druckschriften, sowie der *Drucker* von Werken *für ausheimische Verleger* ein Exemplar an die Königl. Bibliothek in Berlin und ein anderes an die Bibliothek der Universität in der Provinz unentgeltlich einzusenden, außerdem aber auch ein Exemplar an den Censor abzugeben.

U. L. O. 28. Dezember 1824
O. Pr. V. 3. April 1826

II.

Censur der politischen und nicht politischen Zeitungen und periodischen Blätter des Inlandes.

a) *Allgemeine Bestimmungen.*

1. Alle Zeitungen und periodische Schriften des Inlandes, welche sich ausschließlich oder zum Theile mit der *Zeitgeschichte* oder *Politik* beschäftigen, stehen gleich den größeren Werken unter der *obersten Leitung* der betreffenden *Ministerien*, dürfen auch nur mit Genehmigung derselben erscheinen und sind von ihnen zu unterdrücken, sobald von der ertheilten Genehmigung schädlicher Gebrauch gemacht wird.

K. O. 18. Oktober 1819

2) Bei Ertheilung von Concessionen zur Herausgabe periodischer *nicht politischer* Schriften, ist mit der größten Vorsicht zu verfahren und dergleichen nur solchen Personen zu gewähren, welche einmal zu einem Unternehmen dieser Art entweder notorisch qualifiziert od. mit der nötigen gründlichen wissenschaftlichen Vorbildung zur angemessenen Unterhaltung und Belehrung des Publikums ausgerüstet sind, oder aber die Behörden sonst auf irgend eine Weise befriedigende Auskunft einzuziehen Gelegenheit gehabt haben; zum anderen aber durch amtliche Zeugnisse der betreffenden Polizeibehörden darzutun vermögen, daß auf ihrem sittlichen Rufe kein Makel haftet.

O. Pr. V. 15. Januar 1834

3) Die politischen Zeitungen sowohl als die Zeitschriften müssen mit dem *Namen* des *Redakteurs* und *Verlegers* versehen sein.

Cens. Ed. 18. Oktober 1819

4) Die Obercensurbehörde ist beauftragt, dem Unternehmer einer Zeitung zu erklären, daß der angegebene *Redakteur* nicht von der Art sei, das nöthige Zutrauen einzuflößen und ist in diesem Falle der Unternehmer verpflichtet, entweder einen andern Redakteur anzunehmen, oder, wenn er den ernannten behalten will, für ihn eine von oben erwähnten Ministerien auf den Vorschlag der Oberzensur-Behörden zu bestimmende *Caution* zu leisten.

b) *Besondere Bestimmungen.*

1. Die Artikel *militärischen Inhalts* müssen jedesmal dem kommandierenden General der Provinz oder dem von ihm ernannten Commissarius vorgelegt werden.

O. Pr. V. 28. Dezember 1832

Die militärische Censur soll sich nur erstrecken auf Artikel in inländischen Zeitungen, welche betreffen:

a. den preußischen Staat und dessen militärische Institutionen,

b. die deutschen Bundesstaaten und deren Armeen,

c. Bewegungen, Zusammenziehungen u. dergl. der franz., belgischen und holländischen Armeen, welche bei den diesseitigen Grenzbewohnern Besorgnis erregen könnten.

2. Verfügungen und Bekanntmachungen, welche die Censoren durch ihrer Censur verantraute Blätter erlassen, sind dem betreffenden Regierungspräsidenten zur Censur einzureichen.

O. Pr. V. 14. April 1823

3. Die von der Censur gestrichenen Stellen dürfen in Zeitungen *weder leer* gelassen, noch mit *Strichen* und *Punkten* bezeichnet werden. Die Herausgeber von Zeitschriften müssen immer censirten Stoff vorrätig haben, um etwaige Ausfälle damit ersetzen zu können.

Minist. V. 24 Oktober 1817
Minist V. 22. Febr. 1823
O. Pr. V. 23. Juli 1833

4. Keinem Zeitungsartikel, der die *allerhöchste Person* des Königs betrifft, darf ohne vorherige Anfrage das *Imprimatur* ertheilt werden.

O. Pr. V. 25. September 1820

5. Allen, das *königliche Haus* und die Mitglieder oder die Verhältnisse desselben betreffenden, zur Aufnahme in Blätter oder Schriften bestimmten Stellen ist die größte Aufmerksam-

keit zu widmen und unangemessenenen, auffällig oder zweifelhaft erscheinenden Stellen darf das Imprimatur nur nach reiflicher Prüfung, nicht aber mit Rücksicht darauf, daß diese *schon irgendwo* abgedruckt worden sind, ertheilt werden und sind dieselben dem Ministerium für die Angelegenheiten des königl. Hauses durch den Oberpräsidenten zur weiteren Veranlassung einzureichen.

Minist. V. 29. November 1834
O. Pr. 24. Dezember 1834

6. Über das *königl. Haus*, die *Armee* und *die innere Verwaltung des Staates* dürfen nur dann Nachrichten in öffentliche Blätter aufgenommen werden, wenn sie in einer der in Berlin herauskommenden Zeitungen abgedruckt gewesen sind.

O. Pr. V. 18. Januar 1832

7. Dieselbe Bestimmung findet Anwendung bei Anzeigen von Verleihungen preußischer Orden und Ehrenzeichen.

O. Pr. V. 27. Juni 1821

8. Der *Abdruck allerhöchster Cabinets-Ordres* darf in öffentlichen Blättern nicht eher geschehen, bis dazu die ausdrückliche Genehmigung der Ministerialbehörde, zu deren Ressort der Gegenstand des Inhalts gehört, eingeholt worden ist. Bei Immediatverfügungen, welche durch die Gesetz-Sammlung oder die Staatszeitung publiziert wurden, ist jedoch eine weitere Erlaubnis zu deren Aufnahmen in die Zeitschriften nicht erforderlich.

O. Pr. V. 16. Juni 1820

9. *Auszügen* aus den *Landtagsabschieden* irgend einer Provinz der Monarchie darf das Imprimatur nicht ertheilt werden; dagegen ist es gestattet den ganzen Landtagsabschied in die öffentlichen Blätter aufzunehmen.

O. Pr. Verf. 27. Febr. 1828

10. *Danksagungen* von *Truppen* und Einwohnern über gegenseitiges gutes Vernehmen sind in den öffentlichen Blättern nicht aufzunehmen.

K. O. 24. Mai 1811

11. Bei Aufnahme von Artikeln, welche die *Erzählung aufrührerischer Ereignisse* enthalten, dürfen die Lobpreisungen, womit solche in den Zeitungen nicht selten dargestellt, und die Verläumdungen, welche darin gegen Behörden vorgelegt wurden, nicht aufgenommen werden, sondern es soll nur das reine Faktum wiedergegeben werden.

Selbst offizielle Aktenstücke dürfen nicht ausführlich abgedruckt werden, wenn darin der Aufruhrsaame lobpreisend geschildert und das Verfahren gerühmt wird, wodurch die obrigkeitliche Gewalt gelähmt oder unterdrückt wurden.

Überhaupt ist die Censur in dieser Beziehung angewiesen auf eine angemessene Darstellungs-Art zu machen und besondere Vorschrift anzuwenden bei aufgenommenen Raisonnements und Aufstellung von Theorien, Ansichten, Urtheile, welche entweder unmittelbar oder in ihren Folgerungen, das Ansehen der Staatsregierung herabwürdigen, allmälige Verwirrung der Prinzipien herbeiführen und nach und nach die Lösung aller Bande des Gehorsams bewirken.

O. Pr. V. 6. Mai 1831

12. Bei Zulassung von Nachrichten über *stattgefundene aufrührerische Bewegungen* muß mit Vorsicht und mit Vergewisserung der Quellen, aus welchen dergleichen Nachrichten geschöpft sind zu Werke gegangen und auf den Bundesbeschluß vom 20. Sept. 1819 Rücksicht genommen werden.

O. Pr. V. 4. Jan. 1831

wonach Artikel, als Privatcorrespondenz angegeben, wenn sie sich auf politische Gegenstände beziehen, einer sorgfältigeren und genaueren Prüfung als die aus andern Blättern entlehnten Artikel, bei denen die Redaktion ihre Quellen ausdrücklich angibt, unterworfen werden müssen.

O. Pr. V. 13. April 1833

13. Nachrichten über die *deutsche Bundesversammlung* sollen nicht eher aufgenommen werden bis das öffentliche Protokoll der betreffenden Sitzung im Druck erschienen ist. Die Daten zu dergleichen Mittheilungen dürfen nur aus dem öffentlichen Protokolle geschöpft werden.

O. Pr. V. 6. Juni 1823

14. Keiner *Bücherankündigung* in oder mit einem öffentlichen Blatte erscheinend, *worin Nachdrücke* angezeigt wurden, ist das Imprimatur zu ertheilen.

O. Pr. V. 22 Febr. resp. April 1823

15. *Bücherankündigungen*, welche wirklich *verboten*, oder auch nur solche Bücher enthalten, deren *Titel anstössig* sind, dürfen das Imprimatur nicht erhalten und es ist dies auch dann zu versagen, wenn der Verdacht vorliegt, daß die angekündigte Schrift mit Umgehung der Censur gedruckt worden sei.

In letzterem Falle ist der vorgesetzten Behörde Anzeige zu machen.

O. Pr. V. 20. Sept. 1825

16. *Ankündigungen* von *herauszugebenden Zeitschriften* sind erst dann zulässig, wenn von dem Verleger oder der Redaktion, die nach dem Censur-Gesetze erforderliche Erlaubnis nachgewiesen worden ist.

O. Pr. V. 14. Juli 1826

17. Die *im Auslande* besonders *abgedruckten Bücher-Verzeichnisse* dürfen durch *inländische* Blätter nicht eher verbreitet werden, bis sie mit dem Imprimatur der diesseitigen Censur versehen sind. Es ist daher jedesmal ein Exemplar in Duplu vorzulegen, damit auf dem Einen das Imprimatur ertheilt werden könne.

O. Pr. V. 6. Dezember 1831.

18. Der durch die *Bundes-Versammlung unterdrückten Zeitblätter* darf in diesseitigen Zeit- oder Druckschriften nirgends Erwähnung geschehen, auch dürfen Auszüge daraus in diesseitige Blätter nicht aufgenommen werden.

O. Pr. V. 13. März 1834

19. Bei der *Censur* der *Subscriptions-Anzeigen* ist besonders und um so mehr mit Vorsicht zu verfahren, als damit häufig Pränumerationen verbunden sind, deren Erstattung, wenn das angekündigte Werk später das Imprimatur nicht erhält, eine große Belästigung herbeiführt.

O. Pr. V. 24. April 1832

20. *Prangende* Bekanntmachungen von *jüdischen* Religionsfeierlichkeiten und der Theilnahme christlicher Prediger an denselben sollen in den öffentlichen Blättern nicht zugelassen werden.

K. O. 22. Febr. 1822
O. Pr. V. 11. Mai 1822

21. Ankündigungen, wodurch zu Arzneiverkauf nicht berechtigte Personen Geheimmittel ausbieten, oder wodurch dergleichen von andern empfohlen werden, sind nicht anzunehmen. Dagegen können Nachrichten von entdeckten Heilmitteln und Heilmethoden nicht zurückgewiesen werden, obgleich es wünschenswert ist, dieselben in den Zeitungen und andern öffentlichen Blättern soviel als möglich zu vermeiden.

O. Pr. V. 1. Oktober 1822
O. Pr. V. 4. Dezember 1832

22. *Aufsätze gegen die* deutschen *Zollvereine* mit Preußen sind unter Angabe des Blattes und Datums, und womöglich vor der Ertheilung des Imprimatur der königl. Provinzial-Steuerdirektion zu Köln zu bezeichnen.

O. Pr. V. 14. Juni 1832

C. *Spezial Verpflichtungen der Zeitungsherausgeber und Verleger gegen den Censor.*

Jeder Herausgeber einer Zeitung ist verbunden, dem Censor derselben einen gebühren Satz für jeden gedruckten Bogen ohne Rücksicht auf Format und Inhalt zu entrichten. Dasselbe gilt von Wochenblättern, in welchen zwar nicht in der Regel, aber

doch zuweilen politische Gegenstände enthalten sind. Denjenigen Zeitungsherausgebern, welche der Entrichtung dieser Gebühren sich nicht unterwerfen, ist die Fortsetzung der Zeitung sofort im administrativen Wege zu untersagen.

Minist. Vert. 22. Februar und
Vert. 17. März 1823
O. Pr. 29. März 1823

Dem Herausgeber von Zeitungen ist außerdem als Bedingung bei der Concession auferlegt, außer jenen durch die A.K.O. vom 28. Dezember 1824 zur Abgabe bestimmten drei Exemplaren, auch eines derselben an das statistische Büreau, eines an das Ober-Censur-Collegium und eines an das K. Oberpräsidium einzusenden.

O. Pr. 18. November 1830
O. Pr. 22. März und 31. Mai 1832
O. Pr. 30. Oktober 1833
O. Pr. 23. Februar 1834
Minist. Vert. 12. Dezember 1826

III.

Die *Censur der zum Verkehr an den gemeinen Mann* bestimmten Erzeugnisse, *Lieder, Pamphlets, Schulprogramme.*

1. Die *Censur* aller *Blätter* dieser Art ist außerhalb der Oberpräsidial Städte, den *Polizeibehörden* des *Druckortes,* jedoch unter der Aufsicht und Controlle des Oberpräsidenten, unterworfen.

In denjenigen Orten, wo sich außer dem Bürgermeister, noch eigentliche Polizeibehörden befinden, kann die Censur dieser Blätter demjenigen Beamten übertragen werden, welcher sich am besten dazu eignet, selbst den Landräten kann dieselbe übertragen werden, da in Abwesenheits-Fällen ein Stellvertreter für sie fungiert.

K. Ed. 18. Octob. 1819
M. V. 6. febr. 1821
O. K. V. 6. febr. 1821
M. V. 7. febr. 1824

2. Dergleichen Drucksachen, ohne Unterschied, ob sie im *Inlande* oder im *Auslande* gedruckt sind, dürfen auf oder außerhalb Jahrmärkten nicht anders debitirt, verkauft oder colportirt werden, als wenn sie vorher mit einem unentgeltlich zu ertheilenden *Stempel* von der *Polizeibehörde des inländischen Orts,* in welchem sie *gedruckt* oder zum Verkauf *ausgestellt* werden, versehen werden.

Die Polizeibehörde eines jeden Ortes, worin eine Buchhandlung oder Buchdruckerei befindlich, erhält einen hierzu eingerichteten Stempel, und läßt ihn dem vom Landrath bestellten Censor zum angeführten Zweck zustellen. Die Buch-

händler oder Buchdrucker und alle diejenigen welche mit dergleichen Presse handeln, müssen die hierher gehörigen Drucksachen vor dem Debit und ehe sie ausgegeben werden, der Censur-Behörde zur obgedachten Stempelung einreichen, und zum Verkauf ausgehangene, colportirte oder sonst feilgebotene Lieder, Gedicht, Pamphlets dieser Art ohne Rücksicht auf ihren Inhalt, welche nicht mit diesem Stempel versehen sind, sollen confiszirt werden. Wenn gleich bei dem durchaus *unanstößlichen* Inhalt des impressi die Stempelung vorgeholt werden kann, so muß *doch* der Besitzer wenigstens den Werth des Confiscati als Strafe erlegen.

Wiederholte Contraventionen sind mit Zurücknahme des Privilegiums oder Gewerbe-Erlaubnis, so wie diejenigen, welche ungestempelte Drucksachen dieser Art zum Verkauf austragen, nach Bewandnis der Verhältnisse und mit Rücksicht auf den Inhalt der colportirten Schriften polizeilich zu bestrafen.

M. V. 23. Juni 1817

3. Alle *im Raume der Universitäten* publizierte Gelegenheits- und andere Schriften sind dem betreffenden außerordentlichen Regierungs Bevollmächtigten vorzulegen und der *gewöhnlichen* Censur *nicht* unterworfen.

O. Pr. 6. August 1825

IV.

Die *Censur* der im *Inlande* erscheinenden Werke der *bildenden Kunst, Bilder, Landcharten.*

1. Die Censur der den Preussischen Staat oder einzelne Gebietstheile desselben, betreffende *Charten, Pläne,* in Kupferstich oder litographirt, ist dem *statistischen Büreau* in Berlin übertragen und sind daher demselben zum Imprimatur vorzulegen. —

1826. 92.
O. Pr. Ver. 3. Juni 1824
M 30. Juni 1829
O. Pr. V. 6. August 1829
O. Pr. V. 15. November 1830

2. Alle Werke, wenn gleich nicht militärischen, geographischen oder statistischen Inhalts, welche mit *Charten* oder *Plänen* von Gegenden oder *Städten* des Inlandes *versehen* sind, müssen in Bezug auf die Zulässigkeit der Herausgabe dieser Charten, zuvor dem der Censurbehörde zugeordneten General Staabs-Offizier, nach Umständen dem Chef des General Staabes des betreffenden ..... zur Prüfung vorgelegt werden.

O. Pr. 18. März 1830.

3. Die Censur der *Kupferstiche*, litographirter und anderer *bildlicher Darstellungen* soll ausschließlich von der *Polizeibehörde* gehandhabt werden, und die Mitwirkung der *eigentlichen* Censoren *nur dann* eintreten, wenn sich auf den Bildern nur Druckschrift befindet.

O. Pr. V. 7. 1832
O. L. K. II. 20. § 155.

V.

Beaufsichtigung der *Buchhandlungen, Leihbibliotheken, Verlagsbuchhandlungen, antiquarischen Handlungen.*

1. Die inländischen *Buchhändler* sind gehalten die Bestimmungen des Censurgesetzes vom 18. Oktober 1819 auch alsdann zu beachten, wenn sie ein Buch *im Auslande drucken* lassen und sind von dieser Verpflichtung nicht entbunden, wenn die *ganze Auflage bloß fürs Ausland bestimmt ist*;

K. Edikt 18. Oktober 1819

sowie der Absatz solcher Artikel, welche *einheimische* Buchhandlungen in *ihrer im Auslande gelegenen* Buchhandlungen haben drucken lassen, nur dann nachgegeben werden kann, wenn den Vorschriften des diesseitigen Censurgesetzes genügt worden ist.

28. Dezember 1824
2-6. —

2. Nur *mit Censur* erschienene Werke oder solche außerhalb der Staaten des deutschen Landes in deutscher Sprache gedruckte Schriften, für welche die *Verkaufs-Erlaubnis* von der Obercensur-behörde ausdrücklich ertheilt worden ist, dürfen debitiert werden.

O. Pr. 30. Dezember 1834
18. Oktober 1819

3. Unterdrückt, verbietet oder confiszirt aber eine Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Competenz eine solche unter Censur erschienene Schrift, so kann dieselbe von dem Verleger wegen einer *Entschädigung niemals* in Anspruch genommen werden sondern dieser kann sich nur an den *Censor* und bei dessen Zahlungsunfähigkeit, oder wenn derselbe den Censur Vorschriften völlig genügt haben sollte, an den *Fiskus* nach den näheren Bestimmungen der Gesetze mit seinen Ansprüchen wenden.

28. Dezember 1824. § 3.

4. Keine in Deutschland verlegte Schrift in irgend einer Sprache, wo auf dem Titel nicht der Name einer *bekannten Verlagshandlung* steht und welche der Buchhändler nicht *durch diese* oder eine *andere bekannte* welche für die Richtigkeit des Namen *Gewähr* leistet, erhalten hat, darf verkauft werden.

K. Ed. 18. Oct. 1819

5. *Nicht alle* von der Censur genehmigten Drucksachen dürfen aber in die *Leihbibliotheken* kommen, sondern nur solche wo durch Religiosität, Sittlichkeit, gute Gesinnungen, wissenschaftliche und gemeinnützige Kenntnisse verbreitet werden oder was eine mit derselben vereinbarliche Erholung gewährt.

16. Aug. 1824

6. Bücher und andere Drucksachen welche entweder durch ihren *Inhalt* oder dabei befindliche *Kupferstiche* in irgend einer Beziehung für *Religion, Sittlichkeit, Anstand* und *bürgerliche Ordnung, anstössig, zweideutig* oder schlüpfrig sind; sowie diejenigen, welche die *Ehrerbietung* gegen den *Regenten* und die Achtung vor der *Staatsverfassung* verletzen oder gar auf Erregung von *Unzufriedenheit mit der Regierung* abzwecken, und frechen, unehrerbietigen *Tadel* ihrer Anordnungen und Handlungen enthalten, dürfen durchaus, in keiner Leihbibliothek geduldet werden, und es ist hierauf in gleicher Strenge zu halten als beim Druck von dergleichen Schriften.

M. V. 1. Oktober 1819
M. V. 9. August 1824

7. Die Besitzer von Leihbibliotheken müssen daher das vollständige *Verzeichnis* der für dieselben bestimmten Sachen der Ortspolizeibehörde zur Genehmigung vorlegen, und Letztere für die später noch anzuschaffenden Schriften besonders nachsuchen; ohne dieselbe dürfen sie daher kein Buch ausgeben.

M. V. 1. Oktober 1819
M. V. 22. November 1819

Die Polizeibehörde hat zuweilen durch unerwartet anzustellenden Nachsuchungen sich zu überzeugen, daß diesen Bestimmungen nicht zuwidergehandelt werde und dann nicht etwa die vorgefundenen mit obgedachter Genehmigung versehenen oder verbotswidrig ausgegebenen Bücher und Schriften zu confiszieren, sondern nach Beschaffenheit der Umstände gegen den Verleiher mit einer Strafe von 10-100 Reichsmark, im Wiederholungsfalle mit Verdoppelung derselben und im dritten Falle außer der erlittenen Geldstrafe mit Verlust des Gewerbescheines vorzuschreiten.

K. Ed. art. XVI. 5.
M. V. 22. November 1822

8. Die Polizeibehörden sind übrigens befugt, auch ohne höhere Autorisation und insonderheit ohne vorgängiges Verbot, diejenigen Schriften, welche im Auslande gedruckt oder mit Bemerkung des Namens des Verlegers nicht versehen sind und eine verderbliche Tendenz haben, in den Buchhandlungen und Leihbibliotheken *in Beschlag zu nehmen*, sind aber gehalten, dem K. Oberpräsidium unter Einweihung eines Exemplars davon Anzeige zu machen.

M. V. 10. März 1822

9. Die wirkliche *Confiscation* kann aber doch nur bei denjenigen Schriften eintreten, welche seit der Bekanntmachung der Circular Verfügung vom 1. Oktober 1819 *ohne Genehmigung* der Polizeibehörde zur Leihbibliothek *angeschafft* und *ausgegeben* worden sind; die übrigen dagegen können den Eigentümern mit der ausdrücklichen *Bedingung* zurückgegeben werden, dieselben in ihren Katalogen zu *streichen* und bei Vermeidung unfehlbarer Confiscation *nicht wieder* auszuleihen.

M. Verf. 29. März 1825

10. Diese Bestimmungen gelten auch für diejenigen *Lese-Cabinete*, zu welchen der Zutritt einem jeden, *gegen* Erlegung einer *Geldvergütung* freisteht; dagegen finden sie für geschlossene Gesellschaften, insofern sie nicht bloß Lesegesellschaften sind, nur in Ansehung der von der Censur untersagten Schriften Anwendung; sowie sie nicht

11. auf diejenigen *Lese-Zirkel* in welchen von Privatpersonen für gemeinschaftliche Rechnung, Druckschriften angeschafft werden ohne daß ein Entregen nur an der Spitze steht, verwendbar sind, vorausgesetzt, daß hier nicht die Vorschriften des Censurgesetzes eintreten.

12. die von einem Entrepreneur für ein bestimmtes Abonnement besorgte *Circulation* von *Druckschriften* ist aber nach den für die *Leihbibliotheken* bestimmten Grundsätzen zu behandeln.

M. Verf. 23. November 1819

13. die Verabfolgung von Büchern an Gymnasiasten ist den Besitzer und Vorstehern von Leihbibliotheken unbedingt untersagt.

M. Verf. 8. April 1825

VI.

Betrieb des Gewerbs, als *Buchhändler*, *Kunsthändler*, *Leihbibliothekar*, *Antiquar*, *Buchdrucker* und *Lithograph*.

1., Der Betrieb aller dieser Gewerbe ist in der ganzen Monarchie von einer vorgängigen ausdrücklichen Genehmigung der betreffenden Provinzial Regierung abhängig.

A. K. O. 28. Oktober 1833

2., die Bedingungen, unter welchen die *Genehmigung* zu ertheilen ist, haben die Regierungen mit Berücksichtigung der Verhältnisse, in jedem einzelnen Falle und unter Vorbehalt des Ankäufers, des Interessanten an die Ministerien zu ermessen und ist jedenfalls dazu

a) völlige *Unbescholtenheit* und Unverdächtigkeit, auf deren Nachweis mit besonderer Strenge und Sorgfalt zu halten ist, und

b) der zum Betriebe des Gewerbes unerlässlich nötige und mindestens ein solcher Grad von allgemeiner *Bildung* erforderlich, dessen jemand bedarf, und sich mit den, die vorgedachten Gewerbe, betreffenden gesetzlichen Vorschriften, vollständig vertraut machen zu können.

A. K. O. 23. Oktober 1833
M. Verf. 9. November 1833

c) der zu privilegierende Buchhändler muß ferner sechs *Lehr-* und zwei *Dienst-Jahre* überstanden haben, für diese Zeit über sein sittliches Betragen vorteilhafte Zeugnisse beibringen;

A. K. O. 19. September 1801

es ist aber dem Ermessen der betreffenden Regierungen überlassen, inwiefern sie die beizubringenden Zeugnisse der Unterrichts-Anstalten welche der Concession Nachsuchende besucht, der selbstständigen Gewerbstreibenden, bei welchem er das Gewerbe erlernt, oder als Gehülfe betrieben hat, als genügend erachtet, oder eine besondere Prüfung ferner nöthig hält.

M. Verf. 7. November 1833

d) Außerdem hat der zu Concessionierende nachzuweisen, daß er Behufs-Etablirung in Berlin 5.000 Reichsmark und in den Provinzialstädten wenigstens 2.000 Reichsmark *eigenes Vermögen* besitzt und nur in Fällen, wo eine besondere wissenschaftliche Bildung oder die Verbindung mit berühmten Gelehrten und dergleichen mehr eine Ausnahme zuläßt, kann solche durch die Ministerien des Innern ertheilt werden.

A. K. O. 19. September 1801
M. V. 6. Januar 1812
M. V. 7. November 1833

3., der zu concessionirende Buchhändler übernimmt die Verpflichtung, allen und jeden *dermaligen* und künftigen *Censur-* und *Bücher-Verbotsgesetzen* gewissenhaft nachzukommen; sowie

4., *drei Exemplare* von jedem verlegten Werke den betreffenden Behörden zugehen zu lassen;

M. Verf. 1. März 1826
A. K. O. 28. Dezember 1824

und zwar hat der inländische Schriftsteller als Selbstverleger auch selbst für die richtige Ablieferung Sorge zu tragen, sowie auch dann, wenn er selbst die Druckkosten des Werks nicht getragen, sondern diese von einem andern bestritten sind.

Ist der Selbstverleger einer Schrift ein Auswärtiger, so muß der inländische Buchdrucker, welcher dieselbe gedruckt hat, für die richtige Ablieferung der drei Exemplare sorgen.

M. Verf. 1. März 1826

5., *Buchbinder* können, wie dies aus dem § 1297 b des allgem. Landrechts Th. II, Titel 20 hervorgeht, mit *gebundenen Büchern* handeln und sind nicht verpflichtet für diesen Handel eine besondere Gewerbs-Steuer zu erlegen, solange bis sie nur mit selbstgebundenen Bücher handeln, auch dem für Buchhändler erforderlichen Nachweis eines Vermögens von 2 000 Reichsmark findet bei ihm keine Anwendung. Dagegen sind sie, wenn sie mit gebundenen Büchern handeln, einer gleichen polizeilichen Aufsicht, wie die Buchhändler, unterworfen.

M. Verf. 22 März 1822

6., *Herumträger* und *Verkäufer* von *Flugschriften, Bildern* und *Druckschriften* für den gemeinen Mann müssen jedesmal bei Lösung des Gewerbescheins ein *nicht über 4 Wochen altes Zeugnis der Polizeibehörde* beibringen, daß ihnen die Fortsetzung des Gewerbs für das nächste Jahr zu gestatten sei, und können ohne dies den Gewerbeschein nicht erhalten.

Gewerbepolizei Edikt 7. September 1811.

7., Wird eine solche Gewerbeerlaubnis demnächst von der competenten Behörde zurückgenommen so muß die Orts-Obrigkeit davon unterrichtet und die Erneuerung des Gewerbescheins untersagt werden.

G. Pol. Ed. 7. September 1811.

8., Übertretungen des Verbots ohne vorherige ausdrückliche Genehmigung der betreffenden Regierung, dergleichen Gewerbe nicht zu etabliren, werden als Gewerbe-Polizei-Contraventionen mit einer nachdrücklichen, jedoch 50 Reichsmark Geld — oder sechs wöchentliche Gefängnis — nicht übersteigende Strafe geahndet.

A. K. O. 23. Oktober 1833

VII.

Inländische Kalender, insbesondere.

1., Die Herausgabe der *unter öffentlicher Autorität* im K. preussischen Staate erscheinende Kupfer-Kalender, als das historisch-genealogische des Berliner Taschen-Kalenders, und der beiden Etui-Kalender ist einer besonderen Deputation anvertraut, welche den Namen *Königliche-Kalender*-Deputation führt und zunächst dem Königlichen Finanz-Ministerium untergeordnet ist, dagegen ist der Betrieb und die Herausgabe von Volkskalendern, sowie aller übrigen der *Privatindustrie* überlassen und jeder also, der zum Bücherverlag und Leihhandel berechtigt ist, kann auch solche *herausgeben*, ohne eine besondere Concession der Kalenderdeputation zu bedürfen.

A. K. O. 28. April 1820
Cirk. der Kal. Dep. 18. Mai und
19. November 1820

2., Wegen der Materialien zu den chronologischen, astronomischen und genealogischen Theilen des Kalenders und der Nachrichten über das Passwesen und die Jahrmärkte müssen sich die Verleger unmittelbar an die Königl. Kalenderdeputation nach Berlin wenden. Diese dem Verleger von besagter Deputation mitgeteilten offiziellen Artikel unterliegen *keiner weiteren* Censur; Dagegen muß *jeder weitere Inhalt* aller Aufsätze, die zur Unterhaltung des Publikums bestimmt sind, als Erzählungen, Anekdoten, Räthsel, Lieder, moralische oder wirtschaftliche Aufsätze, dem vom Oberpräsidenten ernannten *gewöhnlichen Censor* zur Ertheilung des Imprimatur vorgelegt werden.

Cirk. der K. Dep. 18. Mai 1820

Conceptions-Fristen unehelicher Kinder dürfen in den Kalendern nicht aufgenommen werden.

A. Pr. Verf. 17. August 1827

3., Diese *Censur der Kalender* muß mit einer besonderen Aufmerksamkeit und Sorgfalt geschehen, weshalb der Verleger auch verpflichtet ist, seinem Gesuche um das Imprimatur die von der Kalender-Imputation erhaltenen *Materialien* vollzogen durch ihre Unterschrift und Untersiegelung *beizufügen*, um den Kalender in Hinsicht dieses Theils seines Inhalts mit den Materialien vergleichen zu können.

Cirk. Refer. der Generaldirection der Steuern 14. September 1826
O. Pr. Verf. 16. Februar 1827
O. Pr. Verf. 7. Mai 1832

Für diese Mitteilung der Materialien hat aber der Verleger einen Theil der Verwaltungskosten zu tragen,

A. K. O. 28. Februar 1820

und er entrichtet daher für das 1000 der Auflage,

1. bei Quart.-Kalendern	8 Reichsmark
2. bei Oktav und Duodez Kalender	2 Reichsmark
3. bei Sedez Kalendern	1 Reichsmark

welche von der Kalenderdeputation erhoben werden.

Cirk. d. Generaldirection des St. 14. September 1826.

4., Außer dieser Abgabe ist aber jeder Kalender einer *Stempelung* unterworfen, und zwar muß die ganze Auflage des Kalenders unmittelbar hintereinander zur Stempelung gebracht werden. Eine Nachstempelung kann nur dann eintreten, wenn glaubhaft nachgewiesen wird, daß der ganz ungewöhnliche Fall einer zweiten Auflage eingetreten ist.

Niemand darf daher Kalender feil halten, welche nicht mit dem Stempel der Kalenderdeputation gezeichnet sind, und müssen daher diejenigen welche Kalender herausgeben oder

fremde Kalender absetzen wollen, sich wegen der Stempelung, bei der von denselben angeordneten Behörden melden, auch die üblichen Stempelabgaben entrichten bei Strafe der Confiscation des ungestempelten Kalenders und des vierfachen Betrags des defraudirten Stempels.

Ges. vom 7. März 1822 § 28.

B.

Die Beaufsichtigung der im Auslande erscheinenden Erzeugnisse

1., Alle in *Deutschland* verlegte *Schriften* in irgend einer Sprache, welche nicht mit dem *Namen des Verlegers* oder einer bekannten *Verlagshandlung* versehen sind und welche die Buchhändler nicht durch diese oder eine andere, welche für die Richtigkeit dieses Namens Genüge leistet, bezogen haben, dürfen ebensowenig als *Zeitungen* und *Zeitschriften*, auf welchen der Name des Redakteurs fehlt, ausgegeben oder verkauft werden und gehören somit zu den *verbotenen* Schriften.

Cens. Ed. 18. Octob. 1819.

2., *Keine außerhalb der Staaten des deutschen Bundes* in deutscher Sprache gedruckte und verlegte Schrift kann in den Königlichen Staaten verkauft werden, ohne die ausdrückliche Erlaubnis der Ober-Censur-Behörde, (K. Edikt 18. October 1819) und selbst *dann* wenn eine *inländische* Buchhandlung *auf dem Titel* als *Commissions-handlung* für dieselbe sich *angibt*, ist diese Erlaubnis *erforderlich*, indem keineswegs ein Buchhändler, welcher zur Führung einer Schrift auf dem Titel sich öffentlich bekennt, als deren Verleger angesehen werden kann. Sie werden daher so lange den *verbotenen* Schriften gleich geachtet bis die Ober-Censur-Behörde den Debit erlaubt hat.

M. Verf. 23. März 1820.

3., die aus dem Auslande eingehenden an der Grenze angehaltenen und für inländische Buchhändler bestimmte verbotene Schriften werden ohne weiteres an die betreffenden Verlagshandlungen zurückgesendet. Sind letztere nicht zu ermitteln, so werden diese Schriften in Beschlag genommen. Von den nach den übrigen deutschen Bundesstaaten bestimmten transitirenden verbotenen Schriften nehmen die Polizeibehörden Kenntnis und berichten darüber zur weiteren Veranlassung an die betreffende Regierung; — die weitere Beförderung solcher Schriften darf aber nicht gehindert werden.

O. Pr. Verf. 29. September 1834.
O. Pr. Verf. 28. Oktober 1834.

4., Schließlich sind verboten alle Werke, sie mögen erschienen sein, wo sie wollen, deren Verkauf, Haltung in Lesecirkeln, oder Transit die Obercensurbehörde aus welchem

Grunde aus immer untersagt. Buchhändler, Leihbibliothekare und Antiquare, bei denen nach gehöriger Bekanntmachung derartige Werke zum Verkauf vorgefunden werden, ziehen sich gesetzl. Bestrafung zu und zwar:

Allgemeine Bestimmungen.

Wer *verbotene* Schriften *verkauft* oder sonst *ausgibt*, soll außer der *Confiscation* der bei ihm davon vorhandenen Exemplaren mit einer Polizeistrafe von 10-100 Reichsmark, im Wiederholungsfalle mit *Verdoppelung* und im dritten Falle *außer* der *doppelten* Geldstrafe mit dem *Verlust* des *Gewerbes* bestraft werden.

Der Besteller von *verbotenen Zeitungen* verfällt im Entdeckungsfalle in eine Geldstrafe von 10 Reichsmark für jedes solchergestalt eingegangene Zeitungsblatt und bei Zahlungsunfähigkeit in eine verhältnismässige *Gefängnisstrafe*. Die *Strafen* werden im Wiederholungsfalle *verdoppelt*.

Versuche der Durchführung werden mit der *Confiscation* geahndet.

Beamte welche den Eingang oder den Durchgang *zulassen* oder *befördern* werden nach den Strafgesetzen gegen vorsätzliche oder aus grober Fahrlässigkeit oder Unwissenheit entstandene Verletzungen der Amtspflichten bestraft. —

39)

Nous Guillaume II etc.

Voulant déterminer de quelle manière la censure sera exercée dans Notre Grand-Duché de Luxembourg pour que l'observation des lois sur la presse y soit assurée et les droits des éditeurs convenablement garantis;

Sur le rapport de Notre Conseil de Gouvernement,

Avons ordonné et ordonnons ce qui suit:

Art. 1er.

La surveillance de la presse est spécialement confiée à Notre Gouverneur du Grand-Duché.

En conséquence il ne pourra, en conformité du § 1er de la loi du 20 septembre 1819, du no 1er de la résolution de l'arrêté Royal Grand-Ducal du 4 janvier 1835, être imprimé, introduit ou débité, dans Notre Grand-Duché, aucun journal, aucun ouvrage, ni aucune publication périodique, qui ne contient pas plus de vingt feuilles d'impression, sans son autorisation préalable.

Art. 2.

Quiconque désire obtenir l'autorisation de débiter dans le Grand-Duché un ouvrage ou une publication périodique,

qui ne contient pas plus de 20 feuilles d'impression, devra en joindre un exemplaire à la demande qu'il présentera à cet effet au Gouverneur.

Quiconque désire obtenir l'autorisation de publier dans le Grand-Duché un ouvrage qui ne renferme pas plus de 20 feuilles d'impression, devra joindre à sa demande le manuscrit, lisiblement écrit.

Quiconque désire obtenir la permission de publier un ouvrage ou une publication périodique, qui ne comprend pas plus de 20 feuilles d'impression par livraison, ou un journal quotidien ou qui paraîtra une ou plusieurs fois la semaine, devra en faire la demande au Gouverneur.

La demande en introduction d'ouvrages imprimés à l'étranger devra être faite par un libraire; celle en autorisation d'imprimer un ouvrage, compris au 2e alinéa ci-dessus, sera faite par l'éditeur; l'autorisation de publier un ouvrage périodique devra être demandée par l'éditeur, qui désignera chaque fois le rédacteur responsable, sans que la même personne puisse être admise comme éditeur et rédacteur à la fois.

Art. 3.

Avant d'accorder l'autorisation d'introduire dans le Grand-Duché un ouvrage qui ne contient pas plus de vingt feuilles d'impression il y aura lieu d'examiner:

1) s'il ne contient rien qui soit contraire aux principes généraux de la religion, ou qui puisse offenser la morale ou les moeurs; s'il ne tend pas à un mélange fanatique de la religion et de la politique; ou si le contenu n'en porte pas atteinte à la dignité et à la sûreté de l'Etat du Grand-Duché en particulier et des autres Etats de la Confédération Germanique en général.

2) s'il ne contient rien de répréhensible en conformité de la loi du 28 septembre 1816; de celle de la diète du 20 7bre 1819; de celle du 16 mai 1829; de celle du ier juin 1830; de la résolution de la diète du 5 juillet 1832; des articles relatifs à la presse, aux injures, calomnies, compris dans le code pénal, et des autres dispositions existant ou à intervenir sur la matière.

Les manuscrits des ouvrages à publier dans le Grand-Duché seront commis au même examen.

Les publications périodiques et les journaux imprimés dans le pays et à l'étranger seront encore examinés sous les mêmes rapports, mais au fur et à mesure qu'on voudra les faire paraître.

Art. 4.

L'examen à faire en confirmité de l'article 3 ci-dessus sera confié à un censeur.

Il pourra être nommé en censeur spécial pour les ouvrages qui ne renferment pas plus de 20 feuilles d'impression, un

autre pour les publications périodiques, et un troisième pour les journaux qui sont imprimés dans une même localité.

Les fonctions de censeur ne seront confiées qu'à un homme dont l'instruction et les capacités sont reconnues et dont la position répond à la confiance honorable qui lui est accordée.

Art. 5.

Les censeurs sont nommés par le Gouverneur, sous l'approbation du R.G.D.

En cas d'absence, d'empêchement ou de maladie d'un censeur, le Gouverneur en désigne un autre pour la durée de l'absence, de la maladie ou de l'empêchement.

Art. 6.

Si le censeur émettait l'avis motivé que l'autorisation d'introduire un ouvrage dans le Grand-Duché, ou la concession pour en imprimer un dans le pays, ne peut être accordée, le libraire ou l'éditeur en serait informé par les soins du Gouverneur, et invité à déclarer s'il entend soumettre l'ouvrage à une seconde censure.

En cas de déclaration négative de la part de l'intéressé, l'autorisation demandée sera refusée.

En cas de déclaration affirmative de sa part, le Gouverneur nommera une commission composée de trois membres pour examiner l'ouvrage.

Sur le rapport de cette commission, l'autorisation demandée sera définitivement accordée ou refusée.

Art. 7.

Si un manuscrit ne contenait que certains passages susceptibles d'être supprimés, le censeur les désignerait au Gouverneur qui les examinera à son tour, et qui accordera la concession d'imprimer, s'il reconnaît qu'il y a lieu de passer outre, ou qui invitera l'éditeur à supprimer les passages qu'il lui signalera, avant d'accorder la concession pour l'obtention de laquelle le manuscrit devra être ensuite reproduit dûment rectifié.

Art. 8.

Tout manuscrit pour lequel l'autorisation d'imprimer sera accordée, sera coté et paraphé par premier et dernier feuillet.

Ce manuscrit devra être reproduit au Gouverneur, au moment du dépôt des trois exemplaires dont mention à l'art. ci-après.

Après que le manuscrit aura été comparé aux exemplaires imprimés, et que ceux-ci auront été reconnus conformes, il sera restitué à l'éditeur.

Art. 9.

Les exemplaires imprimés qui ne seraient pas conformes au manuscrit, seront considérés comme ayant été publiés sans autorisation préalable et traités comme tels.

Art. 10.

La concession d'imprimer un ouvrage ne sera accordée que sous les réserves suivantes:

1) L'impression de l'ouvrage devra être terminée endéans les six mois, à dater du jour de l'arrêté de concession, sous peine de nullité de cet acte.

2) Trois exemplaires de l'ouvrage seront déposés à l'administration du Gouvernement Grand-Ducal avant la mise en vente ou la distribution, en confirmité de l'art. 15 de l'arrêté Royal du 23 septembre 1814.

3) La concession accordée pour imprimer et débiter l'ouvrage dans le Grand-Duché ne libère pas cette publication de la surveillance sur la presse existant dans d'autres Etats de la Confédération Germanique, vis-à-vis desquels l'éditeur reste toujours responsable sous ce rapport.

Art. 11.

Les indigènes, d'une réputation non équivoque et d'une solvabilité reconnue peuvent seuls être éditeurs de publications périodiques qui ne renferment pas plus de 20 feuilles d'impression et de gazettes ou journaux quotidiens ou qui ne paraissent qu'une ou plusieurs fois la semaine.

Art. 12.

Avant d'admettre comme rédacteur responsable l'individu désigné par un éditeur, le Gouverneur s'assurera:

1) s'il possède les capacités requises pour diriger l'entreprise;

2) s'il a demeuré pendant au moins trois ans dans le Grand-Duché;

3) s'il ne se trouve pas dans le cas prévu par le § 7 de la loi du 20 septembre 1819;

4) s'il offre les garanties de solvabilité nécessaire pour les poursuites dont il pourrait devenir l'objet à raison de sa qualité, tant pour ce qui concerne le Grand-Duché que les autres Etats de la Confédération germanique.

Art. 13.

Pour le cas où un rédacteur réunirait les trois premières qualités mentionnées à l'article précédent, sans pouvoir justifier qu'il possède la quatrième, il ne sera admis comme tel par le Gouverneur que pour autant que l'éditeur fournirait un cautionnement en garantie des poursuites dont son rédacteur responsable pourrait devenir l'objet à raison de cette qualité, tant dans le Grand-Duché que dans les autres Etats de la Confédération germanique.

Ce cautionnement sera de 1000 à 2000 fl. suivant l'importance de l'entreprise.

Il devra être fourni en immeubles à la satisfaction de l'administration communale du lieu où la publication sera éditée, il constituera une hypothèque sur la propriété donnée en garantie.

L'acte de cette constitution et le certificat d'inscription du conservateur des hypothèques seront produits au Gouverneur avant que l'arrêté de concession pour la publication pourra être prise.

Art. 14.

Lorsque le Gouverneur aura acquis la certitude que l'éditeur et le rédacteur responsable réunissent les qualités désirables pour garantir la publication d'un ouvrage périodique ou d'un journal, la concession sera accordée sous les réserves suivantes:

1) La publication devra commencer dans les trois mois à partir de la date de l'arrêté de concession;

2) L'éditeur soumettra à la censure l'épreuve supprimée, en double exemplaire, de chaque numéro du cahier. L'un de ces exemplaires lui sera renvoyé muni de l'imprimatur du censeur, s'il y a lieu, et l'autre sera conservé par celui-ci, pour lui servir de pièce de comparaison.

3) Pour le cas où le censeur supprimerait certains passages ou articles dans un numéro, l'espace que ceux-ci occupaient ne pourra jamais rester en blanc, ni être remplacé par des points ou tous autres signes; toutes les pages de chaque numéro devront même être entièrement remplies:

4) A cette fin l'éditeur devra toujours avoir une provision de matière censurée pour remplir l'espace qui était occupé par des passages supprimés.

5) A la demande du censeur l'éditeur devra produire, dûment signés par leurs auteurs, les articles communiqués par des tiers pour être insérés dans le journal ou la publication.

6) L'éditeur devra également produire les journaux ou autres ouvrages dont certains de ces articles pourraient être tirés, chaque fois que le censeur l'exigera.

7) Trois exemplaires de chaque numéro du journal, ou de chaque livraison ou cahier d'une publication périodique devront être déposés à l'administration du Gouvernement Grand-Ducal avant que la distribution en puisse être faite, conformément à l'art. 15 de l'arrêté du 23 septembre 1814.

8) L'éditeur devra se conformer à toutes les lois et instructions existant et à intervenir sur la presse.

9) L'éditeur devra fournir une seconde épreuve, rectifiée d'après les indications du censeur, si celui-ci le demande avant d'accorder l'imprimatur définitif.

L'imprimatur accordé par la censure du Grand-Duché ne libère pas le journal ou la publication de la surveillance sur la presse existant dans les autres états de la Confédération ger-

manique, vis-à-vis desquels l'éditeur et le rédacteur restent toujours seuls responsables sous tous les rapports.

10) Les conditions précédentes ne peuvent être transgressées en tout ou en partie sans que la révocation de la publication ne soit encourue de plein droit.

11) La concession accordée sera révocable a volonté sans qu'il puisse être formée une réclamation en indemnité de ce chef.

Art. 15.

Pour le cas où le censeur aurait supprimé un article ou un passage dans le n° d'un journal ou dans une livraison d'une publication périodique, l'éditeur pourra, s'il le juge convenable, demander au Gouverneur que l'article ou le passage supprimé soit soumis à la censure de révision.

Pour cette censure il est établi une commission de trois membres, nommés par le Gouverneur sous l'approbation du Roi Grand-Duc.

Cette commission décide, dans la huitaine à partir du jour auquel elle a été saisie de la réclamation, si l'article ou le passage supprimé peut être imprimé ou si la décision du censeur doit être maintenue. Avant de saisir la commission de revision d'une pareille réclamation, le Gouverneur invitera le censeur à produire ses motifs de décision afin de les communiquer en même temps à la Commission précitée.

Les décisions de la Commission sont communiquées par le Gouverneur au réclamant et au censeur.

Art. 16.

L'autorisation préalable du Gouverneur est toujours requise pour pouvoir publier dans un journal ou dans une publication périodique:

1) Pour les articles concernant la personne du Roi Grand-Duc ou la famille Royale, quand même ces articles seraient extraits d'autres journaux.

2) Les résolutions ou les décisions de S. M. ou du Conseil de Gouvernement.

3) Les articles concernant l'organisation intérieure du pays ou les décorations conférées à des particuliers par S. M.

4) Les articles concernant les résolutions de la diète, sur lesquelles il ne pourra être publiée aucune nouvelle qu'après l'impression du protocole concernant l'objet publié, duquel les dates devront être extraites.

5) Les articles concernant la session des Etats du Grand-Duché.

Art. 17.

Les lois, ordonnances, arrêtés, circulaires, instructions etc. destinés à être insérés au mémorial législatif et administratif ne

pourront être publiés par la voie des journaux ou des publications périodiques que le lendemain de la distribution du n° du mémorial qui les contient.

Aucun des actes susmentionnés ne pourra être publié par extrait ou analyse.

Art. 18.

Il ne pourra être publié d'autres articles contenant les sessions des Etats du pays de la Confédération germanique que ceux extraits des journaux qui paraissent dans les villes où ces Etats siègent, et dans ce cas le journal d'où ces extraits seront tirés, devront être chaque fois produits au censeur, en même temps que la matière à censurer, tandis que le journal d'où un article aura été tiré sera mentionné entre parenthèses, au bas du passage publié.

Art. 19.

Les annonces ou prospectus de nouvelles feuilles ou publications périodiques ne pourront être publiés qu'après que l'éditeur aura reçu la concession nécessaire pour les imprimer.

Ces annonces et prospectus devront, ainsi que chaque numéro de tous les journaux et publications périodiques, être revêtus du nom de l'éditeur et du rédacteur responsable.

Lorsque l'éditeur ou le rédacteur responsable est obligé de s'abstenir du siège de la publication de son journal ou de son ouvrage périodique, pour plus d'un mois, les démarches nécessaires devront être faites pour qu'un remplaçant provisoire soit agréé par le Gouverneur.

Ce remplaçant gérera aux risques et périls celui qu'il remplace.

Art. 20.

L'éditeur d'un ouvrage qui ne renferme pas plus de 20 feuilles d'impression, qu'il soit périodique ou non, payera au censeur un droit de 15 cents par feuille d'impression.

L'éditeur d'un journal ou d'une feuille publique payera au censeur un droit de 25 cents par numéro.

En cas de réclamation contre une décision du censeur, il ne sera payé aucun droit pour la revision.

La concession de publier un ouvrage ou un journal sera retirée à tout éditeur qui ne s'acquitterait pas de l'obligation ci-dessus envers le censeur.

Art. 21.

Les écrits des censeurs, comme aussi les articles qu'ils voudraient publier par la voie des journaux ou des publications périodiques, sont soumis à la censure du Gouverneur.

Art. 22.

Pour l'examen des journaux et des publications périodiques, le censeur aussi bien que la commission de révision, se conforme-

ra au contenu de l'art. 3 ci-dessus, et à toutes les autres dispositions sur la matière.

Il n'accordera non plus jamais l'imprimatur 1) pour des passages ou des ouvrages qui attaquent le fondement de toutes les religions en général et qui tendent à en rendre suspectes les vérités les plus importantes et qui font un objet de doute des vérités traditionnelles et positives de la foi; 2) pour la mention d'ouvrages supprimés par résolutions de la diète; 3) pour les contrefaçons, lorsque la censure a l'assurance que c'en est une; 4) pour tous les écrits qui ont (pour) but de diminuer l'homme et la bonne réputation d'autrui; 5) pour les passages ou écrits dont la publication lui serait signalée comme prohibé par le Gouverneur; 6) pour le récit de mouvements séditieux qui contiennent d'autres détails que ceux qui concernent l'affaire ou dans lesquels les fauteurs seraient loués ou encouragés et l'autorité blamée ou calomniée.

Art. 23.

Les lois, arrêtés, résolutions et ordonnances concernant la police de la presse en vigueur dans notre Grand-Duché sont maintenus, mais l'instruction provisoire du 16 mars 1835 concernant l'exercice de la censure est abrogée.

Art. 24.

La présente ordonnance sera expédiée à Notre Gouverneur du G. D. chargé d'en assurer l'exécution et d'en donner connaissance aux autorités qu'elle concerne.

40) Luxembourg, le 27 mai 1847.

Monsieur le Chancelier d'Etat,

Les dépêches de Leurs Excellences les Ministres d'Autriche et de Prusse des 9 et 16 mai 1846, ci-jointes, ont le double but de réclamer la stricte exécution des statuts fédéraux de 1819 sur la Presse et d'obtenir la déclaration que parmi les réunions politiques mentionnées dans la résolution du 5 juillet 1832 sont classées les réunions dites communistes.

Sous le premier rapport le Grand-Duché de Luxembourg a pleinement rempli ses obligations fédérales.

L'arrêté Royal Grand-Ducal du 4 janvier 1835, publié de nouveau en 1839, prescrit l'observation des dispositions de la Diète du 20 septembre 1819, cet arrêté a été exécuté jusqu'aujourd'hui.

Que s'il est vrai que la gazette ultra-catholique allemande, qui a été publiée ici par des étrangers sous le titre de Luxemburger Zeitung, a donné lieu à quelques plaintes de la part de puissances allemandes, notamment de la part de la Prusse en 1845, il est vrai aussi que des feuilles périodiques allemandes

ont dirigé contre le Grand-Duché les attaques les plus violentes, ainsi que nous l'avons signalé dans notre rapport du 29 juillet 1845, Nos 8110 bis Ie 1608/45 I. g.

Du reste ce journal a cessé de paraître depuis. Les prescriptions de la Diète sont encore observées dans le projet d'arrêté sur la censure, soumis à l'approbation de Sa Majesté par notre rapport du 25 mars dernier, No 3596 II.

Quant aux ouvrages ayant audelà de vingt feuilles d'impression, notre législation n'est pas désarmé pour en réprimer les écarts.

Nous avons l'arrêté du 23 septembre 1814, art. 15, en conformité duquel trois exemplaires de tout ouvrage imprimé quelconque doivent être déposés à l'administration Royale Grand-Ducale avant leur distribution, disposition qui met l'administration à même d'apprécier tout ce qui est publié dans le Grand-Duché et de provoquer, le cas échéant, contre ces publications les poursuites prévues par la loi et l'application suivant le cas des peines prévues par les art. 283, 284, 285, 287, 367 du code pénal, par les lois du 28 septembre 1817, celle du 10 mai 1829 et celle du 1er juin 1830, dont l'une prévoit entr'autres les cas d'offenses envers des puissances étrangères.

Sous le rapport des réunions communistes, le Grand-Duché est dans la plus parfaite tranquillité et si n'étaient de temps en temps quelques publications cléricales et quelques sermons imprudents, qui peuvent faire naître des idées de communisme et contre lesquels nous sommes impuissants, nous pourrions affirmer que les principes de ce système socialiste sont et demeureront inconnus chez nous.

Nous avons du reste l'art. du code pénal pour réprimer les réunions de plus de 20 personnes.

Nous sommes donc du respectueux avis que la résolution de la Diète du 6 août dernier, qui range parmi les réunions politiques celles qui ont pour but le communisme, n'a pas besoin d'être publiée chez nous, et que les assurances les plus tranquillisantes peuvent être données quant à l'autorité civile sous le double rapport de la presse et des réunions communistes à la Haute Diète.

Le Conseil de Gouvernement
de la Fontaine, Présdt
Jurion, Sre Gal

A Monsieur le Chancelier d'Etat
pour les affaires du Grand-Duché à
La Haye.

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung 7

I. *Die historische Entwicklung Luxemburgs von 1350-1850* 11

II. *Die Umstellung der Skriptorien in Druckereien* 19
Die Anfänge mit einem Säkulum Verspätung 23
Ein Neubeginn mit importierten Fachleuten 29
Kleine Händel und lange Zänkereien 43
Übergänge, Abgänge und Zugänge 60

III. *Anastasia die Große tritt ihr Regnum an* 73
Gelobte und verdammte Narrheit 73
Die ersten Verbote und Kontrollen 75
Verschärfte Maßnahmen 87
Bei wechselnden Herrschern dieselben Interdikte 95
Kleine Illustrationen der großen Härte 100
Der ewige Refrain: Verboten! 111
Liberté, liberté chérie!? 118
Alter Wind in neue Segel 148
Und am Ende Pommereulenspiegeleien 168
Die Angst vor dem Umlauf freier Gedanken 177

Anmerkungen 235